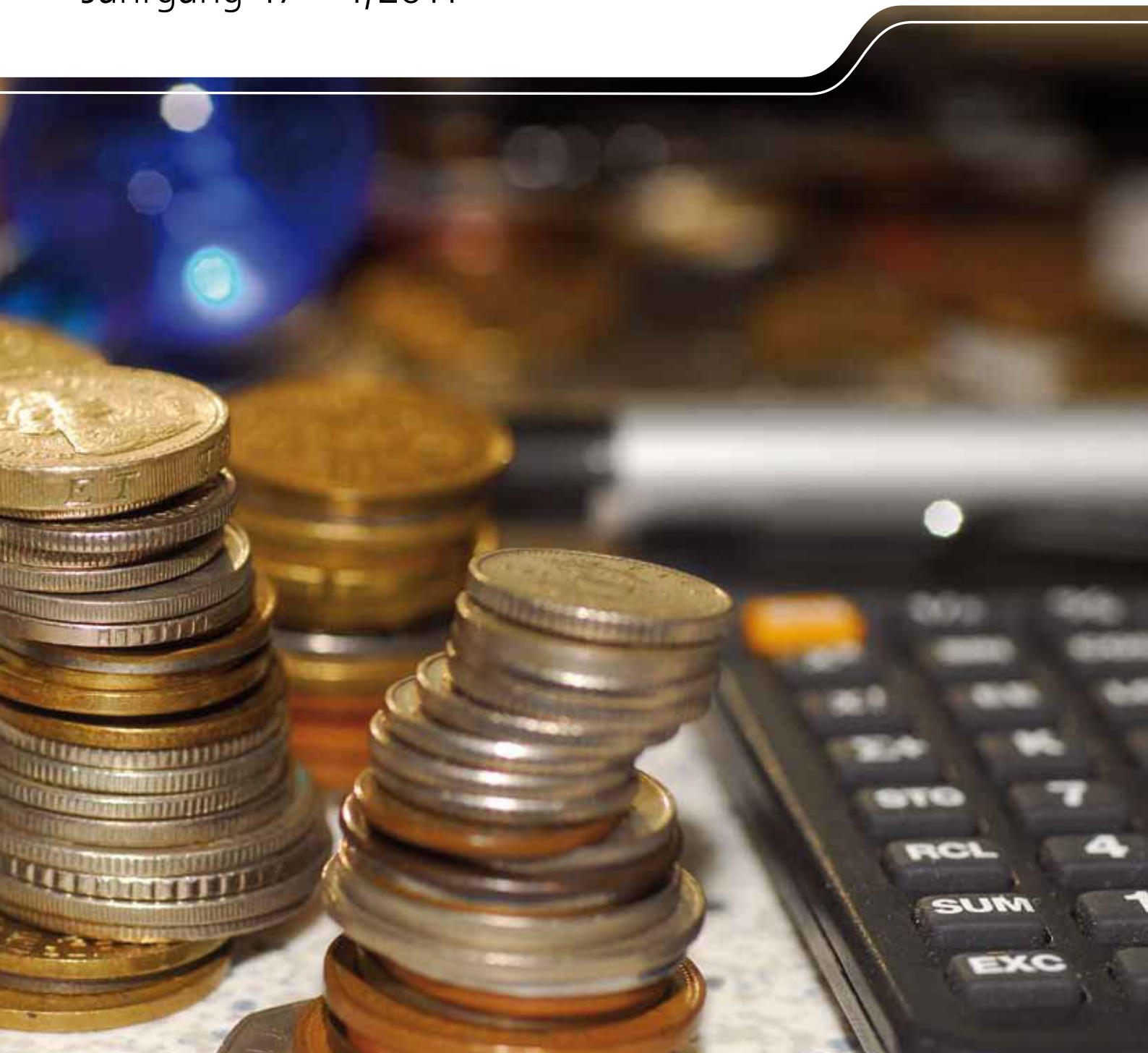




Statistik in Sachsen

Jahrgang 17 - 4/2011



Inhaltsverzeichnis

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der sächsischen Tourismuswirtschaft – Methodische Grundlagen und aktuelle Ergebnisse Roman Straube	2
Handwerkszählung 2008 – Datenangebot und Grenzen Carmen Ronge	9
Landwirtschaftszählung 2010 Teil 1 – Einführung Ulrich Ertel	15
Erwerbsbeteiligung von Frauen in Sachsen Anke Puschmann	19
Paarhaushalte mit Kindern in Sachsen – Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe Marcel Goldmann, Bettina Koreng	24
Neukonzeption der Vierteljährlichen Verdiensterhebung – ausgewählte Ergebnisse 2007 bis 2010 Steffen Pollack	30
Betriebsgründungen 2010 – Ergebnisse der Gewerbeanzeigenstatistik und des Sächsischen Existenzgründernetzwerks Angela Sondermann	35
Pflegebedürftigkeit in Sachsen im Spiegel der amtlichen Statistik Gina Gäbler, Gabriele Philipp	40
Die Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes in Sachsen in den Jahren 1993 bis 2010 Brigitta Töpfer	51
Beeinträchtigung der Umwelt durch Stoffe mit Wassergefährdungspotential Susanne Stoll	53
Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) zu Finanzmitteln Margit Freytag, Sabine Gosch	59
Indikatorensysteme in der amtlichen Statistik – Bestandsaufnahme und zukünftige Herausforderungen Hans-Dieter Kretschmann, Beatrice Mensch, Thomas Reinisch	62
Gewerbezahlungen in Sachsen in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts – Struktur der Wirtschaft (Teil 3) Andreas Oettel	73
Gerhard-Fürst-Preis 2012 des Statistischen Bundesamtes	78
Neues aus Sachsen	79
Sächsischer Zahlenspiegel	81

Vorwort



Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher, Präsidentin des Statistischen Landesamtes

Sehr geehrte Leserinnen, sehr geehrte Leser,

auch das vierte Heft unserer Zeitschrift „Statistik in Sachsen“ in diesem Jahr bietet wieder zahlreiche Beiträge aus verschiedenen Gebieten der amtlichen Statistik.

Zu Beginn wird die Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der sächsischen Tourismuswirtschaft in den letzten zehn Jahren betrachtet. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die Zahl der Beschäftigten in diesem Bereich insgesamt zuletzt nahezu unverändert blieb. Außerdem werden die Auswirkungen der Umstellung der Klassifikation der Wirtschaftszweige von der Ausgabe 2003 (WZ 2003) auf die Ausgabe 2008 (WZ 2008) auf die Anzahl der Beschäftigten in der sächsischen Tourismuswirtschaft untersucht. Mit den Ergebnissen von zwei Großzählungen werden die Ausführungen fortgesetzt. Mit einem Artikel beginnt die Darstellung der Methodik und der Ergebnisse der Landwirtschaftszählung aus dem Jahr 2010. Dazu folgen in den nächsten Heften noch weitere Beiträge. Außerdem werden die Ergebnisse der Handwerkszählung 2008 analysiert, die erstmals durch Auswertung von Verwaltungsdaten aus dem Unternehmensregister durchgeführt wurde.

In den folgenden beiden Artikeln wird die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Sachsen anhand von Ergebnissen aus dem Mikrozensus und die Wohnsituation, die Ausstattung mit Haushaltsgeräten und das Einkommen und die Konsumausgaben von Paarhaushalten mit Kindern aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe dargestellt. Aufgrund der demografischen Entwicklung kommt der ambulanten und stationären Pflege eine immer größere Bedeutung zu. Deshalb widmet sich ein weiterer Beitrag der Entwicklung der Pflegebedürftigen von 1999 bis 2009 und einer regionalisierten Analyse des Zustandes am Jahresende 2009. Einige Ausführungen zu Prognosen/Vorausberechnungen in diesem Bereich tragen zur Abrundung des Gesamtbildes bei.

Die Zeitschrift wird ergänzt durch Beiträge zu den Ergebnissen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung, zum Gründungsgeschehen in Sachsen, zur Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes und zur Beeinträchtigung der Umwelt durch wassergefährdende Stoffe. Außerdem wird der von der Sächsischen Staatskanzlei und dem Statistischen Landesamt entwickelte Demografiemonitor vorgestellt. Ein historischer Beitrag zur Struktur der Wirtschaft in Sachsen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts rundet den Inhalt dieser Zeitschrift ab.

Wir hoffen, Ihnen mit diesem Heft wiederum interessante Informationen aus unserer Arbeit zu liefern. Über die Themen dieser Zeitschrift hinaus stehen Ihnen zahlreiche andere Publikationen mit detaillierten statistischen Informationen zur Verfügung. Außerdem finden Sie uns im Internet unter www.statistik.sachsen.de. Datenanfragen beantwortet Ihnen auch unser Auskunftsdienst (Tel. 03578 33 1913).

Ihre Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der sächsischen Tourismuswirtschaft – Methodische Grundlagen und aktuelle Ergebnisse

Vorbemerkungen

Die eindeutige Zuordnung von Wirtschaftseinheiten und den darauf bezogenen statistischen Merkmalen, also beispielsweise Umsätze oder tätige Personen, erfolgt in der amtlichen Statistik üblicherweise nach dem Prinzip des „wirtschaftlichen Schwerpunkts“. Zu dessen Identifikation dient eine Wirtschaftszweigklassifikation, die von Zeit zu Zeit an die veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst wird. In Deutschland wurden die Wirtschaftsstatistiken so – nach europäischer Maßgabe – zuletzt grundsätzlich ab Berichtsjahr 2008 von der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003) [1] auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) [2] umgestellt.

Im Unterschied zu zahlreichen anderen Statistiken liegen die Angaben zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Datenquelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit) für 2008 nach beiden Wirtschaftszweigklassifikationen aufbereitet vor. Dies ermöglicht eine exakte Einschätzung darüber, in welchen Bereichen die Veränderungen der Beschäftigtenniveaus und -strukturen nach dem WZ-Wechsel besonders hervortreten und worauf diese im Einzelnen zurückzuführen sind. Eine derartige Gegenüberstellung wurde im Folgenden für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der sächsischen Tourismuswirtschaft vorgenommen, die sich als typischer Querschnittsbereich sowohl gemäß WZ 2003 (vgl. Abb. 1) als auch nach WZ 2008 (vgl. Abb. 2) von der übrigen Wirtschaft abgrenzen lässt. Dabei wurden auf der Basis der

unbereinigten Beschäftigtenzahlen¹⁾ für jeden einzelnen Wirtschaftszweig die wesentlichen Veränderungen herausgearbeitet, die die WZ-Umstellung mit sich brachte (vgl. Tab. 1). Darüber hinaus wurden als Fortsetzung früherer Analysen [3, 4] jene Potenziale beleuchtet, die von der Tourismuswirtschaft für die Beschäftigung in Sachsen aktuell ausgehen.

Tourismuswirtschaft in Sachsen – methodische Grundlagen

In den Jahren 1998 bis 2008 basierten die Berechnungen zur Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im sächsischen Tourismus auf einer nach WZ93 bzw.

1) In diesen Angaben sind noch sozialversicherungspflichtig Beschäftigte enthalten, die mit dem Tourismus nur sehr bedingt oder überhaupt nicht in Verbindung stehen.

Tab. 1 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Arbeitsort in Sachsen am 30. Juni 2000 bis 2010¹⁾ nach Wirtschaftszweigen des Tourismus (unbereinigt)²⁾

Wirtschaftszweig	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2008	2009	2010
	1 000 Personen											
Beherbergungsgewerbe einschließlich Dienstleistungen für Zweitwohnsitze	17,3	17,0	16,7	16,0	15,4	15,3	15,4	15,9	15,9	17,7	17,5	17,8
Gastronomie	30,1	29,1	28,5	27,0	26,9	27,4	27,6	28,6	29,1	30,1	31,1	31,8
Eisenbahnverkehr, Straßenverkehr, Schifffahrt und Luftverkehr einschließlich Hilfstätigkeiten	35,4	33,2	30,4	28,7	26,4	25,2	24,2	24,4	25,0	22,5	22,5	22,9
Vermietung von Reisefahrzeugen etc.	1,1	1,0	1,0	1,1	0,9	0,9	0,8	0,7	0,7	0,7	0,6	0,6
Reiseveranstalter und Reisebüros	3,3	3,3	3,4	3,3	3,4	3,3	3,2	3,1	3,2	3,3	3,3	3,1
Kulturelle Leistungen, Sport und sonstige Erholungsleistungen	12,5	12,1	12,0	11,8	11,5	11,2	11,0	11,2	11,3	12,8	12,6	12,7
Hauptwirtschaftszweige des Tourismus zusammen	99,6	95,7	92,0	87,8	84,4	83,3	82,2	83,9	85,2	87,0	87,6	88,8
Verbundene Aktivitäten des Tourismus	204,2	197,2	190,9	184,2	178,6	174,5	170,0	170,8	171,4	179,6	180,0	179,9
darunter Groß- und Einzelhandel	159,6	153,7	148,3	143,8	140,1	137,8	134,6	135,9	137,8	142,2	143,2	143,6
Tourismuswirtschaft insgesamt	303,8	292,8	283,0	272,0	263,0	257,8	252,2	254,7	256,7	266,6	267,6	268,7

Berechnungsstand: Oktober 2011

1) Jahre 2000 bis 2002 nach WZ 93 zusammengefasste Wirtschaftszweige des Tourismus; Jahre 2003 bis 2008 nach WZ 2003 zusammengefasste Wirtschaftszweige des Tourismus; Jahre 2008 bis 2010 nach WZ 2008 zusammengefasste Wirtschaftszweige des Tourismus. Das Jahr 2008 wurde nach WZ 2003 und WZ 2008 entsprechend doppelt aufbereitet.

2) In den aggregierten Daten sind auch sozialversicherungspflichtig Beschäftigte enthalten, die mit dem Tourismus nur sehr bedingt oder überhaupt nicht in Verbindung stehen.

Abb. 1 Abgrenzung der Tourismuswirtschaft gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003)

Hauptwirtschaftszweige des Tourismus ¹⁾			
1. Beherbergungsgewerbe			
H 55.1	Hotellerie (Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe, Pensionen)	I 63.22	Sonstige Hilfs- und Nebentätigkeiten für die Schifffahrt
H 55.21	Jugendherbergen und Hütten	I 63.23	Sonstige Hilfs- und Nebentätigkeiten für die Luftfahrt
H 55.22	Campingplätze	9. Vermietung von Reisefahrzeugen etc.	
H 55.23	Beherbergungsgewerbe a. n. g.	K 71.1	Vermietung von Kraftwagen bis 3,5 t Gesamtgewicht
2. Dienstleistungen für Zweitwohnsitze			
K 70.20.2	Vermietung und Verpachtung von eigenen Wohngebäuden und Wohnungen	K 71.21	Vermietung von Landfahrzeugen (ohne Kraftwagen bis 3,5 t Gesamtgewicht)
3. Gastronomie			
H 55.3	Speisengeprägte Gastronomie	K 71.22	Vermietung von Wasserfahrzeugen
H 55.4	Getränkegeprägte Gastronomie	K 71.23	Vermietung von Luftfahrzeugen
H 55.5	Kantinen und Caterer	I 63.3	10. Reiseveranstalter und -büros
4. Eisenbahnverkehr			
I 60.1	Eisenbahnverkehr	O 92.31	11. Kulturelle Leistungen
5. Straßenverkehr			
I 60.21	Personenbeförderung im Linienverkehr zu Land	O 92.32	Künstlerische und schriftstellerische Tätigkeiten und Darbietungen
I 60.22	Betrieb von Taxis und Mietwagen mit Fahrer	O 92.32	Betrieb von Kultur- und Unterhaltungseinrichtungen und Hilfsdienste dafür
I 60.23	Sonstige Personenbeförderung im Landverkehr	O 92.52.1	Museen und Kunstaustellungen
6. Schifffahrt			
I 61.1	See- und Küstenschifffahrt	O 92.53	Botanische und zoologische Gärten sowie Naturparks
I 61.20.1	Personenbeförderung in der Binnenschifffahrt	12. Sport und sonst. Erholungsleistungen	
I 61.20.4	Fluss- und Kanalfahren, Hafenschifffahrt	O 92.33	Schaustellergewerbe und Vergnügungsparks
7. Luftverkehr			
I 62.1	Linienflugverkehr	O 92.61	Betrieb von Sportanlagen
I 62.2	Gelegenheitsflugverkehr	O 92.62.5	Sportschulen und selbstständige Sportlehrerinnen und -lehrer
8. Hilfstätigkeiten für den Verkehr			
I 63.21.1	Parkhäuser und Parkplätze	O 92.71.1	Spielhallen und Betrieb von Spielautomaten
I 63.21.2	Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Landverkehr a. n. g.	O 92.71.2	Spielbanken und Spielklubs
		O 92.72	Erbringung von Dienstleistungen für Unterhaltung, Erholung und Freizeit, a. n. g.
Verbundene Aktivitäten des Tourismus ^{1) 2)}			
G 51	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	K 74.85.2	Übersetzungsbüros
G 52	Einzelhandel; Reparatur von Gebrauchsgütern	K 74.85.3	Sekretariats- und Schreibdienste; Copy-Shops
J 65	Kreditgewerbe	K 74.87.1	Ausstellungs-, Messe- und Warenmarkteinrichtungen
J 66	Versicherungsgewerbe	L 75.13	Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht
K 71.40.1	Verleih von Wäsche und Arbeitskleidung	L 75.21	Auswärtige Angelegenheiten
K 71.40.2	Verleih von Sportgeräten und Fahrrädern	M 80.41.2	Flug-, Bootsführer-, Segel- u. ä. Schulen
K 74.81	Fotografisches Gewerbe und fotografische Laboratorien	O 93.04	Saunas, Solarien, Fitnesszentren u. Ä.
K 74.85.1	Freiberufliche Dolmetscher	O 93.05.2	Erbringung von sonstigen persönlichen Dienstleistungen (z. B. Parkplatzzuweiser)

1) nach G. Ahlert 2003, S. 25 f. - [5]; Modifizierungen gemäß WZ 2003

2) Ergänzung um die Positionen "Handelsvermittlung und Großhandel" sowie "Einzelhandel, Reparatur von Gebrauchsgütern"

WZ 2003 abgegrenzten Systematik. Diese ist in Abbildung 1 dargestellt. Da sich beide Klassifikationen in inhaltlicher Hinsicht wie auch von den Begriffsbezeichnungen her nur sehr wenig voneinander unterschieden, konnten die Zeitreihen nach dem WZ-Wechsel ab dem Jahr 2003 faktisch bruchfrei weitergeführt werden (vgl. Tab. 1).

Wie Tabelle 1 weiter zeigt, war dies beim Übergang von der WZ 2003 auf die WZ 2008 ab 2008 nicht mehr möglich. Vielmehr brachte die WZ-Umstellung sowohl in begrifflicher als auch in struktureller Hin-

sicht zahlreiche einschneidende Veränderungen mit sich, von denen in besonderem Maße die Dienstleistungsbereiche betroffen waren. Exemplarisch seien hier die komplette Neuaufnahme des Bereichs „Information und Kommunikation“ in die Wirtschaftszweigklassifikation sowie die Umgliederung der Abwasser- und Abfallbeseitigung von den Dienstleistungen ins Produzierende Gewerbe angeführt. Im Vergleich zur WZ 2003 sind die Wirtschaftszweige in der WZ 2008 stärker differenziert und ermöglichen so prinzipiell auch eine exaktere Abgrenzung

der Tourismuswirtschaft. Dies kommt in Abbildung 2 zum Ausdruck.

Innerhalb des *Beherbergungsgewerbes* führte die WZ-Umstellung lediglich unter den einzelnen Wirtschaftszweigen zu kleineren Umgliederungen. So umfassen die „Hotels, Gasthöfe und Pensionen“ gemäß WZ 2008 nun auch die „Boardinghäuser“, die vorher dem „Beherbergungsgewerbe a. n. g.“ zugeordnet waren. Die nach WZ 2003 bei den „Jugendherbergen und Hütten“ enthaltenen „Notunterkünfte und Biwaks“ zählen nunmehr zu den „Campingplätzen“.

Abb. 2 Abgrenzung der Tourismuswirtschaft gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)

Hauptwirtschaftszweige des Tourismus ¹⁾			
	1. Beherbergungsgewerbe		
I 55.1	Hotels, Gasthöfe und Pensionen	H 52.21.4	Betrieb von Bahnhöfen für den Personenverkehr einschließlich Omnibusbahnhöfe
I 55.2	Ferienunterkünfte und ähnliche Beherbergungsstätten	H 52.21.9	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Landverkehr a. n. g.
I 55.3	Campingplätze	H 52.22	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für die Schifffahrt
I 55.90.1	Privatquartiere		
I 55.90.9	Sonstige Beherbergungsstätten a. n. g.	H 52.23	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für die Luftfahrt
	2. Dienstleistungen für Zweitwohnsitze		
L 68.20.1	Vermietung, Verpachtung von eigenen oder geleasteten Wohngrundstücken, Wohngebäuden und Wohnungen	N 77.1	9. Vermietung von Reisefahrzeugen etc. Vermietung von Kraftwagen
	3. Gastronomie	N 77.34	Vermietung von Wasserfahrzeugen
I 56.1	Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	N 77.35	Vermietung von Luftfahrzeugen
I 56.2	Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen	N 79.1	10. Reiseveranstalter und -büros Reisebüros und Reiseveranstalter
I 56.3	Ausschank von Getränken	N 79.9	Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen
	4. Eisenbahnverkehr		
H 49.1	Personenbeförderung im Eisenbahnfernverkehr	R 90.01	11. Kulturelle Leistungen Darstellende Kunst
	5. Straßenverkehr	R 90.02	Erbringung von Dienstleistungen für die darstellende Kunst
H 49.31	Personenbeförderung im Nahverkehr zu Lande (ohne Taxis)	R 90.03	Künstlerisches und schriftstellerisches Schaffen
H 49.32	Betrieb von Taxis	R 90.04	Betrieb von Kultur- und Unterhaltungseinrichtungen
H 49.39	Sonstige Personenbeförderung im Landverkehr a. n. g.	R 91.02	Museen
	6. Schifffahrt	R 91.03	Betrieb von historischen Stätten und Gebäuden und ähnlichen Attraktionen
H 50.1	Personenbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	R 91.04	Botanische und zoologische Gärten sowie Naturparks
H 50.3	Personenbeförderung in der Binnenschifffahrt		
	7. Luftverkehr	N 77.21	12. Sport und sonst. Erholungsleistungen Vermietung von Sport- und Freizeitgeräten
H 51.1	Personenbeförderung in der Luftfahrt	R 92.00.1	Spielhallen und Betrieb von Spielautomaten
	8. Hilfstätigkeiten für den Verkehr	R 92.00.2	Spielbanken und Spielklubs
H 52.21.1	Betrieb von Parkhäusern und Parkplätzen	R 93.11	Betrieb von Sportanlagen
H 52.21.2	Betrieb von Verkehrswegen für Straßenfahrzeuge	R 93.21	Vergnügungs- und Themenparks
H 52.21.3	Betrieb von Verkehrswegen für Schienenfahrzeuge	R 93.29	Erbringung von Dienstleistungen der Unterhaltung und der Erholung a. n. g.
		S 96.04	Saunas, Solarien, Bäder u. Ä.
Verbundene Aktivitäten des Tourismus ^{1) 2)}			
G 46	Großhandel (einschließlich Handelsvermittlung)	N 82.19	Copy-Shops; Dokumentenvorbereitung und Erbringung sonstiger spezieller Sekretariatsdienste
G 47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)		
K 64	Erbringung von Finanzdienstleistungen	N 82.3	Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter
K 65	Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)	O 84.13	Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht
		O 84.21	Auswärtige Angelegenheiten
M 74.2	Fotografie und Fotolabors	P 85.51	Sport- und Freizeitunterricht
M 74.3	Übersetzen und Dolmetschen	P 85.52	Kulturunterricht
N 77.39	Vermietung von sonstigen Maschinen, Geräten und beweglichen Sachen a. n. g. (z. B. Wohnwagen)	P 85.53	Fahr- und Flugschulen
		R 93.13	Fitnesszentren
N 82.11	Allgemeine Sekretariats- und Schreibdienste	S 96.09	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen a. n. g. (z. B. Schuhputzer, Parkplatzzuweiser)

1) Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen in Anlehnung an G. Ahlert 2003, S. 25 f. – [5]

2) Ergänzung um die Positionen "Großhandel (einschließlich Handelsvermittlung)" sowie "Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)"

Unter die *Dienstleistungen für Zweitwohnsitze* fällt neben der „Vermietung und Verpachtung von eigenen Wohngebäuden und Wohnungen“ nach WZ 2008 nun auch ein Teil der „Vermietung und Verpachtung von eigenen

Grundstücken und Nichtwohngebäuden“ (so z. B. Dauercampingplätze), genauer die „Vermietung und Verpachtung von eigenen oder geleasteten Wohngrundstücken“. Dies erklärt das gemäß WZ 2008 für 2008 um knapp 2 000

Personen höhere Niveau an Beschäftigten im Bereich „Beherbergungsgewerbe einschließlich Dienstleistungen für Zweitwohnsitze“ (vgl. Tab. 1). Die entsprechende Zusammenfassung bietet sich zum einen wegen des engen

inhaltlichen Bezugs der beiden Hauptwirtschaftszweige zueinander, aber auch aus methodischen Überlegungen heraus an.

Hinsichtlich der Abgrenzung der *Gastronomie* gemäß WZ 2003 bzw. WZ 2008 führte die WZ-Umstellung ebenfalls lediglich innerhalb des Bereiches selbst zu einigen Veränderungen. So sind unter den „Restaurants, Gaststätten, Imbissbuden, Cafés, Eissalons u. Ä.“ nun auch „Hauslieferungen von Speisen durch Restaurants mit herkömmlicher oder Selbstbedienung“ eingeordnet, die zuvor zu „Kantinen und Caterern“ gehörten. Insofern dürfte der im Jahr 2008 zu verzeichnende Niveauunterschied in Höhe von 1 000 Personen (vgl. Tab. 1) wohl eher auf veränderte Zuordnungen des wirtschaftlichen Schwerpunkts der Beherbergungs- bzw. Gastronomieeinrichtungen wegen der internen Strukturverschiebungen zurückgehen.

Ein detaillierter Blick auf den Bereich *Verkehr einschließlich Hilfstätigkeiten* hierfür offenbart, dass es im Zuge dieser WZ-Umstellung verstärkt unter den einzelnen Hauptwirtschaftszweigen zu Umgliederungen gekommen ist. So spiegelt sich im *Eisenbahnverkehr* gemäß WZ 2008 nur noch die Personenbeförderung im Eisenbahnfernverkehr wider, während die Beförderung in Nahverkehrszügen nun unter *Straßenverkehr* geführt wird. Hier kam es zudem zu einigen internen Veränderungen. So zählen beispielsweise die „Personenbeförderung im Omnibus-Überlandlinienverkehr“ und „Berg- und Seilbahnen“ jetzt zur „Sonstigen Personenbeförderung im Landverkehr a. n. g.“. In der *Schiffahrt* wird ein Teil der bislang separat erfassten „Beförderung durch Fluss- und Kanalfähren, Hafenschiffahrt“ in der Abgrenzung nach WZ 2008 nun direkt bei der „Personenbeförderung in der See-, Küsten- bzw. Binnenschiffahrt“ eingeordnet. Als wesentlichste Neuerung im *Luftverkehr* ist die jetzt bereits in der Wirtschaftszweigklassifikation vorgenommene Trennung zwischen Personenbeförderung und Güterbeförderung zu werten, die den touristisch weitestgehend irrelevanten Gütertransport von vornherein aus dem Rechenwerk heraushält. Gleiches gilt auch für die zuvor genannte „Personenbeförderung in der See- und Küstenschiffahrt“ sowie den „Eisenbahnverkehr“ (vgl. Abb. 1 und 2). Damit hat die WZ-Umstellung hier zu einer deutlich trennschärferen Ermittlung der Beschäftigten, also zu einer Verbesserung des Rechenwerkes beigetragen, wenngleich die Zeitreihe für den gesamten Verkehrsbereich (ohne Hilfstätigkeiten hierfür) ab dem Jahre 2008 einen signifikanten Niveausprung nach unten aufweist. Die *Hilfstätigkeiten für den Verkehr* haben mit der Umstellung auf die WZ 2008 dagegen erheblich an Umfang gewonnen. Zwar konn-

ten durch den höheren Detailgrad der neuen Klassifikation alle mit der Güterbeförderung in Verbindung stehenden Aspekte beseitigt werden, jedoch fallen unter die „Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Landverkehr a. n. g.“ nun auch „Pannenhilfe und Abschleppdienste“, die als Teil des Kfz-Handels im bisherigen Rechenwerk keine Berücksichtigung gefunden hatten. Darüber hinaus umfasst der Hauptwirtschaftszweig jetzt auch einen Teil verschiedener Schleppdienste, die früher direkt mit unter dem jeweiligen Verkehrsbereich angegliedert waren. Um die Niveauabweichungen abzuschwächen, erscheint ein Datenausweis für den zusammengefassten Bereich *Eisenbahnverkehr, Straßenverkehr, Schiffahrt sowie Luftverkehr (einschließlich Hilfstätigkeiten)* – nicht zuletzt auch aufgrund datenschutzrechtlicher Belange – sinnvoll (vgl. Tab. 1). Prinzipiell ist für einen Teil dieser Hauptwirtschaftszweige eine separate Darstellung aber möglich.

Bei der *Vermietung von Reisefahrzeugen* etc. kam es infolge des Übergangs auf die WZ 2008 zwar zu gewissen Zusammenfassungen (z. B. bei den Gewichtsklassen der Fahrzeuge), doch waren insgesamt keine nennenswerten Veränderungen zu verzeichnen. Einzig die „Vermietung von Kraftfahrzeugen, Wohnwagen und Wohnmobilen“ ist jetzt den Verbundenen Aktivitäten des Tourismus zugeordnet. Dies ist damit zu begründen, dass der betreffende WZ-4-Steller „Vermietung von sonstigen Maschinen, Geräten und beweglichen Sachen a. n. g.“ noch zahlreiche weitere Positionen enthält, die faktisch keinerlei Tourismusrelevanz besitzen.

Der Bereich *Reisebüros und Reiseveranstalter* umfasst seit dem WZ-Wechsel zusätzlich die „Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen“, die zuvor in Teilen dem Verkehrsbereich bzw. dem kulturellen sowie sportlichen Umfeld zuzurechnen waren. Exemplarisch seien hier die „Reservierung von Sitzplätzen in Omnibussen und Zügen“ und der „Betrieb von Vorverkaufsstellen“ angeführt. Wie Tabelle 1 aber verdeutlicht, erhöhte sich das Niveau an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahre 2008 dadurch trotzdem nur geringfügig um rund 100 Personen.

Zu den *Kulturellen Leistungen* zählen in der Abgrenzung nach WZ 2008 nun auch die Zirkusbetriebe mitsamt der hierfür notwendigen Unterstützungsdienstleistungen als ein Teil der „Darstellenden Kunst“ sowie der „Betrieb (und Erhalt) von historischen Stätten und Gebäuden und ähnlichen Attraktionen“. Beide Positionen waren in der Tourismussystematik gemäß WZ 2003 noch nicht enthalten gewesen (vgl. Abb. 1 und 2).

Der Bereich *Sport und sonstige Erholungsleistungen* hat durch den Übergang auf die WZ 2008 ebenfalls an Umfang gewonnen. So zählt

zum „Betrieb von Sportanlagen“ seither auch ein Teil der mit der „Durchführung von Sportveranstaltungen im Rahmen des Profi- oder Amateursports“ in Verbindung stehenden Tätigkeiten. Dazu umfasst die „Erbringung von Dienstleistungen der Unterhaltung und der Erholung a. n. g.“ jetzt zusätzlich den „Betrieb von Puppentheatern, Rodeos, Schießbuden, Modelleisenbahnen u. ä. sowie die Tätigkeiten von Yachthäfen“. All dies hatte im bisherigen Rechenwerk keine Berücksichtigung gefunden. Gleichzeitig konnte der Bereich im Zuge des Übergangs auf die WZ 2008 um touristisch unbedeutende Positionen – etwa die „Hufschmieden für Reitpferde“ – bereinigt werden. Darüber hinaus erfolgte wegen des klaren Bezugs zu Sport und Erholung eine direkte Umgliederung der „Vermietung von Sport- und Freizeitgeräten“ (z. B. Kanus, Skier, Fahrräder, Liegestühle, Campingausrüstungen, etc.) sowie der „Saunas, Solarien, Bäder u. Ä.“ von den Verbundenen Aktivitäten des Tourismus zu den Hauptwirtschaftszweigen.

Im Ergebnis der durch die WZ-Umstellung bedingten Veränderungen in den Bereichen *„Kulturelle Leistungen“* sowie *„Sport- und sonstige Erholungsleistungen“* lag die Zahl der Beschäftigten nach WZ 2008 um knapp 1 500 Personen höher als nach WZ 2003. Betrachtet man sämtliche Hauptwirtschaftszweige des Tourismus zusammen, ergibt sich für 2008 eine Niveauerhöhung von mehr als 1 700 Personen (vgl. Tab. 1).

Auch die mit dem Tourismus *Verbundenen Aktivitäten* weisen nunmehr einen signifikanten Niveausprung nach oben auf, der maßgeblich auf den entsprechenden WZ-Verschiebungen im Bereich *Groß- und Einzelhandel* beruht. Während es im Großhandel (einschließlich Handelsvermittlung) nahezu ausschließlich zu internen Umgliederungen kam, zählen zum Einzelhandel, aus dem die „Reparatur von Gebrauchsgütern“ zwar „abgewandert“ ist, nun zusätzlich die beschäftigungsstärkeren „Tankstellen“. Diese waren als Position des Kraftfahrzeughandels in der Abgrenzung des Tourismus nach WZ 2003 nicht enthalten. Ebenso sind „Fotografie und Fotolabors“ jetzt um Teile der „Mikroverfilmung“, der „Luftbildfotografie in Verbindung mit Kartografie“ sowie entsprechende Tätigkeiten von Fotojournalisten erweitert. Unter die „Vermietung von sonstigen Maschinen, Geräten und beweglichen Sachen a. n. g.“ fällt neuerdings auch die „Vermietung von Kraftfahrzeugen, Wohnwagen, Wohnmobilen u. ä.“, die bisher direkt beim Hauptwirtschaftszweig „Vermietung von Reisefahrzeugen etc.“ eingeordnet war. Nicht mehr enthalten ist dagegen bei den „Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstaltern“ der Auf- und Abbau von Messeständen.

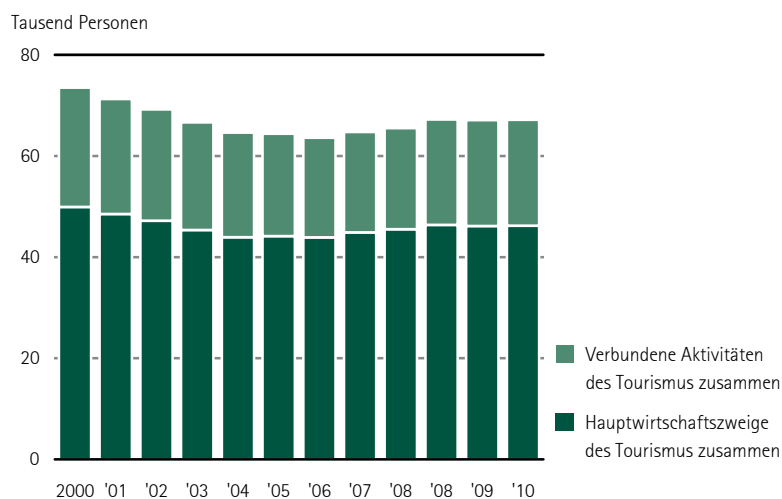
Das um gut 8 000 Personen höhere Beschäftigtenniveau bei den *Verbundenen Aktivitäten des Tourismus* insgesamt seit der WZ-Umstellung 2008 (vgl. Tab. 1) resultiert darüber hinaus auch aus der zusätzlichen Berücksichtigung zahlreicher Positionen aus dem Bereich „Unterricht“, die aufgrund mangelnder Differenzierung in der Wirtschaftszweigklassifikation, Ausgabe 2003, bisher nicht berücksichtigt waren. Exemplarisch seien hier der „Sport-, Spiel- und Freizeitunterricht im Rahmen der beruflichen Erwachsenenbildung sowie durch selbstständige Lehrer“, der „Unterricht von Sportverbänden und Sportvereinen“ und die „Tanzschulen“ angeführt. Darüber hinaus führte der Übergang von der WZ 2003 auf die WZ 2008 innerhalb der Verbundenen Aktivitäten des Tourismus noch zu einigen weiteren kleineren Neuerungen.²⁾

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Umstellung des Rechenwerkes zum Wirtschaftsfaktor Tourismus auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008, an vielen Stellen mehr oder weniger große Niveauunterschiede nach sich gezogen hat. Diese resultieren einerseits aus den Änderungen in der WZ-Systematik als solcher und andererseits durch entsprechende Verschiebungen zwischen den einzelnen (Haupt-)Wirtschaftszweigen des Tourismus untereinander. Insgesamt sind der Tourismuswirtschaft in Sachsen 2008 nach WZ 2008 unbereinigt annähernd 267 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zuzurechnen, knapp 10 000 Personen mehr als nach WZ 2003 (vgl. Tab. 1). Nach Bereinigung um Beschäftigte, die mit dem Tourismus nur sehr bedingt oder überhaupt nicht in Verbindung stehen, ergibt sich nach WZ 2008 eine entsprechende Zahl von gut 67 200 Personen.³⁾ Die Abweichung zu der nach WZ 2003 abgegrenzten Beschäftigtenzahl in der sächsischen Tourismuswirtschaft beträgt nun noch 1 700 Personen (vgl. Tab. 2 und Abb. 3).

Beschäftigungspotenzial der Tourismuswirtschaft in Sachsen 2000 bis 2010

Die Bereinigung der Beschäftigten um Personen, die zum Tourismus in keinerlei Beziehung stehen oder an den dazugehörigen Aktivitäten nur in äußerst geringem Maße partizipieren, erfolgt – sofern erforderlich – anhand von Schlüsselzahlen aus nichtamtlichen Drittquellen, die allesamt auf Umsatzgrößen beruhen. Exemplarisch sei hier die Umsatzrelation beim Fahrkartenkauf vom Bartarif zu Zeitkarten sowie der Anteil der touristischen Konsumausgaben am gesamten Einzelhandelsumsatz angeführt. Hinter diesem Vorgehen steht die Intention einer möglichst adäquaten Berücksichtigung der unterschiedlichen Zeitanteile, die die Beschäftigten mehr oder weniger

Abb. 3 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Arbeitsort in Sachsen am 30. Juni 2000 bis 2010¹⁾ nach Wirtschaftszweigen des Tourismus (bereinigt)²⁾



Berechnungsstand: Oktober 2011

1) Jahre 2000 bis 2002 nach WZ 93 zusammengefasste Wirtschaftszweige des Tourismus; Jahre 2003 bis 2008 nach WZ 2003 zusammengefasste Wirtschaftszweige des Tourismus; Jahre 2008 bis 2010 nach WZ 2008 zusammengefasste Wirtschaftszweige des Tourismus. Das Jahr 2008 wurde nach WZ 2003 und WZ 2008 entsprechend doppelt aufbereitet. Der Niveauunterschied liegt bei rund 1 700 Personen.

2) Nach Bereinigung um sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die mit dem Tourismus nur sehr bedingt oder überhaupt nicht in Verbindung stehen, mittels spezieller Umsatzanteile aus nichtamtlichen Drittquellen.

dauerhaft mit Touristen in Berührung kommen.⁴⁾ In vielen Fällen sind sie der Tourismusbranche ja nicht allein zuzurechnen, sondern erbringen auch Dienstleistungen für Personen in anderen Bereichen. Insofern ist eine Bereinigung auf Basis der direkten Kontakte zwischen Beschäftigtem und Tourist – nicht zuletzt auch aufgrund der fehlenden Daten hierzu – nicht zielführend.

Den aktuellen Berechnungen zufolge (Stand: Oktober 2011) gingen am 30. Juni 2010 im sächsischen Tourismus mehr als 67 100 Personen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach, 0,1 Prozent mehr als noch zur Jahresmitte 2009. Damit ist diesem Querschnittsbereich annähernd jeder zwanzigste Beschäftigte in Sachsen zuzuordnen. Auf die Hauptwirtschaftszweige des Tourismus entfielen zum 30. Juni 2010 mit 46 200 Personen gut zwei Drittel der Beschäftigten im sächsischen Tourismus insgesamt (vgl. Abb. 3). Im Vergleich zum Vorjahr gab es auch hier eine minimale Steigerung um 0,1 Prozent. Während sich darunter in den Bereichen „Beherbergungsgewerbe einschließlich Dienstleistungen für Zweitwohnsitze“ und „Gastronomie“ ebenfalls ein Zuwachs zeigte, waren im Verkehrsbereich, bei der „Vermietung von Reisefahrzeugen etc.“, bei den „Reiseveranstaltern und Reisebüros“ und im Bereich „Kulturelle Leistungen, Sport und sonstige Erholungsleistungen“ mehr oder weniger starke Beschäftigungsrückgänge festzustellen (vgl. Tab. 2). Im Bereich der verbundenen Aktivitäten des Tourismus erhöhte sich die Zahl der

Beschäftigten 2010 binnen Jahresfrist ebenfalls um 0,1 Prozent auf 21 000 Personen. Dabei ist die Situation hier maßgeblich durch den Groß- und Einzelhandel bestimmt, dem 2010 mit mehr als 18 200 Beschäftigten ein Anteil von allein 87 Prozent an den Verbundenen Aktivitäten zukommt.

Wie die Gegenüberstellung der Beschäftigtenzahlen für die Jahre 2010 und 2000 offenbart, lag das Niveau der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Sachsen insgesamt 2010 um 7,6 Prozent unter dem von vor zehn Jahren. Berücksichtigt man die methodischen

2) Hierzu sei vertiefend auf die entsprechende Gegenüberstellung der Wirtschaftszweige in Abgrenzung nach WZ 2003 bzw. WZ 2008 in [2, S. 599 – 725] verwiesen.

3) Gegenwärtig erfolgt diese Bereinigung – differenziert nach Hauptwirtschaftszweigen sowie Verbundenen Aktivitäten des Tourismus – mangels geeigneter Informationen auf Basis von Umsatzanteilen, die allesamt aus nichtamtlichen Drittquellen stammen. Vgl. hierzu auch [3, S. 8 ff.] sowie die Ausführungen im folgenden Kapitel „Beschäftigungspotenziale der Tourismuswirtschaft in Sachsen 2000 bis 2010“. Nach Vorliegen von Daten aus der Umsatzsteuerstatistik gemäß WZ 2008 und entsprechender Informationen aus den VGR ist die Plausibilität der gegenwärtig verwendeten Umsatzanteile erneut zu prüfen. Insofern besteht durchaus die Möglichkeit, dass sich die hier veröffentlichten (vorläufigen) Ergebnisse in Zukunft noch einmal geringfügig verändern.

4) Beispielsweise befördert ein Zugführer/Busfahrer neben Touristen auch gleichzeitig Berufspendler oder Arbeitsuchende. Im Groß- und Einzelhandel tragen die Ortsansässigen dagegen deutlich stärker zur Umsatzentstehung bei als die Touristen, sodass auch die Kassierer den überwiegenden Teil ihrer Arbeitszeit mit Nicht-Touristen in Berührung kommen. Anders gestaltet sich die Situation in der Gastronomie und im kulturellen Bereich, etwa beim Zoobesuch, wo die Aufmerksamkeit der Beschäftigten wieder verstärkt den Touristen gilt. Im Beherbergungsgewerbe und bei den Reiseveranstaltern/büros sowie seit der WZ-Umstellung 2008 auch in der Schifffahrt und beim Luftverkehr sind die erwirtschafteten Umsätze und damit auch die Tätigkeit der Beschäftigten faktisch zu 100 Prozent dem Umgang mit Touristen zuzuordnen.

Tab. 2 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Arbeitsort in Sachsen am 30. Juni 2000 bis 2010¹⁾
nach Wirtschaftszweigen des Tourismus (bereinigt)²⁾

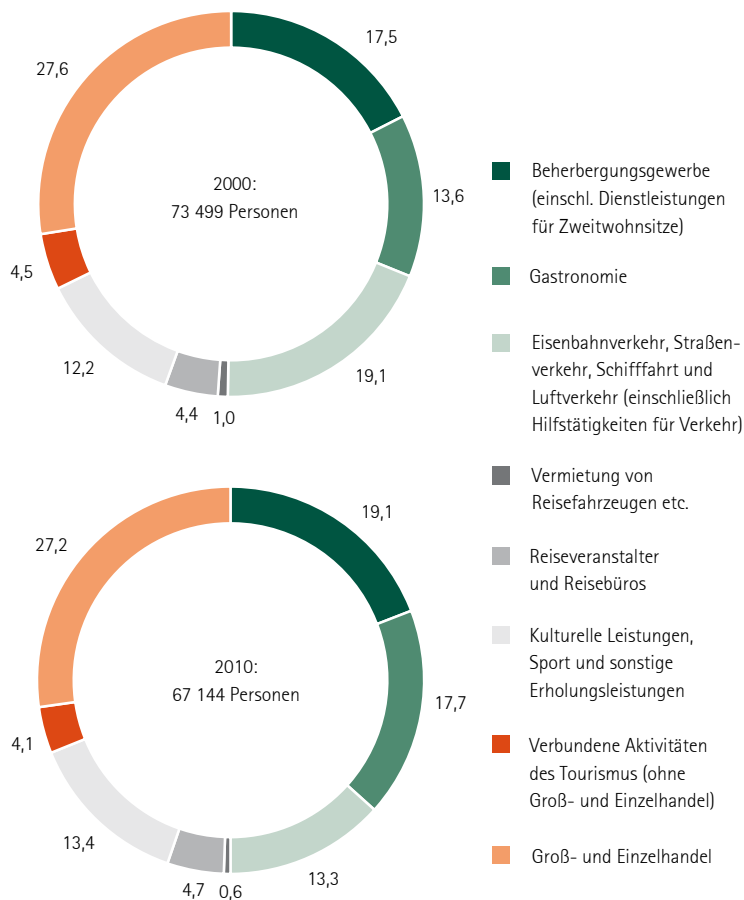
Wirtschaftszweig	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2008	2009	2010
	1 000 Personen											
Beherbergungsgewerbe einschließlich Dienstleistungen für Zweitwohnsitze	12,9	12,8	12,6	12,1	11,8	11,9	12,1	12,6	12,6	12,9	12,4	12,8
Gastronomie	10,0	9,8	9,7	9,3	9,4	10,3	10,5	10,7	10,9	11,2	11,6	11,9
Eisenbahnverkehr, Straßenverkehr, Schifffahrt und Luftverkehr einschließlich Hilfstätigkeiten	14,0	13,2	12,1	11,4	10,4	10,0	9,6	9,9	10,0	9,1	9,0	8,9
Vermietung von Reisefahrzeugen etc.	0,8	0,7	0,7	0,8	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4
Reiseveranstalter und Reisebüros	3,3	3,3	3,4	3,3	3,4	3,3	3,2	3,1	3,2	3,3	3,3	3,1
Kulturelle Leistungen, Sport und sonstige Erholungsleistungen	9,0	8,7	8,7	8,5	8,3	8,1	8,0	8,2	8,3	9,3	9,3	9,0
Hauptwirtschaftszweige des Tourismus zusammen	49,9	48,5	47,2	45,3	43,9	44,1	43,9	44,9	45,5	46,3	46,1	46,2
Verbundene Aktivitäten des Tourismus	23,6	22,8	22,0	21,3	20,7	20,3	19,7	19,9	20,0	20,9	20,9	21,0
darunter Groß- und Einzelhandel	20,3	19,5	18,8	18,3	17,8	17,5	17,1	17,3	17,5	18,1	18,2	18,2
Tourismuswirtschaft insgesamt	73,5	71,3	69,2	66,6	64,6	64,4	63,6	64,7	65,5	67,2	67,1	67,1

Berechnungsstand: Oktober 2011

1) Jahre 2000 bis 2002 nach WZ 93 zusammengefasste Wirtschaftszweige des Tourismus; Jahre 2003 bis 2008 nach WZ 2003 zusammengefasste Wirtschaftszweige des Tourismus; Jahre 2008 bis 2010 nach WZ 2008 zusammengefasste Wirtschaftszweige des Tourismus. Das Jahr 2008 wurde nach WZ 2003 und WZ 2008 entsprechend doppelt aufbereitet.

2) Nach Bereinigung um sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die mit dem Tourismus nur sehr bedingt oder überhaupt nicht in Verbindung stehen, mittels spezieller Umsatzanteile aus nichtamtlichen Drittquellen.

Abb. 4 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Arbeitsort in Sachsen am 30. Juni 2000 und 2010¹⁾ nach Wirtschaftszweigen des Tourismus (bereinigt)²⁾ (in Prozent)



Berechnungsstand: Oktober 2011

1) Zusammenfassung der Wirtschaftszweige des Tourismus im Jahr 2000 gemäß WZ93, im Jahr 2010 gemäß WZ 2008.
2) Nach Bereinigung um sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die mit dem Tourismus nur sehr bedingt oder überhaupt nicht in Verbindung stehen, mittels spezieller Umsatzanteile aus nichtamtlichen Drittquellen.

Veränderungen, die der Übergang von der WZ 2003 auf die WZ 2008 mit sich brachte, war für die sächsische Tourismuswirtschaft ein entsprechender Rückgang um 11,0 Prozent festzustellen.⁵⁾ Wegen des WZ-bedingten Niveausprungs liegt die Zahl der touristisch Beschäftigten in Sachsen 2010 im Vergleich zu 2000 aber letztlich weniger niedrig (vgl. Abb. 3). Vergleichbares kann auch für die Hauptwirtschaftszweige des Tourismus gesagt werden, in denen das Beschäftigungsniveau bis 2006 nahezu ununterbrochen zurückgegangen war. In den Bereichen „Beherbergungsgewerbe einschl. Dienstleistungen für Zweitwohnsitze“, „Reiseveranstalter und Reisebüros“ sowie „Kulturelle Leistungen, Sport und sonstige Erholungsleistungen“ entsprach die Zahl der Beschäftigten zur Jahresmitte 2010 wieder näherungsweise dem Stand von vor zehn Jahren, in der „Gastronomie“ wurde er schon deutlich übertroffen (vgl. Tab. 2). Vor dem Hintergrund des in Sachsen beinahe jährlich weiter steigenden Umfangs an Gästeankünften und Übernachtungen [6] und des immer bedeutsamer werdenden Feldes des Tagestourismus [7] ist diese Entwicklung nicht verwunderlich. Dagegen waren im Verkehrsbereich insgesamt – maßgeblich bedingt durch den Eisenbahnverkehr – bis zuletzt mehr oder weniger starke und weitestgehend

5) Dafür wird die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten indiziert und auf die Basis 2000 = 100 (WZ 2003) bzw. 2008 = 100 (WZ 2008) normiert. Durch die Verkettung beider Indizes über das Jahr 2008 erhält man für den Zeitraum von 2000 bis 2010 so eine durchgängige Indexreihe, aus der sich die Gesamtveränderungsrate in Höhe von minus 11,0 Prozent ableiten lässt.

kontinuierliche Beschäftigungsrückgänge zu verzeichnen. Zum einen dürfte dies an einer höheren Präferenz für die Individualanreise mit dem eigenen Pkw aus Bequemlichkeitsgründen liegen [8], zum anderen aber auch an dem immer weiter voranschreitenden Rationalisierungs- und Technisierungsgrad in diesem Bereich. So werden Fahrscheine heutzutage beispielsweise nur noch selten direkt am Schalter oder in Servicezentralen gekauft, sondern viel häufiger über das Internet bzw. am Fahrkartenautomaten.

Im Bereich der Verbundenen Aktivitäten des Tourismus weist die Beschäftigungsentwicklung seit 2007 wieder kontinuierlich, jedoch nur sehr moderat nach oben, nachdem es zuvor von 2000 an zu teils erheblichen Rückgängen gekommen war (vgl. Tab. 2). Insofern liegt das Beschäftigtenniveau 2010 hier – wie auch im Groß- und Einzelhandel – noch immer signifikant unter dem von 2000. Dies erklärt auch die in diesem Zeitraum deutlich rückläufige Zahl an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der sächsischen Tourismuswirtschaft insgesamt (vgl. Abb. 3).

Die zwischen den einzelnen touristischen Wirtschaftszweigen abweichenden Entwicklungen spiegeln sich auch in der Strukturbetrachtung wider. So entfiel von den insgesamt gut 67 100 Beschäftigten 2010 mehr als ein Viertel – und damit der Großteil – allein auf den „Groß- u. Einzelhandel“. In der „Gastronomie“ sowie im „Beherbergungsgewerbe (einschließlich Dienstleistungen für Zweitwohnsitze)“ lag der entsprechende Anteil bei je knapp einem Fünftel, darunter im Beherbergungsgewerbe allein bei 18,7 Prozent. Darüber hinaus entfalteten auch die „Kulturellen Leistungen, Sport und sonstigen Erholungsleistungen“ sowie der gesamte Verkehrsbereich mit Anteilen von jeweils etwas mehr als 13 Prozent nennenswerte Beschäftigungsimpulse (vgl. Abb. 4). Dabei kommt dem Straßenverkehr mittlerweile die mit Abstand größte Bedeutung zu, nachdem früher auch der Eisenbahnverkehr ein entsprechend hohes Beschäftigtenniveau aufgewiesen hatte (vgl. Tab. 2). Bei den Reiseveranstaltern und Reisebüros war 2010 in etwa jeder Zwanzigste (4,7 Prozent) in der sächsischen Tourismuswirtschaft Beschäftigte tätig, bei den übrigen verbundenen Aktivitäten des Tourismus war es jeder Fünfundzwanzigste (4,1 Prozent). Auf die „Vermietung von Reisefahrzeugen“ entfielen schließlich noch 0,6 Prozent Anteil.

Im Vergleich zum Jahr 2000 haben die Bereiche „Kulturelle Leistungen, Sport und sonstige Erholungsleistungen“, „Beherbergungsgewerbe (einschl. Dienstleistungen für Zweitwohnsitze)“ und insbesondere die Gastronomie ihren Beschäftigungsanteil an der sächsischen Tourismuswirtschaft erhöht; bei den „Reiseveranstaltern und Reisebüros“ sowie bei der

„Vermietung von Reisefahrzeugen etc.“ blieb er – auf niedrigem Niveau – relativ gleich. Dagegen haben der „Groß- u. Einzelhandel“ und damit auch die verbundenen Aktivitäten des Tourismus insgesamt im zehnjährigen Betrachtungszeitraum etwas an Bedeutung verloren (vgl. Abb. 4). Insofern haben sich die Beschäftigtenstrukturen hin zu den Hauptwirtschaftszweigen des Tourismus verschoben (vgl. Abb. 3). Darunter fällt der 2010 gegenüber 2000 um mehr als ein Viertel kleinere Anteil des Bereiches „Eisenbahnverkehr, Straßenverkehr, Luftverkehr und Schifffahrt (einschließlich Hilfstätigkeiten für Verkehr)“ besonders ins Auge, der aber nur zum Teil aus entsprechenden Beschäftigtenrückgängen resultiert. Vielmehr sei an dieser Stelle noch einmal auf die z.T. sprunghaften Veränderungen hingewiesen, die die WZ-Umstellung im Jahr 2008 mit sich brachte (vgl. Tab. 1 und 2).

Zusammenfassung und Ausblick

Die Umstellung des Rechenwerkes zum Wirtschaftsfaktor Tourismus von der WZ 2003 auf die WZ 2008 hat – nach dem gegenwärtigen Berechnungsstand Oktober 2011 – bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt zu einer Niveauerhöhung um nahezu 10 000 Personen geführt, um tourismusfremde Beschäftigte bereinigt waren es 1 700 Personen. Die Niveausteigerungen sind einerseits durch die Änderungen in der WZ-Systematik als solcher – einige Bereiche sind jetzt weitaus differenzierter dargestellt und erlauben somit eine präzisere Abgrenzung – und andererseits auch durch Verschiebungen in den touristischen Wirtschaftszweigen untereinander bedingt. Für die einzelnen Zweige waren dabei unterschiedlich große Niveauänderungen charakteristisch, wobei lediglich im Verkehrsbereich sowie bei der „Vermietung von Reisefahrzeugen etc.“ nach WZ 2008 eine niedrigere Beschäftigtenzahl zu verzeichnen war, als nach WZ 2003.

Ungeachtet dessen hat die Beschäftigtenzahl im sächsischen Tourismus die seit 2007 zu beobachtende Aufwärtstrendentwicklung am aktuellen Rand, d. h. zur Jahresmitte 2010 in sehr moderater Form fortgesetzt.

Bei der Bewertung und Interpretation der hier vorgestellten Ergebnisse ist allerdings zu berücksichtigen, dass (bislang) weder die Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen noch die marginal Beschäftigten enthalten sind, obwohl beide Personengruppen in der Tourismuswirtschaft eine nicht unbedeutende Rolle spielen. Deshalb wird im Statistischen Landesamt gegenwärtig geprüft, die Berechnungen von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf alle Erwerbstätigen im sächsischen Tourismus

auszudehnen, um die Beschäftigungspotenziale dieses Querschnittsbereichs zukünftig noch genauer abschätzen zu können.

Roman Straube, Dipl.-Volkswirt,
Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich
Gesamtwirtschaftliche Analysen

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Klassifikation der Wirtschaftszweige – Ausgabe 2003 mit Erläuterungen. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wiesbaden 2003. Abrufbar unter: http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Klassifikationen/GueterWirtschaftsklassifikationen/klassifikationwz2003__erl,property=file.pdf
- [2] Klassifikation der Wirtschaftszweige – Ausgabe 2008 mit Erläuterungen. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wiesbaden 2008. Abrufbar unter: http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Klassifikationen/GueterWirtschaftsklassifikationen/klassifikationwz2008__erl,property=file.pdf
- [3] Janisch, U.: Empirische Befunde zum Wirtschaftsfaktor Tourismus in Sachsen. In: Statistik in Sachsen, 1/2007, S. 14 – 16.
- [4] Straube, R.: Aktuelle Ergebnisse zum Wirtschaftsfaktor Tourismus in Sachsen 2006 bzw. 2007. In: Statistik in Sachsen, 4/2008, S. 28 – 30.
- [5] Ahlert, G.: Einführung eines Tourismussatellitensystems in Deutschland, GWS Discussion Paper 2003/4, Osnabrück 2003, S. 25 f.
- [6] Branchenreport Tourismus im Freistaat Sachsen – Tabellenband 1992 bis 2010, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.), Kamenz 2011, S. 18. Abrufbar unter: http://www.statistik.sachsen.de/download/100_Berichte-G/G_IV_6_j10.pdf [Aufruf vom 26. August 2011].
- [7] Landestourismusverband Sachsen e.V.: Tourismus in Sachsen – Weit mehr als eine statistische Größe, in: Reiseland Sachsen, 02/2011, Dresden 2011, S. 6 – 7.
- [8] Pressemitteilung Nr. 348 des Statistischen Bundesamtes, 21.09.2011: „Autofreier Tag – Auto in Europa weitaus beliebter als Bus und Bahn“. Abrufbar unter: http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2011/09/PD11__348__461,templateld=renderPrint.psm1 [Aufruf vom 28. September 2011]

Handwerkszählung 2008 – Datenangebot und Grenzen

Vorbemerkungen

Das Handwerk spielt als Wirtschaftsfaktor in Deutschland eine entscheidende Rolle. Die vor allem klein- und mittelständischen Betriebe sind besonders im ländlichen Raum wichtiger Arbeitgeber und Steuerzahler der Kommunen. Der Zentralverband des deutschen Handwerks (ZDH) ist eine einflussreiche Institution.

Im Jahr 1995 wurde erstmals im geeinten Deutschland eine Totalerhebung bei allen zulassungspflichtigen Handwerksunternehmen (Handwerkszählung) durchgeführt, um einen Überblick über die Wirtschaftskraft und die Struktur des Handwerks zu erhalten. Die konjunkturelle Entwicklung im Handwerk wird bundesweit einheitlich seit Anfang der 1990er Jahre in einer vierteljährlichen Erhebung mit Hilfe von Messzahlen und Veränderungsraten beobachtet. Mit der Handwerkszählung gab es erstmals Absolutzahlen in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung, die auch sehr intensiv genutzt wurden.

Das Gesetz über Statistiken im Handwerk (Handwerkstatistikgesetz – HwStatG) [1] besagte zum damaligen Zeitpunkt, dass diese Zählungen alle acht bis zehn Jahre durchzuführen sind. Mit dem Inkrafttreten des Statistikregistergesetzes [2] und dem damit verbundenen Aufbau des Unternehmensregisters für statistische Zwecke begannen Untersuchungen, zukünftig Totalerhebungen durch eine Registerauswertung zu ersetzen. Die Verordnung zur Verlängerung der Periodizität der Zählung im Handwerk (HwZPV) [3] bewirkte die Verschiebung der nächsten Handwerkszählung in die Jahre 2007 bis 2009. Im dritten Mittelstandsentslastungsgesetz [4] war schließlich eine Änderung des HwStatG dahingehend enthalten, dass zum Zweck einer Handwerkszählung eine jährliche Auswertung aus dem Statistikregister nach dem Verwaltungsdatenverwendungsgesetz für das zulassungspflichtige

Handwerk nach Anlage A, sowie für das zulassungsfreie Handwerk nach Anlage B1 der Handwerksordnung zu erfolgen hat. Damit wurde der materielle und personelle Aufwand für eine Handwerkszählung wesentlich reduziert und den immer knapper werdenden Ressourcen der öffentlichen Hand Rechnung getragen. Es bestehen keine Datenforderungen von Eurostat – in Deutschland wird ansonsten der Umfang des statistischen Programms weitgehend dadurch bestimmt –, weil es die formaljuristische Abgrenzung des Handwerks in den anderen europäischen Ländern nicht gibt. Andererseits wird mit den umfangreichen Untersuchungen zur Register- und Verwaltungsdatenauswertung für eine Handwerkszählung die eingangs erwähnte Bedeutung des Handwerks und der Einfluss des ZDH mit seinen Datenwünschen deutlich. Andere Totalerhebungen wie die Handels- und Gaststättenzählung wurden mit Einführung des Unternehmensregisters ersatzlos gestrichen.

Datenquellen und Methodik

Die Ergebnisse der Handwerkszählung als Verwaltungsdatenauswertung werden vorrangig aus dem bundesweit einheitlichen Unternehmensregister gewonnen. Dieser Artikel befasst sich nicht mit dem Aufbau und den Aufgaben des Unternehmensregisters, dazu findet man zahlreiche Aufsätze auf den Internetseiten der Statistischen Ämter, wie z. B.: Sturm/Tümmler „Das statistische Unternehmensregister – Entwicklungsstand und Perspektiven“ [5].

Deshalb soll an dieser Stelle nur kurz erläutert werden, woher und in welcher Form die Daten kommen, die für die Handwerkszählung verwendet werden. Das Unternehmensregister wird aus zahlreichen Quellen gespeist und gepflegt, die wichtigsten findet man in Abb. 1. Folgende Merkmale können für die

Handwerkszählung aus dem Unternehmensregister ausgewertet werden:

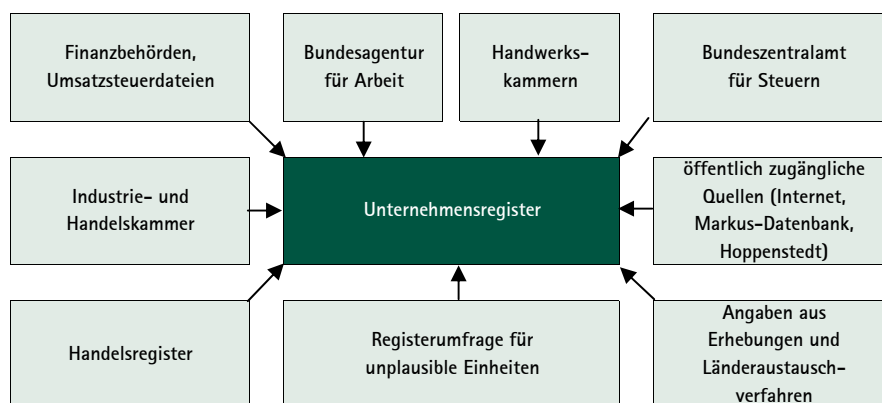
- Gewerbebezug nach Anlage A bzw. B1 der Handwerksordnung
- Beginn/Ende der Handwerkszugehörigkeit
- Wirtschaftszweig
- steuerbarer Umsatz
- sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
- Rechtsform
- Amtlicher Gemeindeschlüssel (AGS)

Der **Gewerbebezug** nach Anlage A bzw. B1 der Handwerksordnung sowie Beginn und Ende der Handwerkszugehörigkeit werden aus den Dateien der Handwerkskammern in das Unternehmensregister eingespielt. Die Verknüpfung erfolgt dabei über die Steuernummer oder falls nicht möglich über einen Adressabgleich. Für die Handwerkszählung 2008 wurden genau die rechtlich selbständigen Unternehmen betrachtet, die im Jahr 2008 wirtschaftlich aktiv waren und einen Handwerkskammereintrag besaßen. Die Statistischen Landesämter bekommen nur einen Gewerbebezug pro Unternehmen von den Handwerkskammern gemeldet, obwohl viele Handwerker die Zulassung für mehrere Gewerbebezüge besitzen. Für die Qualität der Ergebnisse der Handwerkszählung ist es wichtig, dass es sich um den für die wirtschaftliche Tätigkeit relevantesten handelt. Jeder Einheit im Unternehmensregister wird ein **Wirtschaftszweig** zugewiesen, der die tatsächliche wirtschaftliche Tätigkeit widerspiegeln sollte. Diese Zuordnung erfolgt durch die Finanzdateien und durch die Bundesagentur für Arbeit und wird im Unterneh-

mensregister bei Primärerhebungen falls notwendig korrigiert. Über den Wirtschaftszweig ist eine Vergleichbarkeit der Handwerksstatistiken mit anderen Wirtschaftsstatistiken möglich, die alle nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige ausgewertet werden. In den Handwerksstatistiken erfolgt die Ergebnisdarstellung vorrangig in der Klassifikation der Handwerksordnung nach Gewerbegruppen und -zweigen. Der Wirtschaftszweig spielt bei Handwerksauswertungen eine untergeordnete Rolle.

Der **steuerbare Umsatz** ist die Summe der monatlichen oder vierteljährlichen Umsatzsteuervoranmeldungen der Handwerksunternehmen an die Finanzverwaltungen. In den Ergebnissen der Handwerkszählung sind alle Revisionen der Daten enthalten. Das ist ein Grund, warum die Zählungsergebnisse erst in einem größeren zeitlichen Abstand zum Erhebungsjahr vorliegen. Abweichend von der letzten Handwerkszählung als Primärerhebung sind in den Umsatzangaben der Finanzverwaltungen teilweise auch außerordentliche Erträge enthalten, die nicht der statistischen Umsatzdefinition entsprechen, die aber auch nicht zu eliminieren sind. Nicht in den Daten enthalten sind steuerfreie Umsätze der Unternehmen und Umsätze von Kleinunternehmen unterhalb der Steuergrenze von 17 500 €. Ein großes Problem stellen die umsatzsteuerlichen Organschaften dar. Dabei handelt es sich um eine Verbindung von rechtlich selbständigen Unternehmen, die steuerrechtlich als ein Schuldner behandelt werden. Für eine Organschaft ist im Datenmaterial der Finanzverwaltungen beim Organträger der gesamte Umsatz aller Organschaftsmitglieder enthalten. Die außerdem zur Organschaft gehörenden Organgesellschaften erscheinen nicht im Datenmaterial der Finanzverwaltungen. Des Weiteren beinhaltet der Umsatz beim Organträger nur den Außenumsatz der Organschaft. Der Umsatz zwischen den Organschaftsmitgliedern wird nicht berücksichtigt. Dabei kann es sich aber bei den Mitgliedern einer Organschaft um eine Mischung aus Handwerkern und Nichthandwerkern und um völlig unterschiedliche wirtschaftliche Tätigkeiten in unterschiedlichen Bundesländern handeln. Die Ermittlung der Zusammensetzung der Organschaften und das von der Statistik entwickelte Schätzverfahren zur Aufteilung des Organschaftsumsatzes auf alle Mitglieder einschließlich einer Schätzung für den Innenumsatz war eine der größten Herausforderungen und ist gleichzeitig auch ein großer Unsicherheitsfaktor für die Handwerkszählung aus Verwaltungsdaten. Deshalb wurden Ergebnisse, die auf einem Umsatzanteil aus Organschaftsschätzungen von mehr als 30 Prozent beru-

Abb. 1 Datenquellen des Unternehmensregisters



hen als unsicher in Klammern dargestellt, ab einem Umsatzanteil von 40 Prozent erfolgt keine Veröffentlichung.

Die Angaben zu **sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** der Bundesagentur für Arbeit resultieren aus den monatlichen Meldungen der Arbeitgeber zur Sozialversicherung bzw. aus dem Meldeverfahren für geringfügig entlohnte Beschäftigte. Diese Angaben liegen für Betriebe vor und müssen bei Mehrbetriebsunternehmen zu Unternehmensdaten zusammengeführt werden. In der Handwerkszählung 2008 wurden alle Unternehmen einbezogen, für die zum Stichtag 31. Dezember 2008 Angaben zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bzw. geringfügig Beschäftigten vorlagen. Dabei wurde nur die Zahl der beschäftigten Personen ausgewertet, nicht die Beschäftigungsfälle. Arbeitet eine Person in mehreren Unternehmen,

kann das nicht berücksichtigt werden. Zur Ermittlung der Zahl der tätigen Personen wurde eine Zuschätzung für die tätigen Inhaber vorgenommen. Keine Datenquellen und keine Schätzbasis gibt es für die unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen, deren Zahl gegenüber der Handwerkszählung 1995 sicher gesunken ist, die aber gerade im Handwerk noch zu finden sind.

Die **Rechtsform** gehört zu den Angaben, die im Unternehmensregister für jede wirtschaftlich tätige Einheit vorhanden ist. Sie wird mit den Verwaltungsdateien geliefert und mit Hilfe des Unternehmensnamens geprüft. Damit ist es problemlos möglich, die Merkmale wie in der Handwerkszählung 1995 in der Gliederung nach Rechtsformen darzustellen.

Der **amtliche Gemeindeschlüssel** liegt ebenso für jede Einheit im Unternehmensregis-

Tab. 1 Zulassungspflichtige Handwerksunternehmen¹⁾, tätige Personen und Umsatz nach Gewerbegruppen

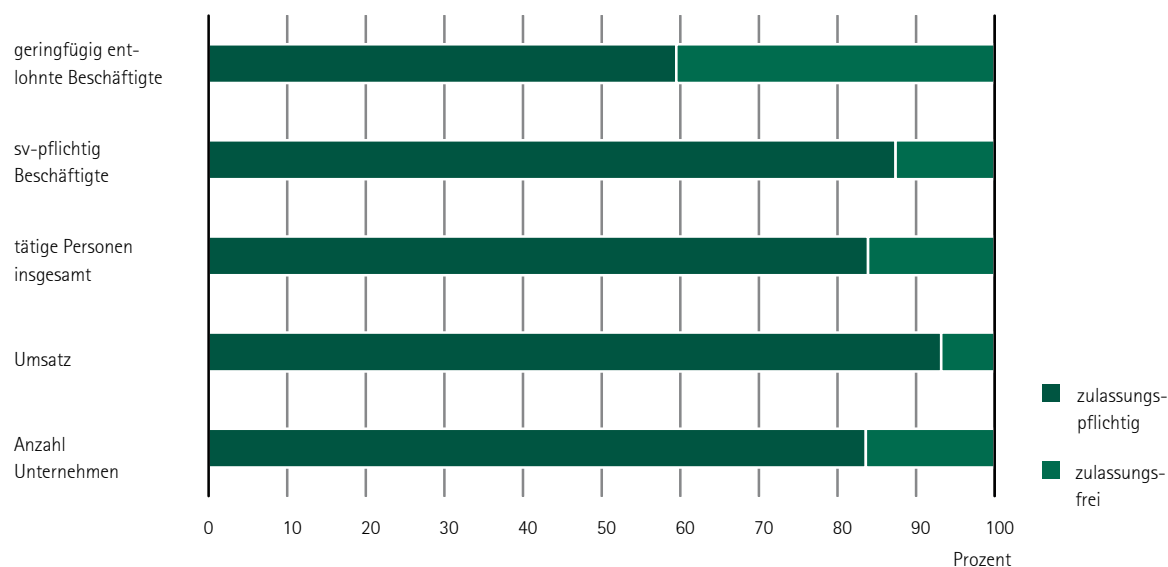
Gewerbegruppe	Unternehmen	Tätige Personen am 31.12.2008			Umsatz ³⁾ 2008
		insgesamt ²⁾	darunter		insgesamt
			sozialversiche- rungspflichtig	geringfügig entlohnte	
			Beschäftigte		
	Anzahl	1 000 €			
Bauhauptgewerbe	6 429	44 668	34 680	3 252	3 963 038
Ausbaugewerbe	11 817	66 331	49 458	4 523	5 009 122
Handwerke für den gewerblichen Bedarf	3 619	31 489	25 553	2 148	3 262 678
Kraftfahrzeuggewerbe	3 698	35 751	29 532	2 225	(6 046 177)
Lebensmittelgewerbe	2 103	30 296	24 862	3 238	1 463 435
Gesundheitsgewerbe	1 087	8 567	6 679	707	473 562
Handwerke für den privaten Bedarf	3 255	17 031	12 253	1 416	411 785
Insgesamt	32 008	234 133	183 017	17 509	20 629 797

1) nur Unternehmen (einschl. der inzwischen inaktiven Unternehmen) mit steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und/oder mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Berichtsjahr 2008

2) einschließlich tätiger Unternehmer (geschätzt)

3) mit geschätzten Umsätzen bei Organschaftsmitgliedern; ohne Umsatzsteuer

Abb. 2 Zulassungspflicht im sächsischen Handwerk im Jahr 2008



ter vor. Er kann zeitnah gepflegt werden, da alle Änderungen in der Gemeindestruktur sächsischer Gemeinden dem Statistischen Landesamt bekanntgegeben werden. Durch Auswertung des amtlichen Gemeindeschlüssels für den Unternehmenssitz jedes Handwerksunternehmens können die Ergebnisse nach Handwerkskammerbezirken – die in Sachsen den Direktionsbezirken entsprechen – und Kreisen aufbereitet werden. Dabei ist ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass der gesamte Umsatz und alle tätigen Personen eines Mehrbetriebsunternehmens der regionalen Einheit des Unternehmenssitzes zugerechnet werden müssen. Auch wenn sich Unternehmensteile in anderen Bundesländern befinden, wird das dem sächsischen Unternehmen zugerechnet, aber auch umgekehrt. Das Gleiche gilt bei regionalen Auswertungen für Unternehmenssitz und Betriebsteile in unterschiedlichen Handwerkskammerbezirken oder Kreisen.

Ausgewählte Daten der Handwerkszählung 2008

In der Handwerkszählung 2008 wurden 32 008 Unternehmen des zulassungspflichtigen Handwerks ermittelt. Dagegen weisen die Statistiken der Handwerkskammern in Chemnitz, Dresden und Leipzig mit Stand 31. Dezember 2008 insgesamt 37 589 Mitglieder im zulassungspflichtigen Handwerk aus. Das ist immerhin eine Differenz von fast 5 600 Unternehmen, die erklärt werden muss. Wie bereits im Abschnitt „Datenquellen und Methodik“ erläutert, sind die Dateien der Handwerkskammern die ursprüngliche Datenquelle für die Zuordnung eines Unternehmens zum zulassungspflichtigen oder

zulassungsfreien Handwerk. Während jedoch bei den Handwerkskammern jede Anmeldung zu einer Mitgliedschaft führt und die Beendigung der Mitgliedschaft einer Abmeldung bedarf, ist es Ziel der Statistik, die Wirtschaftskraft des Handwerks zu messen. Deshalb werden in der Statistik nur die wirtschaftlich aktiven Einheiten, die in ihrer Gesamtheit oder überwiegend handwerkliche Leistungen für Dritte erbringen betrachtet. Kriterien für die Einbeziehung in die Auswertung zur Handwerkszählung waren deshalb neben der Kennzeichnung als Handwerksunternehmen das Vorhandensein eines Umsatzes aus Finanzdateien für das Berichtsjahr (bzw. die Zugehörigkeit zu einer umsatzsteuerlichen Organschaft) und/oder der Eintrag von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Darüber hinaus wurden bei der Kombination von großen Umsatzwerten mit bestimmten Wirtschaftsbereichen Zusatzprüfungen durchgeführt, um handwerkliche Nebenbetriebe oder innerbetriebliche handwerkliche Abteilungen (z. B. Supermärkte mit eigener Fleischabteilung, große Energiekonzerne mit Elektriker für die Lehrlingsausbildung, Busunternehmen mit eigener Kfz-Werkstatt ausschließlich für die Wartung des eigenen Fuhrparks) aus der Auswertung auszuschließen. Damit lässt sich erklären, warum die Handwerkszählung als Auswertung für das gesamte sächsische Handwerk schon im zulassungspflichtigen Handwerk ca. 15 Prozent weniger Unternehmen ausweist, als die Mitgliederstatistik der Handwerkskammern. Jede Einrichtung verfolgt ein anderes Ziel, dafür sind die jeweiligen Mengenangaben auch in Ordnung, aber nur bedingt miteinander vergleichbar.

Ausgewählte Daten der Handwerkszählung 2008

Bei der Handwerkszählung 2008 wurden insgesamt 38 293 sächsische Handwerksunternehmen mit 279 041 tätigen Personen und einem Umsatz von 22,1 Milliarden € ermittelt. Dabei gehörten 84 von 100 Unternehmen zum zulassungspflichtigen Handwerk. Deshalb sollen sich die Ausführungen in diesem Artikel auf das zulassungspflichtige Handwerk konzentrieren. Die 32 008 Unternehmen des zulassungspflichtigen Handwerks erreichten einen Umsatz von 20,6 Milliarden € (93 Prozent des gesamten Handwerksumsatzes) und beschäftigten 234 133 Personen (84 Prozent der tätigen Personen). Dabei hatten im zulassungspflichtigen Handwerk 93 Prozent aller Beschäftigten ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis, nur 17 509 Mitarbeiter wurden geringfügig entlohnt.

Die meisten Handwerksunternehmen in Sachsen findet man im Ausbaugewerbe. Die 11 817 Unternehmen dieser Gewerbegruppe erreichten fast ein Viertel des sächsischen Handwerksumsatzes (5,0 Milliarden €) und beschäftigten mehr als 66 300 Personen. Gemeinsam mit dem Bauhauptgewerbe (6 429 Unternehmen) waren mehr als die Hälfte aller sächsischen Unternehmen des zulassungspflichtigen Handwerks und 47 Prozent der tätigen Personen dem Bauhandwerk zuzurechnen. Das Kraftfahrzeuggewerbe erzielte 29 Prozent des Umsatzes und damit den höchsten Wert aller Gewerbegruppen. Der Betrag von 6,0 Milliarden € ist jedoch unsicher, da es in dieser Branche besonders viele umsatzsteuerliche Organschaften gibt (siehe Abschnitt: Datenquellen und Methodik). Dabei muss dem Datennutzer aber auch bewusst sein, dass ein erheblicher An-

Tab. 2 Zulassungspflichtige Handwerksunternehmen¹⁾, tätige Personen und Umsatz nach Kreisfreien Städten und Landkreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis Handwerkskammerbezirk Land	Unter- nehmen	Tätige Personen am 31.12.2008			Umsatz ³⁾ 2008
		insgesamt ²⁾	darunter		insgesamt
			sozialversiche- rungspflichtig	geringfügig entlohnte	
			Anzahl		
Chemnitz, Stadt	1 486	13 006	10 627	800	1 400 739
Erzgebirgskreis	3 598	25 150	19 639	1 731	1 952 128
Mittelsachsen	2 891	22 551	18 035	1 477	1 953 658
Vogtlandkreis	2 399	16 178	12 493	1 159	1 437 038
Zwickau	3 005	23 269	17 640	2 496	1 940 986
Handwerkskammerbezirk Chemnitz	13 379	100 154	78 434	7 663	8 684 549
Dresden, Stadt	2 424	20 217	16 025	1 625	2 009 411
Bautzen	2 844	20 433	16 093	1 352	1 770 417
Görlitz	2 254	15 623	12 060	1 175	1 270 050
Meißen	2 168	15 241	12 014	965	1 338 611
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	2 376	14 620	11 039	1 105	1 128 110
Handwerkskammerbezirk Dresden	12 066	86 134	67 231	6 222	7 516 599
Leipzig, Stadt	2 573	19 032	14 767	1 564	1 757 180
Leipzig	2 269	15 906	12 293	1 246	1 414 001
Nordsachsen	1 721	12 907	10 292	814	1 257 468
Handwerkskammerbezirk Leipzig	6 563	47 845	37 352	3 624	4 428 649
Sachsen	32 008	234 133	183 017	17 509	20 629 797

1) nur Unternehmen (einschl. der inzwischen inaktiven Unternehmen) mit steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und/oder mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Berichtsjahr 2008

2) einschließlich tätiger Unternehmer (geschätzt)

3) mit geschätzten Umsätzen bei Organschaftsmitgliedern; ohne Umsatzsteuer

teil aus dem Handel mit Kraftfahrzeugen resultiert, denn viele Werkstätten verkaufen auch Kraftfahrzeuge. Eine getrennte Auswertung nach Handwerksumsatz und sonstigem

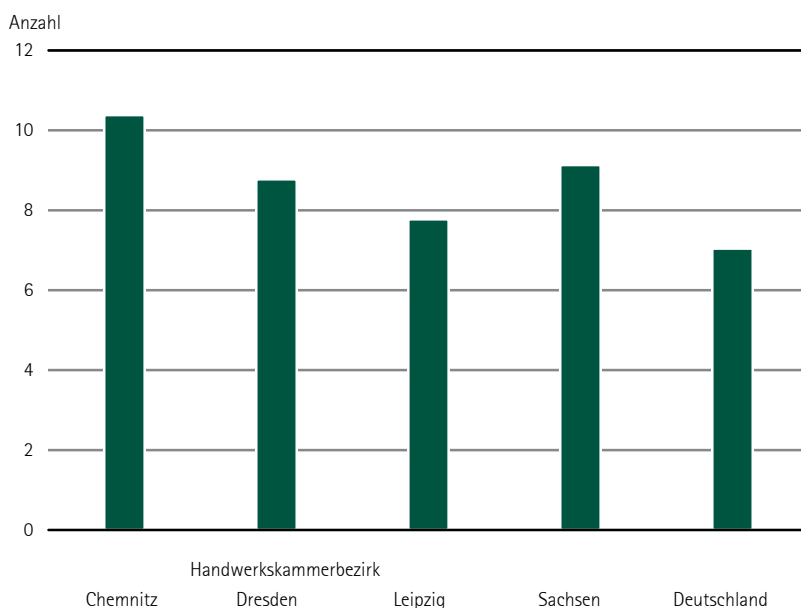
Umsatz ist bei einer Verwaltungsdatenverwendung nicht möglich. In den knapp 3 700 Unternehmen des Kraftfahrzeuggewerbes waren 35 751 Personen tätig. Das Lebens-

mittelgewerbe gehört nach der Zahl der Unternehmen (2 103) eher zu den kleineren Gewerbegruppen in Sachsen. Allerdings waren in diesen Unternehmen 30 300 Personen tätig. Das entspricht einer Durchschnittszahl von 14 tätigen Personen je Unternehmen und stellt den Höchstwert der Gewerbegruppen im zulassungspflichtigen Handwerk des Freistaates dar. Im Durchschnitt aller Handwerksunternehmen waren sieben Personen pro Unternehmen tätig. Allerdings war im Lebensmittelhandwerk der Anteil der geringfügig Beschäftigten am höchsten. Er lag bei elf Prozent und damit um vier Prozentpunkte über dem Durchschnitt.

62 Prozent aller zulassungspflichtigen Handwerksunternehmen hatten weniger als fünf tätige Personen. Insgesamt arbeiteten in diesen kleinen Unternehmen 17 Prozent aller Beschäftigten und erreichten zwölf Prozent des Umsatzes. In den 571 Unternehmen (zwei Prozent) mit 50 und mehr tätigen Personen wurde dagegen ein Drittel des Umsatzes im zulassungspflichtigen Handwerk erwirtschaftet.

Die meisten zulassungspflichtigen Handwerksunternehmen gab es wie bereits zur Handwerkszählung 1995 im Handwerkskammerbezirk Chemnitz. Für das Jahr 2008 wur-

Abb. 3 Zahl der Handwerksunternehmen je 1000 Einwohner 2008 nach Handwerkskammerbezirken, für Sachsen insgesamt und im Vergleich mit Deutschland insgesamt



den 13 379 Unternehmen mit 100 154 tätigen Personen und einem Umsatz von 8,7 Milliarden € ermittelt. Der Handwerkskammerbezirk Leipzig hatte mit 6 563 zulassungspflichtigen Handwerkern nicht einmal halb so viele Unternehmen wie der Handwerkskammerbezirk Chemnitz. Die 47 845 tätigen Personen im Handwerkskammerbezirk Leipzig erreichten einen Umsatz von 4,4 Milliarden € und damit durchschnittlich 92 562 € Umsatz je tätige Person. Das lag wesentlich über den Durchschnittswerten in den Handwerkskammerbezirken Dresden (87 266 €) und Chemnitz (86 712 €). Umfangreiche Ergebnistabellen über das zulassungspflichtige und das zulassungsfreie Handwerk sind auf der Internetseite des Statistischen Landesamtes zu finden.

Vergleich mit der Handwerkszählung 1995

Die Handwerkszählungen 1995 und 2008 sind die beiden einzigen Totalerhebungen mit Absolutzahlen im Handwerk in Deutschland nach der politischen Wende. Deshalb ist es naheliegend, die Entwicklung innerhalb dieser 13 Jahre zu vergleichen. Es gibt viele Parallelen zwischen den Zählungen und ein Vergleich ist möglich, es ist aber auch zwingend der grundsätzlich andere methodische Ansatz zu beachten.

Am 1. Januar 2004 trat eine novellierte Handwerksordnung in Kraft. Seitdem gibt es neben zulassungspflichtigen auch zulassungsfreie Gewerbebezüge, bei denen der Meisterzwang entfallen ist. Ein Vergleich mit der Handwerkszählung 1995 ist deshalb nur für das Handwerk insgesamt möglich. In den Verwaltungsdaten sind auch wesentlich weniger

Tab. 3 Zulassungspflichtige Handwerksunternehmen¹⁾, tätige Personen und Umsatz nach Umsatzgrößenklassen und Beschäftigtengrößenklassen

Unternehmen mit Umsatz von ... bis unter ... €	Unter- nehmen	Tätige Personen am 31.12.2008			Umsatz ³⁾ 2008		
		insgesamt ²⁾	darunter		insgesamt		
			sozialversiche- rungspflichtig	geringfügig entlohnte			
						Beschäftigte	
						Anzahl	
Unternehmen mit ... tätigen Personen							
nach Umsatzgrößenklassen							
unter 50 000	5 995	8 812	2 118	536	187 208		
50 000 - 125 000	8 269	18 542	8 095	1 788	687 539		
125 000 - 250 000	6 224	23 519	14 346	2 568	1 111 881		
250 000 - 500 000	4 887	30 790	22 598	2 956	1 733 863		
500 000 - 5 Mill.	5 949	96 844	84 036	6 562	8 019 742		
5 Mill. und mehr	684	55 626	51 824	3 099	(8 889 564)		
nach Beschäftigtengrößenklassen							
unter 5	19 901	40 809	16 997	2 988	2 466 459		
5 - 9	6 653	43 265	31 764	4 428	2 765 530		
10 - 19	3 270	43 501	36 525	3 526	3 571 281		
20 - 49	1 613	46 931	42 428	2 834	4 886 494		
50 und mehr	571	59 627	55 303	3 733	6 940 033		
Insgesamt	32 008	234 133	183 017	17 509	20 629 797		

- 1) nur Unternehmen (einschl. der inzwischen inaktiven Unternehmen) mit steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und/oder mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Berichtsjahr 2008
2) einschließlich tätiger Unternehmer (geschätzt)
3) mit geschätzten Umsätzen bei Organschaftsmitgliedern; ohne Umsatzsteuer

Merkmale enthalten, als zur Handwerkszählung 1995 erfragt wurden. So gibt es keine Angaben zu Entgelten der Arbeitnehmer und auch keine Aufteilung der tätigen Personen nach ihrer Stellung im Unternehmen oder des Umsatzes nach seiner Art (z. B. Unterscheidung nach Handwerks- und Handelsumsatz). Die zur Handwerkszählung 1995 am meisten

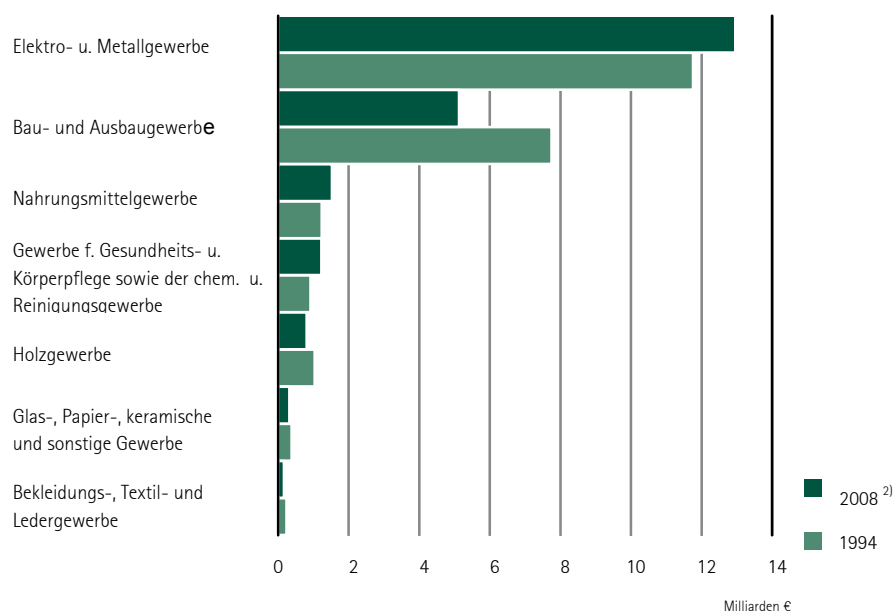
nachgefragten Merkmale Umsatz insgesamt und tätige Personen in regionaler Gliederung können durch eine Registerauswertung ermittelt werden. Dabei ist aber unbedingt auf die Abweichungen in der Definition der Merkmale aus Verwaltungsdaten im Vergleich zu einer Primärerhebung hinzuweisen. Im Abschnitt „Datenquellen und Methodik“ sind

Tab. 4 Handwerksunternehmen¹⁾, tätige Personen und Umsatz im Jahr 2008 nach Gewerbegruppen wie bei der HWZ 1995

Gewerbegruppe	Unter- nehmen	Tätige Personen am 31.12.2008			Umsatz ³⁾ 2008
		insgesamt ²⁾	darunter		insgesamt
			sozialversiche- rungspflichtig	geringfügig entlohnte	
	Anzahl	1 000 €			
Bau- und Ausbaugewerbe	12 100	64 051	46 894	4 526	5 127 998
Elektro- u. Metallgewerbe	14 972	112 973	89 606	7 594	12 958 529
Holzgewerbe	2 578	12 552	8 907	943	808 897
Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe	993	3 067	1 667	370	163 871
Nahrungsmittelgewerbe	2 175	30 830	25 216	3 337	1 525 998
Gewerbe für Gesundheits- und Körperpflege sowie der chemischen und Reinigungsgewerbe	4 378	50 570	33 861	12 123	1 222 046
Glas-, Papier-, keramische und sonstige Gewerbe	1 097	4 998	3 330	524	318 105
Insgesamt	38 293	279 041	209 481	29 417	22 125 444

- 1) nur Unternehmen (einschl. der inzwischen inaktiven Unternehmen) mit steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und/oder mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Berichtsjahr 2008
2) einschließlich tätiger Unternehmer (geschätzt)
3) mit geschätzten Umsätzen bei Organschaftsmitgliedern; ohne Umsatzsteuer

Abb. 4 Umsatz¹⁾ im sächsischen Handwerk – Vergleich Handwerkszählung 1995 und Handwerkszählung 2008 nach Gewerbegruppen der Handwerkszählung 1995



1) ohne Umsatzsteuer

2) mit geschätzten Umsätzen bei Organschaftsmitgliedern

wir ausführlich auf die Einschränkungen bei den Merkmalen Umsatz und tätige Personen gegenüber einer direkten Befragung bei den Unternehmen eingegangen.

Die Zahl der Handwerksunternehmen hat sich bei der Handwerkszählung 2008 im Vergleich zum Jahr 1995 um sieben Prozent oder 2 463 Unternehmen erhöht. Im Gegensatz dazu sind die Zahl der Beschäftigten wesentlich (um 29 Prozent) und der Umsatz moderat (um fünf Prozent) gesunken. Wesentlicher Auslöser dieses Gegensatzes ist das Bau- und Ausbaugewerbe. Hier gab es im Jahr 2008 insgesamt 4 320 Handwerksunternehmen mehr (56 Prozent) als im Jahr 1995, aber der Umsatz (-34 Prozent) und die Beschäftigtenzahlen (-54 Prozent) sind wesentlich gesunken. Das ist ein Indiz dafür, dass sich die Struktur im sächsischen Bauhandwerk gewandelt hat hin zu vielen kleinen Unternehmen mit geringeren Umsätzen. Außer dem Bau hat nur noch die Gewerbegruppe für Gesundheits- und Körperpflege sowie der chemischen und Reinigungsgewerbe einen Anstieg der Unternehmenszahlen zu verzeichnen (um 27 Prozent), allerdings sind hier auch die Beschäftigtenzahlen (um 16 Prozent) und der Umsatz (um ein Drittel) in den letzten 13 Jahren gestiegen. Das kann man auch an den Zahlen der Handwerkskammern verfolgen, allein bei den Friseuren gab es in den letzten Jahren einen immensen Zuwachs. Eine Unternehmenskonzentration hat es beim Nahrungsmittelhandwerk gegeben. Während die Unternehmenszahlen um 28 Prozent zu-

rückgingen, konnten beim Umsatz Zuwächse um fast ein Viertel gegenüber dem Jahr 1995 verzeichnet werden und auch die Beschäftigung stieg um sechs Prozent. Eine Vergleichstabelle aller Gewerbegruppen in der Gliederung der Handwerkszählung 1995 ist ebenfalls im Internet zu finden.

Ausblick

Mit der Handwerkszählung 2008 konnten erstmals wieder Strukturdaten über das Handwerk in Deutschland auch in tieferer regionaler Gliederung veröffentlicht werden. Wenn es auch einige Einschränkungen bei den Merkmalen gegenüber einer direkten Befragung gibt, so verbessert sich doch die Datenlage über das Handwerk durch die Handwerkszählung wesentlich. Gemeinsam mit der Handwerksberichterstattung, die auf der gleichen Basis der Verwaltungsdatenauswertung die unterjährigen Veränderungen erfasst, können Struktur und Entwicklung des Handwerks nun besser beobachtet werden. Der größte Vorteil der Verwaltungsdatenauswertung besteht in der Entlastung der Wirtschaft. Zur Handwerkszählung 1995 wurden noch ca. 40 000 Handwerksunternehmen zur Datenmeldung verpflichtet, bei der Handwerksberichterstattung waren es bis zum Jahr 2007 ca. 3 000. Das ist mit der Verwaltungsdatenauswertung nicht mehr notwendig. Deshalb kann es zukünftig jährlich eine Handwerkszählung geben. Weil diese auf dem gleichen methodischen Vorgehen beru-

hen, ist ein Vergleich wesentlich besser möglich als momentan zur Handwerkszählung 1995 in Form einer Primärerhebung. Mithilfe der dann entstehenden Zeitreihen sind auch Änderungen in der Struktur des Handwerks erkennbar. Das wird vor allem für die Arbeit der Handwerksorganisationen sehr hilfreich sein.

Carmen Ronge, Dipl.-Ing., Referentin Dienstleistungen, Handel, Verkehr und Tourismus

Literatur- und Quellenverzeichnis

- [1] Gesetz über die Statistiken im Handwerk (Handwerksstatistikgesetz – HwStatG) vom 7. März 1994 (BGBl. I S. 417, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. November 2010 (BGBl. I S. 1480, 1481))
- [2] Gesetz über den Aufbau und die Führung eines Statistikregisters (Statistikregistergesetz – StatRegG) vom 16. Juni 1998 (BGBl. I S. 1300), zuletzt geändert durch Artikel 12 Absatz 1 des Gesetzes vom 10. November 2006 (BGBl. I S. 2553)
- [3] Verordnung zur Verlängerung der Periodizität der Zählung im Handwerk (HwZPV) vom 28. Oktober 2003 (BGBl. I S. 2161)
- [4] Drittes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft (Drittes Mittelstandsentlastungsgesetz) vom 17. März 2009 (BGBl. I S. 550)
- [5] Das statistische Unternehmensregister – Entwicklungsstand und Perspektiven; Wirtschaft und Statistik 10/2006
- [6] Statistisches Bundesamt: Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im Handwerk; Fachserie 4 Reihe 7.2, Wiesbaden 2011

Landwirtschaftszählung 2010

Teil 1 – Einführung

Vorbemerkungen

Dieser Artikel ist ein erster Beitrag zur Darstellung und Auswertung der Landwirtschaftszählung (LZ) 2010. Hier soll vorgestellt werden wie Deutschland und damit auch Sachsen die Vorgaben der Europäischen Union (EU) in ein nationales Erhebungskonzept umgesetzt haben. Entsprechende Fachartikel mit den Ergebnissen der Landwirtschaftszählung werden folgen.

Die LZ 2010 war Teil des in allen Mitgliedsstaaten der EU durchgeführten Agrarzensus. Die gesetzliche Grundlage bildete hierfür die Verordnung (EG) Nr. 1166/2008. [1] Der Rahmen war eigentlich noch weiter gespannt, denn die Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der Vereinten Nationen (FAO) hat solche Großzählungen alle zehn Jahre weltweit vorgesehen. Innerhalb der EU wird damit erstmals eine umfassende, einheitliche und aktuelle Datenbasis geschaffen, um objektiv und unabhängig Strukturen der landwirtschaftlichen Betriebe, Bodennutzung und Produktionsmethoden in den Mitgliedsländern untereinander vergleichen zu können. Dies hat nicht zuletzt auch Auswirkungen auf die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) für den Planungszeitraum 2013 bis 2020, deren Inhalt und Ausrichtung gerade diskutiert werden. Es ist anhand der Daten besser möglich, den Strukturwandel in der Landwirtschaft abzubilden und die GAP darauf einzustellen.

Aufbau und Durchführung der Landwirtschaftszählung 2010

Die LZ 2010 setzt sich nach Vorgabe des Agrarstatistikgesetzes (AgrStatG) [2] aus einer Hauptidehebung, die wiederum aus einer um die Merkmale Hofnachfolge und Form der Umsatzbesteuerung erweiterten Agrarstrukturhebung (ASE) besteht, und einer Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden (ELPM) zusammen (vgl. Abb. 1).

Die ASE beinhaltet die Merkmalskomplexe Bodennutzung, Viehbestände, Arbeitskräfte und weitere Fragen zu Rechtsform, Pachtverhältnissen, Einkommenskombinationen, Art der Gewinnermittlung und landwirtschaftliche Berufsbildung. Außerdem hatten die Landwirte die Frage zu beantworten, ob im Jahr 2009 die Möglichkeit der Bewässerung bestand. Alle daraufhin in Frage kommenden Betriebe wurden dann im August 2010 in einer Nacherhebung tiefergehend zur Bewässerung befragt. Um die Viehhaltung umfassender darstellen zu können, gehörten erstmals auch Betriebe mit Ziegenhaltung zum Kreis der Befragten. Ebenfalls zum ersten Mal war das Thema Pilzzucht im Erhebungsprogramm einer LZ. Bis auf die Fragestellung Neupachtungen und Pachtpreisänderungen in den letzten zwei Jahren wurden alle Merkmale der ASE allgemein¹⁾ erfragt. Es wurden alle landwirtschaftlichen und Gartenbaubetriebe, die mit ihrer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF), den gehaltenen Tierzahlen oder Flächenausstattungen für Sonderkulturen bestimmte Größen erreichten oder überschritten, in die Erhebung einbezogen. Diese Erfassungsgrenzen wurden für die LZ 2010 gegenüber den seit der letzten LZ von 1999 geltenden Werten angehoben. Zum Kreis der Auskunftspflichtigen gehörten nach der Novellierung des AgrStatG vom Dezember 2009 unabhängig von der Erwerbsart (Haupt- oder Nebenerwerb) alle landwirtschaftlichen und Gartenbaubetriebe:

1. mit einer LF von mindestens 5 (2)²⁾ ha oder
2. weniger als 5 ha LF (einschl. Betriebe ohne LF), wenn diese mindestens eines der nachfolgenden Kriterien erfüllten:
 - 10 (8) Rinder,
 - 50 (8) Schweine,
 - 10 (-) Zuchtsauen,

- 20 (20) Schafe,
- 20 (-) Ziegen,
- 1 000 (200) Stück Geflügel,
- 1,0 ha (-) Dauerkulturen im Freiland oder je
 - 0,5 ha (0,3 ha) Obstanbaufläche,
 - 0,5 ha (0,3 ha) Rebfläche,
 - 0,5 ha (0,3 ha) Baumschulfläche,
- 0,5 ha (0,3 ha) Hopfen,
- 0,5 ha (0,3 ha) Tabak,
- 0,5 ha (0,3 ha) Gemüse oder Erdbeeren im Freiland,
- 0,3 ha (0,3 ha) Blumen oder Zierpflanzen im Freiland,
- 0,1 ha (0,03 ha) Kulturen unter Glas oder anderen begehbaren Schutzabdeckungen,
- 0,1 ha (-) Speisepilze.

Ziel war es dabei, die Zahl der zu Befragenden zu senken und vor allem kleinere Betriebe, die auch nicht wesentlich das Bild der Landwirtschaft beeinflussen, von der Auskunftspflicht zu befreien. Bezogen auf die letzte totale ASE von 2007 ergab diese Anhebung der Erfassungsgrenzen für Deutschland, dass knapp 53 000 Betriebe bzw. 14 Prozent nicht mehr in die LZ 2010 einzubeziehen waren. Gleichzeitig fiel aber nur weniger als ein Prozent der LF weg. Für Sachsen stellt sich dieser Vergleich so dar, dass 1 945 landwirtschaftliche Betriebe weniger zu befragen waren (minus 23,4 Prozent). Die LF nahm gleichzeitig um 5 670 ha ab, was einem sehr geringen Verlust von nur 0,6 Prozent entspricht. Die gewonnenen Erhebungsdaten behalten damit die notwendige hohe Aussagekraft. Bei der Fort-

1) Unter allgemein bzw. repräsentativ zu ermittelnder Angaben zu Merkmalen und Merkmalsausprägungen ganzer Erhebungen oder Erhebungsteilen ist zu verstehen, dass entweder alle Objekte bestimmter Eigenschaften befragt werden oder nur ein aussagekräftiger Teil davon, der über ein statistisches Auswahlprogramm ermittelt wird.

2) Klammerwert: Erfassungsgrenzen für landwirtschaftliche und Gartenbaubetriebe in den Jahren 1999 bis 2009

Abb. 1 Erhebungsprogramm der Landwirtschaftszählung 2010

Erhebung					Erfragte Sachverhalte	Bezugszeitraum
allgemein a repräsentativ r						
Landwirtschaftszählung (LZ)	Haupterhebung	Agrarstrukturhebung (ASE)	Bodennutzung	a	Anbau auf dem Ackerland, Dauerkulturen, Dauergrünland ¹⁾	2010
					Anbau von gentechnisch veränderten Kulturen ²⁾	2010
					Erzeugung von Speisepilzen	2009/2010
					Zwischenfruchtanbau	06.2009 - 05.2010
			Viehbestände	a	Bestände an: Rindern ³⁾ , Schweinen, Schafen, Ziegen, Hühnern, Gänsen, Enten, Truthühnern, Einhufern	01.03.2010
			Arbeitskräfte	a	Betriebsinhaber, Familienarbeitskräfte, ständige Arbeitskräfte, Saisonarbeitskräfte	03.2009 - 02.2010
					Sozialökonomische Verhältnisse	2009
					Leistungen von Lohnunternehmen und Anderen	03.2009 - 02.2010
			weitere Erhebungsmerkmale der Agrarstrukturhebung	a	Rechtsform, Betriebssitz	2010
					Eigentums- und Pachtverhältnisse	2010
					Pachtflächen und Pachtentgelte	2010
					Bewässerung	2009
					Anfall, Ausbringung und Einrichtungen zur Lagerung von Wirtschaftsdünger	letzte 12 Monate ⁴⁾
					Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien	letzte 12 Monate ⁴⁾
					Ökologischer Landbau	2010
					Einkommenskombinationen	2009
					Art der Gewinnermittlung	2009/2010
					Landwirtschaftliche Berufsbildung	2010
					Bezug von Beihilfen zur Förderung der ländlichen Entwicklung ²⁾	2008 - 2010
				r	Neupachtungen und Pachtpreisänderungen der letzten zwei Jahre	03.2008 - 02.2010
		weitere Erhebungsmerkmale der Haupterhebung	a	Hofnachfolge	2010	
				Form der Umsatzbesteuerung	2009/2010	
	Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden (ELPM)	r	Bodenbearbeitungsverfahren	letzte 12 Monate ⁴⁾		
			Fruchtfolge	03.2008 - 02.2010		
			Erosionsschutz	10.2009 - 02.2010		
			Haltungsplätze und Haltungsverfahren	01.03.2010		
Weidehaltung			2009			
Erhaltung oder Anlage von Landschaftselementen			letzte 3 Jahre ⁴⁾			
		Nacherhebung Bewässerung ⁵⁾	a	Bewässerte Kulturen, Bewässerungsverfahren, Wasserherkunft und -menge	2009	

1) teilweise Nutzung von Verwaltungsdaten (InVeKoS)

2) Übernahme aus Verwaltungsdaten

3) Übernahme aus HIT-Rinderdatenbank

4) zum Zeitpunkt der Befragung

5) bei allen Betrieben, die 2009 bewässern konnten

schreibung sind Einschränkungen lediglich im Bereich der Betriebszahlen und einiger direkt damit verbundener Merkmale zu beachten. Neben den traditionellen Fragen zur Produktions- und Betriebsstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe, die den strukturellen Wandel in der Landwirtschaft und die wirtschaftliche Situation der Betriebe abbilden, umfasst die LZ 2010 erstmals Angaben zur Entwicklung des ländlichen Raumes sowie zum Umwelt- und Klimaschutz. Dazu sind vor allem die im Bereich ELPM gewonnenen Daten zu den Bewirtschaftungs- und Produktionsmethoden geeignet. Die Ergebnisse sollen dazu dienen, die Einflüsse der land-

wirtschaftlichen Produktion auf die Umwelt besser abschätzen zu können. Die Bedeutung ist allein schon dadurch gegeben, dass die Landwirtschaftsfläche alle anderen Nutzungsarten der Landesfläche deutlich dominiert. Die Fragen zur ELPM wurden nur einer begrenzten, aber repräsentativen¹⁾ Anzahl von Betrieben gestellt. Die Grundlage dafür war eine Stichprobe mit landesspezifischer Schichtung (vgl. Abb. 2). In Vorbereitung der LZ 2010 mussten alle landwirtschaftlichen Betriebe ermittelt werden, die in diese Erhebung einzubeziehen sind. Deshalb wurde 2009 nicht die eigentlich anstehende ASE durchgeführt, sondern es fand die Feststel-

lung der Grundgesamtheit für die LZ 2010 statt. Dazu wurden in Sachsen alle relevanten Betriebe (8 600) nach den Merkmalen und ihren Ausprägungen befragt, die für die LZ 2010 die Auskunftspflicht begründen (Erfassungsgrenzen). Aus dieser Grundgesamtheit wurde o. g. Stichprobe für die ELPM und die Merkmale Neupachtungen sowie Förderung der ländlichen Entwicklung des ASE-Teils gezogen. Zum Zeitpunkt des Versandes der Erhebungsunterlagen, am 19. Februar 2010, waren 2 880 Betriebe für die Nichtstichprobe (nur allgemeiner Teil) und 3 471 Betriebe für die Stichprobe (allgemeiner plus repräsentativer Teil) vorgesehen. Während des Erhe-

Abb. 2 Auswahlplan für Sachsen zur Landwirtschaftszählung 2010

Schicht Nr.	Schichtabgrenzung bzw. Betriebe mit ...	Schicht- umfang	Stich- proben- umfang	Hoch- rechnungs- faktor
		Anzahl Betriebe		
	Totalschichten			
1	100 und mehr andere Schweine	182	182	1,00
2	100 und mehr Zuchtsauen	3	3	1,00
3	100 und mehr Milchkühe	327	327	1,00
4	100 und mehr andere Rinder	107	107	1,00
5	6 500 und mehr Geflügel	44	44	1,00
6	200 und mehr Schafe	102	102	1,00
7	1 000 und mehr ha LF	30	30	1,00
	Schicht: Sonderkulturen			
8	Hopfen- oder Heil- und Gewürzpflanzen	22	22	1,00
	Schicht: Weinbau			
9	Rebfläche	65	65	1,00
	Schicht: Gartenbau (mehr als 20% Gartenanbaufläche)			
10	unter 5 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)	385	347	1,11
11	5 bis unter 10 ha LF	39	39	1,00
12	10 bis unter 20 ha LF	24	24	1,00
13	20 und mehr ha LF	74	74	1,00
	Schicht: Landwirtschaftlich genutzte Fläche			
14	unter 5 ha LF	367	147	2,50
15	5 bis unter 10 ha LF	1 120	249	4,50
16	10 bis unter 20 ha LF	1 127	225	5,00
17	20 bis unter 50 ha LF	970	353	2,75
18	50 bis unter 100 ha LF	562	374	1,50
19	100 bis unter 200 ha LF	437	393	1,11
20	200 bis unter 500 ha LF	282	282	1,00
21	500 bis unter 1 000 ha LF	82	82	1,00
22	Betriebe mit Pilzzucht			
23	Neuzugänge			
	Insgesamt	6 351	3 471	

bungsablaufs wurden z. B. durch parallele Arbeiten an anderen Agrarstatistiken weitere, in die LZ 2010 einzubeziehende landwirtschaftliche Betriebe ermittelt. Diese wurden in die Zugangsschicht der Stichprobe aufgenommen und entsprechend befragt. Letztendlich umfasste die Stichprobe damit 3 884 Betriebe. Die Nacherhebung zur Bewässerung fand in Sachsen im August 2010 statt und wurde bei allen 283 Betrieben durchgeführt, die bei der Erstbefragung die Möglichkeit der Bewässerung im Jahr 2009 bejaht hatten.

Vergleichbarkeit mit Vorerhebungen ist eingeschränkt

Durch methodische Veränderungen zur LZ 2010 im agrarstatistischen System sind Vergleiche zu früheren Landwirtschaftszählungen erschwert oder gar unmöglich geworden. Diese Veränderungen hatten zum Ziel, die Zahl der Auskunftspflichtigen zu senken und damit den Berufsstand zu entlasten, so z. B. durch Anhebung der unteren Erfassungsgrenzen. Weiterhin sollte damit auch die Angleichung der Definitionen und Ausprägungen an europäische Standards erfolgen, so z. B. durch Anwendung einer neuen

Klassifizierung der Betriebe oder eine neue Bewertung und Abgrenzung der Arbeitskräfte. Erstmals wurden Arbeitsleistungen der Arbeitskräfte in Einkommenskombinationen gesondert erhoben. Die Abgrenzung zwischen Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben wurde neu festgelegt und die Wirtschaftskraft eines Betriebes wird nun nicht mehr über den Standardoutput³⁾ gemessen. Im Bereich der Bodennutzung waren erstmals Fragen zum Anbau von Feldfrüchten zur Grünerte für die Verwendung in Biogasanlagen im Programm. Vergleichsprobleme bereitet auch die Änderung des Stichtages für die Vieherhebung. Keine Vorerhebungsdaten gibt es für die Merkmale der ELP, da sie erstmals durchgeführt wurde.

Die besten Vergleichsmöglichkeiten bieten allgemeine Erhebungen. Solche Zählungen fanden zur letzten LZ 1999 sowie zu den ASE 2003 und 2007 statt. Hier konnte für einige Merkmale und Merkmalsausprägungen eine gewisse Vergleichbarkeit hergestellt werden, indem eine Neuberechnung dieser Ergebnisse mit den jetzt gültigen Erfassungsgrenzen vorgenommen wurde.

Entlastung der Auskunftspflichtigen

Durch die bereits erwähnte Anhebung der unteren Erfassungsgrenzen wurden in Sachsen fast 2 000 vor allem kleinere landwirtschaftliche Betriebe nicht mehr zu Auskünften zur LZ 2010 herangezogen. Neben dieser Maßnahme hat der Gesetzgeber auch noch die Periodizität der ASE von zwei auf drei Jahre verlängert. Dies ist eine gewisse Kompensation dafür, dass der Umfang der LZ 2010 größer ausgefallen ist als bei allen vorherigen Landwirtschaftszählungen. Eine erhebliche Entlastung für den Berufsstand brachte die Nutzung von Verwaltungsdaten durch die amtliche Statistik. Die Primärerhebung wurde hierbei durch Sekundärstatistiken ergänzt. Das Agrarstatistikgesetz erlaubt den Statistischen Ämtern die Übernahme bestimmter Daten, die bei Behörden vorliegen. Sächsische landwirtschaftliche Betriebe liefern im Rahmen der Agrarförderung den Außenstellen des Amtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG) Daten zur Bodennutzung. Aus diesem Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem (InVeKoS) erhält die amtliche Statistik einen Großteil der benötigten Bodennutzungsdaten. Des Weiteren gelangen über veterinärrechtliche Meldevorschriften Informationen zum Rin-

3) Standardoutput eines landwirtschaftlichen Betriebes: Bruttoagrarerzeugung des Betriebes zu Ab-Hof-Preisen. Dient auch zur Feststellung der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung des landwirtschaftlichen Betriebes.

derbestand in ein Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere (HIT). Diese Daten werden ebenfalls von der amtlichen Statistik übernommen. Zwei andere sekundärstatistische Quellen sind das Standortregister für Freisetzen und Anbau von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) und die Förderprogramme des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER).

Die Landwirte hatten zur LZ 2010 die Möglichkeit, mittels Online-Datenlieferung ihrer Auskunftspflicht nachzukommen. Das vereinfachte das Verfahren für den Auskunftspflichtigen, aber auch für die amtliche Statistik. Ein knappes Viertel der Befragten (23 Prozent) nutzte dieses Angebot. Für etwa 10 Prozent erfolgte die Datenaufnahme bzw. eine Unterstützung beim Ausfüllen der Erhebungsunterlagen per Telefon durch die Mitarbeiter des Fachbereiches Landwirtschaft. Dies erklärt sich aus der jahrelangen vertrauensvollen Zusammenarbeit bei einer Vielzahl von Agrarstatistiken mit den Landwirten.

Veröffentlichungsprogramm zur Landwirtschaftszählung 2010

Der Fachbereich Landwirtschaft publiziert die Ergebnisse für das Land Sachsen in Form von Sonderauswertungen. Der Statistische Bericht C/LZ-2010-1 ersetzt im Jahr 2010 den jährlichen Bericht der Bodennutzungshaupterhebung und ist ebenso wie der Statistische Bericht C/LZ2010-2 über die Viehbestände bereits erschienen. Die nachfolgenden Statistischen Berichte C/LZ2010-3 bis -8 haben schwerpunktmäßig Ergebnisse zu den Arbeitskräften, den Eigentums- und Pachtverhältnissen, der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung und den landwirtschaftlichen Produktionsmethoden aus dem Bereich ELPM zum Inhalt. Daran werden sich ein Gemeindebericht und eine Veröffentlichung nach landwirtschaftlichen Vergleichsgebieten anschließen. Regionalen Gliederungen liegt der Gebietsstand des 1. Januar 2011 zugrunde. Alle Publikationen sind über das Internetangebot des Statistischen Landesamtes abrufbar.

Ausblick

Mit der LZ 2010 ist für längere Zeit die letzte große allgemeine landwirtschaftliche Zählung durchgeführt worden. Die nächste ASE von 2013 wird nur eine Stichprobenzählung sein. Erst für das Jahr 2016 ist wieder eine ASE geplant, die zumindest für die traditionellen Komplexe wie Bodennutzung und Viehhaltung allgemeine Erhebungsteile enthält. Ansonsten ist auch sie als Stichprobe-

erhebung konzipiert. Falls der Rhythmus von zehn Jahren für die Durchführung einer LZ eingehalten wird, könnten dann frühestens 2020 neue flächendeckende Grunddaten z. B. für die Komplexe Arbeitskräfte oder Pachten erhoben werden. Diese Problematik stellt große Anforderungen an die amtliche Statistik, ihre Berichtskreise in Umfang und Qualität bis dahin auf hohem Niveau zu erhalten.

Neben den traditionellen Themen wie Bodennutzung und Viehhaltung sind zukünftig verstärkt Fragenkomplexe zur Umweltwirkung der Landwirtschaft wie Produktionsmethoden und Landschaftspflege zu erwarten. Gleiches gilt für Fragen zur Erzeugung erneuerbarer Energien. Diese Entwicklung ergibt sich aus dem absehbaren Datenbedarf der EU zur Regelung der GAP.

Die Arbeit mit Verwaltungsdaten hat sich bewährt und wird ausgebaut werden. Die wichtigste sekundärstatistische Quelle, InVeKoS, bedarf der ständigen Abstimmung und Pflege zwischen dem Statistischen Landesamt und den Stellen der Agrarförderung (LfULG).

Das Angebot, den Erhebungsbogen online über das Internet ausfüllen zu können, wurde von den Landwirten gut angenommen. Grund dafür war sicherlich, dass bereits seit Jahren einige Agrarerhebungen diese Möglichkeit anbieten. Die bisher zu beobachtende stetige Zunahme der Online-Meldungen wird sich fortsetzen.

Erstmals enthielt das Datenmaterial für das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) georeferenzierte Betriebsadressen. Unter Wahrung der statistischen Geheimhaltung sind damit zukünftig Auswertungen unabhängig von Verwaltungsgrenzen möglich und erlauben in vielen Fällen fachlich bessere Aussagen.

Ulrich Ertel, Dipl.-Ing., Referent Landwirtschaftsstatistik

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über die Betriebsstruktur-erhebung und die Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden sowie zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates
- [2] Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz – AgrStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 2009 (BGBl. I S. 3886), zuletzt geändert durch Artikel 36 des Gesetzes vom 9. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1934, 1944)

Erwerbsbeteiligung von Frauen in Sachsen

Vorbemerkung

Im Jahr 2010 waren 47 Prozent der sächsischen Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren weiblich. Nachdem ausgewählte Aspekte der Erwerbsbeteiligung sächsischer Frauen bereits als Faltblatt [1] in kurzer Form veröffentlicht wurden¹⁾, sollen diese im folgenden Artikel für das Berichtsjahr 2010 ausführlicher beschrieben und durch weitere Merkmale ergänzt werden.

Im Mittelpunkt steht dabei weiterhin die Erwerbstätigkeit der Frauen. Ergebnisse zu männlichen Erwerbspersonen bzw. Erwerbstätigen werden vorwiegend dann hinzugefügt, wenn dadurch Spezifika der Situation von Frauen besser verdeutlicht werden. Nicht betrachtet werden hier zudem die Unterschiede der Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Kindern bzw. ohne Kinder. Eine gesonderte Darstellung zu diesem Thema ist für eine spätere Ausgabe dieser Zeitschrift geplant. Alle in diesem Artikel dargestellten Ergebnisse basieren auf Daten des Mikrozensus.

Mikrozensus

Der Mikrozensus ("kleine Volkszählung") ist die amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, an der jährlich ein Prozent aller Haushalte beteiligt sind. Die Erhebung beinhaltet u. a. demografische Grunddaten zur Person, den Familien- und Haushaltszusammenhang sowie Merkmale zur Beteiligung am Erwerbsleben, zu Bildungsabschlüssen sowie Einkommenshöhe und -quellen. Ergänzt wird dieses jährliche Grundprogramm durch eine Reihe von Zusatzprogrammen, die in der Regel im Abstand von vier Jahren erhoben werden, wie z. B. Fragen zur Wohnsituation oder zu Gesundheitszustand und Rauchverhalten. Mikrozensus-Ergebnisse für Sachsen liegen für die Jahre ab 1991 vor. In den Mikrozensus integriert ist eine Reihe von Merkmalen, die (auch) für die Arbeits-

kräfteerhebung der Europäischen Union (AKE – engl. Labour Force Survey/LFS) erhoben werden. Sie dient der Ermittlung wichtiger, international vergleichbarer Ergebnisse über die Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit in der EU. Die betreffenden Daten werden quartalsweise an Eurostat übermittelt.

Bis 2004 wurde der Mikrozensus in Deutschland einmal jährlich mit einer einheitlichen Berichtswoche für alle befragten Haushalte durchgeführt. Überwiegend handelte es sich dabei um die letzte feiertagsfreie Woche im April, für ausgewählte Jahre wurde die Erhebung in die Monate März bzw. Mai verlegt.

Ab 2005 erfolgte der bereits langfristig von der EU geforderte Umstieg auf eine unterjährige Erhebung mit gleitender Berichtswoche, das heißt, die Befragung der Haushalte ist gleichmäßig über das gesamte Kalenderjahr verteilt. Die Antworten beziehen sich auf die jeweilige Berichtswoche, die der Woche (Montag bis Sonntag) vor der Befragung entspricht bzw. auf den Mittwoch dieser Woche als Stichtag. Die Ergebnisse ab 2005 bilden einen Jahresdurchschnittswert ab.

Mit der Umstellung auf das unterjährige Erhebungskonzept wird die Datenqualität dahingehend verbessert, dass statt einer Momentaufnahme für eine einzige Berichtswoche nun ein Gesamtbild der Erwerbsbeteiligung eines Jahres erstellt wird. Saisonale Spitzen und flexible Arbeitsverhältnisse, bei denen bislang eine gewisse Untererfassung bestand, können nun in die Ergebnisse einfließen. Beim Vergleich mit Daten für die Jahre bis 2004 sind diese Unterschiede jedoch zu berücksichtigen.

Definitionen zur Erwerbsbeteiligung

Die Konzepte und Definitionen des Mikrozensus zur Erwerbsbeteiligung orientieren sich am ILO-Konzept, d. h. den im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization – ILO) vereinbarten

Standards. Zu den Erwerbstätigen zählen danach alle „Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die im Berichtszeitraum wenigstens 1 Stunde für Lohn oder sonstiges Entgelt irgend-einer beruflichen Tätigkeit nachgehen bzw. in einem Arbeitsverhältnis stehen (einschl. Soldaten und Soldatinnen sowie mithelfender Familienangehöriger), selbstständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben oder einen Freien Beruf ausüben“ [2, S. 5].

Nichterwerbstätige Personen werden unterschieden in Erwerbslose und Nichterwerbspersonen, wobei für diese Unterscheidung die Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt herangezogen wird. Als erwerbslos gelten „Personen ohne Erwerbstätigkeit, die sich in den letzten vier Wochen aktiv um eine Arbeitsstelle bemüht haben und sofort, d. h. innerhalb von zwei Wochen, für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen. (...) Zu den Erwerbslosen werden auch sofort verfügbare Nichterwerbstätige gezählt, die ihre Arbeitsuche abgeschlossen haben, die Tätigkeit aber erst innerhalb der nächsten drei Monate aufnehmen werden“ [2, S. 5]. Aufgrund dieser Definitionen sind Angaben zu Erwerbslosen auf Basis des ILO-Konzepts nicht mit Arbeitslosendaten der Bundesagentur für Arbeit (BA) vergleichbar. Eine Zuordnung zu den Erwerbslosen setzt nicht unbedingt voraus, bei der BA als arbeitslos registriert zu sein. Umgekehrt können registrierte Arbeitslose eine geringfügige Tätigkeit ausüben, womit sie nach ILO-Definition als Erwerbstätige gelten.

Erwerbstätige und Erwerbslose werden auch unter dem Begriff Erwerbspersonen zusammengefasst und damit von den Nichterwerbspersonen abgegrenzt.

Alle hier dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, die ihren Hauptwohnsitz in Sachsen haben. Für die Aussagen zur ausgeübten

¹⁾ Die dort dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf das Berichtsjahr 2009.

Tab. 1 Erwerbsquote nach Altersgruppen und Geschlecht (in Prozent)

Alter von ... bis unter ... Jahren	Frauen	Männer
15 - 20	35,2	42,7
20 - 25	68,2	76,6
25 - 30	79,8	88,7
30 - 35	83,7	93,6
35 - 40	89,5	94,5
40 - 45	90,6	95,2
45 - 50	90,9	94,4
50 - 55	88,3	90,5
55 - 60	80,8	85,3
60 - 65	37,1	55,3
Insgesamt	77,4	84,4

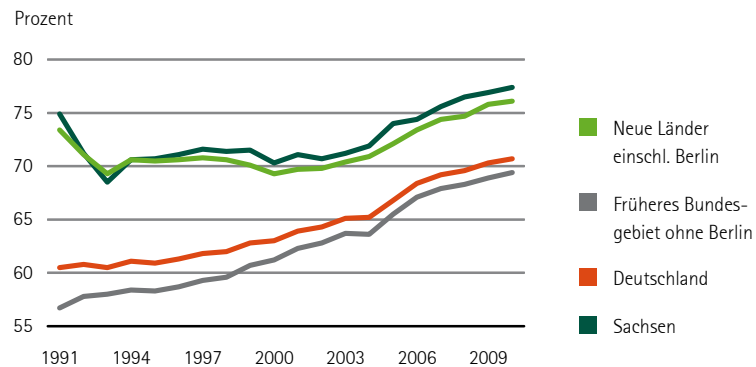
Tätigkeit ist es nicht relevant, ob diese evtl. in einem anderen Bundesland oder im Ausland ausgeübt wird.

Kein Rückzug sächsischer Frauen vom Arbeitsmarkt seit 1991

Im Jahresdurchschnitt 2010 waren mehr als drei Viertel aller sächsischen Frauen im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) erwerbstätig oder suchten aktiv nach Arbeit und wurden damit zu den Erwerbspersonen gezählt (vgl. Abb. 1).

Nach 1990 war zunächst die Erwartung geäußert worden, dass die Erwerbsneigung der Frauen in den neuen Bundesländern sinken und sich dem deutlich niedrigeren Stand im früheren Bundesgebiet angleichen wird. Tatsächlich war zunächst ein Rückgang der Erwerbsquote (Erwerbspersonen je 100 der Bevölkerung, hier: jeweils bezogen auf die Altersgruppe 15 bis unter 65 Jahre) ostdeutscher Frauen zu erkennen. Allerdings hatte sich bereits Mitte der 1990-er Jahre dieser Trend wieder umgekehrt.

Abb. 1 Erwerbsquoten der 15- bis unter 65-jährigen Frauen 1991 bis 2010



Seitdem sind in Sachsen wie im Gesamtgebiet der neuen Bundesländer wieder steigende Erwerbsquoten der Frauen zu verzeichnen, die seit 2007 einen höheren Stand als im Jahr 1991 erreicht haben. Dennoch sind die Unterschiede zum früheren Bundesgebiet geringer geworden, da auch dort die Erwerbsneigung der Frauen kontinuierlich steigt.

Frauen scheiden früher als Männer aus dem Erwerbsleben aus

Die Erwerbsneigung der sächsischen Frauen ist abhängig vom Alter unterschiedlich stark ausgeprägt (vgl. Tab. 1).

Im Alter von 35 bis unter 55 Jahren war im Jahr 2010 nur jede zehnte Frau in Sachsen nicht erwerbstätig oder aktiv arbeitsuchend. Die Erwerbsquote der Frauen war zwar auch in diesem Alter geringer als die der jeweils gleichaltrigen Männer, allerdings waren die Unterschiede wesentlich geringer als zwischen jüngeren Frauen und Männern. Nach wie vor wurden Elternzeit bzw. längere Auszeiten aus der Erwerbstätigkeit wesentlich häufiger von Frauen in Anspruch genommen. Am größten waren die Unterschiede jedoch

bei den 60- bis unter 65-Jährigen. In den letzten Jahren vor Erreichen des gesetzlichen Renteneintrittsalters war die Erwerbsquote der Männer um 18,2 Prozentpunkte größer als die der Frauen, der geschlechtsspezifische Unterschied war also weitaus höher als in der klassischen „Familienphase“. In dieser Altersgruppe zählten noch 37 Prozent der Frauen, aber 55 Prozent der Männer zu den Erwerbstätigen oder Erwerbslosen.

Personen, die nicht erwerbstätig oder aktiv arbeitsuchend sind, werden als Nichterwerbspersonen bezeichnet. (Wird von Rentnerinnen jedoch eine geringfügige Nebentätigkeit ausgeübt, werden sie den Erwerbstätigen zugerechnet.) Unter den 60- bis unter 65-jährigen weiblichen Nichterwerbspersonen waren nur noch wenige, die – wenn auch nicht aktiv im Sinne der oben beschriebenen Definition – eine Rückkehr ins Erwerbsleben anstrebten. 99 Prozent gaben an, seit mindestens vier Wochen nicht nach einer neuen Tätigkeit gesucht zu haben, da sie z. B. erkrankt waren, andere Personen betreuten oder gegenwärtig auf dem Arbeitsmarkt keine Beschäftigungsmöglichkeit sahen. 87 Prozent der nicht arbeitsuchenden Frauen sagten jedoch, dass sie sich bereits im Ruhestand befinden (vgl. Tab. 2). Allerdings hatte nicht einmal jede dritte Ruheständlerin ihre vorherige Erwerbstätigkeit durch Erreichen einer berufsspezifischen Altersgrenze oder aus ähnlichen Gründen beendet. Jede Vierte war zuvor entlassen worden, 17 Prozent waren durch Vorruhestandsregelungen ausgeschieden oder aus der Arbeitslosigkeit in den Ruhestand gewechselt. Nur 12 Prozent mussten ihre Erwerbstätigkeit aus gesundheitlichen Gründen beenden.

Erwerbstätigkeit nach Alter

Im Unterschied zur Erwerbsquote beschreibt die Erwerbstätigenquote nur den Anteil der Erwerbstätigen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe. Zur Berechnung der Erwerbslosenquote hingegen wird die Zahl der Erwerbslosen

Tab. 2 60- bis unter 65-jährige weibliche Nichterwerbspersonen nach Gründen für Nichtarbeitsuche

Merkmal	Anteil in %	
Nicht arbeitsuchende¹⁾ Nichterwerbspersonen	100	x
darunter		
Ruhestand als Grund für Nichtarbeitsuche	87,4	100
Grund für Beendigung der letzten Erwerbstätigkeit		
Entlassung	22,0	25,2
Ruhestand ...	52,2	59,7
... vorzeitig nach Vorruhestandsregelung oder Arbeitslosigkeit	15,3	17,5
... aus gesundheitlichen Gründen	10,5	12,0
... aus Alters- und sonstigen Gründen	26,4	30,2
übrige Gründe	13,2	15,1

1) in den letzten 4 Wochen

bezogen auf die Zahl der Erwerbspersonen. (Sie ist damit methodisch vergleichbar mit der Ermittlung der Arbeitslosenquoten durch die Bundesagentur für Arbeit.)

Die Erwerbstätigenquote der sächsischen Frauen wies, wie auch die Erwerbsquote, bei 35- bis unter 55-Jährigen den höchsten Stand auf (vgl. Tab. 3). In diesem Alter übten mehr als drei Viertel der Frauen eine Erwerbstätigkeit aus.

Die Erwerbslosenquote der Frauen fiel bei den 40- bis unter 45-Jährigen am geringsten aus. In den darauf folgenden Altersgruppen war zwar die Erwerbsneigung ebenfalls sehr hoch, die steigenden Erwerbslosenquoten zeigten jedoch, dass es trotz aktiver Suche zunehmend schwieriger wurde, eine bezahlte Tätigkeit zu finden. In der Gruppe der 55- bis unter 60-Jährigen stand jede fünfte Frau nicht im Erwerbsleben. Von den Erwerbspersonen in diesem Alter war jedoch bereits jede siebente Frau auf Arbeitsuche. Dieser Anteil lag bei den 60- bis unter 65-jährigen Frauen nur 0,6 Prozentpunkte höher – allerdings hatten sich, wie oben dargestellt, fast zwei Drittel der Frauen in diesem Alter bereits aus dem Erwerbsleben zurückgezogen.

Berufliche Qualifikation und Berufswahl

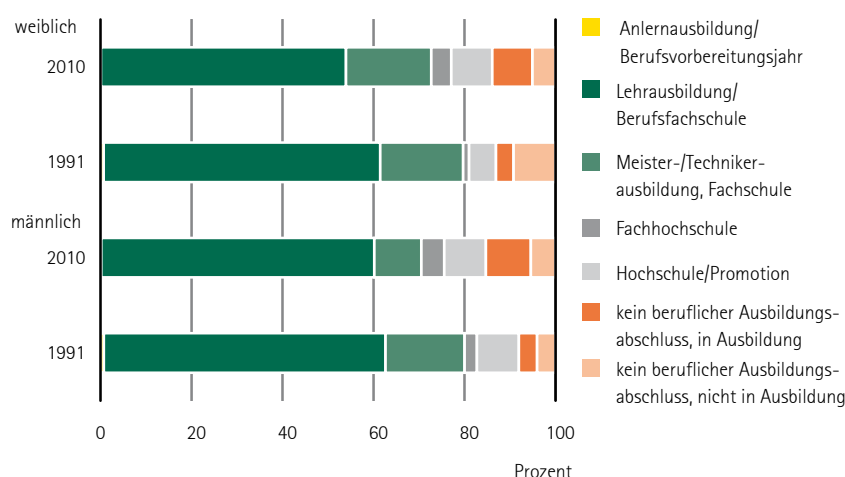
Sächsische Frauen sind gut ausgebildet. Obwohl viele junge Frauen mit höherer Qualifikation den Freistaat verlassen haben²⁾, hat sich der Anteil von Frauen mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss gegenüber 1991 fast verdoppelt (vgl. Abb. 2). Er war dabei immer noch etwas geringer als bei den Männern.

Der Vergleich nach Altersgruppen (vgl. Tab. 4) zeigt jedoch, dass dieser Unterschied insbesondere auf die Qualifikationen der 55- bis unter 65-Jährigen zurückzuführen ist. In dieser Altersgruppe war der Anteil der Fachhochschul-/Hochschulabsolventen unter den Männern mit 21 Prozent fast doppelt so hoch wie bei den Frauen (12 Prozent). Bei den 35- bis unter 55-Jährigen lag der Anteil bei Frauen ebenso wie bei Männern bei 15 Prozent. Für jüngere Altersgruppen sind vergleichende Aussagen nur sehr eingeschränkt möglich, da hier ein wesentlich höherer Bevölkerungsanteil sich noch in beruflicher Ausbildung befindet bzw. noch eine Ausbildung aufnehmen wird.

Frauen hatten zudem weitaus häufiger als Männer einen Meister-, Techniker- oder Fachschulabschluss. Der Anteil der Frauen mit diesen Qualifikationen hatte sich gegenüber 1991 noch einmal leicht erhöht, während er bei Männern rückläufig war.

Insgesamt waren in Sachsen 47 Prozent aller Erwerbstätigen Frauen. Bei den ausgeübten Berufen und den Wirtschaftsbereichen der

Abb. 2 Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren nach Art des höchsten berufsbildenden oder Hochschulabschlusses sowie nach Geschlecht



ausgeübten Tätigkeit zeigten sich allerdings deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. Noch immer gibt es zahlreiche typische „Frauenberufe“. Im Jahr 2010 waren in Sachsen z. B. 98 Prozent der Friseur(e)-innen und 96 Prozent der Erzieher/-innen Frauen. Ähnlich hoch waren die Frauenanteile bei Buchhalter(n)-innen (91 Prozent), Krankenschwestern/-pflegern, Hebammen (90 Prozent) und Altenpfleger(n)-innen (89 Prozent). Der Frauenanteil unter Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschullehrer/-innen lag bei 86 Prozent und damit deutlich über dem der Gymnasiallehrer/-innen (76 Prozent). Der Beruf der Restaurantfachleute/Stewardessen wurde zu 80 Prozent von Frauen ausgeübt, unter den Köchen/Köchinnen waren dagegen 58 Prozent weiblich. Der Frauenanteil bei Ärzten (ohne Zahn-/Tierärzte) entsprach mit 47 Prozent fast dem der Erwerbstätigen insgesamt. In Installations- und Montageberufen, bei Kraftfahrzeug-/Zweiradmechanikern, Elektrikern/Elektroinstallateuren oder Maurern lag dagegen der Männeranteil nach wie vor über 95 Prozent.

Entsprechend ihrer jeweiligen Berufswahl waren Frauen und Männer auch unterschiedlich häufig in den einzelnen Wirtschaftsbereichen tätig (vgl. Tab. 5). Nur 15 Prozent der Frauen arbeiteten im Produzierenden Gewerbe, jedoch 43 Prozent der männlichen Erwerbstätigen. Das Produzierende Gewerbe war damit auch der Wirtschaftsbereich mit dem geringsten Frauenanteil (24 Prozent), im darin enthaltenen Wirtschaftsabschnitt Baugewerbe waren sogar nur 10 Prozent der Erwerbstätigen weiblich. Fast jede zweite Frau (45 Prozent), aber nur jeder fünfte Mann (19 Prozent) arbeitete im Bereich der Öffentlichen und privaten Dienstleister, hier waren damit zwei von drei Erwerbstätigen weiblich. Hierzu zählt insbesondere der Wirtschaftszweig öffentli-

Tab. 3 Erwerbstätigen- und Erwerbslosenquote der 15- bis unter 65-jährigen Frauen (in Prozent)

Alter von ... bis unter ... Jahren	Erwerbstätigenquote	Erwerbslosenquote
15 - 20	31,2	/
20 - 25	59,8	12,3
25 - 30	70,6	11,5
30 - 35	76,2	8,9
35 - 40	81,0	9,5
40 - 45	83,7	7,6
45 - 50	82,7	9,1
50 - 55	78,7	10,9
55 - 60	69,4	14,1
60 - 65	31,7	14,6
Insgesamt	69,1	10,7

Tab. 4 Anteil der Personen mit Fachhochschul- bzw. Hochschulabschluss an der Bevölkerung (in Prozent)

Alter von ... bis unter ... Jahren	Frauen	Männer
15 - 25	/	/
25 - 35	20,3	17,3
35 - 45	14,6	15,1
45 - 55	15,4	14,6
55 - 65	11,9	20,5
Insgesamt	13,4	14,2

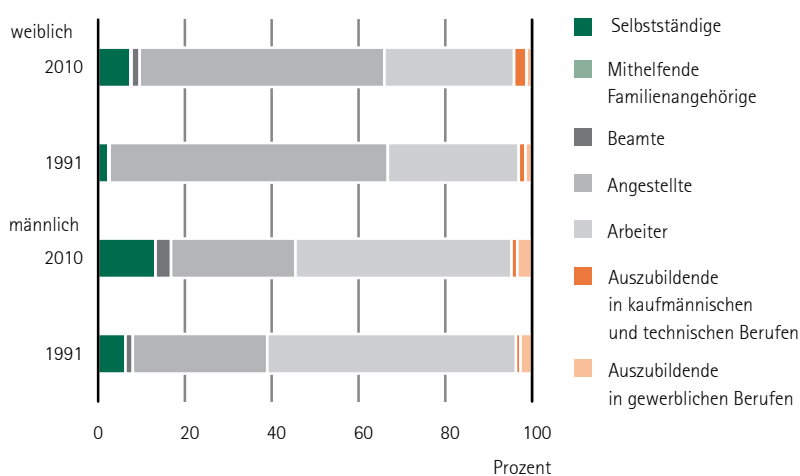
che Verwaltung, Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen, in dem 39 Prozent aller erwerbstätigen Frauen beschäftigt waren, jedoch nur 16 Prozent der erwerbstätigen Männer.

2) Vgl. u. a. [3, S. 42]

Tab. 5 Erwerbstätige Frauen und Männer im Alter von 15 bis unter 65 Jahren nach Wirtschaftsbereichen (in Prozent)

Wirtschaftsbereich	Frauen	Männer	Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1,3	2,4	32,1
Produzierendes Gewerbe	15,1	43,0	23,7
darunter Baugewerbe	2,0	15,4	10,4
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	22,6	19,9	50,2
Unternehmensdienstleister	15,6	15,4	47,2
Öffentliche und private Dienstleister	45,4	19,3	67,6
darunter öffentliche Verwaltung, Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen	39,3	16,0	68,6
Insgesamt	100	100	47,0

Abb. 3 Erwerbstätige nach Stellung im Beruf und Geschlecht

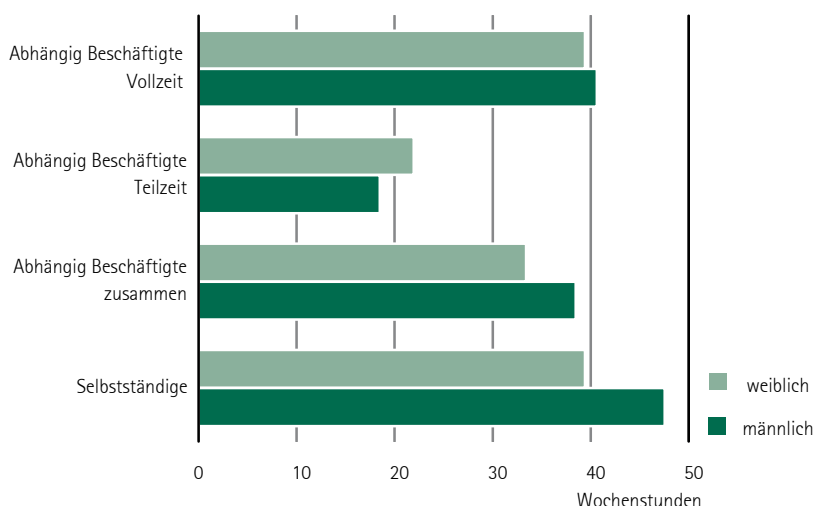


Sechs von zehn Teilzeitbeschäftigten würden gern in Vollzeit arbeiten

Rund 7 Prozent der erwerbstätigen Frauen übten 2010 eine selbstständige Tätigkeit aus (nicht einbezogen sind dabei mithelfende Fa-

milienangehörige), ihr Anteil hatte sich damit gegenüber 1991 (2 Prozent) verdreifacht (vgl. Abb. 3). Bei Männern war der Anteil der Selbstständigen noch immer mehr als doppelt so hoch (13 Prozent), allerdings waren von ihnen

Abb. 4 Erwerbstätige 2010 nach normalerweise geleisteter Wochenarbeitszeit, Stellung im Beruf und Geschlecht (in Stunden)



1991 bereits 6 Prozent selbstständig tätig.

Jede sechste abhängig beschäftigte Erwerbstätige³⁾ (17 Prozent) war befristet beschäftigt, wobei jedoch ein Drittel dieser befristeten Arbeitsverhältnisse durch eine Ausbildung begründet war (vgl. Tab. 6). Drei von zehn befristet beschäftigten Frauen gaben an, keine unbefristete Beschäftigung gefunden zu haben, im Alter von 35 bis unter 65 Jahren waren es sogar 49 Prozent der befristet Beschäftigten. 8 Prozent der Befristungen von Arbeitsverträgen ergaben sich aus einer noch laufenden Probezeit. (Zu den „anderen Gründen“, die von weiteren 28 Prozent der befristet beschäftigten Frauen angegeben wurden, liegen leider keine genaueren Inhalte vor.)

Jede dritte abhängig Beschäftigte arbeitete Teilzeit⁴⁾ (vgl. Tab. 7). 61 Prozent von ihnen gaben dafür als (wichtigsten) Grund an, dass eine Vollzeitbeschäftigung nicht verfügbar war. 17 Prozent hatten sich aufgrund persönlicher bzw. familiärer Verpflichtungen oder aufgrund der Betreuung von Kindern bzw. pflegebedürftigen bzw. behinderten Personen für eine Teilzeitbeschäftigung entschieden, weitere 5 Prozent verzichteten auf eine Vollzeittätigkeit, da sie eine Aus- oder Fortbildung absolvierten. Besonders verbreitet war die Teilzeitbeschäftigung von Frauen im Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe. Einerseits war hier der Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen mit 49 Prozent der abhängig Beschäftigten am höchsten, andererseits war auch der Anteil derer, die keine Vollzeitbeschäftigung finden konnten, mit 69 Prozent besonders hoch. Das bedeutet, dass von allen abhängig beschäftigten Frauen in diesem Wirtschaftsbereich jede Dritte entgegen dem eigenen Wunsch in Teilzeit arbeitete – über alle Branchen betrachtet war es „nur“ eine von fünf Frauen.

Männer waren weitaus seltener als Frauen in Teilzeit beschäftigt (10 Prozent der abhängig Beschäftigten), der Anteil derer, die keine Vollzeitstelle gefunden hatten, betrug jedoch wie bei den Frauen 61 Prozent.

In Vollzeit abhängig beschäftigte Frauen arbeiteten normalerweise 39,4 Stunden pro Woche, bei Teilzeitbeschäftigung waren es 21,9 Stunden (Abb. 4). Männer arbeiteten in Vollzeit etwas länger (40,6 Stunden), in Teilzeit dagegen deutlich kürzer (18,5 Stunden). Die Arbeitswoche selbstständig erwerbstätiger Frauen (hier: einschließlich mithelfende Familienangehörige) entsprach mit 39,4 Stunden

3) Erwerbstätige ohne Selbstständige und mithelfende Familienangehörige.

4) Die Einordnung der ausgeübten Tätigkeit als Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung basiert auf den entsprechenden Angaben der Auskunftspflichtigen und ist abhängig von den jeweiligen betrieblichen Gegebenheiten, wobei für eine Teilzeittätigkeit normalerweise maximal 31 Wochenstunden, eine Vollzeittätigkeit mindestens 25 Wochenstunden zu leisten sind.

Tab. 6 Abhängig erwerbstätige Frauen nach Befristung des Arbeitsvertrages

Merkmal	Anteil in %	
Erwerbstätige Frauen	100	x
unbefristet beschäftigt	83,2	x
befristet beschäftigt	16,8	100
Grund für befristete Tätigkeit		
Ausbildung	5,3	31,6
Dauerstellung nicht zu finden	5,1	30,0
Dauerstellung nicht gewünscht	/	/
Probezeit-Arbeitsvertrag	1,3	7,9
aus anderen Gründen	4,7	27,9

Tab. 7 Abhängig erwerbstätige Frauen nach Teilzeittätigkeit

Merkmal	Anteil in %	
Erwerbstätige Frauen	100	x
Vollzeit	65,6	x
Teilzeit	34,4	100
Grund für Teilzeittätigkeit		
Vollzeittätigkeit nicht zu finden	21,2	61,5
Schulausbildung, Studium oder sonstige Aus- und Fortbildung	1,9	5,4
aufgrund von Krankheit, Unfallfolgen	0,9	2,5
persönliche oder familiäre Verpflichtungen	2,2	6,3
Vollzeittätigkeit aus anderen Gründen nicht gewünscht	4,5	13,2
Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen/behinderten Personen	3,7	10,8
ohne Angabe	/	/

Tab. 8 Erwerbstätige im Alter von 15 bis unter 65 Jahren in Sachsen 1991 und 2010 nach Häufigkeit von Wochenendarbeit sowie Geschlecht (in Prozent)

Merkmal	2010			1991		
	ständig oder regelmäßig	gelegentlich	nie	ständig oder regelmäßig	gelegentlich	nie
Frauen						
Sonnabend und/oder Sonn-/Feiertag	30,4	17,1	52,6	16,5	10,0	73,5
Sonnabend	29,9	16,8	53,4	16,2	9,8	74,0
Sonn-/Feiertag	15,3	11,3	73,4	8,7	5,8	85,5
Männer						
Sonnabend und/oder Sonn-/Feiertag	25,9	29,2	44,9	17,1	16,6	66,3
Sonnabend	25,3	28,6	46,1	16,6	16,2	67,2
Sonn-/Feiertag	13,8	17,3	69,0	12,2	11,0	76,8

der einer Vollzeitbeschäftigten. Selbstständige Männer hingegen gaben für ihre normale Arbeitswoche eine Arbeitszeit von 47,6 Stunden an und damit rund 7 Stunden mehr als abhängig Beschäftigte in Vollzeit.

Fast jede zweite Frau arbeitete auch am Wochenende

47 Prozent aller erwerbstätigen Frauen gaben an, in den letzten drei Monaten vor ihrer Befragung am Wochenende gearbeitet zu haben (vgl. Tab. 8). Davon waren 17 Prozent nur gelegentlich am Sonnabend und/oder Sonntag tätig, 30 Prozent jedoch regelmäßig oder ständig. Zwar hatten weniger Männer als Frauen durchgängig freie Wochenenden (55 Prozent mit Tätigkeit am Sonnabend und/oder Sonntag), allerdings überwog bei ihnen die gelegentliche Tätigkeit (29 Prozent gegenüber 26 Prozent mit Angabe „regelmäßig“ oder „ständig“). Der Anteil der von Wochenendarbeit Betroffenen war im Jahr 2010 wesentlich höher als 1991. Damals hatten nur jede vierte Frau (27 Prozent) und jeder dritte Mann (34 Prozent) am Sonnabend und/oder Sonntag gearbeitet, darunter jeweils 17 Prozent ständig oder regelmäßig.

Besonders weit verbreitet ist Wochenendarbeit im Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe. Nicht einmal jede vierte Erwerbstätige hatte hier in den letzten drei Monaten nicht am Wochenende gearbeitet, für 59 Prozent hingegen waren die Sonnabende und Sonntage ständig oder regelmäßig Arbeitstage. Auch Arbeit in Schichtsystemen war in diesem Wirtschaftsbereich besonders verbreitet: 31 Prozent der hier beschäftigten Frauen waren in den letzten drei Monaten ständig oder regelmäßig im Schichtdienst tätig. Der durchschnittliche Anteil der Schichtarbeiterinnen an allen weiblichen Erwerbstätigen lag dagegen bei 21 Prozent.

Zusammenfassung

Die Ergebnisse des Mikrozensus zeigen, dass für die sächsischen Frauen die Erwerbstätigkeit nach wie vor einen hohen Stellenwert hat. Dieser wird auch durch den Anteil der beruflich höher qualifizierten Frauen belegt, ebenso wie durch die Ergebnisse zu Arbeitsuchenden und dem Wunsch nach längeren Arbeitszeiten.

Anke Puschmann, Dipl.-Ing., Referentin Analyse Bevölkerung, Haushalte

Literatur- und Quellenverzeichnis

- [1] Erwerbsbeteiligung von Frauen in Sachsen, Kamenz 2011.
- [2] Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland 2010, Fachserie 1 Reihe 4.1.1, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2011.
- [3] Sächsische Wanderungsanalyse – Ergebnisse einer Befragung 2002 bei ehemaligen sächsischen Bürgerinnen und Bürgern, die in der Zeit von Januar 2000 bis Juni 2001 in ein anderes Bundesland gezogen sind, im Auftrag der Stiftung Innovation und Arbeit Sachsen, Kamenz 2002.
- [4] Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2008; Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2010 (im Auftrag der Herausberggemeinschaft).
- [5] Insolvenzverfahren im Freistaat Sachsen 2009, Statistischer Bericht D III 1 – vj 4/09, Kamenz 2010.

Paarhaushalte mit Kindern in Sachsen – Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Vorbemerkungen

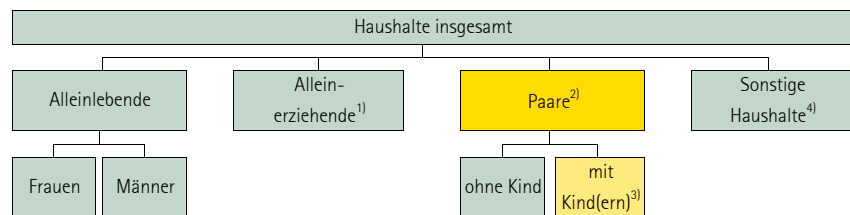
Im Artikel werden Haushalte von **Paaren mit ledigem(n) Kind(ern) unter 18 Jahren**, nachfolgend auch als Familienhaushalte bezeichnet, im Freistaat Sachsen analysiert (vgl. Abb. 1). Datengrundlage bildet die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die bundesweit im Fünfjahresrhythmus als repräsentative Quotenstichprobe durchgeführt wird. Die Ergebnisse der EVS von 2008 werden mit den Daten von 2003 verglichen. Im Fokus der Betrachtung stehen dabei die Wohnsituation, die Ausstattung mit Gebrauchsgütern, die Einnahme- und Ausgabestrukturen sowie das Konsumverhalten der Familienhaushalte. Haushalte mit einem monatlichem Haushaltsnettoeinkommen über 18 000 € wurden nicht in die Betrachtung einbezogen.

Erstmals werden in diesem Artikel auch ausgewählte Ergebnisse aus dem vierten und abschließenden Erhebungsteil¹⁾ der EVS, dem Feinaufzeichnungsheft, präsentiert. Jeder fünfte an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe teilnehmende Privathaushalt erfasste im Feinaufzeichnungsheft über den Zeitraum von einem Monat alle gekauften Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren nach Menge und Preis. Das Feinaufzeichnungsheft stellt dabei eine Unterstichprobe der EVS dar. Ausführliche Ergebnisse zu den Aufwendungen für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren werden derzeit in einem Statistischen Bericht zusammengestellt. [vgl. 1]

Methodische Erläuterungen

Die Daten der EVS 2008 wurden **getrennt** für das Bundesgebiet und die Länder hochgerechnet. Mit der Hochrechnung wurden die Stichprobendaten so gewichtet, dass die hochgerechneten Ergebnisse mit bekannten Daten in der Grundgesamtheit übereinstimmen. Bei der Hochrechnung auf Bundesebene wurden besonders viele Strukturdaten (wie

Abb. 1 Haushaltstypen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe



1) mit ledigem(n) Kind(ern) unter 18 Jahren

2) Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften einschl. gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften

3) ledige(s) Kind(er) unter 18 Jahren des Haupteinkommensbezieher(s) oder des Ehe- bzw. Lebenspartners

4) u. a. Haushalte mit Kind(ern) über 18 Jahren, "Mehrgenerationenhaushalte", Wohngemeinschaften

z. B. Haushaltstyp, Soziale Stellung und Alter des Haupteinkommensbezieher(s), Haushaltsnettoeinkommensklasse, Haushaltsgröße) berücksichtigt.

Für die Länderergebnisse, die mit dem Länderfaktor erstellt wurden, wurden weniger Merkmale, dafür aber die landesspezifischen Daten einbezogen. Damit wird gewährleistet, dass die hochgerechneten Länderergebnisse im Hinblick auf die verwendeten Merkmale mit den bekannten Länderwerten in der Grundgesamtheit übereinstimmen. Alle im Artikel dargestellten Länderergebnisse basieren auf den **jeweiligen Länderfaktoren** der Hochrechnung.

Soziodemografische und sozioökonomische Struktur

Der Anteil der Paare mit Kindern an der Gesamtzahl der sächsischen Privathaushalte belief sich im Jahr 2008 auf 10,7 Prozent. Die Ergebnisse der EVS 2003 zeigten dagegen noch einen Anteil von 15,2 Prozent, das entspricht einem Rückgang um 4,5 Prozentpunkte. Bei über der Hälfte der betrachteten Familien lag die Kinderzahl 2008 bei einem Kind, 37,9 Prozent hatten zwei und die übrigen Paare drei und mehr Kinder. Die Eltern der Kinder befanden sich 2008 im Freistaat fast ausnahmslos im erwerbsfähigen

Alter. Zwei Drittel von ihnen gingen einer selbstständigen oder unselbstständigen Arbeit nach. Werden die Haupteinkommensbezieher von Paarhaushalten mit Kindern betrachtet, befanden sich 2008 27,8 Prozent in einem Alter von unter 35 Jahren. Die größte Gruppe bildeten mit 49,2 Prozent die Haupteinkommensbezieher im Alter von 35 bis unter 45 Jahren. Fast ein Viertel (23,0 Prozent) der Haupteinkommensbezieher in den Familienhaushalten war 45 Jahre und älter. [1]

Wohnsituation

Jeder zweite Haushalt von Paaren mit Kindern wohnte in den eigenen vier Wänden, d. h. im Eigenheim oder in einer Eigentumswohnung. Damit lagen diese Haushalte 17,9 Prozentpunkte über dem Durchschnitt aller sächsischen Privathaushalte. Wohneigentum war gerade bei Familienhaushalten sehr beliebt. 41,5 Prozent der sächsischen Paarhaushalte mit Kindern wohnten 2008 in Einfamilienhäusern und 44,9 Prozent in Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen. Fünf Jahre

1) Die EVS gliedert sich in die vier Erhebungsteile:
Allgemeine Angaben
Geld- und Sachvermögen
Haushaltsbuch
Feinaufzeichnungsheft

zuvor lag der Anteil der Paare mit Kindern, die in einem Einfamilienhaus lebten, noch 11,0 Prozent niedriger und der Anteil der Familien in Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen um 3,4 Prozent höher. Im Sächsendurchschnitt lebten 2008 dagegen nur knapp ein Viertel (23,5 Prozent) der Privathaushalte in einem Einfamilienhaus, dafür zwei Drittel (66,7 Prozent) in Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen.

Fast die Hälfte (46,0 Prozent) der Paarhaushalte mit Kindern im Freistaat wohnte in Wohngebäuden mit einem Baujahr vor 1949. In Gebäuden, die in den Jahren von 1949 bis 1990 errichtet wurden, lebten 25,9 Prozent, in nach 1990 erbauten Gebäuden 28,1 Prozent der Familienhaushalte. Wird wiederum der sächsische Durchschnitt betrachtet, zeigte sich ein gegensätzliches Bild. Im Jahr 2008 lebten nur 38,8 Prozent der Privathaushalte in Gebäuden, die vor 1949 erbaut wurden, aber 44,7 Prozent in Gebäuden mit einem Baujahr von 1949 bis 1990. Lediglich 16,5 Prozent der betrachteten Familien wohnte in Gebäuden mit einem Baujahr nach 1990.

Durchschnittlich 3,9 Wohn- und Schlafräume standen Paaren mit Kindern im Freistaat zur Verfügung. Die Wohnfläche betrug 100,5 m², davon 21,9 m² für die Kinder. Bei einem Durchschnittswert von 1,6 Kindern in Haushalten von Paaren mit Kindern konnte somit jedes Kind 13,7 m² für sich beanspruchen. In Einfamilienhäusern waren die Kinder- und Jugendzimmer 27,4 m² (17,1 m² je Kind) groß und in Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen mit 17,5 m² (10,9 m² je Kind) fast 10 m² kleiner. Die Wohnfläche von Paaren mit Kindern war auch von den jeweiligen Wohnverhältnissen abhängig, so verfügten Eigentümerhaushalte (117,4 m²) über 40,4 Prozent mehr Wohnfläche als Mieterhaushalte (83,6 m²). Dies wirkte sich ebenfalls auf die Wohnfläche für Kinder aus: Bei Wohneigentum war sie mit 26,1 m² (16,3 m² je Kind) um 8,5 m² größer als bei Mietwohnungen mit 17,6 m² (11,0 m² je Kind). Fünf Jahre zuvor standen Kindern von Paaren in Mieterhaushalten 15,8 m² und in Eigentümerhaushalten 24,8 m² Wohnfläche zur Verfügung. Damit stieg die Quadratmeterzahl für Kinder je nach Wohnverhältnis um 1,8 m² bzw. 1,3 m².

Im sächsischen Durchschnitt verfügten Privathaushalte über 3,0 Wohn- und Schlafräume. Die Wohnfläche betrug 75,3 m². [2]

Ausstattung mit Gebrauchsgütern

Einige Ausstattungsgegenstände waren bei Haushalten von Paaren mit Kindern besonders häufig zu finden. So nahm z. B. die Ausstattung mit Wäschetrocknern seit 2003 bei den genannten Haushalten um 26,6 Prozent

Abb. 2 Wohnfläche von Paaren mit Kindern 2003 und 2008 in Sachsen und Deutschland nach ausgewählten Merkmalen

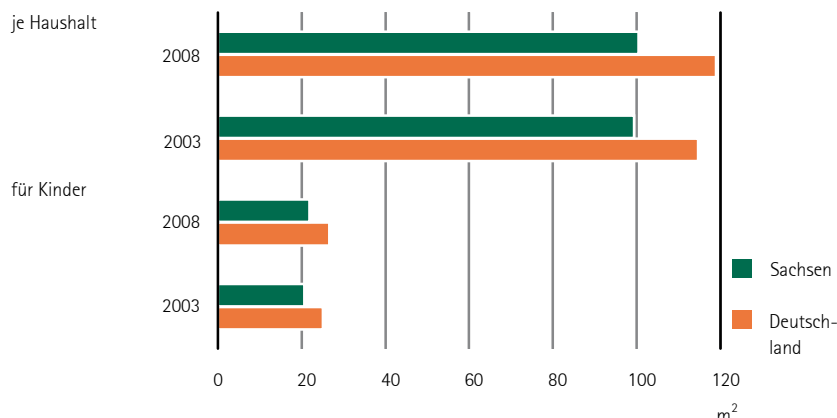
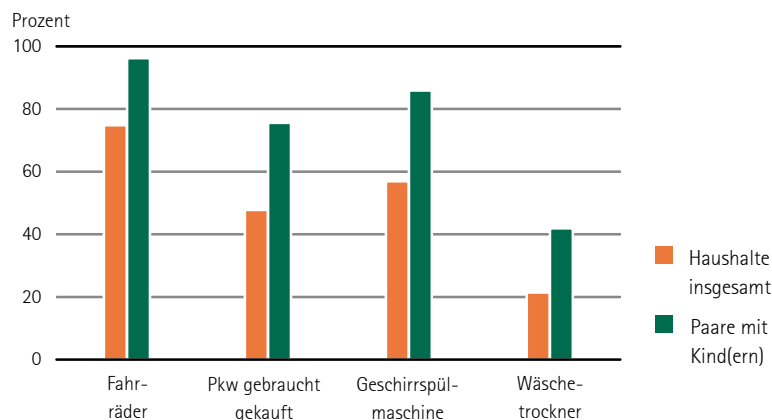


Abb. 3 Ausstattungsgrad von Haushalten insgesamt und Paaren mit Kindern in Sachsen 2008 nach ausgewählten Gebrauchsgütern



zu. 2008 waren diese praktischen Geräte bereits in vier von zehn dieser Haushalte zu finden. Damit lag der Ausstattungsgrad fast doppelt so hoch wie in einem durchschnittlichen sächsischen Privathaushalt.

Auch Geschirrspüler waren 2008 mit 85,9 Prozent in den betrachteten Familienhaushalten sehr viel häufiger zu finden als im sächsischen Durchschnittshaushalt (56,9 Prozent). Bereits fünf Jahre zuvor zeigte sich ein ähnliches Bild. 2003 befand sich in mehr als drei Viertel (76,3 Prozent) der Familienhaushalte dieses Elektrogerät, im Sächsendurchschnitt dagegen nur in 45,9 Prozent der Haushalte. Ähnlich gestaltete sich auch die Entwicklung bei der Ausstattung mit Mikrowellen, in 83,4 Prozent der Paarhaushalte mit Kindern war 2008 ein solches Gerät zu finden (2003: 79,0 Prozent). Der Durchschnitt aller sächsischen Haushalte lag 2008 dagegen bei 69,6 Prozent und fünf Jahre zuvor bei 65,7 Prozent.

Fahrräder gehörten mit 96,2 Prozent bei fast allen Paaren mit Kindern im Freistaat zur Haushaltsausstattung. Jeder dieser Haushalte besaß durchschnittlich 3,2 Fahrräder. Werden wiederum alle sächsischen Privat-

haushalte betrachtet, zeigt sich, dass nur bei knapp drei von vier Haushalten Fahrräder zur Ausstattung gehörten. Einen großen Unterschied gab es auch bei der Ausstattung der Haushalte mit Spielkonsolen. Der Ausstattungsgrad mit diesem modernen Spielgerät lag bei Paaren mit Kindern (39,4 Prozent) fast dreimal so hoch wie im sächsischen Durchschnittshaushalt. Paare mit Kindern hatten im Durchschnitt 1,5 dieser Geräte in ihren Haushalten. Auch MP3-Player waren in fast jedem zweiten (49,6 Prozent) Familienhaushalt im Freistaat zu finden. Der sächsische Durchschnittswert betrug dagegen nur 28,2 Prozent.

Über mindestens einen Pkw verfügten 96,3 Prozent der Paare mit Kindern. Jedoch fast nur in einem Drittel der Haushalte war ein Neuwagen zu finden. Auffällig war, dass in den genannten Haushalten besonders viele Gebrauchtwagen vorhanden waren. Der Ausstattungsgrad mit gebraucht gekauften Pkw lag mit 75,6 Prozent gegenüber dem sächsischen Durchschnitt (47,8 Prozent) sehr hoch. 1,4 Gebrauchtwagen befanden sich durchschnittlich in den Familienhaushalten. Dabei verfügte fast die Hälfte der Haushalte (47,1 Prozent) über

**Tab. 1 Einkommen und Einnahmen sowie Ausgaben von Paaren mit Kindern
2003 und 2008 (je Haushalt und Monat)**

Merkmal	2003		2008	
	€	%	€	%
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	2 652	64,9	2 924	67,3
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	(233)	(5,7)	(269)	(6,2)
Einnahmen aus Vermögen	375	9,2	347	8,0
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	681	16,7	658	15,1
Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen	143	3,5	146	3,4
Einnahmen aus Untervermietung	/	/	/	/
Haushaltsbruttoeinkommen	4 086	100	4 344	100
abzüglich:				
Einkommen-, Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag	362	8,9	438	10,1
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	507	12,4	503	11,6
Haushaltsnettoeinkommen	3 218	78,8	3 403	78,3
zuzüglich:				
Einnahmen aus Verkauf von Waren	31	x	17	x
Sonstige Einnahmen	24	x	39	x
Ausgabefähiges Einkommen und Einnahmen	3 273	80,1	3 459	79,6
Einnahmen aus Vermögensumwandlung/Krediten	739	x	902	x
Gesamteinnahmen¹⁾	4 881	x	5 302	x
Private Konsumausgaben	2 495	51,8	2 526	47,8
Andere Ausgaben	1 457	30,2	1 815	34,4
Sonstige Steuern	12	0,2	20	0,4
Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung	(26)	(0,5)	(32)	(0,6)
Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung	9	0,2	10	0,2
Versicherungsbeiträge	139	2,9	150	2,8
Sonstige Übertragungen und Ausgaben	50	1,0	73	1,4
Tilgung und Verzinsung von Krediten	319	6,6	449	8,5
Ausgaben für die Bildung von Sachvermögen	(169)	(3,5)	(263)	(5,0)
Ausgaben für die Bildung von Geldvermögen	733	15,2	917	17,4
Gesamtausgaben²⁾	4 821	100	5 282	100

1) Die Gesamteinnahmen errechnen sich aus dem Haushaltsbruttoeinkommen zuzüglich den Einnahmen aus dem Verkauf von Waren, den sonstigen Einnahmen sowie den Einnahmen aus Vermögensumwandlung/Krediten.

2) Die Gesamtausgaben errechnen sich aus den privaten Konsumausgaben zuzüglich anderen Ausgaben sowie Einkommen- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag und den Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung.

einen gebraucht gekauften Pkw, 27,7 Prozent über zwei und knapp ein Prozent sogar über drei gebraucht gekaufte Pkw. [1]

Entwicklung der Haushaltsbruttoeinkommen

Durchschnittlich verfügten die Familienhaushalte 2008 im Freistaat über ein monatliches Haushaltsbruttoeinkommen von 4 344 €. Im sächsischen Durchschnitt standen Privathaushalten nur 2 816 € und damit 1 528 € bzw. über ein Drittel weniger zur Verfügung. Gegenüber 2003 (4 086 €) erhöhte sich das Bruttoeinkommen der Paare mit Kindern im Freistaat um 258 € bzw. 6,3 Prozent. Im gleichen Zeitraum stieg der sächsische Durchschnitt um 3,6 Prozent.

Die wichtigste Einnahmequelle stellten für sächsische Familienhaushalte 2008 mit einem Anteil von 73,5 Prozent die Einkünfte aus Erwerbstätigkeit dar. Durchschnittlich

3 193 € pro Monat wurden durch unselbstständige und selbstständige Arbeit erzielt. 15,1 Prozent bzw. 658 € erhielten die Haushalte aus öffentlichen Transferleistungen. Im sächsischen Durchschnitt der Privathaushalte lag der Anteil der Erwerbseinkünfte am Haushaltsbruttoeinkommen bei 59,8 Prozent und damit 13,7 Prozentpunkte niedriger als

bei Paaren mit Kindern. Der Anteil der Einkommen aus öffentlichen Transferleistungen lag mit 28,9 Prozent dagegen 13,8 Prozentpunkte höher.

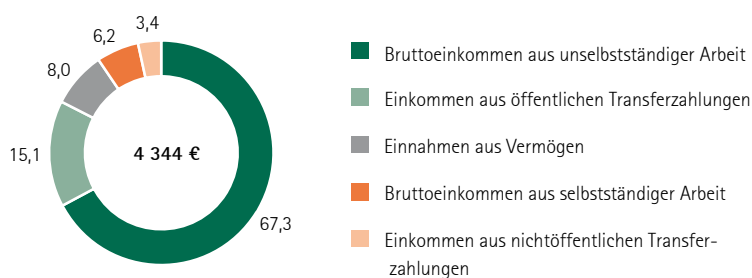
Im Vergleich zu den Ergebnissen der EVS 2003 lassen sich bei der Zusammensetzung des Bruttoeinkommens für die sächsischen Paarhaushalte mit Kindern ein Anstieg des Anteils der Erwerbseinkünfte um 4,1 Prozent und ein Rückgang des Anteils der Einkommen aus öffentlichen Transferleistungen um 9,6 Prozent beobachten. Sowohl 2003 als auch 2008 war das Kindergeld mit jeweils fast 40 Prozent die größte Position der gezahlten öffentlichen Transferleistungen. Die anderen 60 Prozent entfielen auf Leistungen wie z. B. Arbeitslosengeld I und II, Wohngeld, Eltern- und Erziehungsgeld, Mutterschaftsgeld oder auch BAföG-Zahlungen.

Eine eher geringe Rolle bei der Bruttoeinkommenszusammensetzung spielten dagegen die Einkommen aus nichtöffentlichen Transferleistungen. Ihr Anteil lag 2003 wie auch 2008 unter 4 Prozent, wobei die Einnahmen aus der Unterstützung von privaten Haushalten mit 124 € (2003: 116 €) der weitaus größte Posten war. Zu diesen Einnahmen zählen u. a. Unterhaltszahlungen und Geldgeschenke. Andere nichtöffentliche Transferleistungen wurden z. B. in Form von Werks- und Betriebsrenten oder durch private Versicherungen gezahlt. Im sächsischen Durchschnitt der Privathaushalte war der Anteil der nichtöffentlichen Transferleistungen am Haushaltsbruttoeinkommen mit 3,6 Prozent fast identisch. [3]

Steuern und Abgaben

Von ihren Erwerbseinkommen müssen die Privathaushalte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge abführen. Bei den sächsischen Paarhaushalten mit Kindern beliefen sich die Abzüge durch Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag sowie Pflichtbeiträge zu Sozialversicherung im Jahr 2008 auf monatlich 941 €. Damit lag der Anteil der Steuern und Abgaben, den die Haushalte von ihrem Haushaltsbruttoeinkommen abführten,

Abb. 4 Struktur des Haushaltsbruttoeinkommens von Paaren mit Kindern in Sachsen 2008 (in Prozent)



bei durchschnittlich 21,7 Prozent. Gegenüber 2003 (21,3 Prozent) stieg die Abgabenlast nur geringfügig. Im Sachsendurchschnitt erhöhten sich die Abgaben für die Privathaushalte im Vergleich zu 2003 um 2,2 Prozentpunkte auf 19,9 Prozent.

Damit stand den sächsischen Paarhaushalten mit Kindern 2008 ein Haushaltsnettoeinkommen von durchschnittlich 3 403 € im Monat zur Verfügung. Fünf Jahre zuvor waren es noch 3 218 €. Das Nettoeinkommen erhöhte sich folglich um 185 € bzw. 5,7 Prozent. Die Nettoeinkommenshöhe war auch von der Anzahl der Kinder im Haushalt abhängig. So stieg bei den betrachteten Familien das Einkommen mit zunehmender Kinderzahl. Im sächsischen Durchschnitt erhöhte sich im Betrachtungszeitraum das Haushaltsnettoeinkommen der Privathaushalte nur geringfügig um 20 € bzw. 0,9 Prozent auf 2 255 €. [3]

Konsumverhalten

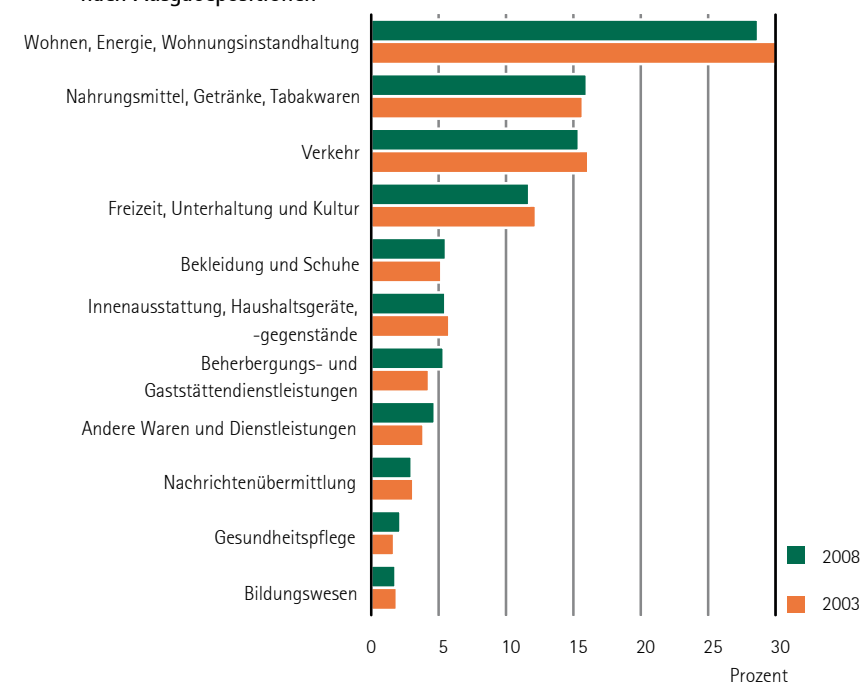
Sächsische Paarhaushalte mit Kindern gaben 2008 durchschnittlich 2 526 € im Monat für den Konsum aus. Fast 30,0 Prozent (725 €) der monatlichen Ausgaben wurden von den Haushalten für die Ausgabeposition Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung verwendet. Für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren wurden 16,0 Prozent (404 €) ausgegeben. An dritter Stelle folgte mit 15,4 Prozent (389 €) der Bereich Verkehr (Ausgaben u. a. für Kraftwagen, Kraftstoffe, Verkehrsdienstleistungen). 11,7 Prozent (296 €) gaben Paare mit Kindern monatlich für Freizeit, Unterhaltung und Kultur aus. Für Bekleidung und Schuhe wurden 5,5 Prozent (140 €) aufgewendet. Die kleinsten Ausgabepositionen von Paaren mit Kindern im Freistaat waren 2008 die Gesundheitspflege mit 2,2 Prozent (55 €) und das Bildungswesen mit 1,8 Prozent (47 €).

Ein Vergleich mit den Ergebnissen der EVS 2003 zeigt, dass im Zeitraum von fünf Jahren die Konsumausgaben durchschnittlich um 1,2 Prozent gestiegen sind. Um fast ein Drittel haben sich dabei die Kosten für die Gesundheitspflege erhöht. Paare mit Kindern zahlten z. B. durchschnittlich 5 € im Monat für die 2004 eingeführte Praxisgebühr. Trotz dieser Erhöhung lagen die betrachteten Haushalte, bedingt durch die Befreiung von der Zuzahlungspflicht für Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr, unter dem Durchschnittswert der sächsischen Haushalte. Die Kosten für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen stiegen für Paare mit Kindern im Beobachtungszeitraum um ein reichliches Viertel. Geringfügig gesunken sind dagegen die Ausgaben für das Bildungswesen sowie die Aufwendungen für Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -ge-

Tab. 2 Konsumausgaben von Paaren mit Kindern in Sachsen 2003 und 2008 nach Ausgabepositionen

Merkmal	2003	2008
je Haushalt und Monat in €		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	392	404
Bekleidung und Schuhe	130	140
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	750	725
Innenausstattung, Haushaltsgeräte, -gegenstände	145	139
Gesundheitspflege	42	55
Verkehr	403	389
Nachrichtenübermittlung	78	76
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	305	296
Bildungswesen	47	47
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	107	136
Andere Waren und Dienstleistungen	97	119
Private Konsumausgaben	2 495	2 526
Prozent		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	15,7	16,0
Bekleidung und Schuhe	5,2	5,5
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	30,0	28,7
Innenausstattung, Haushaltsgeräte, -gegenstände	5,8	5,5
Gesundheitspflege	1,7	2,2
Verkehr	16,1	15,4
Nachrichtenübermittlung	3,1	3,0
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	12,2	11,7
Bildungswesen	1,9	1,8
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	4,3	5,4
Andere Waren und Dienstleistungen	3,9	4,7
Private Konsumausgaben	100	100

Abb. 5 Konsumausgaben von Paaren mit Kindern in Sachsen 2003 und 2008 nach Ausgabepositionen



genstände. Gegenüber 2003 gaben Paare mit Kindern z. B. fast 15 Prozent weniger für Möbel und Einrichtungsgegenstände aus.

Im sächsischen Durchschnitt beliefen sich die monatlichen Konsumausgaben für private Haushalte im Jahr 2008 auf 1 842 € und lagen

Tab. 3 Durchschnittlich gekaufte Mengen ausgewählter Nahrungsmittel und Getränke von Paaren mit Kindern in Sachsen 2003 und 2008 (je Haushalt und Monat)

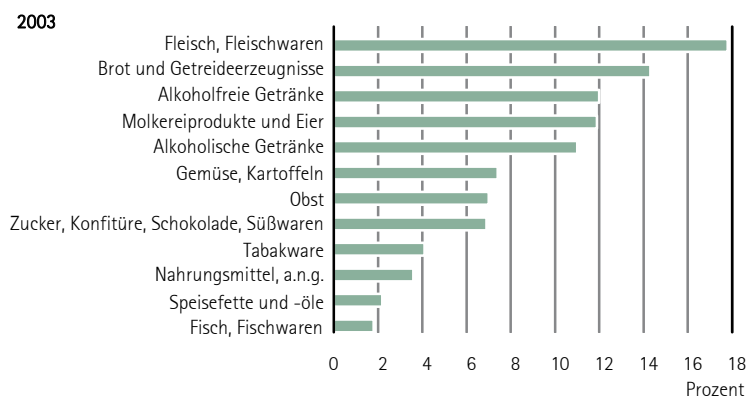
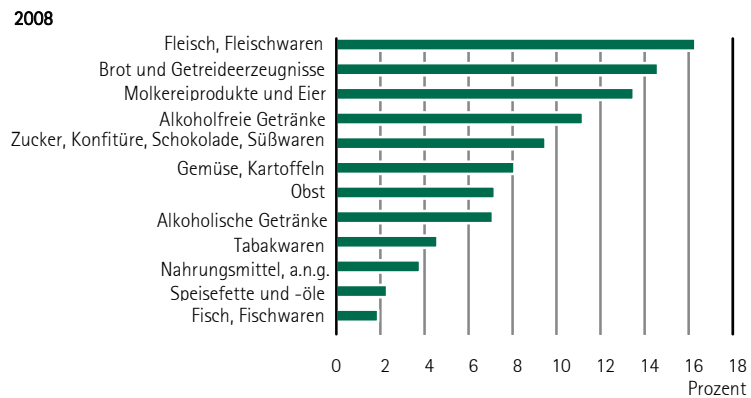
Merkmal	Einheit	2003	2008
Weißbrot (auch Toastbrot, Fladenbrot)	g	1 596	1 591
Roggen-, Misch-, Schrot- und Vollkornbrot	g	2 740	3 842
Teigwaren, z. B. Nudeln	g	1 743	1 483
Wurstwaren (auch Wurstkonserven)	g	3 753	3 559
Joghurt, Kefir, Dickmilch	g	3 842	3 440
Käse	g	1 812	2 005
Quark, Frischkäse und -zubereitungen	g	1 435	1 348
Butter (auch -zubereitungen, Butterschmalz)	g	1 338	1 317
Margarine u. a. pflanzliche Fette (ohne Öle)	g	1 533	1 015
Bananen	g	2 563	2 833
Äpfel	g	3 932	3 953
Tomaten	g	1 623	1 863
Gurken	g	1 950	1 897
Kartoffeln	g	(7 961)	6 086
Schokoladen u.a. Schokoladenerzeugnisse	g	1 087	1 184
Mineralwasser	l	26,7	29,7
Andere Erfrischungsgetränke mit Kohlensäure	l	(11,7)	12,7
Fruchtsäfte, Fruchtnektare aus Obst	l	15,3	13,2
Bier, auch alkoholfrei	l	20,8	14,4

damit um 684 € bzw. 37,1 Prozent niedriger als bei Paaren mit Kindern. Auch bei der Ausgabenstruktur zeigten sich Unterschiede. Die betrachteten Familien gaben, bedingt durch die höhere Personenzahl im Haushalt, insbesondere für Bekleidung und Schuhe, Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke sowie für das Bildungswesen monatlich mehr Geld aus als der sächsische Durchschnittshaushalt. [3, 4]

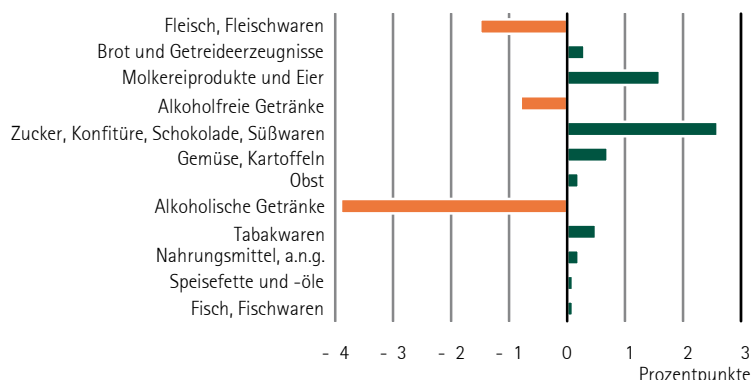
Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren

Nachfolgend werden erste Ergebnisse aus dem Feinaufzeichnungsheft der EVS 2008 für Sachsen präsentiert. Es liefert **detaillierte Daten** zu den Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren der sächsischen Privathaushalte. Da das Feinaufzeichnungsheft als Unterstichprobe über einen deutlich geringeren Stichprobenumfang, dafür aber eine größere Erhebungstiefe verfügt, treten Unterschiede bei den Durchschnittswerten der monatlichen Ausgaben für Nahrungsmittel,

Abb. 6 Aufwendungen von Paaren mit Kindern in Sachsen für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren



Veränderung der Anteile der Aufwendungen von Paaren mit Kindern in Sachsen für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren 2008 im Vergleich zu 2003



tel, Getränke und Tabakwaren zwischen den Haushaltsbucheinträgen und den Einträgen im Feinaufzeichnungsheft auf. [5] Paare mit Kindern gaben 2008 im Freistaat durchschnittlich 16,3 Prozent (59,11 €) ihrer Aufwendungen für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren im Monat für Fleisch und Fleischwaren aus. 22,61 € entfielen darunter auf Wurstwaren (auch Wurstkonserven). An zweiter Stelle folgten mit 14,6 Prozent (52,83 €) Brot und Getreideerzeugnisse. Das Roggen- und Mischbrot war darunter mit Ausgaben von durchschnittlich 5,25 € im Monat die beliebteste Brotsorte der sächsischen Familienhaushalte. Den drittgrößten Posten mit 13,5 Prozent (48,77 €) stellten Molkereiprodukte und Eier dar, darunter

21,00 € für Käse und Quark. Alkoholfreie Getränke standen an vierter Stelle mit 11,2 Prozent (40,64 €). Darunter wurden monatlich 11,65 € für Kaffee, Tee und Kakao ausgegeben. Der stärkste Anstieg gegenüber 2003 war bei den Ausgaben für Zucker, Konfitüre, Schokolade und Süßwaren mit mehr als einem Drittel zu verzeichnen. Paare mit Kindern gaben durchschnittlich 34,56 € für diese süßen Lebensmittel aus. Hinter Gemüse und Kartoffeln (8,1 Prozent bzw. 29,26 €) folgten 2008 mit knapp einem Prozentpunkt weniger die Ausgaben für Obst (7,2 Prozent bzw. 25,91 €). Für alkoholische Getränke (7,1 Prozent bzw. 25,59 €) wurde fast genauso viel ausgegeben wie für Obst. Bier war darunter das beliebteste alkoholische Getränk (14,23 €). Im

Vergleich zu 2003 waren dennoch die Ausgaben der Familienhaushalte für alkoholische Getränke mit reichlich einem Drittel von allen Ausgabeposten am stärksten rückläufig. Obwohl Fisch zu den besonders gesunden Lebensmitteln zählt, gaben sächsische Paare mit Kindern für Fisch und Fischwaren mit lediglich 1,9 Prozent ihrer Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren bzw. 6,74 € im Monat nur gut ein Viertel soviel wie für alkoholische Getränke aus. [vgl. 5]

Sächsische Paarhaushalte mit Kindern im Vergleich

Nachfolgend werden die Paare mit Kindern im Freistaat mit dem Bundesdurchschnitt der Familienhaushalte verglichen und Unterschiede dargestellt.

Wie auch in Sachsen war deutschlandweit der Anteil der Paare mit Kindern rückläufig. Betrug ihr Anteil 2003 noch 17,5 Prozent waren es 2008 nur noch 15,3 Prozent. Die Kinderzahl in den betrachteten Familien lag höher als im Freistaat. Nur 41,4 Prozent der Paare hatten im Bundesdurchschnitt ein Kind. Der Anteil der Haushalte mit zwei Kindern lag dagegen 6,3 Prozentpunkte höher als in Sachsen. 14,2 Prozent der Paare hatten drei und mehr Kinder.

Sächsische Familienhaushalte lagen beim Wohneigentum 11,0 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt aller in Deutschland lebenden Paare mit Kindern. Im Gegensatz zu den Paaren mit Kindern im Freistaat lebten im Bundesdurchschnitt weniger als ein Viertel der Familienhaushalte (21,0 Prozent) in Gebäuden, die vor 1949 erbaut wurden, aber zwei Drittel mehr in Gebäuden mit einem Baujahr von 1949 bis 1990. Im Bundesdurchschnitt verfügten Paare mit Kindern pro Haushalt über 4,4 Wohn- und Schlafräume. Die Wohnfläche betrug 118,9 m², davon 26,6 m² für die Kinder. Der Wohnraum für Kinder war damit fast 5 m² größer als im Freistaat.

Bei der Ausstattung mit Gebrauchsgütern zeigte sich u. a., dass sächsische Familienhaushalte beim Ausstattungsgrad mit Wäschetrocknern 19,6 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt von 46,2 Prozent der Paare mit Kindern lagen. Deutlich geringer war mit knapp fünf Prozent der Abstand der sächsischen Familienhaushalte zum Bundesdurchschnitt (44,1 Prozent) bei der Ausstattung mit Spielkonsolen.

Wird die Einkommenssituation betrachtet, zeigt sich, dass Paarhaushalten mit Kindern im Bundesdurchschnitt ein um mehr als ein Viertel höheres monatliches Haushaltsbruttoeinkommen (5 441 €) zur Verfügung stand als sächsischen Paaren mit Kindern.

Im gesamtdeutschen Durchschnitt für Paarhaushalte mit Kindern lag der Anteil der Erwerbseinkünfte am Haushaltsbruttoeinkommen bei 75,2 Prozent und damit 1,7 Prozentpunkte höher als in Sachsen. Der Anteil der Einkommen aus öffentlichen Transferleistungen lag mit 11,8 Prozent dagegen 3,3 Prozentpunkte niedriger und der Anteil der nichtöffentlichen Transferleistungen am Haushaltsbruttoeinkommen mit 3,1 Prozent ähnlich wie im Freistaat. Im Bundesdurchschnitt erhöhten sich die Abzüge durch Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag sowie Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung für Paare mit Kindern im Vergleich zu 2003 um 0,8 Prozentpunkte auf 23,0 Prozent. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich das Nettoeinkommen dieser Haushalte von 3 891 € auf 4 191 €, ein Plus von 300 € bzw. 7,7 Prozent. Die monatlichen Konsumausgaben für Paare mit Kindern beliefen sich 2008 im Bundesdurchschnitt auf 3 017 € und lagen damit um 491 € bzw. 19,4 Prozent höher als im Freistaat. Es zeigte sich dennoch eine fast identische Rangfolge der Konsumausgabeposten wie bei sächsischen Paaren mit Kindern. Lediglich die Ausgaben für die Nachrichtenübermittlung lagen hinter den Kosten für die Gesundheitspflege und damit auf dem vorletzten Rang. [6, 7, 8, 9]

Zusammenfassung

Mit dem Artikel wurde ein Überblick über die Lebenssituation der Paarhaushalte mit Kindern im Freistaat geschaffen. Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe lieferte dazu die geeignete Datengrundlage.

Der Anteil der Paare mit Kindern an der Gesamtzahl der sächsischen Privathaushalte war gegenüber 2003 weiter rückläufig. Eine ähnliche Entwicklung zeigte auch der Bundesdurchschnitt.

Bei der Wohnsituation der sächsischen Paare mit Kindern war ein Trend zum Wohnen im Einfamilienhaus erkennbar. Sowohl in Eigentümer- als auch in Mieterhaushalten stieg die Wohnfläche für Kinder leicht an.

Fast jeder sächsische Paarhaushalt mit Kindern verfügte 2008 über einen Pkw. Auffällig hoch war der Ausstattungsgrad mit Gebrauchtwagen. In drei Viertel der Haushalte war ein gebrauchter Pkw zu finden.

Es zeigte sich, dass 2008 die sächsischen Paare mit Kindern beim Haushaltsbrutto- und Haushaltsnettoeinkommen jeweils nur drei Viertel des Bundesdurchschnittes für die Familienhaushalte erreichten. Dennoch sind die Einkommen im Vergleich zu 2003 gestiegen. Die wichtigste Einkommensquelle für Paare mit Kindern im Freistaat stellten die Erwerbseinkünfte dar. Der Anteil der Einkommen aus

öffentlichen Transferleistungen war rückläufig. Ein leichter Anstieg wurde im Beobachtungszeitraum bei den Konsumausgaben registriert. Die ersten Ergebnisse aus dem Feinaufzeichnungsheft zeigten, dass sich die Ausgabenstruktur der Paarhaushalte mit Kindern für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren gegenüber 2003 geändert hat. Die Haushalte gaben z. B. im Monat mehr für Süßwaren etc. und weniger für alkoholische Getränke aus als fünf Jahre zuvor.

Marcel Goldmann, Dipl.-Geogr., Fachverantwortlicher Analyse Bevölkerung, Haushalte
Bettina Koreng, Dipl.-Wirt.-Ing. (FH), Mitarbeiterin Analyse Bevölkerung, Haushalte

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern im Freistaat Sachsen, Statistischer Bericht O II 1 - 5j/08, Kamenz 2009.
- [2] Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Grundvermögen und Wohnsituation privater Haushalte im Freistaat Sachsen, Statistischer Bericht O II 6 - 5j/08, Kamenz 2009.
- [3] Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte im Freistaat Sachsen, Statistischer Bericht O II 3 - 5j/08, Kamenz 2011.
- [4] Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Aufwendungen für den privaten Konsum im Freistaat Sachsen, Statistischer Bericht O II 5 - 5j/08, Kamenz 2011.
- [5] Statistisches Bundesamt: Erzeugung und Verbrauch von Lebensmitteln, Pressebroschüre, Wiesbaden 2006.
- [6] Statistisches Bundesamt: Wirtschaftsrechnungen - Einkommens- und Verbrauchsstichprobe - Haus- und Grundbesitz sowie Wohnverhältnisse privater Haushalte 2008, Fachserie 15 Sonderheft 1, Wiesbaden 2009.
- [7] Statistisches Bundesamt: Wirtschaftsrechnungen - Einkommens- und Verbrauchsstichprobe - Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte 2008, Fachserie 15 Heft 4, Wiesbaden 2010.
- [8] Statistisches Bundesamt: Wirtschaftsrechnungen - Einkommens- und Verbrauchsstichprobe - Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte 2003, Fachserie 15 Heft 4, Wiesbaden 2005, überarbeitete Fassung vom 20. Juli 2007.
- [9] Statistisches Bundesamt: Wirtschaftsrechnungen - Einkommens- und Verbrauchsstichprobe - Aufwendungen privater Haushalte für den privaten Konsum 2008, Fachserie 15 Heft 5, Wiesbaden 2010.

Neukonzeption der Vierteljährlichen Verdiensterhebung – ausgewählte Ergebnisse 2007 bis 2010

Vorbemerkungen

Das Lohnstatistikgesetz der alten Bundesrepublik – nahezu unverändert gültig seit 1951 – hielt den aktuellen Anforderungen vieler Nutzerkreise nicht mehr stand. Die längst fällige Modernisierung und Anpassung an die gewachsenen Informationsanforderungen mündete im Verdienststatistikgesetz (VerdStatG), das am 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3291) vom Bundestag beschlossen wurde und zum 1. Januar 2007 in Kraft trat. Im neuen Gesetz wurden Regelungen getroffen für alle in Deutschland durchzuführenden Verdienst- und Arbeitskostenstatistiken. Es umfasst die Erhebung der Arbeitsverdienste (§ 3), der Struktur der Arbeitsverdienste (§ 4), der Struktur der Arbeitskosten (§ 5) und der Arbeitsverdienste in der Landwirtschaft (§ 6). Dabei wurden für die Statistiken unterschiedliche Periodizitäten festgelegt. Die Erhebung der Arbeitsverdienste wird vierteljährlich – daher „Vierteljährliche Verdiensterhebung“ –, die anderen drei Statistiken nur alle vier Jahre durchgeführt. Mit dem überarbeiteten Merkmalsspektrum werden der aktuelle Datenbedarf vieler Nutzer besser befriedigt und neue Nutzer hinzugewonnen. Die europaweit durchzuführende Verdienststruktur- und die Arbeitskostenerhebung wurden an die Anforderungen der entsprechenden EU-Verordnungen angepasst.

Die Vierteljährliche Verdiensterhebung im neuen Verdienststatistikgesetz

Neben der „Laufenden Verdiensterhebung“, aus der Verdienstdaten für die Monate Januar, April, Juli und Oktober resultierten, gab es im alten Lohnstatistikgesetz zusätzlich die „Bruttojahresverdiensterhebung“ sowie die „Verdiensterhebung im Handwerk“. Im neuen Verdienststatistikgesetz finden sich diese beiden Erhebungen nicht mehr wieder. Bei-

de Statistiken konnten durch Integration der Merkmale bzw. Neukonzipierung der Vierteljährlichen Verdiensterhebung ersatzlos eingestellt werden. Möglich wurde dies durch die Erfassung nunmehr kompletter Quartale, die auch die Berechnungsgrundlage der Jahresverdienste bilden. Als Ersatz für die Verdienste im Handwerk wurde in der Vierteljährlichen Verdiensterhebung das Merkmal „Handwerkseigenschaft“ des Betriebes integriert, wodurch separate Ergebnisdarstellung von Betrieben mit Handwerkseigenschaft und deren Arbeitnehmern möglich ist. Die Periodizität der „Verdiensterhebung in der Landwirtschaft“ wurde von jährlicher auf vierjährige Durchführung erweitert.

Mit diesen Maßnahmen und der Konzentration auf nur noch eine Erhebung ohne wesentliche Einschränkungen der Ergebnisvielfalt konnten sowohl bei den statistischen Ämtern Einsparungen erreicht als auch in der Wirtschaft Entlastungen erzielt werden. Beginnend mit der Erhebung für das erste Quartal des Jahres 2007 erfasst die Vierteljährliche Verdiensterhebung in Deutschland bei höchstens 40 500 Erhebungseinheiten (Sachsen: 2 500) folgende Erhebungsmerkmale:

- Wirtschaftszweig,
- angewandte Vergütungsvereinbarung,
- Zahl der Beschäftigten,
- Zahl der Arbeitsstunden,
- Summe der Bruttoverdienste, untergliedert nach Verdienstbestandteilen.

Gesamteinheiten werden nur ausgewählt, wenn sie nicht aus mehreren Teileinheiten bestehen.

Die Erhebungsmerkmale Beschäftigte, Arbeitsstunden und Bruttoverdienste werden

untergliedert nach dem Geschlecht der Beschäftigten, nach der Art des Beschäftigungsverhältnisses sowie nach Leistungsgruppen erfasst.

Die Erhebung erstreckt sich auf die Wirtschaftszweige nach Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Aufstellung der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Revision 2 und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates sowie einiger Verordnungen der EG über bestimmte Bereiche der Statistik (ABl. EU Nr. L 393 S. 1) in der jeweils geltenden Fassung mit Ausnahme von

- Abschnitt A – Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
- Abschnitt O – Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung
- Abschnitt T – Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt
- Abschnitt U – Extraterritoriale Organisationen und Körperschaften.

Mit der Ausweitung im Dienstleistungsbereich werden nunmehr die Verdienste in der Wirtschaft fast vollständig erfasst. Dabei hat keine Erhöhung des Stichprobenumfangs stattgefunden, sondern die Anzahl der befragten Betriebe entspricht immer noch der der Laufenden Verdiensterhebung bis 2006.

Zum ersten Quartal 2009 wurden einige methodische Änderungen bei der Darstellung der Ergebnisse der Vierteljährlichen Verdiensterhebung vorgenommen:

- der Wirtschaftsabschnitt O „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung“ wurde neu aufgenommen
- Beamte wurden in dem Wirtschaftsabschnitt O „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung“ und P „Erziehung und Unterricht“ aufgenommen
- bei der Darstellung der Ergebnisse nach Wirtschaftszweigen wurde auf die aktuelle Wirtschaftszweigklassifikation WZ 2008 gewechselt.

Ergebnisse nach WZ 2008 wurden dabei rückwirkend ab dem ersten Quartal 2007 verfügbar gemacht.

Des Weiteren wurden neue, bisher nicht erfasste Arbeitnehmergruppen in die Erhebung einbezogen. Nunmehr liegen auch Daten zu Teilzeitbeschäftigten, geringfügig Beschäftigten sowie für leitende Angestellte (Leistungsgruppe 1) und Beamte (nur aus den Wirtschaftszweigen O–Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung und P–Erziehung und Unterricht) vor.

Im Merkmalspektrum sind jedoch auch Kürzungen wirksam geworden. Da die getrennten Rentenversicherungen für Arbeiter und Angestellte fusionierten und zunehmend auch die aktuellen Tarifverträge diesbezüglich keine Unterscheidung mehr vornehmen, werden nur noch Arbeitnehmer und deren Bruttoverdienste ausgewiesen, also sind auch keine Bruttolöhne und -gehälter mehr darstellbar.

Die bezahlte Wochenarbeitszeit sowie die Sonderzahlungen werden seit 2007 für alle Arbeitnehmer mit Ausnahme der geringfügig beschäftigten Arbeitnehmer erfragt.

Die Methodik der Vierteljährlichen Verdiensterhebung

Gesetzliche Grundlage der Vierteljährlichen Verdiensterhebung (VVE) ist das Verdienststatistikgesetz (VerdStatG). Mit der VVE werden Quartalsangaben der Verdienste und Arbeitszeiten erhoben, beginnend mit dem ersten Quartal 2007. Die berichtspflichtigen Betriebe liefern Summendaten zur Anzahl ihrer Arbeitnehmer, getrennt nach Vollzeit-, Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten und Geschlecht sowie zu deren bezahlten Stunden und Bruttoverdienstsummen, alles wiederum nach Art der Tätigkeit (Leistungsgruppen) differenziert. Die ermittelten Quartalsergebnisse bilden die Grundlage für die als arithmetisches Mittel berechneten Jahresdurchschnitte.

Wie schon weiter vorn angeführt, ist die VVE eine einfach geschichtete repräsentative

Stichprobenerhebung mit Auskunftspflicht, in der dezentral, d. h. durch die jeweiligen Statistischen Landesämter, in Deutschland etwa 40 500 Betriebe befragt werden. Im früheren Bundesgebiet werden etwa 8 Prozent und in den neuen Ländern und Berlin-Ost 12 Prozent der zur Auswahlmasse zählenden Einheiten erfasst. Die Stichprobe umfasst nahezu alle Wirtschaftsbereiche des Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereiches, konkret die Wirtschaftsabschnitte B bis N und Q bis S (Klassifikation der Wirtschaftszweige Ausgabe 2008 (WZ 2008)). Zur Vermeidung einer Doppelbefragung und damit zur Entlastung der Berichtspflichtigen wird auf die Befragung von Erhebungseinheiten in den Abschnitten O „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“ und P „Erziehung und Unterricht“ verzichtet. Deren Angaben werden aus der schon vorhandenen Personalstandstatistik und den Tarifverträgen im Öffentlichen Dienst geschätzt.

Befragt werden örtliche Einheiten mit in der Regel zehn und mehr Beschäftigten. In den Wirtschaftszweigen F43 (Vorbereitende Bauarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe), G47 (Einzelhandel ohne Handel mit Kfz), I (Gastgewerbe), N79.1 (Reisebüros und Reiseveranstalter), K66 (mit Finanz- und Versicherungsdienstleistungen verbundene Tätigkeiten) und S (Erbringung von sonstigen Dienstleistungen) werden dagegen örtliche Einheiten mit fünf und mehr Arbeitnehmern einbezogen.

Erfragt werden Merkmale, die unmittelbar in den Lohnabrechnungssystemen der Erhebungseinheiten vorliegen – auch damit wird die Belastung der Berichtspflichtigen auf einem niedrigen Niveau gehalten.

Den Betrieben werden mehrere Wege zur Übermittlung der Erhebungsdaten angeboten – zum einen der klassische Papiererhebungsbogen, daneben aber auch zwei elektronische Meldewege (IDEV und das Online-Meldev erfahren eSTATISTIK.core).

Informationen über die Höhe der Verdienste und ihre Entwicklung sind besonders für Zwecke der Geld-, Konjunktur- und Tarifpolitik wichtig. Außerdem werden die Verdienstdaten bzw. der daraus abgeleitete Index der Bruttomonatsverdienste in erheblichem Umfang für Preisgleitklauseln in Verträgen verwendet, z. B. beim Erbbauzins, und für vielerlei Darstellungen oder Berechnungen von Vergleichseinkommen benötigt. In starkem Maße fordern Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und viele Bürgerinnen und Bürger Daten über die Höhe und die Entwicklung von Verdiensten in unterschiedlicher Gliederung. Zudem gehen die Verdienstdaten in die Berechnung des europäischen Arbeitskos-

tenindex und der Arbeitnehmerentgelte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein.

Ausgewählte Ergebnisse der Vierteljährlichen Verdiensterhebung 2007 bis 2010

Nachdem nun Angaben der neuen Vierteljährlichen Verdiensterhebung über einen Zeitraum von vier Jahren vorliegen, sollen schlaglichtartig einige ausgewählte, zum Teil in den Veröffentlichungen nicht dargestellte Ergebnisse beleuchtet werden.

Der durchschnittliche **Bruttojahresverdienst einschließlich aller Sonderzahlungen** vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich im Freistaat Sachsen erhöhte sich von 30 242 € im Jahr 2007 auf 32 698 € im Jahr 2010 und damit um 8,1 Prozent. Diese Entwicklung vollzog sich für beide Geschlechter, für Frauen jedoch besser, der Bruttojahresverdienst erhöhte sich für sie um 9,0 Prozent von 28 969 € auf 31 576 €, für Männer nur um 7,6 Prozent von 30 958 € auf 33 318 €.

Damit verringerte sich auch der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern von 1 989 € auf 1 742 € bzw. von 6,4 Prozent auf 5,2 Prozent.

Im Produzierenden Gewerbe verlief die Entwicklung im Vier-Jahres-Zeitraum gemäßiger als im Dienstleistungsbereich. Dort erhöhte sich der Bruttojahresverdienst nur um 5,3 Prozent von 28 612 € auf 30 120 €. Für Frauen blieb das Ergebnis in diesem Bereich unter dem der Männer, sie erzielten einen Zuwachs von 3,5 Prozent von 24 516 € auf 25 385 €. Männer dagegen um 5,5 Prozent von 29 720 € auf 31 368 €.

Die Entwicklung in der Gesamtwirtschaft wurde somit vom Dienstleistungsbereich bestimmt: hier stiegen die Bruttojahresverdienste von 31 384 € auf 34 492 € und somit um 9,9 Prozent. Bei der Entwicklung lagen die Frauen mit 10,3 Prozent (von 30 403 € auf 33 538 €) vorn, Männer erhielten einen 9,5 Prozent höheren Verdienst (von 32 230 € auf 35 299 €).

Der Verdienstabstand zwischen den Geschlechtern entwickelte sich damit in den beiden den Bereichen gegensätzlich. Er stieg im Produzierenden Gewerbe von 5 204 € auf 5 983 € bzw. von 17,5 auf 19,1 Prozent, er fiel dagegen im Dienstleistungsbereich von 1 827 € bzw. 5,7 Prozent auf 1 761 € bzw. 5 Prozent.

Die bezahlte Wochenarbeitszeit veränderte sich nur geringfügig – im Jahr 2007 lag sie im Durchschnitt aller betrachteten Wirtschaftsbereiche bei 39,4 Stunden, davon im Produzierenden Gewerbe bei 39,5 Stunden und im

Tab. 1 Durchschnittlicher Bruttoverdienst und Arbeitszeit der voll- bzw. teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmer 2007 und 2010 nach Geschlecht und ausgewählten Wirtschaftsbereichen

Geschlecht	Wochen- arbeits- zeit	Brutto-			Wochen- arbeits- zeit	Brutto-			Veränderung 2010 gegenüber 2007			
		stunden-	monats-	jahres-		stunden-	monats-	jahres-	Wochen- arbeits- zeit	Brutto-		
		verdienst				verdienst				stunden-	monats-	jahres-
		ohne Sonderzahlungen		insgesamt		ohne Sonderzahlungen		insgesamt		ohne Sonderzahlungen		insgesamt
		Stunden	€			Stunden	€			ohne Sonderzahlungen		insgesamt
	2007				2010					%		
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich												
	Vollzeitbeschäftigte											
Männlich	39,6	13,92	2 394	30 958	39,2	15,21	2 591	33 318	-1,0	9,3	8,2	7,6
Weiblich	39,0	13,29	2 251	28 969	38,9	14,60	2 469	31 576	-0,3	9,9	9,7	9,0
Insgesamt	39,4	13,70	2 342	30 242	39,1	14,99	2 547	32 698	-0,8	9,4	8,8	8,1
	Teilzeitbeschäftigte											
Männlich	28,7	12,23	1 524	19 467	28,5	13,14	1 629	20 683	-0,7	7,4	6,9	6,2
Weiblich	28,6	11,92	1 484	18 933	28,7	12,99	1 622	20 666	0,3	9,0	9,3	9,2
Insgesamt	28,6	11,96	1 489	19 001	28,7	13,01	1 623	20 668	0,3	8,8	9,0	8,8
Produzierendes Gewerbe												
	Vollzeitbeschäftigte											
Männlich	39,5	13,32	2 287	29 720	38,7	14,43	2 427	31 368	-2,0	8,3	6,1	5,5
Weiblich	39,3	11,06	1 887	24 516	38,8	11,64	1 963	25 385	-1,3	5,2	4,0	3,5
Insgesamt	39,5	12,85	2 202	28 612	38,7	13,84	2 330	30 120	-2,0	7,7	5,8	5,3
	Teilzeitbeschäftigte											
Männlich	27,3	13,85	1 642	21 381	(29,8)	(16,15)	/	/	9,2	(16,6)	/	/
Weiblich	29,3	9,28	1 180	15 039	29,1	9,88	1 248	15 850	-0,7	6,5	5,8	5,4
Insgesamt	28,9	10,10	1 268	16 247	29,2	(11,18)	(1 420)	(18 145)	1,0	(10,7)	(12,0)	(11,7)
Dienstleistungsbereich												
	Vollzeitbeschäftigte											
Männlich	39,7	14,53	2 504	32 230	39,7	15,98	2 757	35 299	-	10,0	10,1	9,5
Weiblich	38,9	14,02	2 368	30 403	38,9	15,54	2 630	33 538	-	10,8	11,1	10,3
Insgesamt	39,3	14,30	2 441	31 384	39,4	15,78	2 699	34 492	0,3	10,3	10,6	9,9
	Teilzeitbeschäftigte											
Männlich	28,9	12,02	1 508	19 203	28,3	12,72	1 566	19 815	-2,1	5,8	3,8	3,2
Weiblich	28,6	12,14	1 508	19 250	28,7	13,25	1 653	21 054	0,3	9,1	9,6	9,4
Insgesamt	28,6	12,13	1 508	19 244	28,7	13,18	1 641	20 889	0,3	8,7	8,8	8,5

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen; Vierteljährliche Verdiensterhebung

Dienstleistungsbereich bei 39,3 Stunden. Im Jahr 2010 lag der Wert in der Gesamtheit bei 39,1 Stunden, im Produzierenden Gewerbe bei 38,7 Stunden sowie im Dienstleistungsbereich bei 39,4 Stunden.

Die Entwicklung verlief in den Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich. Eine negative Veränderung verzeichnete im Produzierenden Gewerbe der Bereich Herstellung von Textilien, wo der Bruttogehaltsverdienst rückläufig war: 2007 lag er bei 20 462 €, 2010 nur noch bei 20 137 €, das sind 1,6 Prozent weniger. Auch im Bereich Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen stagnierte die Entwicklung über den Vier-Jahres-Zeitraum mit einem Zuwachs von nur 0,8 Prozent (2007: 18 312 €; 2010: 18 457 €).

Im Dienstleistungsbereich blieben die Bereiche Gastgewerbe mit 3,3 Prozent Zuwachs (2007: 18 553 €; 2010: 19 158 €) und Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen mit 4,7 Prozent (2007: 17 227 €; 2010: 18 037 €) weit

hinter der Entwicklung des Gesamtbereichs zurück.

Das zeigt, dass gerade in den Bereichen mit den niedrigsten Verdiensten auch kaum eine Tendenz zur Besserung abzusehen war.

Betrachtet man den durchschnittlichen **Bruttostundenverdienst (ohne Sonderzahlungen)** Vollzeitbeschäftigter im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich über alle Quartale der Jahre 2007 bis 2010, so wurde ausgehend vom I. Quartal 2007 mit 13,63 € im I. Quartal 2010 nach kontinuierlichem Anstieg der höchste Wert mit 15,06 € erreicht. Nur im II. und III. Quartal 2010 sank der Bruttostundenverdienst erstmals zum Vorquartal, ehe er im IV. Quartal wieder auf 15,03 € anstieg.

Ein ähnlicher Verlauf ist festzustellen, wenn nur das Produzierende Gewerbe betrachtet wird. Der kontinuierliche Anstieg von 12,65 € im I. Quartal 2007 wird unterbrochen im III. Quartal 2009 sowie im II. und III. Quartal 2010, ehe im IV. Quartal 2010

13,93 € erreicht werden. Im Dienstleistungsbereich wurde der Anstieg schon im Jahr 2007 (II. und III. Quartal) und dann wieder 2010 (ebenfalls II. und III. Quartal) unterbrochen – die Entwicklung verlief hier von 14,30 € im I. Quartal 2007 bis zu 15,78 € im IV. Quartal 2010.

Bezüglich der Entwicklung der Bruttostundenverdienste über den Zeitraum I. Quartal 2007 bis IV. Quartal 2010 wurden somit im Produzierenden Gewerbe eine Steigerung um 10,1 Prozent erzielt, im Dienstleistungsbereich um 10,3 Prozent.

Die Bruttostundenverdienste von Teilzeitbeschäftigten entwickelten sich im gleichen Zeitraum im Produzierenden Gewerbe von 9,94 € auf 11,70 €, d. h. um 17,7 Prozent, im Dienstleistungsbereich von 12,06 € auf 13,26 € bzw. um 10 Prozent.

Die **bezahlte Wochenarbeitszeit** Vollzeitbeschäftigter bewegte sich in den betrachteten 16 Quartalen im Produzierenden Gewerbe in einem Korridor zwischen 37,1 Stun-

Tab. 2 Durchschnittlicher Bruttoverdienst der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer 2007 und 2010 nach Geschlecht und ausgewählten Wirtschaftszweigen (in €)

Wirtschaftszweig	Geschlecht	Brutto-						Veränderung 2010 gegenüber 2007		
		stunden-			monats-			Brutto-		
		verdienst			verdienst			verdienst		
		ohne Sonderzahlungen			insgesamt			ohne Sonderzahlungen		
		2007			2010			%		
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	männlich	13,92	2 394	30 958	15,21	2 591	33 318	9,3	8,2	7,6
	weiblich	13,29	2 251	28 969	14,60	2 469	31 576	9,9	9,7	9,0
	insgesamt	13,70	2 342	30 242	14,99	2 547	32 698	9,4	8,8	8,1
Produzierendes Gewerbe	männlich	13,32	2 287	29 720	14,43	2 427	31 368	8,3	6,1	5,5
	weiblich	11,06	1 887	24 516	11,64	1 963	25 385	5,2	4,0	3,5
	insgesamt	12,85	2 202	28 612	13,84	2 330	30 120	7,7	5,8	5,3
Herstellung von Textilien	männlich	10,55	1 845	23 256	10,71	1 809	22 515	1,5	-2,0	-3,2
	weiblich	8,42	1 455	17 997	8,76	1 453	(17 936)	4,0	-0,1	(-0,3)
	insgesamt	9,42	1 638	20 462	9,71	1 624	20 137	3,1	-0,9	-1,6
Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen	männlich	9,04	1 573	19 852	9,04	1 562	19 966	-	-0,7	0,6
	weiblich	7,88	1 370	17 512	7,92	1 364	17 707	0,5	-0,4	1,1
	insgesamt	8,28	1 439	18 312	8,29	1 430	18 457	0,1	-0,6	0,8
Dienstleistungsbereich	männlich	14,53	2 504	32 230	15,98	2 757	35 299	10,0	10,1	9,5
	weiblich	14,02	2 368	30 403	15,54	2 630	33 538	10,8	11,1	10,3
	insgesamt	14,30	2 441	31 384	15,78	2 699	34 492	10,3	10,6	9,9
Gastgewerbe	männlich	9,38	1 615	19 941	9,73	1 703	21 019	3,7	5,4	5,4
	weiblich	8,28	1 424	17 577	8,47	1 449	17 884	2,3	1,8	1,7
	insgesamt	8,73	1 503	18 553	8,99	1 552	19 158	3,0	3,3	3,3
Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen	männlich	10,61	1 843	23 182	(10,76)	(1 868)	(23 185)	(1,4)	(1,4)	(0,0)
	weiblich	7,40	1 221	15 128	(7,85)	(1 307)	(15 989)	(6,1)	(7,0)	(5,7)
	insgesamt	8,27	1 383	17 227	(8,70)	(1 467)	(18 037)	(5,2)	(6,1)	(4,7)

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen; Vierteljährliche Verdiensterhebung

den im I. Quartal 2010 und 40 Stunden im III. Quartal 2008. Nur in drei Quartalen (I. und II. Quartal 2009 und I. Quartal 2010) betrug sie weniger als 38,5 Stunden – hier sind die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zum Tragen gekommen. Kaum davon beeinflusst zeigte sich der Dienstleistungsbereich – hier schwankte die bezahlte Wochenarbeitszeit nur geringfügig in der Spanne zwischen 39,1 Stunden im I. Quartal 2010 und 39,5 Stunden im III. und IV. Quartal 2010.

Auch die bezahlte Wochenarbeitszeit Teilzeitbeschäftigter weist in beiden Bereichen nur eine geringe Schwankungsbreite auf, im Produzierenden Gewerbe zwischen minimal 28,2 Stunden in drei Quartalen (II und IV/2009 und I/2010) und maximal 29,7 Stunden im IV. Quartal 2010. Im Dienstleistungsbereich lagen die Werte noch enger zusammen in einem Korridor zwischen 28,5 Stunden im I. und II. Quartal 2007 und 28,8 Stunden in vier Quartalen (IV/2007; IV/2008 und III und IV/2009).

Die Betrachtung der jährlich gezahlten **Sonderzahlungen** im untersuchten Vier-Jahres-Zeitraum ergibt, dass im Durchschnitt aller betrachteten Wirtschaftsbereiche eine Stagnation eingetreten ist, obwohl 2008 ein Zuwachs um fast 6 Prozent zu verzeichnen war. Im Jahr 2010 erhielten nur Männer Sonderzahlungen in fast gleicher Höhe wie 2007 (2 230 € bzw. 2 229 €), Frauen dagegen erhielten 2010 (1 945 €) geringere Sonderzahlungen als 2007 (1 959 €). Bei Betrachtung der beiden Haupt-Wirtschaftsbereiche zeigt sich, dass im Produzierenden Gewerbe sowohl Männer als auch Frauen weniger Sonderzahlungen erhielten (-25 € bzw. -41 €), im Dienstleistungsbereich aber nur Frauen (-6 €) niedrigere Summen erhielten, Männer dagegen von höheren Summen (+28 €) profitierten. Infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise haben viele Firmen ab 2009 vor allen anderen Maßnahmen zuerst die konjunkturabhängigen Sonderzahlungen beschnitten oder sogar ausgesetzt.

Ausblick

Die Fachreferenten „Verdienste und Arbeitskosten“ beschlossen bereits im April 2008, die Vierteljährliche Verdiensterhebung ab Berichtsjahr 2012 mit einer neuen Stichprobe fortzusetzen, die im zweiten Halbjahr 2011 gezogen werden soll. Aus den langjährigen Erfahrungen der mit einer neuen Stichprobe und dem Austausch eines großen Teils der Berichtsbetriebe verbundenen Probleme (Brüche in der Zeitreihe, hoher Aufwand zur Einbindung der neuen Berichtspflichtigen u. a.) wurden verschiedenen Varianten diskutiert. Die bisher geübte Praxis, Zeitreihenbrüche durch eine Doppelaufbereitung von alter und neuer Stichprobe im letzten bzw. ersten Stichprobenzeitraum zu minimieren, schied durch das nun geltende Verdienststatistikgesetz aus, da es nur die Befragung von maximal 40 500 Betrieben zulässt. Als Alternatividee wurde deshalb für die Zukunft eine rollierende Stichprobe erwogen, für die verschiedene Szenarien diskutiert wurden. Bei einer rollierenden Stichprobe wird nie

Tab. 3 Durchschnittlicher Bruttostundenverdienst¹⁾ und Arbeitszeit der voll- bzw. teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmer 2007 bis 2010 nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen

Verdienst Arbeitszeit	2007				2008				2009				2010			
	I.	II.	III.	IV.	I.	II.	III.	IV.	I.	II.	III.	IV.	I.	II.	III.	IV.
	Quartal															
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich																
Vollzeitbeschäftigte																
Stundenverdienst	13,63	13,67	13,71	13,78	14,01	14,10	14,21	14,41	14,62	14,75	14,75	14,92	15,06	14,98	14,91	15,03
Wochenarbeitszeit	39,2	39,3	39,4	39,5	39,2	39,4	39,7	39,5	38,5	38,6	39,0	39,1	38,3	39,1	39,5	39,4
Teilzeitbeschäftigte																
Stundenverdienst	11,88	11,98	11,93	12,04	12,21	12,34	12,39	12,52	12,56	12,68	12,72	12,93	12,90	13,01	13,01	13,12
Wochenarbeitszeit	28,5	28,5	28,8	28,8	28,7	28,7	28,7	28,8	28,6	28,7	28,8	28,7	28,5	28,7	28,8	28,8
Produzierendes Gewerbe																
Vollzeitbeschäftigte																
Stundenverdienst	12,65	12,80	12,92	13,00	13,11	13,17	13,31	13,51	13,54	13,61	13,55	13,90	13,80	13,85	13,79	13,93
Wochenarbeitszeit	39,1	39,5	39,6	39,6	38,9	39,5	40,0	39,6	37,3	37,7	38,5	38,6	37,1	38,9	39,6	39,3
Teilzeitbeschäftigte																
Stundenverdienst	9,94	10,16	10,13	10,18	10,26	9,75	9,72	9,90	9,86	9,96	10,20	/	10,14	(11,14)	(11,51)	(11,70)
Wochenarbeitszeit	28,5	28,8	29,0	29,2	29,0	28,9	29,0	29,1	28,6	28,2	28,5	28,2	28,2	29,2	29,6	29,7
Dienstleistungsbereich																
Vollzeitbeschäftigte																
Stundenverdienst	14,30	14,29	14,27	14,33	14,63	14,75	14,86	15,05	15,34	15,53	15,59	15,66	15,89	15,77	15,69	15,78
Wochenarbeitszeit	39,2	39,3	39,3	39,4	39,3	39,4	39,4	39,4	39,2	39,3	39,4	39,4	39,1	39,3	39,5	39,5
Teilzeitbeschäftigte																
Stundenverdienst	12,06	12,14	12,09	12,21	12,38	12,56	12,63	12,75	12,79	12,91	12,93	13,04	13,12	13,18	13,15	13,26
Wochenarbeitszeit	28,5	28,5	28,7	28,8	28,7	28,7	28,7	28,8	28,6	28,7	28,8	28,8	28,5	28,7	28,7	28,7

1) ohne Sonderzahlungen

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen; Vierteljährliche Verdiensterhebung

Tab. 4 Durchschnittliche jährliche Sonderzahlungen der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer 2007 bis 2010 nach Geschlecht und ausgewählten Wirtschaftsbereichen (in €)

Wirtschaftszweig	Geschlecht	Sonderzahlungen			
		2007	2008	2009	2010
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	männlich	2 229	2 374	(2 300)	2 230
	weiblich	1 959	2 040	(2 028)	1 945
	insgesamt	2 132	2 254	(2 202)	2 129
Produzierendes Gewerbe	männlich	2 273	2 399	/	2 248
	weiblich	1 872	1 828	/	1 831
	insgesamt	2 187	2 277	/	2 161
Dienstleistungsbereich	männlich	2 184	2 348	(2 382)	2 212
	weiblich	1 988	2 110	(2 130)	1 982
	insgesamt	2 093	2 238	(2 264)	2 107

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen; Vierteljährliche Verdiensterhebung

die gesamte Stichprobe, sondern über einen definierten Zeitraum nur ein bestimmter Teil der Berichtsbetriebe ausgetauscht. Dieser über einen längeren Zeitraum verteilte Neuaufbau der Stichprobe verteilt auch die bereits erwähnten Probleme auf diesen Zeitraum, d. h. die Zeitreihenbrüche werden minimiert und der Mehraufwand in den Statistischen Landesämtern konzentriert sich auf weniger Neubetriebe. Ein weiterer Vorteil ist,

dass die Stichprobe nunmehr jährlich jeweils bis zur Maximalgrenze von 40 500 Betrieben aufgefüllt wird. Dem in der Vergangenheit eingetretenen „Absterben der Stichprobe“ durch aus verschiedensten Gründen ausscheidende Berichtsbetriebe kann damit begegnet werden. Außerdem erfolgt nunmehr die jährliche Stichprobenziehung auf dem aktuellsten Stand des Unternehmensregisters – d. h. die Veränderungen in der Wirt-

schaftslandschaft Deutschlands finden viel eher ihren Niederschlag in der Stichprobe und erhöhen dadurch deren Genauigkeit und Repräsentativität.

Aus den vorgeschlagenen und diskutierten Konzepten wurde schließlich die folgende Variante gewählt und von den Fachreferenten bestätigt, die die unterschiedlichen Interessen von Auskunftspflichtigen, Datennutzern und Statistischen Landesämtern am besten entspricht: In den Jahren 2012 bis 2014 wird jeweils ein Drittel der gegenwärtigen Stichprobenbetriebe ausgetauscht. Damit wird in einem kurzen Zeitraum die gesamte Stichprobe erneuert. In den Folgejahren ab 2015 wird der jährliche Austausch auf ein Sechstel der Berichtsbetriebe verringert – somit wird in Zukunft die Erneuerung der Stichprobe über einen Zeitraum von sechs Jahren gewährleistet.

Steffen Pollack,
Referent Verdienste/Arbeitskosten

Betriebsgründungen 2010 – Ergebnisse der Gewerbeanzeigenstatistik und des Sächsischen Existenzgründernetzwerks

Vorbemerkungen

Betriebsgründungen werden in der Gewerbeanzeigenstatistik erfasst. Diese Statistik liefert monatlich Informationen über die Zahl der Gewerbe- und Gewerbeabmeldungen bei den Gewerbeämtern. Die Auswertung des Meldegeschehens dient der amtlichen Statistik für eine näherungsweise Darstellung der Existenzgründungen bzw. -schließungen.

Die Rechtsgrundlagen der Statistik der Gewerbeanzeigen bilden die Gewerbeordnung [1] in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke [2] und das Zweite Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft. [3] Die Gewerbeanzeigenstatistik beruht auf den §§ 14 und 55 der Gewerbeordnung. Danach muss jeder Beginn bzw. jede Beendigung einer selbstständigen gewerblichen Tätigkeit bei den zuständigen Behörden angezeigt werden. Auskunftspflichtig sind die Gewerbeanzeigenden, die jedes stehende Gewerbe oder den Betrieb einer Zweigniederlassung oder einer unselbstständigen Zweigstelle bzw. ein Reisegewerbe als selbstständige Tätigkeit anzeigen müssen.

Als Gewerbe gilt jede erlaubte selbstständige Tätigkeit, die auf Dauer angelegt ist und als Ziel eine Gewinnerzielung anstrebt. Die Statistik der Gewerbeanzeigen wird als einzige amtliche Grundlage zur Beschreibung des Gründungsgeschehens zu Hilfe genommen. Jede Betriebsgründung muss bei dem örtlichen Gewerbeamt angemeldet werden. Ausgenommen von der Anzeigepflicht sind Gründungen in Freien Berufen (z. B. Rechtsanwälte, Ärzte), in der Landwirtschaft, im Versicherungsbereich, die Verwaltung eigenen Vermögens und die Einrichtung von Apotheken. Die Gewerbeanzeigenstatistik kann daher nicht den gesamten Umfang der Existenzgründungen abbilden.

Die Angaben der Gewerbeanzeigen spiegeln eine „Momentaufnahme“ wider, sie dokumentieren die Anmeldung eines neu zu gründenden Betriebes, lassen jedoch nur begrenzt eine Einschätzung zu, ob dieses Unternehmen wirklich wirtschaftlich aktiv wird, wie bedeutend diese Tätigkeit wird oder ob es sich sogar nur um eine bloße Absichtserklärung handelt.

Im August 2011 veröffentlichten das Statistische Landesamt und das Sächsische Existenzgründernetzwerk SEN [4] bereits zum dritten Mal gemeinsam Zahlen und Entwicklungstrends im Gründungsbereich. SEN engagiert sich für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Gründer und junge Unternehmen in Sachsen. Mitglieder sind die sächsischen Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern sowie die Sächsische Aufbaubank. Die Regionaldirektion Sachsen der Bundesagentur für Arbeit und futureSAX (Businessplan Wettbewerb Sachsen GmbH) sind als Partner eingebunden. Die Veröffentlichung „Statistisch betrachtet: Betriebsgründungen in Sachsen – Ausgabe 2011“ ist die Grundlage für diesen Artikel.

Ergebnisse der Gewerbeanzeigenstatistik

Bei den sächsischen Gewerbeämtern wurden 2010 insgesamt 38 200 Gewerbe angemeldet und 34 661 Gewerbe abgemeldet, das waren 1,1 bzw. 1,2 Prozent weniger als im Vorjahr. Der Rückgang der Gewerbeabmeldungen betraf mit 32 272 Anzeigen die Neuerrichtungen (391 Anmeldungen bzw. 1,2 Prozent weniger) und die Übernahmen mit 2 518 Meldungen (194 Meldungen bzw. 7,2 Prozent weniger) bereits bestehender Gewerbe. Der Zuzug von bereits bestehenden Betrieben aus einem anderen Gewerbeamtsbezirk erhöhte sich demgegenüber um 155 Meldungen, das war eine Steigerung um 4,8 Prozent verglichen mit 2009. Das Hauptaugenmerk dieses Artikels liegt auf den Betriebsgründungen, hier zeigen die Ergebnisse der Gewerbeanzeigenstatistik für Sachsen, dass 2010 insgesamt 31 904 Gewerbebetriebe neu gegründet wurden. Das waren 1,3 Prozent weniger als 2009.

Der überwiegende Teil der Neugründungen bezogen auf 10 000 Einwohner (Stand: 30. Juni 2010) war in den Kreisfreien Städten Leipzig (113,3) und Dresden (109,5) zu verzeichnen. Der Sächsendurchschnitt lag

Tab. 1 Neugründungen von Gewerbebetrieben 2003 bis 2010

Jahr	Gewerbeanmeldungen	Neugründungen	Davon		
			Betriebsgründungen	sonstige Neugründungen insgesamt	darunter im Nebenerwerb
2003	41 952	37 313	10 670	26 643	5 005
2004	49 171	43 564	10 281	33 283	8 442
2005	45 386	39 738	10 035	29 703	9 621
2006	43 736	37 853	9 586	28 267	10 695
2007	39 038	32 981	8 663	24 318	11 155
2008	39 526	33 398	8 581	24 817	12 486
2009	38 630	32 339	8 473	23 866	12 241
2010	38 200	31 904	8 368	23 536	12 408

bei knapp 77 Neugründungen je 10 000 Einwohner. Die Stadt Leipzig verzeichnete auch in absoluten Zahlen mit 5 857 die häufigsten Meldungen, gefolgt von der Stadt Dresden mit 5 678 Gewerbeanmeldungen sowie dem Erzgebirgskreis mit 2 121 Anzeigen. Der Anteil der Neugründungen an den Gewerbeanzeigen insgesamt ging von 88,9 Prozent im Jahr 2003 über die Jahre auf 83,5 Prozent im Jahr 2010 zurück.

Um ein differenzierteres Bild von der wirtschaftlichen Bedeutung der Neugründungen zu erhalten, werden Betriebsgründungen und sonstige Neugründungen unterschieden. Die Gewerbeanmeldung einer Einzelperson gilt dann als Betriebsgründung, wenn ein Handelsregistereintrag oder eine Handwerkskarte vorliegt oder wenn im Gewerbebetrieb mindestens eine Person sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist. Die Gründung einer Personen- oder Kapitalgesellschaft wird generell zu den Betriebsgründungen gezählt. Gleiches gilt für die Gründung von Zweigniederlassungen. Bei diesen Betriebsgründungen wird die vermutlich größere wirtschaftliche Relevanz und mögliche Nachhaltigkeit der zu gründenden Einheit erwartet. Für eine sonstige Neugründung ist die Erfüllung dieser Bedingungen nicht notwendig (z. B. bei der Gewerbeanmeldung eines Nebenerwerbs). Mit der Unterscheidung in „Betriebsgründung“ und „Sonstige Neugründung“ lässt sich das Existenzgründungsgeschehen in Sachsen aus statistischer Sicht näherungsweise bestimmen. Als Einschränkung gilt, dass die Angaben zum Zeitpunkt der Gewerbeanmeldungen teilweise unvollständig sind.

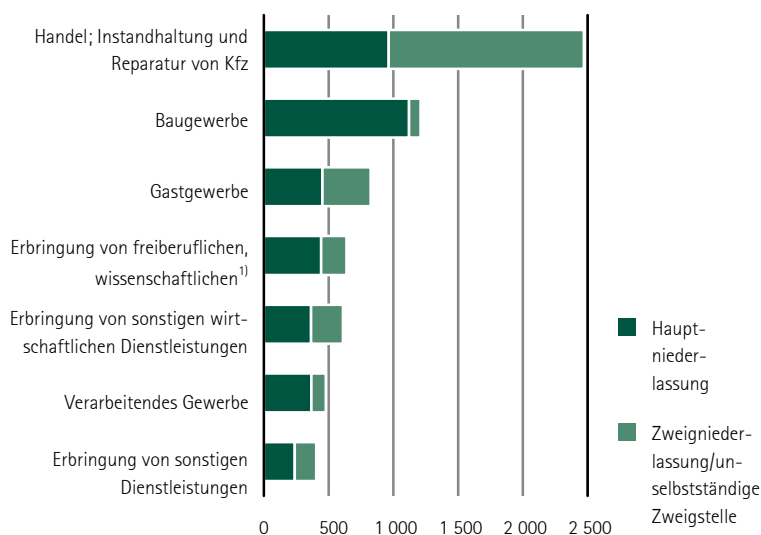
Zahl der Betriebsgründungen sinkt

Erfolgen die Betriebsgründungen als Haupterwerb, verdeutlichen sie am ehesten das Existenzgründungsgeschehen in Sachsen. Von den 8 368 Betriebsgründungen im Jahr 2010 registrierten die Gewerbeämter 5 036 Neugründungen einer Hauptniederlassung und 3 332 einer Zweigniederlassung oder einer unselbstständigen Zweigstelle. Die Zahl der Betriebsgründungen sank von 2004 bis 2006 geringfügig von Jahr zu Jahr, im Jahr 2007 erfolgte ein Rückgang um knapp zehn Prozent. Dies ist sicherlich auch auf die Änderung der staatlichen Förderung von Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit zurückzuführen (Zusammenführung des Überbrückungsgeldes und des Existenzgründungszuschusses zum neuen Förderinstrument Gründungszuschuss am 1. August 2006). Bei unveränderten Förderbedingungen verringerte sich die Anzahl der Betriebsgründungen im Jahr 2010 um 3,4 Prozent verglichen mit dem Jahr 2007. Das Gründungsinteresse dürfte aufgrund der

Abb. 1 Neugründungen von Gewerbebetrieben 2003 bis 2010



Abb. 2 Betriebsgründungen 2010 nach den am stärksten besetzten Wirtschaftsbereichen



1) und technischen Dienstleistungen

Entspannung auf dem Arbeitsmarkt weiter abflachen. Zudem sinkt vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung die Zahl der potentiellen Gründer.

Betriebsgründungen nach Wirtschaftsbe- reichen

Im Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ gingen 2 422 Unternehmer den Schritt in die Selbstständigkeit, der „Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)“ hatte hier mit 1 744 Betriebsgründungen den höchsten Anteil an diesen Neugründungen. Nur knapp 33 Prozent dieser Anzeigen im Einzelhandel wurden als Hauptniederlassung gemeldet, zwei Drittel als Zweigniederlassung bzw. unselbstständige Zweigniederlassung. An zweiter Stelle lag das

Baugewerbe mit 1 211 Betriebsgründungen, wobei 95 Prozent der Unternehmen in dem Bereich „Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe“ errichtet wurden. Im Wirtschaftsabschnitt Baugewerbe erfolgten knapp 96 Prozent der Anmeldungen als Hauptniederlassung. Auch von den 826 neu gegründeten Unternehmen im Gastgewerbe wurde über die Hälfte (55 Prozent) als Hauptniederlassung ausgewiesen. Von allen Betriebsgründungen dieses Abschnitts erfolgten über 90 Prozent in der Gastronomie. Im Bereich der „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ wurden 639 Betriebsgründungen gezählt, die sich am häufigsten (36 Prozent) mit der Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben sowie der Unternehmensberatung beschäftigten.

Tab. 2 Neugründungen von Gewerbebetrieben 2010 nach Wirtschaftsbereichen und Art der Niederlassung

WZ 2008	Wirtschaftsabschnitt	Ins- gesamt	Ver- änderung zum Vorjahr in %	Betriebsgründungen			Sonstige Neugründungen	
				zusammen	Haupt- nieder- lassung	Zweignieder- lassung/un- selbstständige Zweigstelle	insgesamt	darunter im Neben- erwerb
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	165	-22,5	31	28	3	134	69
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	5	-66,7	5	3	2	-	-
C	Verarbeitendes Gewerbe	946	-7,8	480	367	113	466	251
D	Energieversorgung	1 497	19,4	259	212	47	1 238	1 074
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung u. Beseitigung von Umweltverschmutzungen	56	-32,5	27	9	18	29	9
F	Baugewerbe	4 173	1,7	1 211	1 121	90	2 962	697
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	6 945	-6,7	2 472	964	1 508	4 473	2 144
H	Verkehr und Lagerei	667	-10,2	197	105	92	470	217
I	Gastgewerbe	1 845	-11,8	826	452	374	1 019	390
J	Information und Kommunikation	1 158	0,2	274	192	82	884	609
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	1 120	-10,8	283	138	145	837	332
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	607	1,5	352	258	94	255	110
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	2 782	-5,8	639	442	197	2 143	1 268
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	5 473	6,9	612	365	247	4 861	2 704
P	Erziehung und Unterricht	383	-5,2	97	41	56	286	180
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	510	36,4	81	49	32	429	193
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	692	-9,1	117	52	65	575	437
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	2 880	5,0	405	238	167	2 475	1 724
A-N, P-S	Insgesamt	31 904	-1,3	8 368	5 036	3 332	23 536	12 408

Die 612 Meldungen einer Betriebsgründung aus dem Wirtschaftsabschnitt „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ folgten in der Reihenfolge der häufigsten Meldungen an fünfter Stelle, gefolgt vom Bereich „Verarbeitendes Gewerbe“ (480 Gründungen).

Betriebsgründungen in Kreisfreien Städten häufiger

Regional betrachtet erfolgten die meisten Betriebsgründungen in der Stadt Dresden (1 586), gefolgt von der Stadt Leipzig (1 549) sowie dem Landkreis Mittelsachsen (577). Bezogen auf 10 000 Einwohner wurden ebenfalls in den Städten Dresden und Leipzig mit je 30 Anmeldungen die größte Gründungszahl erreicht, hier allerdings gefolgt von der dritten Kreisfreien Stadt Chemnitz mit 23 Betriebsgründungen je 10 000 Einwohner. Im Freistaat Sachsen insgesamt waren es 2010 durchschnittlich 20 Betriebsgründungen. Von den Landkreisen lag keiner über dem Sachsendurchschnitt, der Landkreis Nordsachsen meldete auch 20 Gründungen auf die Einwohner bezogen, die wenigsten Betriebsgründungen erfolgten mit 14 Anzeigen in den Landkreisen Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und dem Erzgebirge.

Einige Kennziffern der Betriebsgründungen

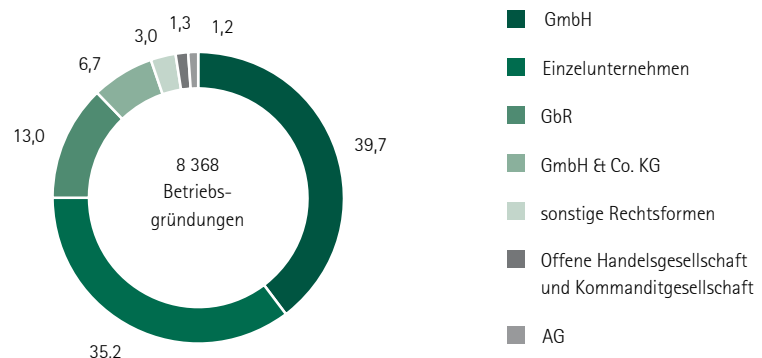
2010 wurden 23 536 sonstige Neugründungen in Sachsen gezählt, darunter 12 408 zum Zwecke des Nebenerwerbs, also zusätzlich zu einer Erwerbstätigkeit, dem Studium oder der Arbeitslosigkeit. Die Nebenerwerbsgründungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 Prozent gestiegen.

Nach der Rechtsform der Betriebsgründung betrachtet, wurden 2010 neben 3 321 Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) 2 945 Einzelunternehmen, aber auch 1 088

Gesellschaften des bürgerlichen Rechts (GbR) und 563 Gesellschaften mit beschränkter Haftung & Co. KG angemeldet. Auch in anderen Rechtsformen erfolgten weitere Betriebsgründungen, doch deren Anteile waren relativ gering. Als Einzelunternehmer meldeten 928 Frauen und 2 017 Männer ein Gewerbe an. Fast ein Drittel der Einzelunternehmen wurden 2010 von Frauen gegründet, davon eröffneten über 50 Prozent eine Hauptniederlassung.

Von den 2 945 Einzelunternehmern, die 2010 einen Betrieb gründeten, waren 310 bezie-

Abb. 3 Betriebsgründungen 2010 nach Art der Rechtsform in Prozent



hungsweise 10,5 Prozent Ausländer. Neben 82 Gewerbetreibenden aus Vietnam meldeten 50 Einzelunternehmer polnischer Herkunft, 45 aus der Türkei sowie 17 Personen aus Griechenland und 6 aus Italien eine Betriebsgründung.

Hartz IV für Selbstständige [4]

Im Jahr 2010 waren in Sachsen mehr als 14 000 Selbstständige tätig, die gleichzeitig noch Hartz-IV-Leistungen bezogen. Im bundesweiten Vergleich war das nach Berlin (15,9 Prozent) die höchste Quote mit 11,8 Prozent. In Sachsen meldete die Landeshauptstadt Dresden die höchste Quote von Selbstständigen mit 17,3 Prozent, die nebenbei noch Hartz IV beziehen (2 571 Personen); Leipzig verzeichnete 2 840 selbstständige Hartz-IV-Bezieher (Quote 14,2 Prozent). Aufgrund der Möglichkeiten der Einkommensgestaltung bei Selbstständigen bestehen jedoch durchaus Möglichkeiten des Missbrauchs von Transferleistungen. Um die dauerhafte staatliche Förderung von nicht tragfähigen Unternehmen einzugrenzen, wird über eine zeitliche Befristung der Hartz-IV-Zuwendungen für Selbstständige nachgedacht.

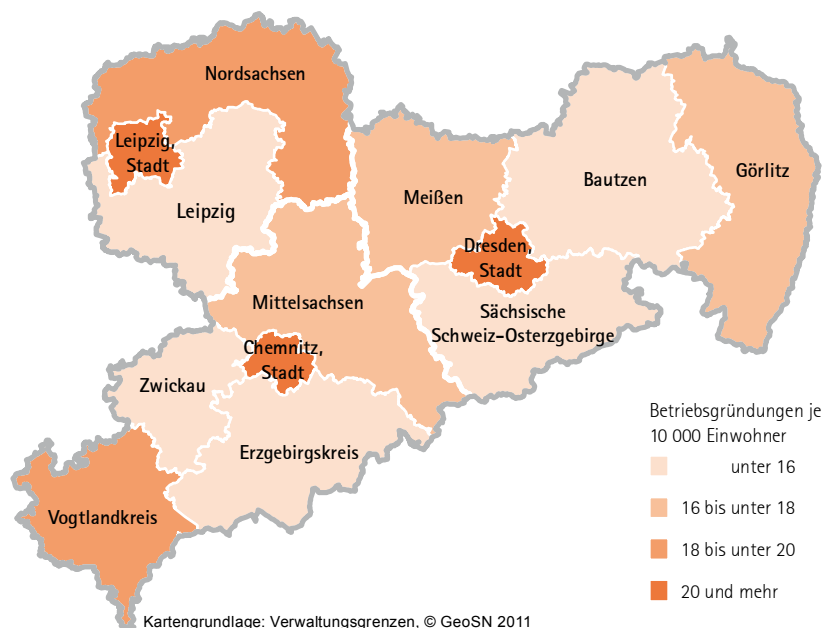
Existenzgründungen im Handwerk [4]

Die Anzahl der Betriebe im Handwerk stieg leicht an. Ende 2010 wurden insgesamt 59 167 Handwerksbetriebe, das waren 554 mehr als im Vorjahr, bei den sächsischen Handwerkskammern registriert. Bei den Betriebsgründungen überwogen die Anmeldungen im zulassungspflichtigen Handwerk. Der Trend, mit oder nach Erlangung einer hohen Qualifikation (Meister- oder Ingenieurausbildung) und entsprechend anderer fachlicher Befähigung zur Führung eines Unternehmens in die Selbstständigkeit zu gehen, hält hier unvermindert an. Erfahrungsgemäß besitzen die neu gegründeten Betriebe dieser Handwerksgruppe die vergleichsweise größten Wachstumspotentiale mit Blick auf Beschäftigung, Innovation und Ausbildung. Zur Unterstützung hervorragender Gründungen im Meisterbereich steht erstmals seit 2010 das „Meisterdarlehen“, ein gemeinsam zwischen der Sächsischen Aufbaubank und den sächsischen Handwerkskammern entwickeltes Finanzierungsprodukt, für ausgewählte Meisterabsolventen zur Verfügung.

Die Schwerpunkte der Unternehmensgründungen lagen in den Branchen Bau- und Ausbaugewerbe, Elektro- und Metallgewerbe, Gesundheits-, Körperpflege-, und Reinigungsgewerbe sowie Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe.

Abb. 4 Betriebsgründungen 2010 je 10 000 Einwohner nach Kreisfreien Städten und Landkreisen

Gebietsstand: 1. Januar 2010; Bevölkerungsstand: 31. Dezember 2010



Für Existenzgründer im Handwerk gibt es seit 2008 eine zentrale Anlauf- und Beratungsstelle, das ist das Startercenter der regionalen Handwerkskammer. Alle mit der Gründung verbundenen Formalitäten werden über ein Formular-Center erledigt, damit entfallen zeitraubende Gänge zu Ämtern, Institutionen und Sozialversicherungsträgern. Dieses Vorgehen ermöglicht dem Gründer, sich mit dem Berater des Startercenters auf die qualitative Vorbereitung der Gründung zu konzentrieren. Aufgrund des überschaubaren Risikos dominieren Gründungen mit keinem oder einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz und überschaubarem Kapitalbedarf, der in der Regel durch Hausbankdarlehen oder Mikrofinanzierungsangebote der Förderbanken oder Kommunen bedient werden kann.

Mehr als 20 Jahre nach der Wiedervereinigung wird das Gründungsgeschehen zunehmend durch eine wachsende Zahl an Unternehmensnachfolgen dominiert. Dabei tritt die familieninterne Übergabe zunehmend zugunsten einer externen Nachfolgelösung zurück. Aufgrund des überproportional hohen Rückgangs der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter stellt ein in Zukunft absehbarer Unternehmernmangel eine große Herausforderung im Bereich der Unternehmensnachfolge im Handwerk dar.

Existenzgründungen im IHK Bereich [4]

Im Dienstleistungssektor, speziell im Bereich des Hausmeisterservices, war ein weiterer Zuwachs an Gründungen zu verzeichnen. Das

Gründungsgeschehen in diesem Bereich wird dominiert durch entsprechende Förderung aus der Arbeitslosigkeit heraus (Gründungszuschuss, Einstiegsgeld) und ein Agieren am Existenzminimum. Weiteres Entwicklungspotential besitzen studentische Gründungen bzw. Gründungen aus dem Bereich der Universitäten/Hochschulen. In diesem Bereich gab es jedoch vergleichsweise wenige Starter. Als Trend wahrnehmbar ist die Zunahme von online-gestützten Dienstleistungen in vielen Branchen (Handel, Immobilien, Tourismus, Verkehr), damit verbunden ein ausgeprägtes Bewusstsein zu rechtlichen Aspekten im Internet sowie im Marken- und Geschmacksmusterbereich. Gleichzeitig war festzustellen, dass immer mehr ältere Gründer (50 Jahre und älter) den Schritt in die Selbstständigkeit wagen und der Anteil der Frauen im Existenzgründungsbereich leicht gestiegen ist. Leider weist die Qualität der Konzepte bei einem Teil der Gründer noch erhebliche Defizite auf. Trotz durchaus sichtbarer qualitativer Steigerungen der Vorhabensbeschreibungen, werden oftmals die Mindestanforderungen nicht erfüllt. Insbesondere die Qualität der Umsatz- und Ertragsvorschau lässt auf erhebliche kaufmännische Defizite in den Gründerpersönlichkeiten schließen. Die überwiegende Zahl der bis dahin arbeitslosen Gründer bringen die notwendigen Betriebsmittel als Sachmittel mit ein bzw. finanzieren diese aus Eigenmitteln.

Zur Unterstützung der Festigungs- und Wachstums- und Übergabeprozesse haben die sächsischen Industrie- und Handelskammern

sowie Handwerkskammern spezielle, auf den Bedarf dieser Unternehmen ausgerichtete, Veranstaltungs-, Beratungs- und Bildungsangebote entwickelt.

Technologieorientierte Gründungen [4]

Junge technologieorientierte Unternehmen sind als Innovationsmotoren für die Wirtschaft des Freistaates Sachsen unverzichtbar. Diesem Unternehmensnachwuchs bieten die 19 Technologie- und Gründerzentren im Freistaat Sachsen gute Rahmenbedingungen und Räumlichkeiten für die Start- und die Entwicklungsphase. Zum Ende des Jahres 2010 befanden sich insgesamt 673 Gründerfirmen und Jungunternehmen mit nahezu 5 000 Beschäftigten in der Obhut dieser Zentren. Die Zentren fungieren quasi als Inkubatoren, fördern Kooperationen und Vernetzungen zwischen den Unternehmen und mit Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen. Sie haben insbesondere in den peripheren Lagen und ländlichen Räumen geholfen, die arbeitsfähige Bevölkerung in der Region zu halten und in gute Unternehmensnetzwerke einzubringen.

Ausblick

Im Jahr 2010 wurden 7 897 Existenzgründungen mit einem Gründungszuschuss über die Agenturen für Arbeit gefördert. Die meisten Existenzgründungen erfolgten in Sachsen im Bereich „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ (1 276), gefolgt von Gründungen im Bereich „Freiberuflichen wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ (1 041) und den „Sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ (930). In den Bezirken der Agenturen für

Arbeit Leipzig (insgesamt 1 680) und Dresden (insgesamt 1 443) waren die meisten Gründungen im Bereich „Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen“ zu verzeichnen.

Das Bundeskabinett hat eine Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente beschlossen. Die Neuregelung sieht u. a. Einschnitte (Kürzungen und Wegfall des Rechtsanspruches) bei den Zuschüssen für Existenzgründer vor. Beim 2006 eingeführten Gründungszuschuss erhalten die Antragsteller einen Zuschuss in Höhe des zuletzt bezogenen Arbeitslosengeldes sowie 300 € monatlich zur sozialen Absicherung. Die ab 2012 geplanten Modifizierungen sollen insbesondere Mitnahmeeffekte verringern und stärker auf die wirtschaftliche Nachhaltigkeit von Neugründungen abzielen. Gefördert werden künftig Gründungsüberzeugung und hohes Engagement gleich zu Beginn der Arbeitslosigkeit, denn eine Gründungsförderung muss künftig früher beantragt werden. Die fachliche Prognose zur Tragfähigkeit der Gründung sowie die persönliche Eignung für eine selbstständige Tätigkeit erhalten ein stärkeres Gewicht bei der Einzelfallprüfung. Es besteht damit die Möglichkeit, sich mittels Fördersteuerung auf aussichtsreiche Vorhaben zu konzentrieren. Der Gründungszuschuss wird in eine Kann-Leistung umgewandelt. Gab es bisher einen Rechtsanspruch, so wird es künftig im Ermessen des Arbeitsvermittlers liegen, ob jemand mit dem Zuschuss gründen darf oder nicht. [5]

Angela Sondermann, Referentin Verwaltungsdatenverwendung, Gewerbeanzeigen, Insolvenzen

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), zuletzt geändert durch Artikel 4 Absatz 14 des Gesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2258, 2270)
- [2] Gesetz über Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246, 2249)
- [3] Zweite Gesetz zum Abbau bürokratischer Hindernisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246) Artikel 9 – Änderung der Gewerbeordnung
- [4] Sächsisches ExistenzgründerNetzwerk SEN, bestehend aus IHK Chemnitz, Dresden, Leipzig sowie den Handwerkskammern Chemnitz, Dresden, Leipzig. Internetadresse: <http://www.existenzgruendung-sachsen.de>
- [5] Werdes, Alexandra: Grundverkehrt!. In: Die Zeit vom 13. Oktober 2011. S. 87f.

Pflegebedürftigkeit in Sachsen im Spiegel der amtlichen Statistik

Vorbemerkungen

Die amtliche Statistik erfasst seit 1999 Daten zur Versorgung im Pflegebereich mit dem Ziel der Beurteilung von Angebot und Nachfrage [1] und der Abschätzung eines zukünftigen Bedarfs, insbesondere im Hinblick auf eine ständig alternde Bevölkerung. Der Schwerpunkt des Beitrags liegt auf einer Betrachtung der Entwicklung seit Beginn der Statistik und einer auch regionalisierten Analyse des Zustandes am Jahresende 2009. Einige allgemeine Ausführungen zu Prognosen/Vorausberechnungen in diesem Bereich sollen zur Abrundung des Gesamtbildes beitragen. Ausführlich wird diese Problematik in einer vom Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz (SMS) in Auftrag gegebenen Studie der Universität Freiburg betrachtet. [2]

Abgrenzung der Statistik

Für alle Angaben zur Pflege im Rahmen der amtlichen Statistik sind **ausschließlich Daten im Zusammenhang mit Leistungen der sozialen Pflegeversicherung nach dem SGB XI** [3] relevant. Diese werden in Form von Sachleistungen in stationären Einrichtungen oder von ambulanten Pflegediensten erbracht bzw. als Geldleistungen für die Pflege durch Angehörige oder sonstige nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen gewährt. Auch eine Kombination beider Leistungsarten ist möglich. Die Daten zur sozialen Pflegeversicherung werden im Zweijahresturnus in zwei getrennten Erhebungen erfasst: Die Statistischen Landesämter befragen jeweils zum Stichtag 15. Dezember ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen zur Einrichtung, den Beschäftigten und den Pflegebedürftigen. Das Statistische Bundesamt zieht zum Stichtag 31. Dezember Daten zu den Pflegegeldempfängern von den Spitzenverbänden der Pflegekassen und dem Verband der privaten Krankenversicherung ein. [1]

Pflegebedürftige im Sinne des SGB XI sind Menschen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für ihre gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen des täglichen Lebens auf Dauer in erheblichem oder höherem Maße Hilfe benötigen. Erfasst werden nur **Leistungsempfänger der Pflegeversicherung**, also die Pflegebedürftigen, die über einen den Stichtag (31. Dezember) umfassenden Zeitraum regelmäßig Leistungen der Pflegeversicherung erhalten oder eine Leistung zum Stichtag genehmigt bekamen. Voraussetzung für die Leistungserbringung ist die Entscheidung der Pflegekasse bzw. des privaten Versicherungsunternehmens über die Pflegebedürftigkeit in Verbindung mit einer Zuordnung zu den Pflegestufen durch den Medizinischen Dienst. Menschen, die in vollstationären Einrichtungen für Behinderte leben, deren Zweck vorrangig die Teilhabe am Leben unter Bewältigung der bestehenden Beeinträchtigung und nicht die Pflege ist, erhalten gemäß § 43a ebenfalls Leistungen der sozialen Pflegeversicherung, werden aber in diesem Zusammenhang nicht als Pflegebedürftige in der amtlichen Pflegestatistik erfasst. [1]

Sowohl die Anzahl der Pflegebedürftigen als auch die Angaben zur Art ihrer Versorgung werden demnach durch Angaben der gewährten Leistungen gewonnen. Im vorliegenden Artikel wird die Bezeichnung „Pflegebedürftige“ synonym für Leistungsempfänger der Pflegeversicherung verwendet. Der Zusammenhang zwischen Leistungs- und Versorgungsart wird in Abbildung 1 dargestellt, die einen Überblick über die pflegerische Versorgung in Sachsen im Jahr 2009 gibt.

Pflegebedürftige und ihre Versorgung in Sachsen

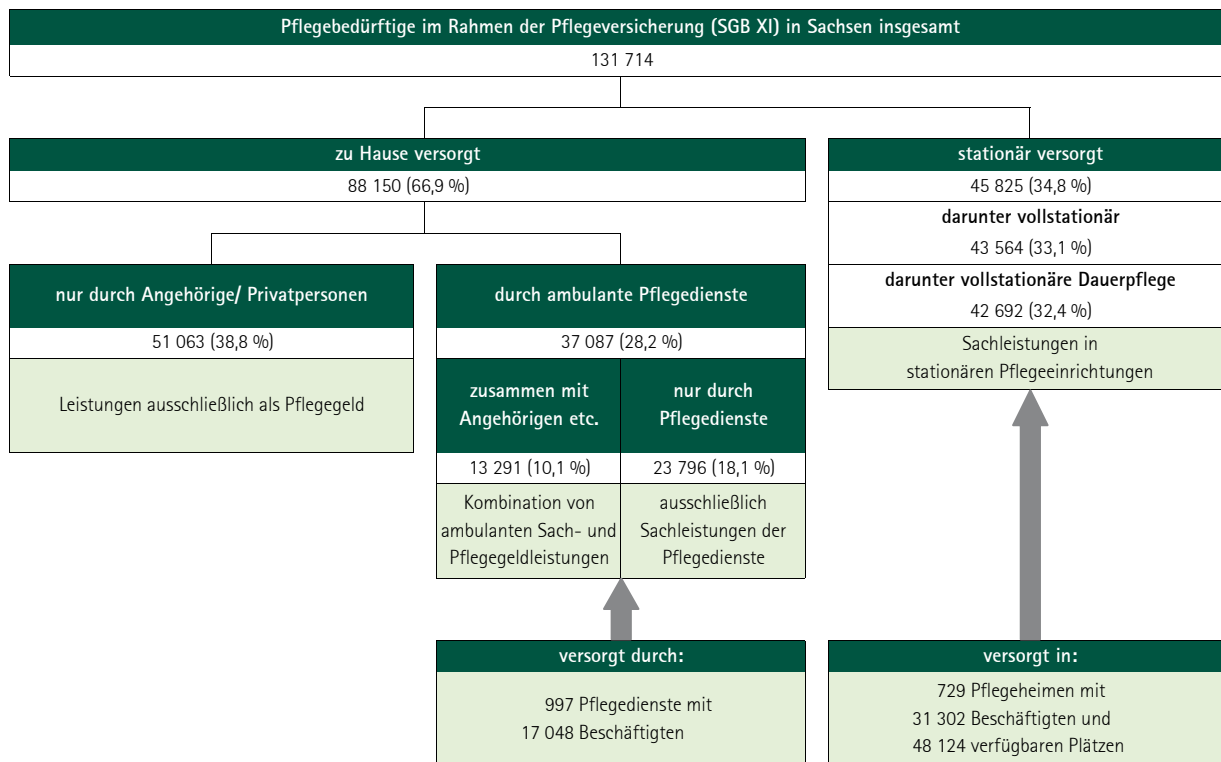
Allgemeine Entwicklung

Zum Jahresende 2009 wurden in Sachsen 131 714 Personen als Pflegebedürftige erfasst, das waren 4 650 Personen bzw. 3,7 Prozent mehr als 2007. Damit setzte sich trotz neuer Methodik bei der Ermittlung der Gesamtzahl (s. methodischer Hinweis) der Anstieg der Pflegebedürftigkeit weiter fort. Vom Erfassungsbeginn 1999 bis zum Jahresende 2009 erhöhte sich die Anzahl der Pflegebedürftigen um 11,5 Prozent. Die Anzahl der männlichen Pflegebedürftigen stieg dabei stärker an als die Anzahl der weiblichen Pflegebedürftigen, so dass sich ihr Anteil in diesem Zeitraum von 29,0 auf 32,1 Prozent erhöhte. Im Dezember 2009 gab es 42 284 männliche und 89 430 weibliche Pflegebedürftige. Die Dominanz der weiblichen Pflegebedürftigen wird sich auch in den nächsten Jahren mit dem „stärkeren Altern“ der männlichen Bevölkerung weiter abbauen.

Methodischer Hinweis

Bis 2007 umfasste die Gesamtzahl der Pflegebedürftigen außer den Pflegegeldempfängern ohne Kombinationsleistungen im ambulanten Bereich alle in den Erhebungen der ambulanten Pflegedienste und stationären Pflegeeinrichtungen gemeldeten Pflegebedürftigen. Seit 2009 werden teilstationär betreute Pflegebedürftigen, die nur zur Tages- oder Nacht-Pflege in Heimen versorgt werden, zwar als stationär betreute Pflegebedürftige erfasst, bei der Bildung der Gesamtzahl aber nicht herangezogen. Man geht davon aus, dass diese Personen größtenteils gleichzeitig ambulante Pflegeleistungen durch Angehörige und/oder Pflegedienste in Anspruch nehmen und deshalb schon dort berücksichtigt wurden. Empirische Beobachtungen zeigen eine Inanspruchnahme von Tages- und Nachtpflege parallel zu ambulanten Sachleistungen oder Pflegegeld insbesondere seit der Reform der Pflegeversicherung im Sommer 2008, die die Leistungsobergrenzen für diese Kombinationsfälle deutlich erhöhte.[2] Für zurückliegende Jahre wird deshalb keine Korrektur der Gesamtzahl vorgenommen. Durch die getrennte Erfassung in verschiedenen Erhebungen, kann allerdings keine konkrete Zahl für die Parallelbezieher sowohl vor als auch nach der Reform ermittelt werden.

Abb. 1 Pflegebedürftige im Dezember 2009 nach Versorgungsart/Leistungsart



Betrachtung der Versorgungsarten und ihrer Entwicklung

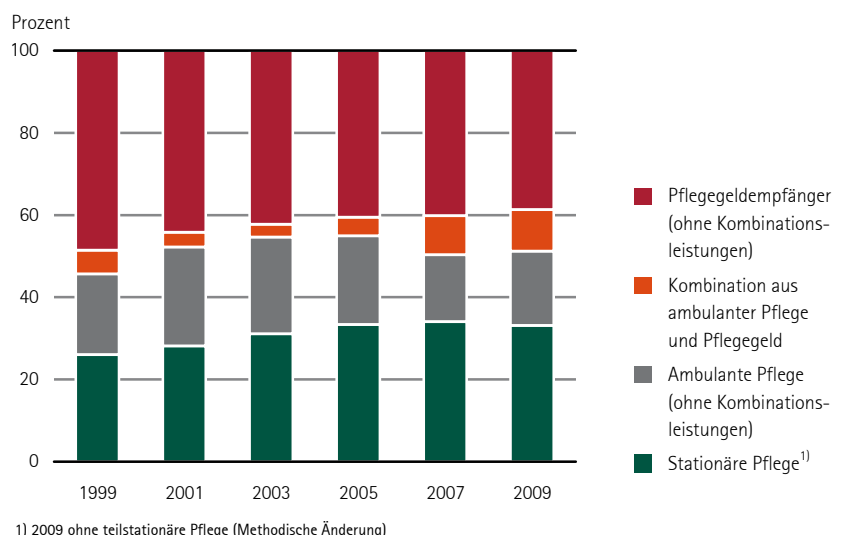
Das obige Schaubild verdeutlicht die Pflegesituation in Sachsen am Jahresende 2009 in komprimierter Form. Hier wird dargestellt, wie viele Pflegebedürftige wo bzw. durch wen versorgt werden. Zusätzlich sind die wichtigsten Angaben zu den professionellen Pflegedienstleistern enthalten, die im Dezember 2009 über 60 Prozent der in Sachsen lebenden Pflegebedürftigen betreuten. Betrachtet man die Pflegebedürftigen seit Erfassungsbeginn 1999 nach ihrer Versorgungs- bzw. Leistungsart, so zeichnet sich ein Trend hin zur professionellen Pflege ab. Nur noch 38,8 Prozent der Leistungsempfänger beziehen Leistungen ausschließlich als **Pflegegeld**, 1999 waren das noch 48,6 Prozent. Trotzdem beteiligen sich auch Privatpersonen relativ stark zumindest partiell an der Pflege ihrer Angehörigen (s. Abb. 2 und Tab. 1). Der Anteil der **stationär Versorgten** stieg in diesem Zeitraum von 26,0 auf 34,8 Prozent. In vollstationärer Dauerpflege befanden sich 2009 42 692 Personen, 32,4 Prozent aller Pflegebedürftigen (1999: 24,9 Prozent). Von **ambulanten Pflegediensten** wurden 1999 25,4 Prozent der Pflegebedürftigen betreut, heute sind es 28,2 Prozent. Allerdings stieg hier vor allem der Anteil derer, die die professionellen Pflegeleistungen zusätzlich zu selbst organisierter Pflege in Anspruch nahmen von 5,8 auf 10,1 Prozent. Die steigende Tendenz dieser sogenannten Kombinationsleistungen hält seit 2003 an. Dadurch erhöhte sich

trotz des stark steigenden Anteils stationärer Versorgung auch der Anteil der Pflegebedürftigen wieder, die zumindest teilweise für ihre Pflege auf Privatpersonen zurückgreifen. Zum Jahresende 2009 sind mehr Privatpersonen (meist Angehörige) in die Pflege eingebunden als je zuvor seit Einführung dieser Statistik: Im Dezember 2009 wurden 64 354 Personen zumindest teilweise von ihren Angehörigen bzw. Bekannten auf privater Basis gepflegt. Vor dem Hintergrund einer stark alternden Bevölkerung mit zu erwartender weiter ansteigender Pflegebedürftigkeit zeichnet sich hier neben der Nichtbezahlbarkeit der stationären Pflege ein weiteres Problem ab.

Betrachtung nach Pflegestufen

In Sachsen war im Dezember 2009 54,3 Prozent der Pflegebedürftigen die Pflegestufe I zuerkannt worden, 34,7 Prozent die Pflegestufe II und 10,8 Prozent die Pflegestufe III bzw. darüber. 398 Pflegebedürftige (0,3 Prozent) erhielten Leistungen in stationären Einrichtungen ohne dass ihnen schon eine Pflegestufe erteilt worden war. Zwischen 1999 und 2009 erhöhte sich vor allem die Anzahl der Pflegebedürftigen in Pflegestufe III sowie in Pflegestufe I, während in Pflegestufe II sogar ein leichtes Absinken zu verzeichnen war. Die Erhöhung der Anzahl Schwerstpflegebedürftiger um insgesamt 28,5 Prozent betraf vor allem den

Abb. 2 Pflegebedürftige von 1999 bis 2009 nach der Leistungsart



stationären Bereich, wo 87 Prozent mehr Pflegebedürftige der Pflegestufe III bzw. Härtefälle erfasst wurden als 1999. In jeder der Pflegestufen ist die Verschiebung von der Pflege durch Angehörige hin zur teilweisen oder vollständigen Pflege durch ambulante Pflegedienste bzw. zur stationären Pflege nachweisbar.

Die Nutzung professioneller Pflege war und ist natürlich in höheren Pflegestufen stärker ausgeprägt als in niedrigeren. Welche Rolle die einzelnen Pflegestufen innerhalb der jeweiligen Versorgungsart am Jahresende 2009 bzw. 1999 spielten und ihre Entwicklung ist in Tabelle 1 und Abbildung 3 ablesbar. Hier soll dagegen nochmals aufgezeigt werden, welche Bedeutung den verschiedenen Versorgungsarten innerhalb der jeweiligen Pflegestufe im Dezember 2009 zukam:

Von den 71 946 Pflegebedürftigen der **Pflegestufe I** wurden fast die Hälfte (48,4 Prozent) zu Hause allein durch Angehörige oder Privatpersonen betreut, jeder Fünfte von ihnen (20,6 Prozent) befand sich allerdings in vollstationärer Dauerpflege. Bei den 45 729 Pflegebedürftigen in **Pflegestufe II** betrug der Anteil der dauerhaft vollstationär Gepflegten bereits 43,7 Prozent und nur 28,9 Prozent wurden zu Hause ohne Zuhilfenahme ambulanter Dienste versorgt. Von den 14 206 **Schwerstpflegebedürftigen** (Pflegestufe III inkl. Härtefälle) befanden sich mit 54,7 Prozent über die Hälfte in vollstationärer Dauerpflege. In 22,8 Prozent der Fälle erfolgte aber auch hier noch eine häusliche Pflege ohne Einbindung ambulanter Pflegedienste.

Betrachtung nach Altersgruppen

Unter den Pflegebedürftigen befanden sich im Dezember 2009 15,9 Prozent unter 65-Jährige, 46,6 Prozent 65- bis unter 85-Jährige und 37,5 Prozent im Alter von 85 und mehr Jahren. Während die Pflege jüngerer Pflegebedürftiger noch oft von Angehörigen im häuslichen Umfeld bewerkstelligt wurde, verschob sich die Betreuung mit steigendem Alter immer mehr in den stationären Bereich: Die **unter 65-jährigen Pflegebedürftigen** (im Dezember 2009: 20 964 Personen) wurden zu über zwei Dritteln (68,2 Prozent) allein durch Pflegegeldleistungen, d. h. Angehörige oder Privatpersonen versorgt, die anderen beiden Versorgungsarten spielten mit Werten um 15 bis 16 Prozent eher eine untergeordnete Rolle. Bei den **65- bis unter 85-Jährigen** hatte die häusliche Pflege

Tab. 1 Pflegebedürftige in Sachsen nach Art der Versorgung

Art der Versorgung	Pflegebedürftige			Darunter in Pflegestufe ¹⁾					
	Anzahl	Anteil weiblich in %	Anteil in %	I	II	III	I	II	III
				Anzahl			Anteil an Versorgungsart		
im Dezember 2009									
Zu Hause versorgt	88 150	64,1	66,9	56 331	25 435	6 384	63,9	28,9	7,2
nur durch Angehörige/Privatpersonen ²⁾	51 063	58,9	38,8	34 624	13 204	3 235	67,8	25,9	6,3
durch ambulante Pflegedienste	37 087	71,1	28,2	21 707	12 231	3 149	58,5	33,0	8,5
darunter in Kombination mit Pflegegeld	13 291	69,2	10,1	6 536	5 251	1 504	49,2	39,5	11,3
Stationär versorgt ³⁾	45 825	75,2	34,8	16 277	21 179	7 971	35,5	46,2	17,4
darunter vollstationär versorgt ⁴⁾	43 564	75,6	33,1	15 165	20 294	7 822	34,8	46,6	18,0
darunter vollstationäre Dauerpflege	42 692	75,8	32,4	14 718	19 996	7 769	34,5	46,8	18,2
Insgesamt ⁵⁾	131 714	67,9	100	71 496	45 729	14 206	54,3	34,7	10,8
im Dezember 1999									
Zu Hause versorgt	87 372	68,2	74,0	48 409	32 164	6 799	55,4	36,8	7,8
nur durch Angehörige/Privatpersonen ²⁾	57 401	63,7	48,6	33 404	19 804	4 193	58,2	34,5	7,3
durch ambulante Pflegedienste	29 971	76,8	25,4	15 005	12 360	2 606	50,1	41,2	8,7
darunter in Kombination mit Pflegegeld	6 852	74,6	5,8	2 692	3 184	976	39,3	46,5	14,2
Stationär versorgt ³⁾	30 752	78,9	26,0	10 944	15 258	4 253	35,6	49,6	13,8
darunter vollstationär versorgt ⁴⁾	30 002	79,0	25,4	10 655	14 885	4 185	35,5	49,6	13,9
darunter vollstationäre Dauerpflege	29 450	79,1	24,9	10 422	14 656	4 150	35,4	49,8	14,1
Insgesamt ⁵⁾	118 124	71,0	100	59 353	47 422	11 052	50,2	40,1	9,4
Veränderung 2009 gegenüber 1999 (bei Absolutwerten in %, bei Anteilen in Prozentpunkten)									
Zu Hause versorgt	0,9	-4,1	-7,0	16,4	-20,9	-6,1	8,5	-8,0	-0,5
nur durch Angehörige/Privatpersonen ²⁾	-11,0	-4,8	-9,8	3,7	-33,3	-22,8	9,6	-8,6	-1,0
durch ambulante Pflegedienste	23,7	-5,6	2,8	44,7	-1,0	20,8	8,5	-8,3	-0,2
darunter in Kombination mit Pflegegeld	94,0	-5,4	4,3	142,8	64,9	54,1	9,9	-7,0	-2,9
Stationär versorgt ³⁾	49,0	-3,7	8,8	48,7	38,8	87,4	-0,1	-3,4	3,6
darunter vollstationär versorgt ⁴⁾	45,2	-3,4	7,7	42,3	36,3	86,9	-0,7	-3,0	4,0
darunter vollstationäre Dauerpflege	45,0	-3,3	7,5	41,2	36,4	87,2	-0,9	-2,9	4,1
Insgesamt ⁵⁾	11,5	-3,1	x	20,5	-3,6	28,5	4,0	-5,4	1,4

1) ohne Pflegebedürftige, denen noch keine Pflegestufe zugeordnet wurde; bei Pflegestufe III inklusive Härtefälle

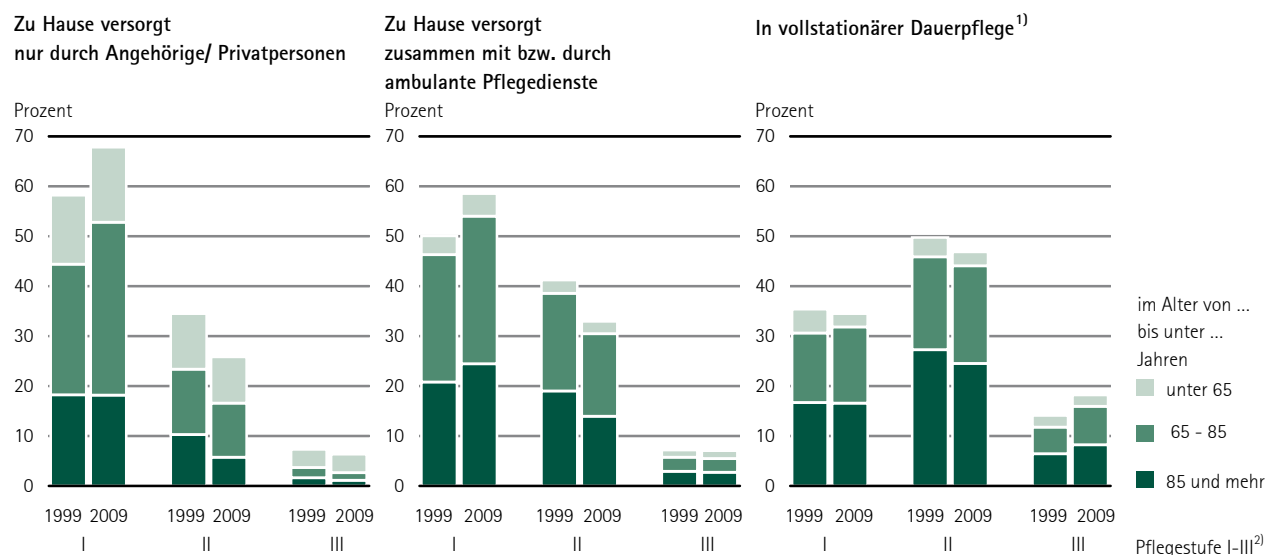
2) Leistungen ausschließlich als Pflegegeld

3) inklusive teilstationäre Versorgung und Kurzzeitpflege

4) ohne teilstationär Betreute (Tages- bzw. Nachtpflege)

5) zur Vermeidung von Doppelzählungen seit 2009 ohne in stationären Einrichtungen erfasste teilstationär betreute Pflegebedürftige

Abb. 3 Pflegebedürftige ausgewählter Versorgungsarten nach Pflegestufe und Alter



1) Nicht dargestellt wurden Pflegebedürftige, denen noch keine Pflegestufe zugeordnet wurde (1999 insgesamt 0,8 Prozent, 2009 - 0,5 Prozent).
2) Pflegestufe III einschließlich Härtefälle

ohne Beteiligung ambulanter Pflegedienste mit 39,2 Prozent ebenfalls den höchsten Anteil, allerdings mit schon weit geringerem Abstand, denn ambulante Pflegedienste und stationäre Dauerpflege hatten hier jeweils Anteile um 30 Prozent. Bei den **ab 85-Jährigen** überwog dagegen die stationäre Pflege: 42,7 Prozent von ihnen befanden sich in dauerhafter stationärer Versorgung, ambulante Pflegedienste waren hier zu 30,8 Prozent tätig und nur bei einem Viertel der Hochbetagten (25,8 Prozent) wurde die Pflege allein durch Privatpersonen bewerkstelligt.

Betrachtung nach Pflegestufen und Altersgruppen pro Versorgungsart

Die Verteilung der Pflegebedürftigen nach Pflegestufen und Altersgruppen in den einzelnen Versorgungsarten und ihren Stand im Vergleich zu 1999 zeigt die Abbildung 3. Bei den **allein durch Privatpersonen zu Hause Betreuten** (im Dezember 2009 insgesamt 51 063 Personen) handelt es sich erwartungsgemäß vorrangig um Pflegebedürftige der Pflegestufe I (2009: 67,8 Prozent). Auf dieser Basis wurden am Jahresende 2009 aber auch 3 235 Schwerstpflegebedürftige (Pflegestufe III inkl. Härtefälle) gepflegt. Das waren immerhin 6,3 Prozent der Pflegebedürftigen mit dieser Versorgungsart. Bei den im häuslichen Umfeld ohne Zuhilfenahme von pflegerischen Sachleistungen Versorgten befand sich im Vergleich zu anderen Versorgungsarten ein relativ hoher Anteil unter 65-Jährige – 2009 waren es 28,0 Prozent. Den höchsten Anteil hatten mit 47,1 Prozent die 65- bis unter 85-Jährigen. Mit insgesamt 24,9 Prozent war der Anteil der ab 85-Jährigen in der Gruppe der auf diese Art Gepflegten der niedrigste. Ihr Anteil hier hat gegenüber 1999 insbesondere in den Pflegestufen II und III abgenommen.

Bei den **durch ambulante Pflegedienste betreuten Pflegebedürftigen** (am Jahresende 2009 insgesamt 37 087 Personen) erhöhte sich der Anteil der Pflegebedürftigen mit der Pflegestufe I von 50,1 im Jahr 1999 auf aktuell 58,5 Prozent zu Lasten der Pflegebedürftigen mit Pflegestufe II. Der Anteil der Schwerstpflegebedürftigen blieb hier mit 8,5 Prozent (1999: 8,7 Prozent) relativ stabil. Am Jahresende 2009 wurden 3 149 Schwerstpflegebedürftige zu Hause allein durch Pflegedienste bzw. durch diese gemeinsam mit Angehörigen versorgt. Die Pflegebedürftigen im Alter von 65 bis unter 85 Jahren hatten mit 50,2 Prozent (Dezember 2009) auch in dieser Versorgungsart den höchsten Anteil. Der Anteil der unter 65-Jährigen betrug allerdings nur noch 8,7 Prozent, dafür lag der Anteil der ab 85-Jährigen im Dezember 2009 insgesamt bei 41,0 Prozent.

In **vollstationärer Dauerpflege** wurden am Jahresende 2009 insgesamt 42 692 Personen versorgt, größtenteils Pflegebedürftige der Pflegestufe II (46,8 Prozent). Der Anteil der Pflegebedürftigen mit Pflegestufe I war mit 34,5 Prozent aber auch relativ hoch. Jedoch sanken die Anteile beider Pflegestufen in dieser Versorgungsart gegenüber 1999 leicht zu Gunsten der Pflegebedürftigen in Pflegestufe III (inkl. Härtefälle). Am Jahresende 2009 betrug der Anteil der Schwerstpflegebedürftigen an den dauerhaft stationär betreuten Pflegebedürftigen 18,2 Prozent, das waren 7 769 Personen, 1999 waren es nur 14,1 Prozent.

Kurzzeit- und teilstationäre Pflege

Die in stationären Einrichtungen vorhandenen Angebote der Kurzzeit- sowie der teilstationären Pflege wurden in den hier betrachteten 10 Jahren ausgebaut. So befan-

den sich im Jahr 1999 am Erhebungstichtag 15. Dezember 552 Personen mit Pflegeversicherungsleistungen in Kurzzeitpflege, im Jahr 2009 waren es 872. Im Bereich der teilstationären Pflege wird die Nachtpflege nur in absoluten Einzelfällen genutzt. In **stationärer Tagespflege** dagegen wurden am 15. Dezember 2009 mit 2 261 Pflegebedürftigen immerhin 1,7 Prozent aller Pflegebedürftigen versorgt. Im Jahr 1999 befanden sich am Erhebungstichtag 749 Pflegebedürftige in Tagespflege, ihre Anzahl stieg bis 2003 und ab 2005 relativ stark an, dazwischen nur mäßig. 2007 wurden bereits 1 919 Pflegebedürftige nur tagsüber in einer Einrichtung versorgt. Ein außerordentlicher Anstieg dieser Pflegeform durch die hier seit 2008 geschaffenen Vergünstigungen ist somit in Sachsen nicht nachweisbar. Größtenteils wird die Tagespflege von Pflegebedürftigen der Pflegestufen I und II genutzt und am stärksten in der Altersgruppe der 65- bis unter 85-Jährigen.

Pflegebedürftige und ihre Versorgung in den Bundesländern

Allgemeine Entwicklung

In Deutschland waren am Jahresende 2009 über 2,3 Millionen Menschen als pflegebedürftig eingestuft (s. Tab. 2), im Dezember 1999 waren es noch 2 016 091, das entsprach einer Zunahme um 16 Prozent. 2009 wurden 69,3 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause versorgt und 32,0 Prozent stationär. Durch den teilstationären Bereich gibt es Überschneidungen zwischen beiden Versorgungsarten.

Der Anstieg der durch die amtliche Pflegestatistik erfassten Pflegebedürftigen verlief in den einzelnen Bundesländern nicht gleich-

Tab. 2 Pflegebedürftige in Deutschland nach Bundesländern¹⁾ und Art der Versorgung

Bundesland	Anzahl Pflegebedürftige insgesamt ²⁾	Und zwar					stationär versorgt
		weiblich	im Alter von 85 Jahren und mehr	zu Hause versorgt			
				zusammen	nur durch Angehörige/ Privatpersonen ³⁾	zusammen mit bzw. durch ambulante Pflegedienste	
im Dezember 2009 (Gesamtanzahl absolut, Anteile an Gesamtanzahl in Prozent)							
Baden-Württemberg	246 038	66,1	37,1	65,9	45,7	20,2	35,9
Bayern	318 479	66,3	36,9	67,4	44,4	23,0	33,8
Berlin	101 351	68,2	32,9	74,3	48,4	25,9	27,2
Brandenburg	85 801	67,3	31,1	75,0	44,6	30,4	27,4
Hamburg	45 997	68,2	36,5	68,8	38,8	30,0	32,5
Hessen	186 893	66,9	35,0	75,2	53,5	21,6	25,7
Mecklenburg-Vorpommern	61 442	65,3	27,5	72,3	46,7	25,5	30,0
Niedersachsen	256 085	67,0	35,9	68,1	43,5	24,6	33,2
Nordrhein-Westfalen	509 145	67,4	34,5	69,6	46,4	23,3	31,6
Rheinland-Pfalz	105 800	67,5	37,0	70,6	49,8	20,8	30,0
Saarland	30 380	66,5	33,8	69,1	47,2	21,9	31,8
Sachsen	131 714	67,9	37,5	66,9	38,8	28,2	34,8
Sachsen-Anhalt	80 667	67,5	33,3	68,7	43,0	25,8	32,1
Schleswig-Holstein	79 507	66,4	36,4	59,5	38,4	21,1	41,8
Thüringen	76 967	66,9	32,3	73,4	49,0	24,3	28,3
Deutschland ¹⁾	2 338 252	67,0	35,2	69,3	45,6	23,7	32,0
Veränderung der Anteile gegenüber 1999 in Prozentpunkten							
Baden-Württemberg	x	-1,6	-0,9	-3,1	-3,1	0,1	4,8
Bayern	x	-0,7	2,1	-4,6	-8,3	3,8	5,7
Berlin	x	-3,2	-7,9	3,6	0,4	3,1	-2,1
Brandenburg	x	-1,7	-3,6	-0,7	-7,0	6,4	3,1
Hamburg	x	-1,8	-4,6	1,1	-1,6	2,7	0,3
Hessen	x	-1,3	-2,6	0,9	-0,4	1,4	0,0
Mecklenburg-Vorpommern	x	-1,4	-2,1	0,4	-5,5	5,9	1,9
Niedersachsen	x	-1,3	-1,1	-2,6	-7,9	5,3	3,9
Nordrhein-Westfalen	x	-1,8	-1,4	-1,7	-4,9	3,1	3,0
Rheinland-Pfalz	x	-1,2	-1,9	-2,0	-3,7	1,7	2,6
Saarland	x	-1,6	0,2	-3,5	-6,0	2,6	4,3
Sachsen	x	-3,1	-1,0	-7,0	-9,8	2,8	8,8
Sachsen-Anhalt	x	-2,2	-0,6	-4,8	-9,3	4,5	5,7
Schleswig-Holstein	x	-2,1	-1,3	-4,3	-6,6	2,3	5,6
Thüringen	x	-1,8	-0,9	-3,0	-7,1	4,1	4,7
Deutschland ¹⁾	x	-1,7	-1,3	-2,3	-5,4	3,1	3,6
Veränderung der Empfängerzahlen gegenüber 1999 in Prozent							
Baden-Württemberg	16,7	14,0	13,9	11,5	9,2	17,1	34,8
Bayern	8,2	7,0	14,7	1,3	-8,9	29,3	30,4
Berlin	25,3	19,7	1,1	31,6	26,5	42,4	16,5
Brandenburg	33,4	30,0	19,4	32,2	15,2	68,8	50,2
Hamburg	9,5	6,7	-2,8	11,2	5,2	20,2	10,4
Hessen	28,5	26,0	19,6	30,1	27,5	37,1	28,3
Mecklenburg-Vorpommern	34,9	32,1	25,5	35,7	20,8	75,1	43,9
Niedersachsen	22,4	20,1	18,8	17,8	3,6	55,7	38,9
Nordrhein-Westfalen	9,3	6,4	5,2	6,6	-1,1	26,2	20,7
Rheinland-Pfalz	14,6	12,5	8,9	11,4	6,6	24,9	25,3
Saarland	11,7	9,2	12,4	6,4	-0,9	26,5	29,4
Sachsen	11,5	6,7	8,7	0,9	-11,0	23,7	49,0
Sachsen-Anhalt	21,1	17,3	19,0	13,1	-0,5	46,4	47,3
Schleswig-Holstein	4,6	1,5	1,1	-2,5	-10,7	17,2	20,8
Thüringen	27,7	24,3	24,4	22,8	11,6	53,7	52,9
Deutschland ¹⁾	16,0	13,2	11,7	12,3	3,7	33,7	30,6

1) am Jahresende 2009 keine hinreichend genauen Werte für Bremen, im Deutschlandergebnis sind geschätzte Werte für Bremen enthalten

2) zur Vermeidung von Doppelzählungen seit 2009 ohne in stationären Einrichtungen erfasste teilstationär betreute Pflegebedürftige

3) Leistungen ausschließlich als Pflegegeld

Quelle: Statistisches Bundesamt

mäßig. Die höchsten Zuwachsraten seit 1999 hatten Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg mit über 30 Prozent und Hessen, Thüringen und Berlin mit über 25 Prozent. Auch Bremen dürfte in dieser Gruppe liegen, da hier bereits bis 2007 ein Zuwachs um fast 20 Prozent vorlag. Den durchschnittlichen Anstieg der gesamten Bundesrepublik (16,0 Prozent) übertrafen auch Niedersachsen und Sachsen-Anhalt relativ stark, während Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz nur leicht darüber bzw. darunter lagen. Den geringsten Anstieg gab es in Schleswig-Holstein mit nur 4,6 Prozent, aber auch Sachsen hatte mit 11,5 Prozent einen unterdurchschnittlichen Anstieg.

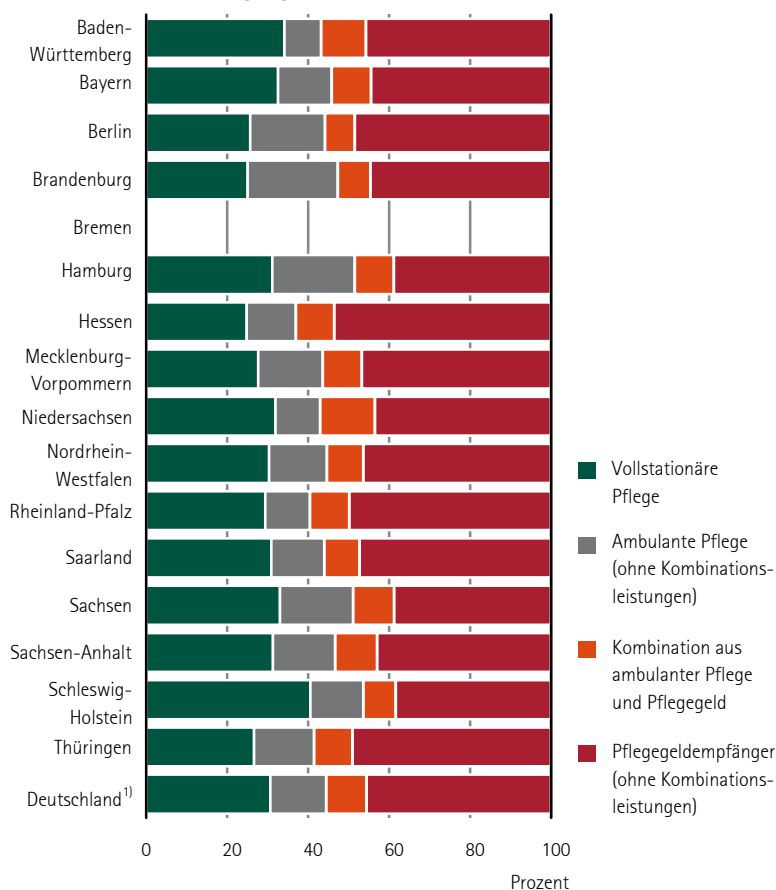
Im Dezember 2009 waren in der Bundesrepublik knapp 0,82 Millionen Pflegebedürftige 85 Jahre und älter, 1999 waren es noch 0,74 Millionen. Damit hatte diese Altersgruppe 2009 einen Anteil von 35,2 Prozent an allen Pflegebedürftigen. Den höchsten Anteil an hochbetagten Pflegebedürftigen hatte Sachsen mit 37,5 Prozent. Alle anderen neuen Bundesländer lagen diesbezüglich unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt, in Mecklenburg-Vorpommern hatten nur 27,5 Prozent der Pflegebedürftigen ein Alter von 85 Jahren und mehr.

Entwicklung der einzelnen Versorgungsarten

Die Inanspruchnahme der verschiedenen Leistungs- bzw. Versorgungsarten seit 1999 verlief ebenfalls nicht homogen (s. Tab.2). Den höchsten Anstieg erfuhren deutschlandweit mit 33,7 Prozent die Pflegebedürftigen, die durch **ambulante Pflegedienste** allein oder zusammen mit Angehörigen versorgt wurden. Die Empfänger dieser Leistungen stiegen vor allem in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg extrem an. Brandenburg weist auch aktuell in diesem Leistungsbereich die höchsten Anteile im Vergleich mit den anderen Bundesländern auf (2009: 30,4 Prozent; Hamburg 30,0 Prozent; Deutschland insgesamt dagegen 23,7 Prozent). Interessant ist, dass in Brandenburg in fast drei Viertel der Fälle die Pflegedienste allein wirken. In den anderen Bundesländern spielen die Kombinationsleistungen eine etwas größere Rolle, z. B. auch in Sachsen, wo die ambulanten Pflegedienste nur in knapp zwei Drittel der Fälle alleinige Leistungserbringer sind, in einem reichlichen Drittel dagegen gemeinsam mit Angehörigen betreuen. In Niedersachsen überwiegen innerhalb der Pflege durch ambulante Dienste die Kombinationsleistungen (s. Abb. 4).

Der durchschnittlich geringste Anstieg war mit 3,7 Prozent bei den **reinen Pflegegeldempfängern** zu verzeichnen. In diesem

Abb. 4 Pflegebedürftige in Deutschland im Dezember 2009 nach Bundesländern¹⁾ und Art der Versorgung



¹⁾ keine hinreichend genauen Werte für Bremen, im Deutschlandergebnis sind geschätzte Werte für Bremen enthalten

Bereich der Pflegeleistungen waren die Schwankungen zwischen den einzelnen Bundesländern besonders hoch – sie reichten von einer Zunahme der Empfängerzahlen um 27,5 Prozent in Hessen bis zu einer Abnahme um 11,0 Prozent in Sachsen. Den niedrigsten aktuellen Anteil der Pflegebedürftigen, die zu Hause ohne die Zuhilfenahme von ambulanten Pflegediensten betreut werden, hat mit 38,4 Prozent Schleswig-Holstein, gefolgt von Sachsen und Hamburg mit 38,8 Prozent. In Hessen ist der Anteil der reinen Pflegegeldempfänger mit 53,5 Prozent aktuell dagegen am höchsten, im Durchschnitt aller Länder betrug er 45,6 Prozent.

Einen sehr hohen Anstieg erlebte im betrachteten Zeitraum deutschlandweit mit 30,6 Prozent auch die **stationäre Pflege**. In Brandenburg stieg die Zahl der stationär betreuten Pflegebedürftigen sogar um 50,2 Prozent, gefolgt von Sachsen mit 49,0 Prozent. Damit hatte Sachsen Ende 2009 einen Anteil stationär versorgter Pflegebedürftiger von 34,8 Prozent, der nur von Schleswig-Holstein (41,8 Prozent) und Baden-Württemberg (35,9 Prozent) übertroffen wurde. In Deutschland wurden am Jahresende 2009 32,0 Prozent der Pflegebedürftigen stationär versorgt, 30,7 Prozent befanden sich in vollstationärer Pflege. Auch

in den einzelnen Bundesländern lag der Anteil der vollstationär Betreuten jeweils um einen bis zwei Prozentpunkte unter dem Anteil aller stationär Betreuten. Diesen Bereich verkörpert die teilstationäre Pflege, die in allen Bundesländern fast ausschließlich nur als Tagespflege genutzt wird.

Pflegequoten in Sachsen und den Kreisfreien Städten und Landkreisen

Pflegequoten in Sachsen 2009 und ihre Veränderung gegenüber 1999

Zu Vergleichszwecken sowohl in temporärer als auch regionaler Hinsicht sind Quoten besser geeignet als Absolutwerte. Deshalb werden im Folgenden die Pflegebedürftigen in bevölkerungsbezogenen Quoten dargestellt, um damit unterschiedliche Größenverhältnisse bezüglich der Bevölkerung auszuschalten und die Werte zu relativieren. Damit kann die Pflegebedürftigkeit bzw. -prävalenz der jeweiligen Bevölkerungsgruppe vergleichend dargestellt werden. In Tabelle 3 werden die Pflegebedürftigen je 1 000 Einwohner ausgewiesen, da geringfügigere Veränderungen so besser sichtbar sind. In der Interpretation werden der Einfachheit halber eher Quoten (Bezug auf 100 Einwohner) verwendet.

Zwischen 1999 und 2009 stieg die Pflegequote insgesamt von 2,6 auf knapp 3,2 Prozent. Im Dezember 2009 waren somit 3,2 von 100 bzw. 31,6 von 1 000 Einwohnern pflegebedürftig. Während der absolute Anstieg der Pflegebedürftigen in diesem Zeitraum bei 11,5 Prozent lag, betrug der Anstieg der Pflegeprävalenz unter Berücksichtigung der zurückgehenden Bevölkerung in Sachsen 19,3 Prozent. Widerspruchlich erscheint zunächst wieso die Gesamtpflegequote so stark zugenommen hat, obwohl die Pflegequoten der hier dargestellten Altersgruppen bzw. Bevölkerungsgruppen verschiedenen Geschlechts und Alters oft sogar eine sinkende Tendenz aufweisen. Ursache dafür ist, dass die ältere Bevölkerung mit zwar im Zeitvergleich sinkenden, aber im Vergleich mit den anderen Altersgruppen dennoch sehr hohen Pflegequoten zunimmt und damit die Pflegeprävalenz insgesamt anwächst. Männer hatten Ende 2009 mit 2,1 Prozent noch immer eine weit niedrigere Pflegequote als Frauen (4,2 Prozent), ihre Quote erlebte im genannten Zeitraum aber einen weit höheren Anstieg als die der Frauen. Hier widerspiegelt sich, dass die fehlende männliche Bevölkerung in den höheren, mehr pflegebedürftigen Altersgruppen nach und nach aufgefüllt wird.

Pflegeprävalenz nach Altersgruppen

Für eine ausführliche Analyse der Entwicklung der Pflegebedürftigkeit insbesondere im Zusammenhang mit der Erstellung von Prognosen müssen möglichst kleine Altersgruppen oder sogar einzelne Altersjahre ge-

schlechterspezifisch betrachtet werden. Das geht weit über das Anliegen dieses Artikels hinaus, jedoch zeigt auch die Betrachtung der einzelnen in Tabelle 3 dargestellten Bevölkerungsgruppen schon interessante Effekte: Mit einer Abnahme der Bevölkerung im **Alter unter 65 Jahren** ging auch eine Abnahme der Pflegebedürftigen einher, trotzdem stiegen die Pflegequoten sowohl der Männer wie auch der Frauen in dieser Altersgruppe, weil der Anteil der Älteren innerhalb dieser Altersgruppe zugenommen hat (s. o.). Innerhalb dieser Altersgruppe gibt es einen Überschuss an männlicher Bevölkerung, demzufolge auch mehr männliche Pflegebedürftige als weibliche. Doch unabhängig davon haben die Männer hier auch höhere Pflegequoten als Frauen (2009: 7,2 bzw. 6,1 je 1 000 Einwohner). Die höhere Pflegeprävalenz der Männer betrifft schon die Altersgruppe der unter 50-Jährigen und steigert sich danach noch. In der Altersgruppe von 55 bis unter 65 Jahren gibt es bevölkerungsseitig schon einen Frauenüberschuss, trotzdem sind mehr Männer als Frauen pflegebedürftig.

Betrachtet man die Altersgruppe der **65- bis unter 85-Jährigen**, so ist hier die Pflegeprävalenz mit 6,7 Prozent schon zehnmal höher als bei den unter 65-Jährigen, die Männer haben mit 5,6 eine deutlich niedrigere Pflegequote als die Frauen mit 7,5. Zwischen 1999 und 2009 gab es in dieser Altersgruppe einen besonders starken Rückgang der Pflegeprävalenz, der aber nur die Frauen betraf. Die Absolutzahlen der Pflegebedürftigen stiegen

im betrachteten Zeitraum in dieser Altersgruppe besonders stark an. Männer waren hiervon viel stärker betroffen als Frauen, ihr Anstieg verlief nahezu parallel zum Anstieg der männlichen Bevölkerung. Dieser war viel höher als der der weiblichen, da die durch den Krieg dezimierten Jahrgänge hier inzwischen eine Minderheit darstellen. Männer in dieser Altersgruppe hatte demzufolge eine niedrigere, aber leicht steigende Pflegeprävalenz, wogegen Frauen eine stärkere Pflegeprävalenz mit sinkender Tendenz aufwiesen.

In der Gruppe der **ab 85-Jährigen** war der Anstieg der Bevölkerung im Zeitraum von 1999 bis 2009 höher als der Anstieg der Pflegebedürftigen, was ein Absinken der Pflegequote von 46,3 auf 44,7 zur Folge hatte. Der Rückgang der Pflegeprävalenz war in dieser Gruppe bei den Männern stärker als bei den Frauen. Trotzdem sind in dieser Altersgruppe noch etwa jeder dritte Mann und beinahe jede zweite Frau von pflegerischen Leistungen betroffen.

Nach Altersjahren betrachtet besitzen Männer in jüngeren Jahren ein höheres Pflegerisiko als Frauen. Am Jahresende 2009 war diese höhere Pflegeprävalenz der Männer in Sachsen bis zum 72. Lebensjahr zu verzeichnen, danach hatten die Frauen höhere Pflegequoten. Die höhere Pflegeprävalenz der Frauen ist weniger auf gesundheitliche Ursachen zurückzuführen als darauf, dass für Frauen regelmäßig eher Pflegeleistungen beantragt werden als für Männer. Bei männlichen Pflegebedürftigen erfolgt dagegen oft häusliche Pflege (meist durch die Ehefrauen) bevor Leistungen beantragt werden. Ähnliches gilt für den Übergang von häuslicher zu stationärer Pflege. Außerdem konnte zwischen 1999 und 2009 in jedem der einzelnen Altersjahre ab 65 sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen eine sinkende Pflegeprävalenz nachgewiesen werden.

Tab. 3 Pflegebedürftige absolut und je 1 000 Einwohner insgesamt und in der vollstationären Dauerpflege in Sachsen nach Alter und Geschlecht

Alter in Jahren	Pflegebedürftige insgesamt				Darunter in vollstationärer Dauerpflege			
	Anzahl		je 1000 Einwohner		Anzahl		je 1000 Einwohner	
	insgesamt	insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	insgesamt	männlich	weiblich
im Dezember 2009								
unter 65	20 964	6,7	7,2	6,1	3 379	1,1	1,3	0,9
65 bis unter 85	61 352	66,9	56,3	75,0	18 242	19,9	14,2	24,2
85 und mehr	49 398	447,0	330,9	481,2	21 071	190,7	106,3	215,5
Insgesamt	131 714	31,6	20,7	42,0	42 692	10,2	5,1	15,2
im Dezember 1999								
unter 65	22 255	6,1	6,4	5,7	3 308	0,9	1,0	0,8
65 bis unter 85	50 437	71,6	55,8	81,3	11 237	16,0	9,4	20,0
85 und mehr	45 432	463,1	350,8	494,0	14 905	151,9	82,6	171,0
Insgesamt	118 124	26,5	15,9	36,4	29 450	6,6	2,8	10,1
Veränderung 2009 gegenüber 1999 in Prozent								
unter 65	-5,8	9,7	12,3	6,5	2,1	18,9	22,7	13,5
65 bis unter 85	21,6	-6,6	0,9	-7,8	62,3	24,6	51,9	21,2
85 und mehr	8,7	-3,5	-5,7	-2,6	41,4	25,5	28,8	26,0
Insgesamt	11,5	19,3	30,6	15,3	45,0	55,1	78,0	50,1

Dauerpflege in stationären Einrichtungen

Die Aussage, dass immer mehr Menschen dauerhaft vollstationär gepflegt werden, war Anlass, in Tabelle 3 die Daten aus diesem Pflegebereich gesondert darzustellen. Einen Mehrwert gegenüber Tabelle 1 liefert insbesondere der bevölkerungsbezogene Kontext. Wurde diese Art der Pflege 1999 nur von etwa jedem hundertfünfzigsten Einwohner Sachsens (6,6 von 1 000 Einwohnern) in Anspruch genommen so befand sich am Jahresende 2009 schon mehr als jeder hundertste Einwohner in vollstationärer Dauerpflege. Bei den ab 85-Jährigen war es fast jeder Fünfte, bei den Frauen dieser Altersgruppe mehr als jede Fünfte. Wie bei der Pflegeprävalenz insgesamt sind jedoch auch bei dieser Pflegeart in der Altersgruppe unter 65 Jahren mehr

Männer als Frauen betroffen und in der Altersgruppe von 65 bis unter 85 Jahren war bei den Männern eine weitaus stärkere Zunahme der Inanspruchnahme von dauerhafter vollstationärer Pflege zu verzeichnen als bei den Frauen.

Pflegeprävalenz 2009 in den Kreisfreien Städten und Landkreisen Sachsens
Regional betrachtet lebten am Jahresende 2009 mit fast 11 Prozent aller sächsischen Pflegebedürftigen die meisten Pflegebedürftigen (14 272 Personen) in der Stadt

Leipzig, die wenigsten mit 5,2 Prozent im Landkreis Nordsachsen. Unter Berücksichtigung ihrer Bevölkerung haben diese beiden Regionen aber eher eine durchschnittliche Pflegeprävalenz. Stark über dem Sachsen-durchschnitt von 31,6 Pflegebedürftigen

Tab. 4 Pflegebedürftige absolut und je 1 000 Einwohner in Sachsen im Dezember 2009 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen

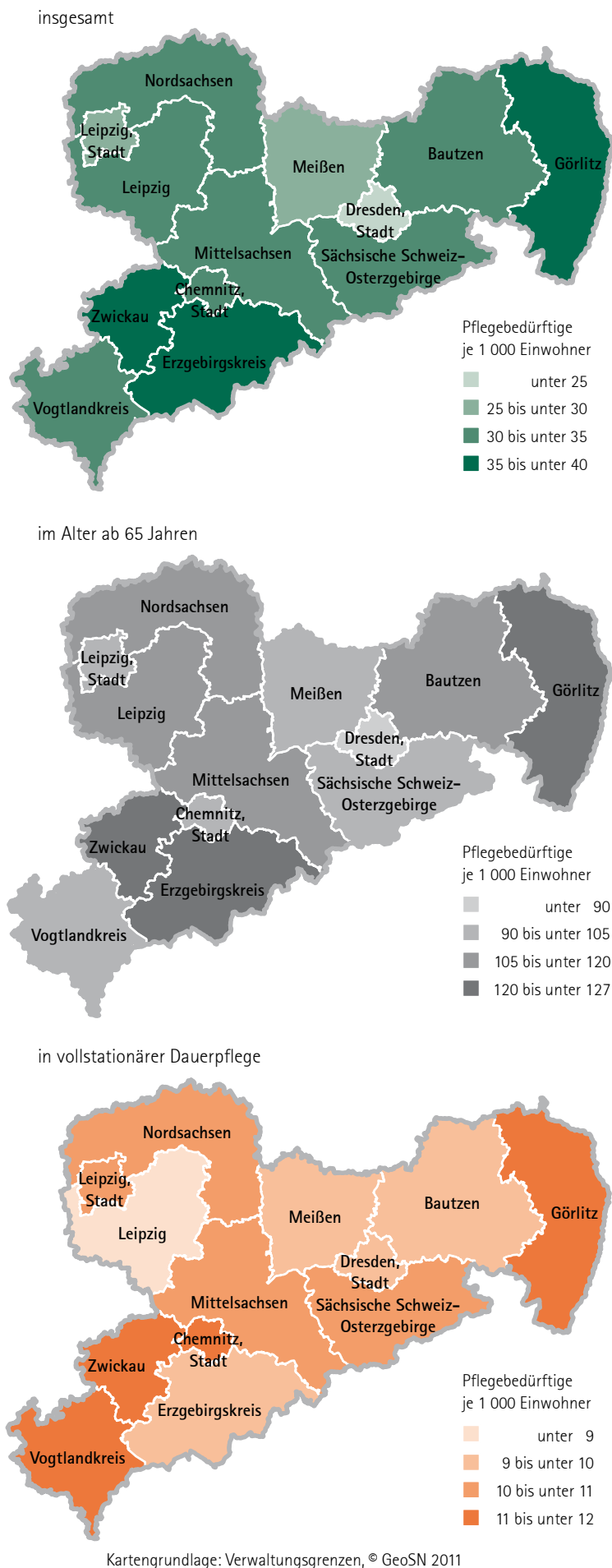
Kreisfreie Stadt Landkreis Direktionsbezirk Land	Insgesamt							Darunter in vollstationärer Dauerpflege				
	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	und zwar im Alter				ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	darunter im Alter	
				ab 65 Jahren		ab 85 Jahren					ab 85 Jahren	
				männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich				männ- lich	weib- lich
Pflegebedürftige												
Chemnitz, Stadt	7 776	2 376	5 400	1 683	4 775	471	2 539	2 680	548	2 132	164	1 280
Erzgebirgskreis	13 559	4 482	9 077	3 144	8 088	827	3 914	3 561	966	2 595	219	1 316
Mittelsachsen	10 690	3 530	7 160	2 533	6 419	687	3 191	3 406	840	2 566	215	1 399
Vogtlandkreis	7 943	2 577	5 366	1 835	4 793	508	2 501	2 750	710	2 040	183	1 099
Zwickau	13 443	4 115	9 328	3 049	8 426	847	4 249	3 952	1 003	2 949	253	1 624
Direktionsbezirk Chemnitz	53 411	17 080	36 331	12 244	32 501	3 340	16 394	16 349	4 067	12 282	1 034	6 718
Dresden, Stadt	12 140	3 851	8 289	2 822	7 432	815	4 182	4 852	1 095	3 757	296	2 332
Bautzen	10 083	3 383	6 700	2 505	6 014	632	2 926	3 043	788	2 255	188	1 261
Görlitz	11 223	3 583	7 640	2 532	6 899	707	3 487	3 306	796	2 510	205	1 412
Meißen	7 590	2 359	5 231	1 739	4 758	456	2 540	2 373	497	1 876	142	1 157
Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	7 679	2 483	5 196	1 873	4 705	513	2 554	2 767	650	2 117	165	1 219
Direktionsbezirk Dresden	48 715	15 659	33 056	11 471	29 808	3 123	15 689	16 341	3 826	12 515	996	7 381
Leipzig, Stadt	14 272	4 491	9 781	3 229	8 666	866	4 576	5 432	1 339	4 093	344	2 383
Leipzig	8 434	2 793	5 641	2 059	5 035	548	2 458	2 421	571	1 850	149	1 031
Nordsachsen	6 882	2 261	4 621	1 611	4 126	429	1 975	2 149	523	1 626	146	889
Direktionsbezirk Leipzig	29 588	9 545	20 043	6 899	17 827	1 843	9 009	10 002	2 433	7 569	639	4 303
Sachsen	131 714	42 284	89 430	30 614	80 136	8 306	41 092	42 692	10 326	32 366	2 669	18 402
Pflegebedürftige je 1 000 Einwohner												
Chemnitz, Stadt	32,0	20,3	42,8	62,5	122,8	286,8	467,2	11,0	4,7	16,9	99,9	235,5
Erzgebirgskreis	36,4	24,6	47,7	83,9	146,8	341,9	507,9	9,6	5,3	13,6	90,5	170,8
Mittelsachsen	32,2	21,6	42,5	72,6	129,2	312,8	452,4	10,3	5,1	15,2	97,9	198,3
Vogtlandkreis	32,1	21,6	42,0	69,3	121,6	305,7	432,6	11,1	5,9	16,0	110,1	190,1
Zwickau	39,0	24,6	52,4	83,0	156,5	362,9	537,2	11,5	6,0	16,6	108,4	205,3
Direktionsbezirk Chemnitz	34,7	22,8	46,0	75,3	137,2	325,8	483,8	10,6	5,4	15,5	100,8	198,3
Dresden, Stadt	23,5	15,2	31,4	59,3	110,7	294,1	433,1	9,4	4,3	14,2	106,8	241,5
Bautzen	31,0	21,0	40,8	74,8	127,8	343,9	483,2	9,4	4,9	13,7	102,3	208,3
Görlitz	39,9	26,0	53,3	82,5	155,6	383,8	544,5	11,8	5,8	17,5	111,3	220,5
Meißen	29,8	18,9	40,4	65,5	126,6	299,8	484,8	9,3	4,0	14,5	93,4	220,8
Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	30,3	19,8	40,5	69,8	127,6	314,1	473,2	10,9	5,2	16,5	101,0	225,9
Direktionsbezirk Dresden	29,9	19,5	39,9	69,5	127,9	325,1	479,1	10,0	4,8	15,1	103,7	225,4
Leipzig, Stadt	27,5	17,8	36,6	68,3	123,8	323,3	453,4	10,5	5,3	15,3	128,4	236,1
Leipzig	31,3	21,1	41,2	77,1	134,2	362,0	497,2	9,0	4,3	13,5	98,4	208,5
Nordsachsen	33,0	21,9	43,9	80,8	143,9	407,8	530,1	10,3	5,1	15,4	138,8	238,6
Direktionsbezirk Leipzig	29,7	19,6	39,3	73,5	130,9	351,4	480,1	10,0	5,0	14,9	121,8	229,3
Sachsen	31,6	20,7	42,0	72,6	132,2	330,9	481,2	10,2	5,1	15,2	106,3	215,5

je 1 000 Einwohner lagen der Landkreis Görlitz (39,9), der Landkreis Zwickau (39,0) und der Erzgebirgskreis (36,4). Stark unterdurchschnittlich war die Pflegeprävalenz in der Kreisfreien Stadt Dresden, wo nur 23,5 von 1 000 Einwohnern pflegebedürftig waren, und auch die Kreisfreie Stadt Leipzig hatte mit 27,5 noch einen relativ geringen Wert. Die drei Landkreise mit den insgesamt höchsten Pflegeprävalenzen wiesen auch bei der Pflegeprävalenz der ab 65- sowie der ab 85-Jährigen (bei den ab 85-Jährigen neben Nordsachsen) die höchsten Werte auf. Der Anteil der ab 65- bzw. ab 85-Jährigen an allen Pflegebedürftigen lag in diesen Landkreisen im Durchschnitt. Die Stadt Dresden hatte dagegen einen relativ stark über dem Durchschnitt liegenden Anteil ab 85-jährige Pflegebedürftige. Die Pflegeprävalenz war in dieser Stadt sowohl bei den Hochbetagten, wie auch in den Altersgruppen 65 bis unter 85 Jahre und unter 65 Jahre (hier u. a. durch die relativ junge Bevölkerung) aber so niedrig, dass trotzdem diese niedrige Gesamtquote erreicht wurde.

Auch die Anteile der **dauerhaft vollstationär versorgten Pflegebedürftigen** an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe variieren in den verschiedenen Regionen. Der Landkreis Görlitz hatte im Dezember 2009 hier mit 11,8 dauerhaft vollstationär betreuten Pflegebedürftigen je 1 000 Einwohner ebenfalls die höchste Quote. Mit 9,0 von 1 000 Einwohnern waren im Landkreis Leipzig die wenigsten in vollstationärer Dauerpflege. Relativ wenige waren es auch im Landkreis Meißen, sowie im Landkreis Bautzen, der Stadt Dresden und dem Erzgebirgskreis. Die höchsten Quoten bei **Hochbetagten** in dauerhafter vollstationärer Pflege hatten dagegen der Landkreis Nordsachsen mit 216,6 von 1 000, sowie die Kreisfreien Städte Dresden, Leipzig und Chemnitz, wo sich mit Quoten von über 200 ebenfalls mehr als jeder fünfte Einwohner ab 85 Jahren in vollstationärer Dauerpflege befand. Der Erzgebirgskreis wies hier die niedrigste Quote auf. Die Beispiele zeigen, dass eine insgesamt sehr hohe Pflegeprävalenz nicht zwangsläufig hohe Quoten in stationärer Dauerpflege (z. B. Landkreis Leipzig) nach sich zieht und umgekehrt (z. B. Kreisfreie Stadt Dresden).

In Tabelle 4 werden die Quoten für **männliche und weibliche Pflegebedürftige** getrennt betrachtet. In vier Landkreisen (Görlitz, Zwickau, Nordsachsen, Erzgebirgskreis) waren mehr als die Hälfte der über 85-jährigen Frauen pflegebedürftig, in den drei erstgenannten Landkreisen waren es sogar mehr als 530 von 1 000 Frauen. Bei den ab 85-jährigen Männern war die Pflegeprävalenz im Landkreis Nordsachsen mit 407,8 besonders hoch.

Abb. 5 Pflegeprävalenz in Sachsen im Dezember 2009

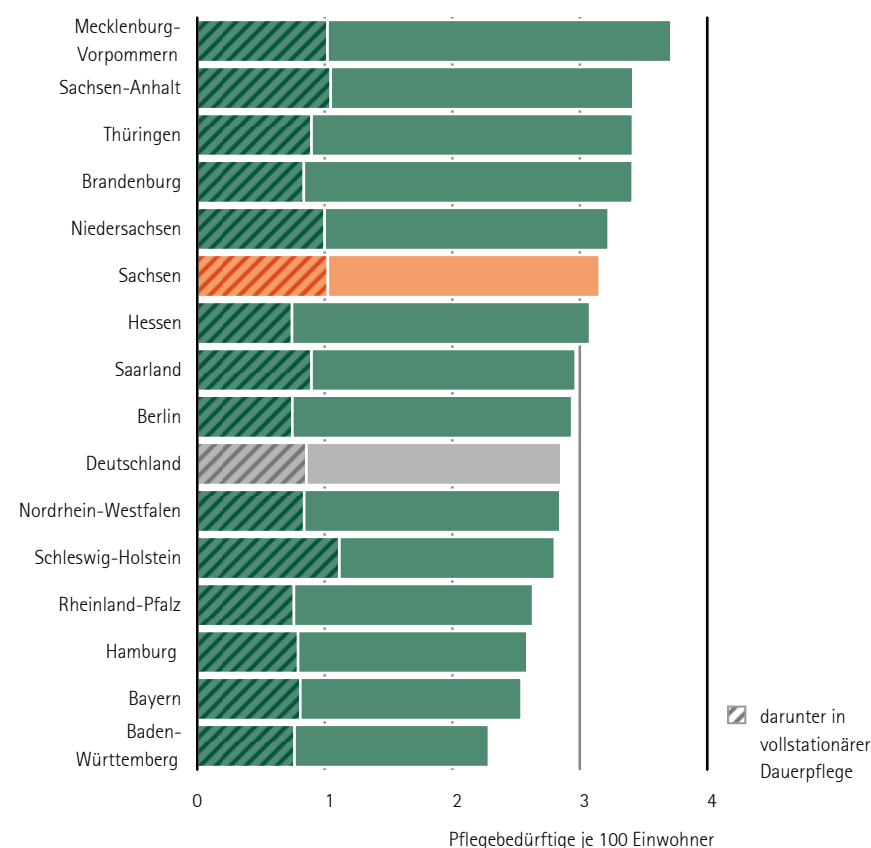


Pflegequoten in den Bundesländern

Am Jahresende 2009 wurden deutschlandweit 2,9 Prozent der Bevölkerung als Pflegebedürftige erfasst. Die Pflegeprävalenz reichte dabei von 2,3 Prozent in Baden-Württemberg bis 3,7 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern. Über drei Prozent erreichten dabei auch alle anderen neuen Bundesländer (Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg mit 3,4 Prozent, Sachsen mit 3,2 Prozent) sowie Niedersachsen und Hessen mit 3,2 bzw. 3,1 Prozent. Neben Baden-Württemberg hatten Bayern (2,5 Prozent) und Rheinland-Pfalz (2,6 Prozent) noch relativ weit unter dem Durchschnitt liegende Pflegequoten.

Ab 85-Jährige hatten am Jahresende 2009 in der Bundesrepublik eine Pflegeprävalenz von 44,0 Prozent – bei weiblichen Hochbetagten betrug sie 48,9 Prozent, bei männlichen 30,6 Prozent. Das Bild einer über- bzw. unterdurchschnittlichen Pflegeprävalenz setzt sich hier in den genannten Bundesländern im Wesentlichen fort, jedoch wiesen Hochbetagte auch in Berlin sehr hohe Pflegequoten auf. Insbesondere betraf das hier die Pflegeprävalenz der Frauen im Alter ab 85 Jahren. In Berlin waren 592,9 von 1 000 hochbetagten Frauen pflegebedürftig, in Mecklenburg-Vorpommern 593,4. Damit waren in diesen beiden Bundesländern fast drei von fünf Frauen ab 85 Jahren pflegebe-

Abb. 6 Pflegeprävalenz im Dezember 2009 nach Bundesländern¹⁾



1) keine hinreichend genauen Werte für Bremen, im Deutschlandergebnis sind geschätzte Werte für Bremen enthalten

Tab. 5 Pflegequoten¹⁾ insgesamt und in der vollstationären Dauerpflege im Dezember 2009 nach Bundesländern²⁾ sowie Alter und Geschlecht

Land	Insgesamt				Darunter in vollstationärer Dauerpflege			
	alle Altersgruppen	im Alter ab 85 Jahren			alle Altersgruppen	im Alter ab 85 Jahren		
		insgesamt	männlich	weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
Baden-Württemberg	2,3	37,5	26,4	41,7	0,8	16,8	8,9	19,8
Bayern	2,5	42,3	29,6	47,1	0,8	18,2	9,4	21,6
Berlin	2,9	48,9	32,7	53,9	0,7	19,2	9,9	22,0
Brandenburg	3,4	55,4	42,0	59,3	0,8	20,0	11,3	22,5
Hamburg	2,6	39,5	25,8	44,6	0,8	17,8	8,4	21,3
Hessen	3,1	45,2	30,3	51,1	0,7	15,7	7,7	18,9
Mecklenburg-Vorpommern	3,7	55,9	43,6	59,3	1,0	20,6	11,9	23,0
Niedersachsen	3,2	48,4	34,6	53,6	1,0	20,5	10,6	24,3
Nordrhein-Westfalen	2,8	44,1	29,9	49,2	0,8	18,6	8,9	22,1
Rheinland-Pfalz	2,6	40,0	26,7	45,2	0,8	15,8	7,6	19,0
Saarland	3,0	41,1	28,2	45,7	0,9	15,8	8,0	18,6
Sachsen	3,2	44,7	33,1	48,1	1,0	19,1	10,6	21,5
Sachsen-Anhalt	3,4	49,4	38,3	52,7	1,0	20,6	12,1	23,1
Schleswig-Holstein	2,8	41,5	27,7	46,8	1,1	21,9	11,2	26,0
Thüringen	3,4	50,3	38,7	53,9	0,9	18,4	11,0	20,7
Deutschland ²⁾	2,9	44,0	30,6	48,9	0,9	18,4	9,4	21,6

1) Pflegebedürftige je 100 Einwohner der entsprechenden Bevölkerungsgruppe

2) keine hinreichend genauen Werte für Bremen, im Deutschlandergebnis sind geschätzte Werte für Bremen enthalten

dürftig. Die niedrigste Pflegequote unter den hochbetagten Frauen wurde mit 41,7 Prozent in Baden-Württemberg ermittelt, die niedrigste unter den hochbetagten Männern mit 25,8 Prozent in Hamburg. Ab 85-jährige Männer hatten wie ihre weiblichen Altersgenossinnen in Mecklenburg-Vorpommern die höchste Pflegeprävalenz (43,6 Prozent). Im Dezember 2009 befanden sich knapp 0,9 Prozent der Bevölkerung (jeder 117. Einwohner) in **vollstationärer Dauerpflege**. In Relation zur Bevölkerung wurde diese Pflegeart am wenigsten in Hessen in Anspruch genommen, dicht gefolgt von Berlin (7,4 bzw. 7,5 von 1000 Einwohnern). Die relativ meisten Einwohner in vollstationärer Dauerpflege hatten Schleswig-Holstein (11,2 von 1 000), Sachsen-Anhalt (10,5 von 1 000) sowie Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern (10,2 von 1 000). Während die Pflegeprävalenz der ab 85-jährigen Frauen insgesamt nur das 1,6-fache ihrer männlichen Altersgenossen beträgt, war die statistische Wahrscheinlichkeit einer vollstationären Dauerpflege bei hochbetagten Frauen 2,3 mal so hoch wie bei vollstationären Männern.

Gegenwärtig hat **Sachsen im Vergleich der Bundesländer** eine insgesamt über dem Durchschnitt liegende Pflegeprävalenz, die sich auch im stationären Bereich fortsetzt. In der Altersgruppe der ab 85-Jährigen wur-

de am Jahresende 2009 ebenfalls eine leicht überdurchschnittliche Pflegeprävalenz erreicht, allerdings lagen die Werte hier nur bei den Männern über dem Durchschnitt, sowohl insgesamt als auch bei der vollstationären Dauerpflege.

Ausblick

Trotz des weiteren Rückgangs der sächsischen Bevölkerung insgesamt wird die Gruppe der Hochbetagten (85 Jahre und älter) in Sachsen zukünftig stark anwachsen. Waren 2010 in Sachsen ca. 115 000 Menschen 85 Jahre und älter, so könnte deren Anzahl bis 2025 schon auf 218 000 Personen anwachsen (Variante 2 der 5. regionalisierten Bevölkerungsprognose für Sachsen) und bis 2050 sogar auf über 300 000 hochbetagte Menschen (Variante 1 – W1 der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland) ansteigen. Diese Prognosen haben entscheidenden Einfluss auf die zu erwartende Anzahl an Pflegebedürftigen, da Pflege überwiegend ältere und hochbetagte Menschen betrifft. Für eine Vorausberechnung der Pflegebedürftigen werden in der Status-Quo-Variante die aktuellen Pflegequoten auf die errechnete Bevölkerung projiziert. Mit der steigenden Lebenserwartung könnte es aber zu einer weiteren Verringerung der Pflegequoten in den einzelnen Altersjahren kommen, weil die Menschen länger gesund bleiben und Pflegeleistungen erst in einem höheren Lebensalter benötigen (optimistisches Szenario). Eine Einschätzung der zukünftigen Nachfrage nach stationärer Versorgung muss berücksichtigen, dass familiäre Pflege zurückgehen wird, weil dafür potentiell weniger Angehörige zur Verfügung stehen werden.

Bei einem Status-Quo-Szenario ermittelte das Statistische Bundesamt auf Basis der Pflegedaten vom Dezember 2007 [4] für das Jahr 2030 in Sachsen 191 000 Pflegebe-

dürftige. Die vom SMS in Auftrag gegebene Studie [2] geht von 193 000 (optimistisches Szenario, „Kompressionsszenario“) bis zu 224 000 Pflegefällen (Status-Quo-Szenario) im Jahr 2050 aus. Die Zahl der Pflegeheimplätze müsste sich im schlechtesten Falle („Heimsogszenario“) bis dahin mehr als verdoppeln. Das wirft unmittelbar Fragen nach der Finanzierbarkeit und nach der Personalentwicklung im Pflegebereich auf, die Gegenstand politischer Handlungskonzepte sein müssen. Niedrigschwellige Angebote (schon vor Eintritt in die Pflegebedürftigkeit) und bürgerschaftliches Engagement (z. B. Alltagsbegleiter für Senioren) sind auch in Sachsen geförderte Projekte, um die Kosten der Pflegeversicherung zu begrenzen und betroffenen älteren Menschen länger ein selbstbestimmtes Wohnen und Leben zu ermöglichen.

Gina Gäbler, Dipl.-Slaw., Fachverantwortliche Analyse Soziales, Gesundheit

Gabriele Philipp, Dipl.-Ing., Referentin Analyse Soziales, Gesundheit

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Pflegestatistik 2009, Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung, 2. Bericht Ländervergleich – Pflegebedürftige, Wiesbaden 2011
- [2] Alter Rente Grundsicherung (ARG), Eine Studie für Sachsen, Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, November 2011
- [3] Sozialgesetzbuch (SGB) Elftes Buch (XI) – Soziale Pflegeversicherung (Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Mai 1994, BGBl. I S.1014, zuletzt geändert durch den Artikel 107 des Gesetzes vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586))
- [4] Demografischer Wandel in Deutschland, Heft 2, Auswirkungen auf Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftige im Bund und den Ländern; Ausgabe 2010

Die Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes in Sachsen in den Jahren 1993 bis 2010

Vorbemerkungen

Die Daten zum Kraftfahrzeugbestand, er beinhaltet neben den Krafträdern und Personenkraftwagen auch Omnibusse, Lastkraftwagen und Zugmaschinen, werden nicht von den Statistischen Ämtern erhoben. Dem Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) obliegt die statistische Bearbeitung der Datenmeldungen der Zulassungsbehörden und Haftpflichtversicherungen sowie des Bestandes im Zentralen Fahrzeugregister (ZFZR). Diese Verwaltungsdaten werden von den Statistischen Ämtern aufbereitet und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

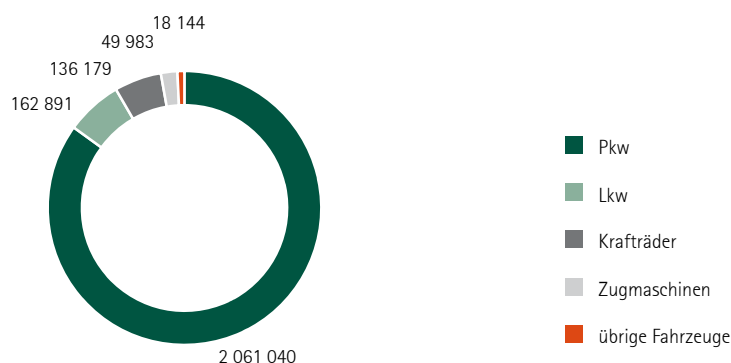
Dieser Aufsatz konzentriert sich vor allem auf die Bestandsentwicklung bei den Personenkraftwagen und den Krafträdern. Auf die vornehmlich in Unternehmen genutzten Fahrzeuge wie Kraftomnibusse, Lastkraftwagen und Zugmaschinen sowie außerdem Kraftfahrzeuganhänger soll hier nicht näher eingegangen werden.

Starker Anstieg in den Wendejahren

In der ehemaligen DDR war der Wunsch nach einem Personenkraftwagen (Pkw) zwar in vielen Haushalten vorhanden, jedoch niemals nicht realisierbar. Es scheiterte entweder an den Kosten oder daran, dass nicht genügend Fahrzeuge zur Verfügung standen. Die Wartezeit für einen fabrikneuen Personenkraftwagen betrug mehr als zehn Jahre. Die Folge war, dass Gebrauchtwagen hoch im Kurs standen und meist teurer waren als ein Neuwagen. Dafür war der öffentliche Personenverkehr gut ausgebaut und sehr preisgünstig.

Zum 30. September 1989 gab es in den drei ehemaligen Bezirken Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz), Dresden und Leipzig, was annähernd dem heutigen Sachsen entspricht (ohne Hoyerswerda und Weißwasser, aber einschließlich Altenburg und Schmöln),

Abb. 1 Fahrzeugbestand in Sachsen am 1. Januar 2010 nach Arten



1 208 878 zugelassene Personenkraftwagen. Das entspricht 245 Pkw je 1 000 Einwohner. Mit der Wende kam auch die Möglichkeit, jederzeit ein Fahrzeug erwerben zu können. Dementsprechend stieg der Bestand an Fahrzeugen rapide an.

Die ersten belastbaren Daten über den Kraftfahrzeugbestand in Sachsen insgesamt liegen für das Jahr 1993 vor. Ab diesem Jahr wird der Bestand immer zum 1. Januar eines jeden Jahres ausgewertet. 1993 gab es in Sachsen schon 1 549 994 Pkw, das sind 334 je 1 000 Einwohner.

Am 1. Januar 1994 waren in Sachsen bereits 1 950 325 Pkw zugelassen. Damit stieg der Bestand binnen eines Jahres um gut ein Viertel auf 423 Pkw je 1 000 Einwohner in an. Ein Teil dieses Anstieges ist auch auf den Rückgang der Einwohnerzahl Sachsens zurückzuführen. Dies setzt sich über alle Jahre auch fort. Nach 1994 ging der jährliche Anstieg des Pkw-Bestandes erheblich zurück, aber es gab Jahr für Jahr mehr neu zugelassene Pkw im Freistaat. Bis zum Jahr 2010 stieg der Bestand auf 2 061 040 Pkw, er lag aber im Jahr 2007 schon einmal bei 2 332 618 Personenkraftwagen. Der scheinbare Rückgang erklärt sich daraus, dass ab dem 1. März 2007 methodi-

Tab. 1 Bestand an Kraftfahrzeugen in Sachsen 1993 und 2010 nach Fahrzeugarten

Fahrzeugart	01.01.1993	01.01.2010
Krafträder	35 230	136 179
Personenkraftwagen	1 549 994	2 061 040
Kraftomnibusse	4 584	3 774
Lastkraftwagen	112 266	162 891
Zugmaschinen	31 421	49 983
Übrige Kraftfahrzeuge	12 458	14 370
Kraftfahrzeuge insgesamt	1 745 953	2 428 237

sche Änderungen gültig wurden. Ab diesem Zeitpunkt war nicht mehr der Standort des Fahrzeuges, sondern der Wohnort des Halters maßgebend für die Zuordnung. Außerdem wurden ab 1. Januar 2008 in dem Fahrzeugbestand nur noch angemeldete Fahrzeuge erfasst. Alle vorübergehend stillgelegten Kraftfahrzeuge sind nicht mehr enthalten. Durch diesen Methodenwechsel ging der Pkw-Bestand in der Statistik innerhalb eines Jahres um 12 Prozent zurück. 2010 lag der Bestand an Personenkraftwagen je 1 000 Einwohner bei 492 Fahrzeugen.

(Es liegt immer der Bevölkerungsstand zum 1. Januar des Vorjahres zu Grunde.) Damit nimmt Sachsen im Vergleich mit den anderen Flächenländern die vorletzte Stelle vor Mecklenburg-Vorpommern ein. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 509 Pkw je 1 000 Einwohner. Die höchste Bestandsdichte bei den Flächenländern hat das Saarland mit 565 Pkw je 1 000 Einwohner, gefolgt von Rheinland-Pfalz (552) und Bayern (548).

Landkreis Bautzen hat die höchste Pkw-Dichte

Der Landkreis Bautzen besitzt mit 545 Personenkraftwagen je 1 000 Einwohner die größte Pkw-Dichte im Freistaat, gefolgt vom Vogtlandkreis (541), Erzgebirgskreis (540) und Mittelsachsen (539). In den Kreisfreien Städten Sachsens dagegen ist die Pkw-Dichte am geringsten – Leipzig hat 372 Pkw je 1 000 Einwohner, Dresden 396 und Chemnitz 484. Eine Ursache für diese Verteilung ist sicher der bessere öffentliche Nahverkehr in den Großstädten.

Fast ein Fünftel des Pkw-Bestandes in Sachsen im Jahr 2010 sind Fahrzeuge der Marke Volkswagen, gefolgt von Opel mit 12 Prozent, Ford mit 9 Prozent und Renault mit knapp 8 Prozent. Auch im Jahr 1993 standen diese vier Herstellerfirmen bereits an der Spitze der Beliebtheitsskala beim Erwerb von neuen Pkw.

Krafträder stehen hoch im Kurs

Neben dem Wunsch nach einem eigenen Pkw gab es in den Jahren nach der Wende einen hohen Bedarf an Krafträdern. Waren es 1993 noch 35 230 angemeldete Krafträder, stieg ihre Zahl binnen eines Jahres um über 44 Prozent auf 50 980 Stück an. Hier setzte sich ein jährlicher hoher Anstieg noch wesentlich länger fort als bei den Personenkraftwagen. Bis 2001 erhöhte sich die Zahl der angemeldeten Krafträder jährlich um 8 bis 12 Prozent. Erst in den folgenden Jahren ging das Wachstum langsam bis auf gut 3 Prozent im Jahr 2007 zurück.

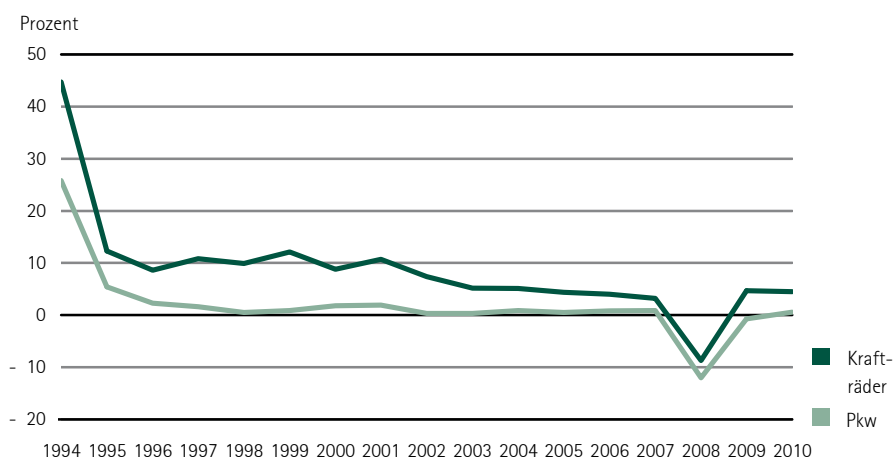
Auch bei den Krafträdern zeigte sich durch den Methodenwechsel im Jahr 2007 ein prägnanter Sprung nach unten (-8,7 Prozent). Hier macht sich unter anderem die Tatsache bemerkbar, dass es viele Motorradbesitzer gibt, die ihre Maschine nur über die Sommerzeit nutzen und im Winterhalbjahr wieder abmelden.

Der Wunsch nach einem Kraftrad ist aber weiterhin so oft vorhanden, dass 2010 der Kraftradbestand von 2007 wieder nahezu erreicht wurde. In den letzten zehn Jahren ist auch eine steigende Tendenz bei den dreirädrigen und leichten vierrädrigen Kraftfahrzeugen zu verzeichnen. Sie werden explizit erst

Tab. 2 Bestand an Personenkraftwagen und Krafträdern in den Ländern des Bundesgebietes sowie Bestandsdichte am 1. Januar 2010

Land	Personenkraftwagen		Krafträder	
	insgesamt	je 1000 Einwohner	insgesamt	je 1000 Einwohner
Baden-Württemberg	5 718 717	532	562 510	52
Bayern	6 862 802	548	753 790	60
Berlin	1 105 732	322	93 478	27
Brandenburg	1 308 910	519	97 476	39
Bremen	261 172	395	19 318	29
Hamburg	715 480	404	48 448	27
Hessen	3 279 051	541	296 276	49
Mecklenburg-Vorpommern	809 762	487	52 634	32
Niedersachsen	4 110 328	517	370 674	47
Nordrhein-Westfalen	8 902 315	496	769 611	43
Rheinland-Pfalz	2 223 969	552	217 637	54
Saarland	582 159	565	55 190	54
Sachsen	1 185 187	498	136 179	33
Sachsen-Anhalt	1 185 187	498	75 504	32
Schleswig-Holstein	1 452 553	512	131 261	46
Thüringen	1 151 673	508	82 274	36
Bundesrepublik Deutschland	41 737 627	509	3 762 561	46

Abb. 2 Veränderung des Fahrzeugbestandes in Sachsen zum Vorjahr in Prozent



seit 2001 ausgewiesen. 2010 gab es in Sachsen 3 882 drei- und vierrädrige Krafträder. Die Zahl der Krafträder je 1 000 Einwohner stieg in Sachsen von 7 im Jahr 1993 auf 33 im Jahr 2010. Die höchste Dichte an Krafträdern ist im Erzgebirgskreis mit 43 je 1 000 Einwohner zu finden, gefolgt vom Landkreis Mittelsachsen (42) und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (40). Auch bei den Krafträdern ist die Dichte in den drei großen Städten am niedrigsten, Leipzig ist das Schlusslicht mit 19 Krafträdern je 1 000 Einwohnern. Im deutschlandweiten Vergleich liegt Sachsen vor Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt (je 32) an drittletzter Stelle. Die höchste Dichte an Krafträdern je 1 000 Einwohner ist in Bayern (60), gefolgt von Rheinland-Pfalz und dem Saarland (54) zu finden.

Die Mobilität des Einzelnen ist in der Arbeitswelt, aber auch im privaten Bereich unverzichtbar. Deshalb ist auch in den nächsten Jahren zu erwarten, dass sich der Bestand an Personenkraftwagen und Krafträdern weiter erhöhen wird. Eine Trendwende ist noch nicht erkennbar.

Brigitta Töpfer, Dipl.-Ing., Referatsleiterin Datenerhebung Konjunktur- und Strukturstatistik

Beeinträchtigung der Umwelt durch Stoffe mit Wassergefährdungspotential

Teil 1: Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen

Vorbemerkungen

„Wasser ist keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss. Es soll der „gute Zustand“ der Gewässer erhalten bleiben bzw. wieder erreicht werden.“ Diese Ziele wurden bereits im Jahr 2000 in der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) festgelegt. [1]

Die Wasserrahmenrichtlinie der Europäischen Gemeinschaft ist am 22. Dezember 2000 in Kraft getreten. Mit dem Tag der Veröffentlichung im Amtsblatt fiel der Startschuss für eine integrierte Gewässerschutzpolitik in Europa, die auch über Staats- und Ländergrenzen hinweg eine koordinierte Bewirtschaftung der Gewässer innerhalb der Flusseinzugsgebiete bewirkt. Sie trägt zu einer Harmonisierung des Gewässerschutzes innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und zu einer Verbesserung des Zustands der Gewässer bei. Die Besonderheit dieser Richtlinie liegt in der konsequenten Umsetzung einer ganzheitlichen Betrachtung der Gewässer und der gleichzeitigen Regelung spezifischer Tatbestände. Beide Aspekte zeigen sich insbesondere im

- konsequent flächenhaften, auf das Flusseinzugsgebiet bezogenen Ansatz,
- gewässertypenspezifischen Ansatz,
- kombinierten Ansatz der Betrachtung von Schadstoffen (Emission und Immission) und
- einzelstoff- bzw. gruppenparameterbezogenen Ansatz.

Mit dem gesetzlichen Rahmen der WRRL soll u. a. die Förderung einer nachhaltigen Wassernutzung auf der Grundlage eines langfristigen Schutzes der vorhandenen Ressourcen

erreicht werden. Folgende konkreten Ziele für den Schutz des Grundwassers als kostbare natürliche Ressource sind im Artikel 4 der WRRL festgeschrieben:

- Begrenzung und weitgehende Verhinderung der Einleitungen von Schadstoffen,
- Verschlechterungsverbot für den Zustand von Grundwasserkörpern,
- Schutz, Verbesserung und Sanierung der Grundwasserkörper mit dem Ziel, bis 2015 einen guten Zustand für Grundwasserkörper zu erreichen,
- Anstreben des Gleichgewichtes zwischen Grundwasserentnahme und Grundwasserneubildung,
- Trendumkehr bei der maßgeblichen und anhaltenden Steigerung von Schadstoffkonzentrationen infolge menschlicher Tätigkeit, nachfolgende schrittweise Reduzierung der Verschmutzungen.

Erklärtes Hauptziel ist es dabei, die Beeinträchtigung der Umwelt im Allgemeinen und die Schädigung der natürlichen Ressource Wasser im Besonderen durch Stoffe mit Gefährdungspotential zu vermeiden.

Im vorliegenden Aufsatz soll insbesondere das Risiko für die Gewässer durch **wassergefährdende Stoffe** infolge des Umgangs und deren Verwendung dargestellt werden.

Im ersten Teil des Aufsatzes wird das Gefährdungspotential aufgezeigt, welches von Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen ausgeht. Im zweiten Teil (Heft 1/2012) wird die Gefährdung der Umwelt durch Unfälle im Umgang und bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe dargestellt.

Methodische und inhaltliche Hinweise

Von wassergefährdenden Stoffen können erhebliche Gefahren für die Oberflächengewässer, das Grundwasser und somit auch für das Trinkwasser als unser wichtigstes Lebensmittel ausgehen.

Als **wassergefährdend** werden im Sinne des Wasserhaushaltsgesetzes [2] feste, flüssige und gasförmige Stoffe eingestuft, die dazu geeignet sind, die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit des Wassers dauerhaft und in einem nicht unerheblichen Ausmaß nachteilig zu verändern. Dabei handelt es sich u. a. um

- Säuren, Laugen,
- Alkalimetalle, Siliziumlegierungen mit über 30 Prozent Silizium, metallorganische Verbindungen, Halogene, Säurehalogenide, Metallcarbonyle und Bleisalze,
- Mineral- und Teeröle sowie deren Produkte (u. a. Benzin, Dieselmotorenkraftstoff, Heizöl, Altöl, Schmier- und Hydrauliköle),
- flüssige sowie wasserlösliche Kohlenwasserstoffe, Alkohole, Aldehyde, Ketone, Ester, halogen-, stickstoff- und schwefelhaltige organische Verbindungen,
- Gifte.

Wassergefährdende Stoffe werden entsprechend ihrer für die Verwendung nutzbaren Eigenschaften in vielen Produktions- und Dienstleistungsbereichen eingesetzt, so beispielsweise an Tankstellen, in Kfz- und galvanischen Werkstätten, Wäschereien oder Labors. Sie werden u. a. auch in Heizungs- oder Kälteanlagen und in der Hydraulik von Aufzügen verwendet. Da ein generelles Anwendungsverbot dieser in den unterschiedlichsten Bereichen verwendeten Stoffe nicht

durchsetzbar ist, wurden im Umweltrecht gesetzliche Regelungen für die Verwendung und die zu treffenden Sicherheitsmaßnahmen beim Austreten dieser Stoffe in die Umwelt verankert. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) erlässt deshalb mit Zustimmung des Bundesrates allgemeine Verwaltungsvorschriften, in denen die wassergefährdenden Stoffe näher bestimmt und entsprechend ihrer Gefährlichkeit eingestuft werden. Wassergefährdende Stoffe können beim Austreten in die Umwelt schwerste Schäden an den natürlichen Wasserressourcen verursachen. So kann ein Liter dieser Substanzen bis zu 1 Million Kubikmeter Wasser verunreinigen, möglicherweise ein Fischsterben verursachen oder sogar die Trinkwassernutzung beeinträchtigen. Um den größtmöglichen Schutz des Wassers zu gewährleisten, bedarf es auch eines genauen Überblicks über das mögliche und das tatsächliche Gefährdungspotential der Anlagen, in denen ein Umgang mit wassergefährdenden Stoffen erfolgt. Gleichfalls müssen regelmäßig aktuelle Daten über Unfälle erfasst werden, die in diesen Anlagen oder bei der Beförderung von wassergefährdenden Stoffen passieren.

Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen

Als Anlagen im Sinne der weiteren Darstellung gelten selbständige ortsfeste oder ortsfest verbundene Funktionseinheiten, in denen mit wassergefährdenden Stoffen umgegangen wird. Die Anlagen umfassen hierbei alle Einrichtungen, Behälter, Rohrleitungen und Flächen, die für den bestimmungsgemäßen Gebrauch erforderlich sind. Der Anlagenbegriff wurde hierbei bewusst weit gefasst, um alle technischen Möglichkeiten berücksichtigen zu können. Die Anlage als Funktionseinheit wird unter Einhaltung der wasserrechtlichen Vorgaben durch den Betreiber nach ihrem betrieblichen Verwendungszweck abgegrenzt (Art der Anlage). Hierbei wird unterschieden zwischen

- HBV-Anlagen (Anlagen dienen der Herstellung, der Behandlung und/oder Verwendung wassergefährdender Stoffe),
- LAU-Anlagen (Anlagen zum Lagern, Abfüllen oder Umschlagen wassergefährdender Stoffe),
- Rohrleitungsanlagen (sie dienen dem Transport von wassergefährdenden Stoffe innerhalb eines Werksgeländes, Pipelines zählen nicht dazu).

Das **Gefährdungspotential** der Anlagen hängt dabei insbesondere ab

- vom Volumen der Anlage,
- von der Wassergefährdungsklasse (WGK) der in der Anlage vorhandenen wassergefährdenden Stoffe,
- von der hydrogeologischen Beschaffenheit und Schutzbedürftigkeit des Gebietes, in dem sich die Anlage befindet (Anlagenstandort) sowie
- von der Häufigkeit der Abfüll- und Umschlagprozesse.

Entsprechend der Vorgaben des Wasserhaushaltsgesetzes (§§ 19 ff. WHG) müssen Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen so gestaltet und betrieben werden, dass keine Verunreinigung der Gewässer entsteht. Sie müssen dicht, standsicher und gegen zu erwartende mechanische, thermische und chemische Einflüsse ausreichend widerstandsfähig sein. Anlagen müssen in der baulichen Ausführung so beschaffen sein und betrieben werden, dass im Schadensfall anfallende Stoffe, die mit ausgetretenen wassergefährdenden Stoffen verunreinigt sein können, zurückgehalten und entsorgt werden. Das kann beispielsweise mit doppelwandigen Behältern oder Auffangwannen sichergestellt werden (sogenannte sekundäre Sicherheitsbarriere). Das Austreten von wassergefährdenden Stoffen aus Anlagen ist unverzüglich der unteren Wasserbehörde oder einer Polizeidienststelle des Freistaates Sachsen anzuzeigen. Gleichzeitig sind unverzüglich Maßnahmen zur Beseitigung der Ursachen, zur Minderung der Auswirkungen und zur Beseitigung von Schäden einzuleiten. Die Verpflichtung dazu besteht bereits beim Verdacht, dass eine Gefährdung durch wassergefährdende Stoffe entstanden ist.

Gemäß den einzelnen landesrechtlichen Vorschriften unterliegen Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen vor der Inbetriebnahme der Anzeigepflicht und während des Betriebs besonderen Überwachungspflichten. Nach dem Wasserhaushaltsgesetz [2] ist der Betreiber einer solchen Anlage verpflichtet, ihre Dichtigkeit und die Funktionsfähigkeit der Sicherheitseinrichtungen ständig zu überwachen. Er muss darüber hinaus nach Maßgabe des Landesrechts Anlagen durch zugelassene Sachverständige auf den ordnungsgemäßen Zustand überprüfen lassen, und zwar

- vor Inbetriebnahme oder nach einer wesentlichen Änderung,

- spätestens fünf Jahre (bei unterirdischer Lagerung in Wasser- und Quellenschutzgebieten spätestens zweieinhalb Jahre) nach der letzten Überprüfung,
- vor der Wiederinbetriebnahme einer länger als ein Jahr stillgelegten Anlage,
- wenn die Prüfung wegen der Besorgnis einer Wassergefährdung angeordnet wird oder
- wenn die Anlage stillgelegt wird.

Im Freistaat Sachsen obliegt die Erfassung der wiederkehrend prüfpflichtigen Anlagen den Unteren Wasserbehörden. Alle Angaben zu diesen Anlagen sind in dem nach Landesrecht zu führenden „Fachinformationssystem Wasserrechtlicher Vollzug“ (FIS) zu erfassen. In Sachsen trifft die wiederkehrende Prüfpflicht nur auf Anlagen zu, die Umgang mit flüssigen wassergefährdenden Stoffen haben.

Die Auswertung der Anlagendaten ist im Rahmen einer Sekundärstatistik und auf Grundlage des Umweltstatistikgesetzes [3] als bundesweite Totalerhebung vorgeschrieben. Sie wird alle fünf Jahre durchgeführt. Um eine gesicherte Aussage über das Gesamtgefährdungspotential aller Anlagen treffen zu können (sowohl im Freistaat Sachsen als auch in der Bundesrepublik), sind vollständige Meldungen erforderlich. Eine vollständige Datenlage zum Berichtsjahr 2009 konnte für den Freistaat Sachsen nicht realisiert werden. Für den Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge wurde im Rahmen der zuletzt durchgeführten Erhebung lediglich eine Teilmeldung erbracht, die aus methodischen Gründen (weder Hochrechnungen noch Aufschätzungen sind erlaubt) nicht in die Auswertung einbezogen werden konnte. Die vorliegende Ergebnisdarstellung beinhaltet die Angaben des betreffenden Landkreises nicht, ermöglicht dennoch einen umfassenden Überblick über das bestehende Gefährdungspotential der für den Freistaat Sachsen erfassten Anlagen sowie die bereits getroffenen und noch zu treffenden Sicherungsmaßnahmen im Rahmen des vorbeugenden Gewässerschutzes.

Die vorliegenden Ergebnisse stellen als Bezugsgrößen gleichfalls eine Grundlage für die relative Bewertung der Ergebnisse der Erhebung über Unfälle beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen dar.

Die Daten der Anlagen werden unabhängig davon statistisch betrachtet, ob im Erhebungsjahr eine Überprüfung stattfand oder nicht. Ausgewertet wurden

- Anzahl und Art der Anlagen zum Umgang

mit wassergefährdenden Stoffen nach ihrem Verwendungszweck,

- Standortgegebenheiten der Anlagen,
- Baujahr, Bauart (oberirdisch / unterirdisch) und Fassungsvermögen der Anlagen,
- maßgebende Wassergefährdungsklasse und Art des maßgebend wassergefährdenden Stoffes (Mineralölprodukt oder sonstiger Stoff).

Die Eigenschaften der wassergefährdenden Stoffe wie beispielsweise die Abbaufähigkeit, toxische Wirkung oder Mobilität sind sehr unterschiedlich. Dementsprechend schwer ist es bei der großen Zahl an Schadstoffen den Überblick über das Gefährdungspotenzial für die Gewässer und das Grundwasser zu erlangen. Um Aussagen zum vorhandenen Gefährdungspotential der Anlagen treffen zu können, werden die in den Anlagen verwendeten Stoffe auf ihre wassergefährdenden Eigenschaften untersucht und bewertet. Hinsichtlich ihrer Gefährlichkeit werden sie gemäß der Verwaltungsvorschrift wassergefährdender Stoffe (VwVwS) [4] in drei **Wassergefährdungsklassen (WGK)** eingestuft:

- WGK 1: schwach wassergefährdend (z. B. Aceton),
- WGK 2: wassergefährdend (hierzu gehören u. a. Mineralölprodukte wie Heizöl, Dieselmotorenöl, Motor-, Getriebe- und Hydrauliköl, Farben),
- WGK 3: stark wassergefährdend (beispielsweise Altöl, Benzin, Chromsäure).

Jauche, Gülle und Silagesickersaft können gleichfalls erhebliche Wassergefährdungen verursachen, werden aber grundsätzlich nicht eingestuft.

Eine aktuelle Auflistung aller wassergefährdenden Stoffe bietet das Umweltbundesamt auf seiner Internetseite als Listung und als Datenbanksuche an. [5]

Zur Einschätzung der potentiellen Gefährdung für die Umgebung sind genaue Angaben zum **Standort der Anlage** unerlässlich. Hierbei spielt es eine wichtige Rolle, ob sie sich in einem schutzwürdigen Gebiet befindet. Zu den als schutzwürdig eingestuften Gebieten gehören Wasserschutzgebiete, Heilquellenschutzgebiete, Überschwemmungsgebiete bzw. überschwemmungsgefährdete Gebiete und sonstige schutzwürdige Gebiete (u. a. Landschafts- und Naturschutzgebiete). Wasserschutzgebiete werden festgesetzt, um Ge-

wässer im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung vor nachteiligen Einwirkungen zu schützen. Schutzgebiete werden in der Regel in verschiedene Schutzzonen gegliedert, für die graduell abgestufte Beschränkungen oder Verbote gelten.

Das Gefährdungspotential der Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen in Sachsen

2009 wurden im Freistaat Sachsen Daten zu 15 353 Anlagen ausgewertet, in denen Umgang mit wassergefährdenden Stoffen stattfindet. Für 98,9 Prozent dieser Anlagen lagen Angaben zum **Fassungsvermögen** vor.

Tab. 1 Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen in Sachsen 2009

Merkmal	Anlagen insgesamt		Darunter mit Angabe des Fassungsvermögens		
	Anzahl	%	Anzahl	%	1 000 m ³
Anlagen insgesamt¹⁾	15 353	100,0	15 177	98,9	1 131,2
Anlagenart					
LAU-Anlagen ²⁾	15 146	98,7	14 978	98,9	1 102,2
HBV-Anlagen	197	1,3	191	97,0	28,5
Rohrleitungsanlagen	10	0,1	8	80,0	0,5
Fassungsvermögen					
unter 10 m ³	7 652	49,8	7 652	100,0	32,9
10 m ³ bis unter 100 m ³	6 363	41,4	6 363	100,0	177,2
100 m ³ bis unter 1 000 m ³	1 063	6,9	1 063	100,0	203,0
1 000 m ³ und mehr	99	0,6	99	100,0	718,1
ohne Angabe des Fassungsvermögens	176	1,1	-	-	-
Bauart					
oberirdische Anlagen	10 614	69,1	10 516	99,1	784,5
unterirdische Anlagen	4 737	30,9	4 659	98,4	346,6
Standortgegebenheit					
Wasserschutzgebiet Zone I	8	0,1	8	100,0	0,0
Wasserschutzgebiet Zone II	56	0,4	56	100,0	0,3
Wasserschutzgebiet Zone III/III A	2 624	17,1	2 619	99,8	11,8
Wasserschutzgebiet Zone III B	6	0,0	6	100,0	0,0
Heilquellenschutzgebiet	150	1,0	150	100,0	0,6
Überschwemmungsgebiet	913	5,9	911	99,8	6,3
anderes Gebiet ³⁾	11 596	75,5	11 427	98,5	1 112,1
Wassergefährdungsklasse					
WGK 1	71	0,5	70	98,6	47,0
WGK 2	13 356	87,0	13 289	99,5	560,3
WGK 3	1 920	12,5	1 814	94,5	523,7
ohne Angabe zur WGK	6	0,0	4	66,7	0,1
Art des wassergefährdenden Stoffes					
Mineralölprodukt	12 640	82,3	12 525	99,1	694,2
sonstiger Stoff ⁴⁾	2 713	17,7	2 652	97,8	437,0
Baujahr					
vor 1960	10	0,1	10	100,0	0,2
1960 - 1979	209	1,4	208	99,5	132,3
1980 - 1999	9 327	60,8	9 240	99,1	508,0
2000 und später	1 115	7,3	1 102	98,8	60,4
unbekannt ⁴⁾	4 692	30,6	4 617	98,4	430,2

1) Angaben ohne den Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge

2) einschließlich Anlagen ohne eindeutige Zuordnung entweder als Lager-, Abfüll- oder Umschlaganlage

3) Hierzu zählen Anlagen, die nicht in Schutzgebieten stehen sowie Anlagen bei denen keine Angaben zur Standortgegebenheit vorliegen.

4) einschließlich Anlagen ohne Angaben

Für diese 15 177 Anlagen wurde im Rahmen der Auswertung ein Gesamtvolumen von 1,1 Millionen Kubikmetern wassergefährdender Stoffe festgestellt, welches sich aus dem für diese Anlagen bekannten Fassungsvermögen ergab. Für die restlichen 176 Anlagen lagen diese Angaben nicht vor.

Bei der Bewertung der Anlagen hinsichtlich ihres Fassungsvermögens standen einer hohen Anzahl Anlagen mit geringem Fassungsvermögen eine vergleichsweise geringe Anzahl Anlagen mit einem großen Fassungsvermögen gegenüber. So entfiel auf 14 015 der Anlagen lediglich rund ein Fünftel des gesamten Fassungsvermögens (210 100 Kubikmeter), da jede dieser Anlagen ein Fassungsvermögen von unter 100 Kubikmetern hatte. Dazu gehörten hauptsächlich Heizölverbraucheranlagen, private Heizöllageranlagen, Alt- und Frischöllager sowie kleine bis mittelgroße Tankstellen. 1 162 Anlagen (reichlich sieben Prozent) hatten ein Volumen von 100 Kubikmetern und mehr. Deren Fassungsvermögen machte in Summe 81 Prozent des Gesamtfassungsvermögens aus. Hauptursache dafür waren 99 große Anlagen mit einem Fassungsvermögen von 1 000 Kubikmetern und mehr, deren Gesamtfassungsvermögen allein 718 100 Kubikmeter (63 Prozent des Gesamtvolumens) umfasste.

2 844 Anlagen (rund 19 Prozent) mit einem bekannten Fassungsvermögen von 12 700 Kubikmetern hatten ihren Standort in einem Wasserschutzgebiet oder in einem Heilquellenschutzgebiet. 214 Anlagen befanden sich in unter hohen Schutz gestellten Gebieten (Wasserschutzgebiete Zone I und Zone II sowie Heilquellenschutzgebiete) und stellten damit erwartungsgemäß eine Ausnahme dar. Im Wasserschutzgebiet Zone III/III A befanden sich 2 624 Anlagen, darunter 2 619 mit einem bekannten Fassungsvermögen von 11 800 Kubikmetern. Der Standort von 913 Anlagen lag in Überschwemmungsgebieten. Im Falle der Freisetzung von wassergefährdenden Stoffen in den vorstehend benannten Gebieten besteht ein erhebliches Gefährdungspotential für Grund- und Oberflächen-gewässer.

Drei Viertel aller sächsischen Anlagen (11 596) befanden sich in einem Gebiet, das nicht als schutzwürdig ausgewiesen ist oder es waren keine Angaben zur Standortgegebenheit bekannt. Dennoch werden die Angaben zusammengefasst unter der Rubrik „anderes Gebiet“. Hier wäre jedoch ein separates Ausweisen der Anlagen ohne Angaben zum Standort im Hinblick auf die Aussagefähigkeit der Ergebnislage wünschenswert. Für 11 427 dieser Anlagen lagen Angaben zum Fassungsvermögen vor. Es umfasste insgesamt 1 112 100 Kubikmeter und machte

Tab. 2 Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen 2009 nach Direktionsbezirken (Anzahl)

Merkmal	Direktionsbezirk		
	Chemnitz	Dresden ¹⁾	Leipzig
Anlagen insgesamt	5 727	5 259	4 367
Anlagenart			
LAU-Anlagen ²⁾	5 644	5 162	4 340
HBV-Anlagen	81	92	24
Rohrleitungsanlagen	2	5	3
Fassungsvermögen			
unter 10 m³	2 868	2 194	2 590
10 m³ bis unter 100 m³	2 338	2 609	1 406
100 m³ bis unter 1 000 m³	470	368	225
1 000 m³ und mehr	26	42	31
ohne Angabe des Fassungsvermögens	25	36	115
Bauart			
oberirdische Anlagen	3 965	3 358	3 291
unterirdische Anlagen	1 762	1 899	1 076
Standortgegebenheit			
Wasserschutzgebiet Zone I	2	2	4
Wasserschutzgebiet Zone II	23	17	16
Wasserschutzgebiet Zone III/III A	1 534	226	864
Wasserschutzgebiet III B	-	6	-
Heilquellenschutzgebiet	150	-	-
Überschwemmungsgebiet	93	690	130
anderes Gebiet ³⁾	3 925	4 318	3 353
Wassergefährdungsklasse			
WGK 1	21	26	24
WGK 2	4 935	4 530	3 891
WGK 3	771	699	450
ohne Angabe zur WGK	-	4	2
Art des wassergefährdenden Stoffes			
Mineralölprodukt	4 458	4 268	3 914
sonstiger Stoff ⁴⁾	1 269	991	453
Baujahr			
vor 1960	3	2	5
1960 - 1979	59	94	56
1980 - 1999	2 966	3 437	2 924
2000 und später	301	526	288
unbekannt ⁴⁾	2 398	1 200	1 094

1) Angaben ohne den Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge

2) einschließlich Anlagen ohne eindeutige Zuordnung entweder als Lager-, Abfüll- oder Umschlaganlage

3) Hierzu zählen Anlagen, die nicht in Schutzgebieten stehen sowie Anlagen bei denen keine Angaben zur Standortgegebenheit vorliegen.

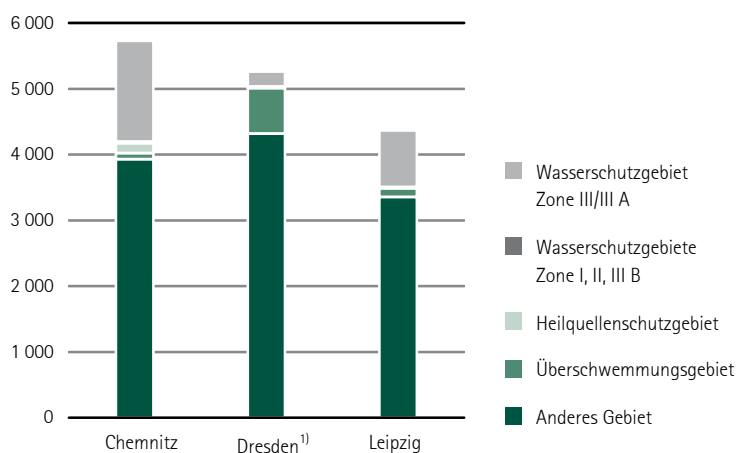
4) einschließlich Anlagen ohne Angaben

damit immerhin einen Anteil von 98 Prozent am Gesamtfassungsvermögen aus. Für das Berichtsjahr 2009 wurden erstmals Standorte in überschwemmunggefährdeten oder sonstigen schutzwürdigen Gebieten (z. B. Landschafts- und Naturschutzgebiete) mit in die Erhebung aufgenommen. Für Anlagenstandorte in diesen Gebieten Sachsens liegen jedoch keine Angaben vor, da eine Unterglie-

derung der Anlagendaten in dieser Form nicht im „FIS Wasserrechtlicher Vollzug“ vorgesehen ist.

Die Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen befanden sich entsprechend ihrer Bauart zumeist über der Erde (10 614). Das Fassungsvermögen der oberirdischen Anlagen betrug 784 500 Kubikmeter, wohingegen das Fassungsvermögen der 4 737 un-

Abb. 1 Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen in Sachsen 2009 nach Direktionsbezirken und der Zugehörigkeit zu ausgewählten Schutzgebieten



1) Angaben ohne den Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge

terirdischen Anlagen mit 346 600 Kubikmetern ein knappes Drittel des Gesamtvolumens aller Anlagen umfasste.

Mit 98,7 Prozent wurden fast alle Anlagen in Sachsen (15 146) als Lager-, Abfüll- oder Umschlaganlagen (LAU-Anlagen) betrieben. 14 115 dieser Anlagen (93,2 Prozent) dienen ausschließlich der Lagerung wassergefährdender Stoffe. Die 197 Anlagen zur Herstellung, Behandlung und Verwendung wassergefährdender Stoffe (HBV-Anlagen) und 10

Rohrleitungsanlagen erreichten zusammen lediglich einen Anteil von rund 1,3 Prozent des Gesamtbestandes der (erfassten) sächsischen Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen.

Hinsichtlich der Art des maßgebend wassergefährdenden Stoffes überwogen die Anlagen zum Umgang mit Mineralölprodukten (12 640) zahlenmäßig deutlich gegenüber denen zum Umgang mit sonstigen Stoffen (2 713) und stellen insgesamt ein beträchtli-

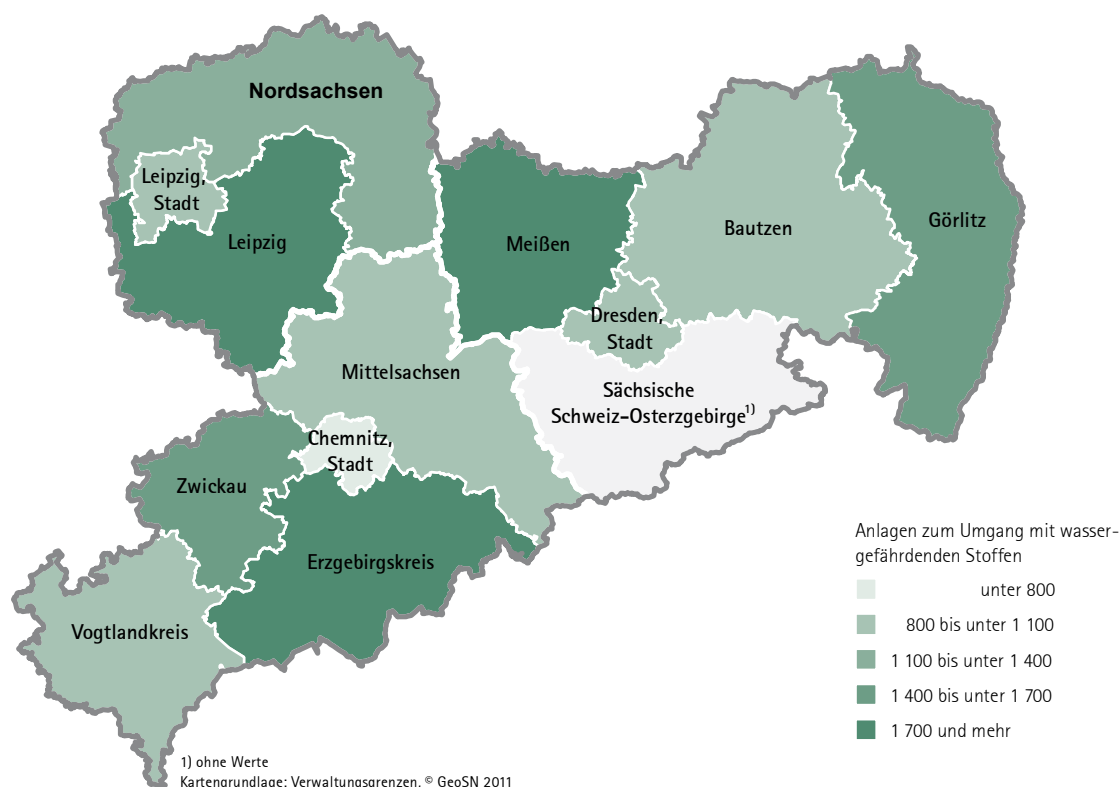
ches Risiko im Hinblick auf die Wassergefährdung dar. Während das Fassungsvermögen der Anlagen zum Umgang mit Mineralölprodukten insgesamt 694 200 Kubikmeter betrug, wurde das der Anlagen zum Umgang mit sonstigen Stoffen mit 437 000 Kubikmetern ausgewiesen.

Die meisten Anlagen befanden sich in den Direktionsbezirken Chemnitz (5 727) und Dresden (5 259). Im Direktionsbezirk Leipzig wurden 4 367 Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen betrieben (vgl. Abbildung 2).

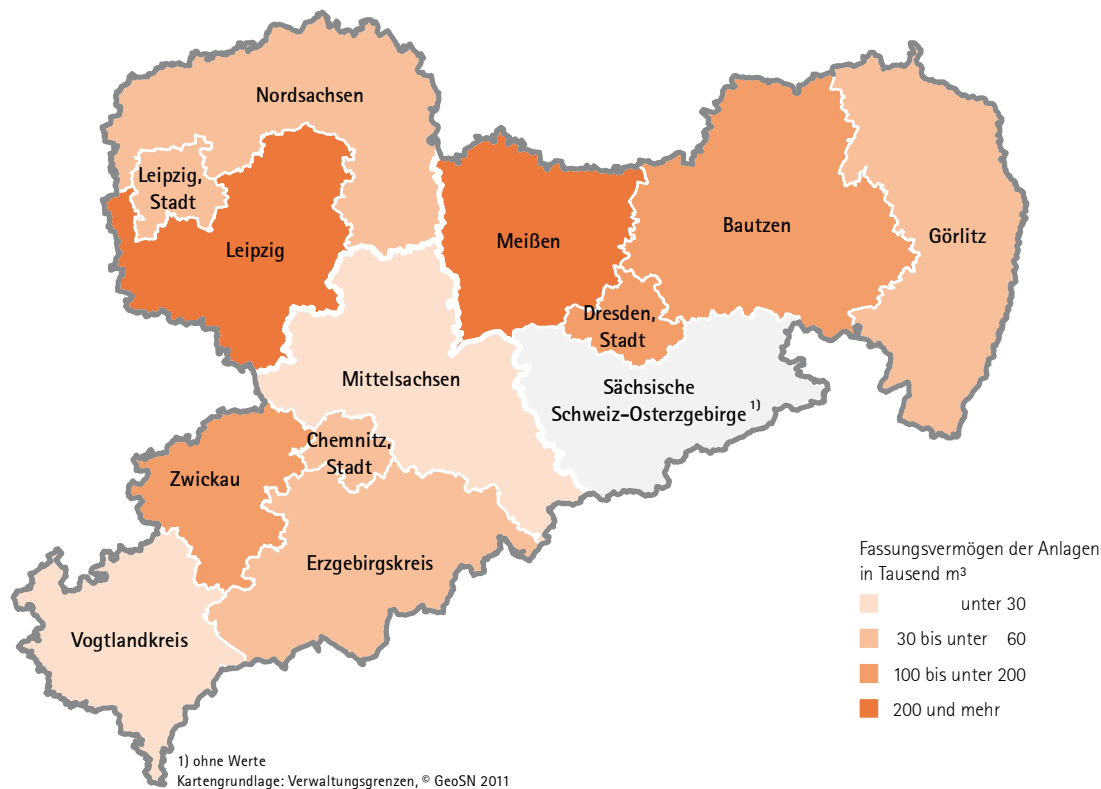
Bei der territorialen Betrachtung fiel auf, dass sich im Direktionsbezirk Dresden überwiegend Anlagen mit einem größeren Gesamtvolumen befanden (insgesamt 573 100 Kubikmeter). Die Anlagen im Direktionsbezirk Chemnitz wiesen demgegenüber ein vergleichsweise geringes Volumen auf (220 400 Kubikmeter) (vgl. Abbildung 3).

Angaben zum Baujahr der Anlagen lagen nur für zwei Drittel aller (erfassten) Anlagen (15 353) vor. Die meisten Anlagen mit Angabe (9 327 = 60,8 Prozent) wurden im Zeitraum von 1980 bis 1999 neu errichtet oder nach wesentlichen Änderungen wieder in Betrieb genommen. 1 115 Anlagen stammen aus den Jahren ab 2000 und danach. Lediglich 219 Anlagen waren 30 Jahre und älter. Somit wird deutlich, dass sich seit Beginn der 1990er Jahre der Bestand der Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und somit

Abb. 2 Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen 2009 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen
Gebietsstand: 1. Januar 2010



**Abb. 3 Fassungsvermögen der Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen 2009
nach Kreisfreien Städten und Landkreisen**
Gebietsstand: 1. Januar 2010



auch das Gefährdungspotential wesentlich vergrößert haben. Für 4 692 Anlagen lagen keine Angaben zum Baujahr vor.

Zusammenfassung Teil 1

Die vorliegende Darstellung der Ergebnislage ist nur in Betrachtung des Erhebungsjahres 2009 möglich. Ein direkter Vergleich zur vorangegangenen Erhebung (2004) ist nicht sinnvoll, da unterdessen inhaltliche und methodische Änderungen stattfanden. Des Weiteren kann nicht davon ausgegangen werden, dass der im „FIS Wasserrechtlicher Vollzug“ gepflegte Datenbestand beider Erhebungsjahre vollständig ist. Aufgrund dessen kann die Entwicklung des möglichen Gefährdungspotentials durch den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen auf Grundlage des Anlagenbestandes nicht abschließend festgestellt werden. Um das mögliche und tatsächliche Gefährdungspotential für die Gesamtheit aller sächsischen Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen einschätzen zu können, bedarf es zukünftig der vollständigen Meldung aller Anlagendaten für die Landkreise des Freistaates sowie der kontinuierlichen Datenübernahme in das „FIS Wasserrechtlicher Vollzug“. Weiterhin muss der Katalog der Merkmale im FIS im Vorfeld der nächsten Erhebung (2014) an den Umfang der zu erhebenden Merkmale

der Statistik angepasst werden (hierzu laufen bereits Absprachen mit dem Sächsischen Umweltministerium und der softwareseitig zuständigen Firma).

Susanne Stoll, Dipl.-Ing.-Ökonomin, Referentin Umweltstatistik

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] EG – Wasserrahmenrichtlinie: Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik
- [2] Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG): Gesetz zur Neuordnung des Wasserrechts – amtliche Fassung vom 31. Juli 2009 – Veröffentlicht im Bundesgesetzblatt Jahrgang 2009 Teil I Nr. 51, ausgegeben am 6. August 2009, S. 2585.
- [3] Umweltstatistikgesetz (UStatG) vom 16. August 2005 (BGBl. I S. 2446), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 11. August 2009 (BGBl. I S. 2723)
- [4] Verwaltungsvorschrift wassergefährdende Stoffe (VwVwS) vom 17. Mai 1999, veröffentlicht am 29. Mai 1999 im Bundesanzeiger 98a; am 1. Juni 1999 in Kraft getreten, Die geänderte Fassung der VwVwS vom 27. Juli 2005 ist am 30. Juli 2005 im Bundesanzeiger 142a veröffentlicht worden; sie trat am 1. August 2005 in Kraft.
- [5] Umweltbundesamt: Liste der wassergefährdenden Stoffe (Online-Datenbank mit integrierter Suchfunktion)
<http://webigoletto.uba.de>

Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) zu Finanzmitteln

Vorbemerkungen

Kleinen und mittleren Unternehmen mangelt es häufig an Rücklagen und Sicherheiten, um Kredite für existenziell wichtige Expansionen oder Investitionen zu erlangen. Um verlässliche Angaben über den Zugang dieser Unternehmen in Europa zu Finanzmitteln zu erhalten, beauftragte die EU-Kommission das europäische Amt für Statistik (Eurostat) mit einer Befragung in 24 Mitgliedsstaaten.

Rechtliche Grundlage

Den gesetzlichen Rahmen bildeten die Verordnung (EG) Nr. 295/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 über die strukturelle Unternehmensstatistik (EG-VO Nr. 295/2008) (ABl. L 97 vom 9. April 2008, S. 13), die Verordnung (EG) Nr. 97/2009 der Kommission vom 2. Februar 2009 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 295/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die strukturelle Unternehmensstatistik im Hinblick auf die Verwendung des flexiblen Moduls (ABl. L 33 vom 3. Februar 2009, S. 6) und das Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246, 2249) geändert worden ist.

Zweck der Erhebung

Bedingt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise sind statistische Informationen über den Zugang der Unternehmen zu Finanzmitteln auch für politische Entscheidungen sehr wichtig. Für kleine und mittlere Unternehmen liegen zu dieser Problematik kaum aussagekräftige und belastbare Daten vor. Deshalb mussten diese Daten im Rahmen des flexiblen Moduls der Strukturverordnung in allen Mitgliedsländern erfragt werden. Im Ergebnis der Erhebung sollten Informationen

über Finanzierungsstruktur, Finanzierungsquellen, und Finanzierungserfolge sowie künftige Finanzierungsbedarfe gewonnen werden. Diese Angaben der kleinen und mittleren Unternehmen wurden für die Jahre 2007 und 2010, d. h. vor und nach der Finanzkrise erfragt.

Der Schwerpunkt der Erhebung lag hierbei auf der Weiterbestehensphase der Unternehmen und den in dieser Zeit auftretenden Finanzierungslücken und -schwierigkeiten. So wurde die Bedeutung verschiedener Finanzierungsformen (Finanzierung durch Kredite, Finanzierung durch Beteiligung, Finanzierung aus anderen Quellen), der zukünftige Finanzbedarf und die Wachstumshemmnisse der Unternehmen ermittelt.

Zu befragen waren Unternehmen mit 10 bis 249 Beschäftigten aus der gesamten nichtfinanziellen gewerblichen Wirtschaft. Die nichtfinanzielle gewerbliche Wirtschaft setzt sich aus den Bereichen Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe, Energieversorgung, Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen, Baugewerbe, Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen, Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Grundstücks- und Wohnungswesen, IKT-Dienstleistungen sowie freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen zusammen. Die Auswahl der Befragten erfolgte anhand der Beschäftigtenzahlen in den Jahren 2005 bis 2008 und des Gründungsjahres. Im Jahr 2010 musste das Unternehmen noch (mit mindestens 10 Beschäftigten) aktiv sein. Um die Belastung der Unternehmen gering zu halten wurde eine Stichprobenerhebung mit 25 000 Auskunftgebenden und einem Fragenkatalog von höchstens 20 Merkmalen durchgeführt.

Erhebung in Deutschland

In Deutschland wurde die Erhebung federführend durch das Statistische Bundesamt durchgeführt. Das Statistische Landesamt Sachsen war als einziges Landesamt an der Feldarbeit beteiligt. Wir übernahmen die Befragung der sächsischen Unternehmen und stellten in Zusammenarbeit mit unserem IT-Dienstleister, dem Staatsbetrieb Sächsische Informatikdienste, ein Online-Verfahren zur Vereinfachung der Befragung für die Auskunftgebenden des gesamten Bundesgebietes zur Verfügung.

Die für Deutschland in die Erhebung einzubeziehenden 3 555 Unternehmen wurden mittels einer, durch das Statistische Bundesamt erstellten, geschichteten Zufallsstichprobe ermittelt.

Durchführung der Erhebung in Sachsen

Auf Sachsen entfielen 160 zu befragende Unternehmen. Deren Angaben wurden von Oktober bis Dezember 2010 erhoben. Daten von 151 Unternehmen waren für die Erhebung verwertbar. Fast 40 Prozent der Auskunftspflichtigen nutzten zur Datenlieferung das Online-Verfahren. Reichlich 30 Prozent mussten an die Abgabe der Meldung erinnert werden, bei nur 16 Prozent war eine zweite Mahnung notwendig. Die Angaben der Unternehmen wurden von den Mitarbeitern des Statistischen Landesamtes Sachsen erfasst, entsprechend plausibilisiert und dem Statistischen Bundesamt zur Erstellung des Bundesergebnisses und Analyse übergeben. Wegen der geringen Anzahl der für Sachsen Befragten war es leider nicht möglich repräsentative Ergebnisse auf Landesebene zu erstellen. Allerdings wichen die von sächsischen Unternehmen erteilten Auskünfte kaum von den ermittelten Erhebungsergebnissen für Deutschland ab.

Von den sächsischen Unternehmen war

durchweg ein positives Echo auf die Erhebung und die erfragten Merkmale zu verzeichnen. Ein reichliches Drittel der befragten sächsischen Unternehmen bekundete im Rahmen der Befragung Interesse an den Resultaten der Erhebung, ihnen wurden ausgewählte Ergebnisse per E-Mail zur Verfügung bereitgestellt.

Ergebnisse

Für Deutschland wurden vom Statistischen Bundesamt folgende Ergebnisse ermittelt. In die Erhebung gingen die Befragungsergebnisse von 2 459 kleinen und mittleren Unternehmen für die Jahre 2007 (vor der Finanzkrise) und 2010 (nach der Finanzkrise) ein. Das Statistische Bundesamt nahm eine differenzierte Betrachtung nach drei Gruppen von kleinen und mittleren Unternehmen vor:

- Gazellen:** Sehr junge Unternehmen, die ein hohes Beschäftigungswachstum aufweisen
- Schnell wachsende Unternehmen:** Unternehmen mit hohem Beschäftigungswachstum innerhalb eines kurzen Zeitraumes
- Übrige Unternehmen.**

Kreditvergabe

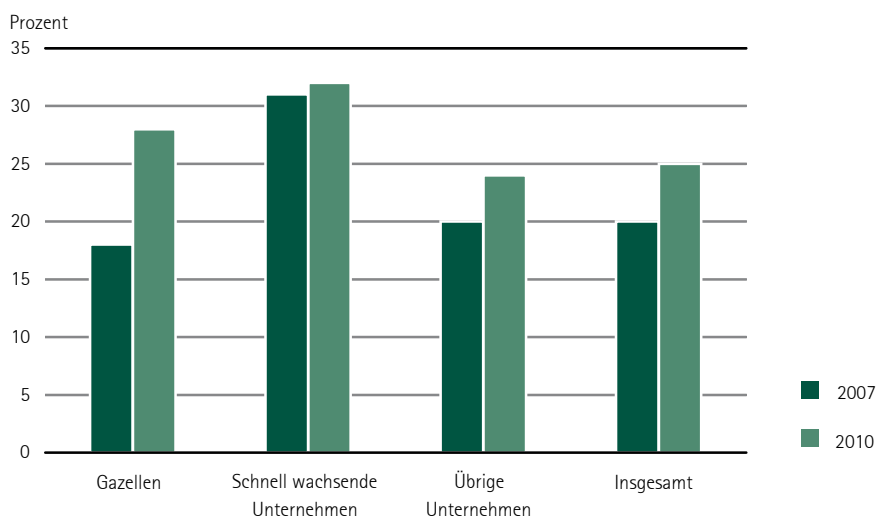
Von 2007 bis 2010 war nur ein moderater Anstieg des Anteils der kleinen und mittleren Unternehmen, die sich um eine Finanzierung bemühten, von 33 auf 36 Prozent zu verzeichnen. Kredite stellten sich hierbei als weitaus beliebteste Finanzierungsform heraus. Hier waren die Banken der größte Kreditgeber, gefolgt von Eigentümern und Geschäftsführern.

Im Betrachtungszeitraum erhielten drei Viertel der Befragten den bei Banken beantragten Kredit auch in voller Höhe. Unternehmen die sich bei einer anderen Finanzierungsquelle (z. B. Bausparkassen) um finanzielle Mittel bemühten hatten weniger Erfolg. Die Möglichkeit an einen Kredit zu kommen war im Jahr 2007 einfacher als 2010.

Kreditbedarf

Der Anteil der Unternehmen, die sich im Untersuchungszeitraum um einen Kredit bemühten, stieg in allen untersuchten Gruppen an. So hatte 2010 jedes vierte der befragten Unternehmen einen Bedarf an Krediten, im Jahr 2007 war es dagegen nur jedes fünfte. Die Unternehmensgruppe der Gazellen hatte mit zehn Prozent den höchsten Anstieg bei

Abb. 1 Unternehmen, die sich um Kredite bemüht haben



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2011

der Kreditnachfrage. Bei schnell wachsenden Unternehmen war es lediglich ein Prozent und bei den übrigen Unternehmen vier Prozent.

Eine Untersuchung nach Wirtschaftsbereichen ergab, dass vor allem Unternehmen der Kommunikations- und Informatikbranche sowie dem Baugewerbe Garantien oder Bürgen beibringen mussten.

Bürgschaften und Garantien

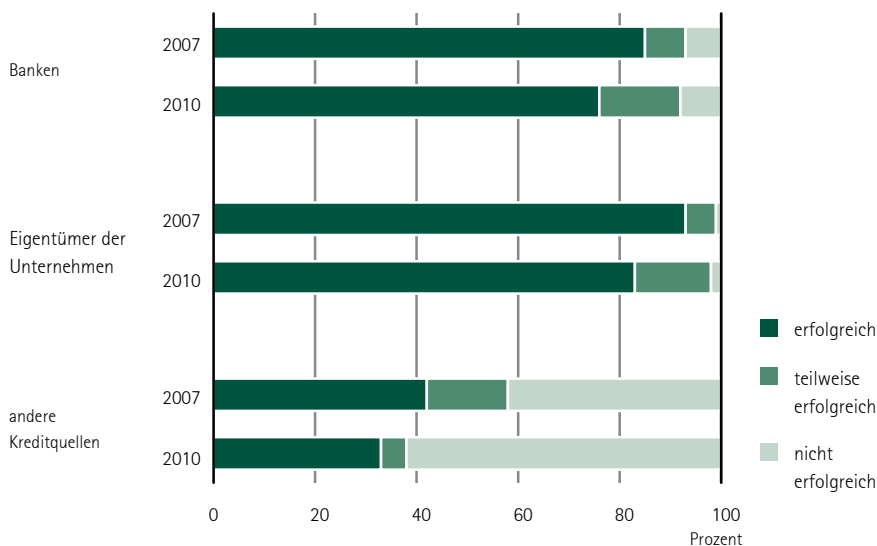
Kreditgeber können bei fehlender Sicherheit vom potentiellen Schuldner eine Bürgschaft (natürliche oder juristische Person) verlangen. Im Jahr 2010 benötigten 30 Prozent der Unternehmen die sich um eine Finanzierung bemühten einen Bürgen, 2007 waren es mit 28 Prozent kaum weniger. Es stellte sich heraus, dass „Gazellen“ mit fast 60 Prozent am häufigsten eine Bürgschaft vorweisen mussten. Im Vergleich dazu traf dies bei den übrigen Unternehmen nur auf 30 Prozent zu.

Andere Finanzierungsarten

Auch andere Finanzierungsarten, wie Leasing und Kontoüberziehungen kamen neben Krediten und Beteiligungen recht erfolgreich zum Einsatz.

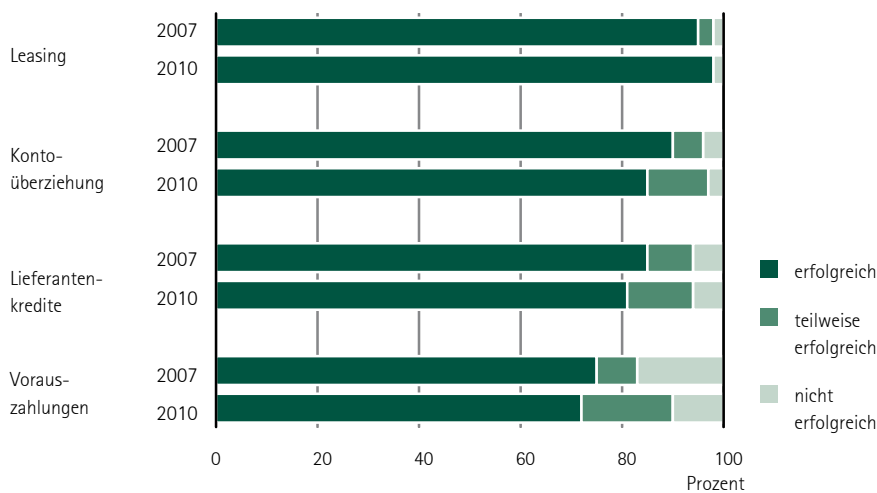
So fragten drei Viertel der Unternehmen 2010 nach einem Angebot bei einer Leasinggesellschaft nach und immerhin reichlich 60 Prozent machten von der Möglichkeit der Kontoüberziehung Gebrauch. Lieferantenkredite erhielten 20 Prozent und Voraus-

Abb. 2 Erfolg bei der Kreditaufnahme



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2011

Abb. 3 Erfolg bei anderen Arten der Finanzierung



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2011

zahlungen der Kunden rund 20 Prozent der befragten Unternehmen.

Wachstumshemmnisse

Als wahrscheinlich größtes Wachstumshemmnis bis 2013 nannten die Unternehmen den Preiswettbewerb. Mit einigem Abstand folgten hohe Arbeitskosten und die eingeschränkte Verfügbarkeit von neuem Fachpersonal.

Auch hier zeigte sich bei den Gazellen ein von den anderen Unternehmensgruppen abweichendes Bild. Hier wurde die eingeschränkte Verfügbarkeit von neuem Fachpersonal als entscheidendes Wachstumshemmnis eingeschätzt.

Zusammenfassung

Durch die Erhebung „Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen zu Finanzmitteln“ wurde erstmals eine Übersicht zur Finanzierungsstruktur, zu den Finanzierungsquellen, zum Finanzierungserfolg und zum zukünftigen Finanzierungsbedarf dieser Unternehmen in der Europäischen Union geschaffen. Folgende wichtige Aussagen konnten nach der Analyse der erfassten Daten getroffen werden:

- Kredite sind die wichtigste Finanzierungsquelle der kleinen und mittleren Unternehmen, aber auch Leasing, Kontoüberziehungen und Lieferantenkredite werden genutzt.

- Beteiligungskapital spielt fast keine Rolle.

- Banken sind die mit Abstand größten Kreditgeber.

- Bei sehr jungen Unternehmen und schnell wachsenden Unternehmen haben sich die unternehmensinternen Einflussfaktoren auf eine Finanzierung verbessert.

- Die Kreditnachfrage von sehr jungen Unternehmen und schnell wachsenden Unternehmen hat von 2007 zu 2010 am stärksten zugenommen.

- Die Suche der meisten Unternehmen nach Finanzierungen war erfolgreich oder zumindest teilweise erfolgreich.

- Ein Viertel der Unternehmen gab an, dass der Aufwand zur Erlangung einer Finanzierung größer geworden ist.

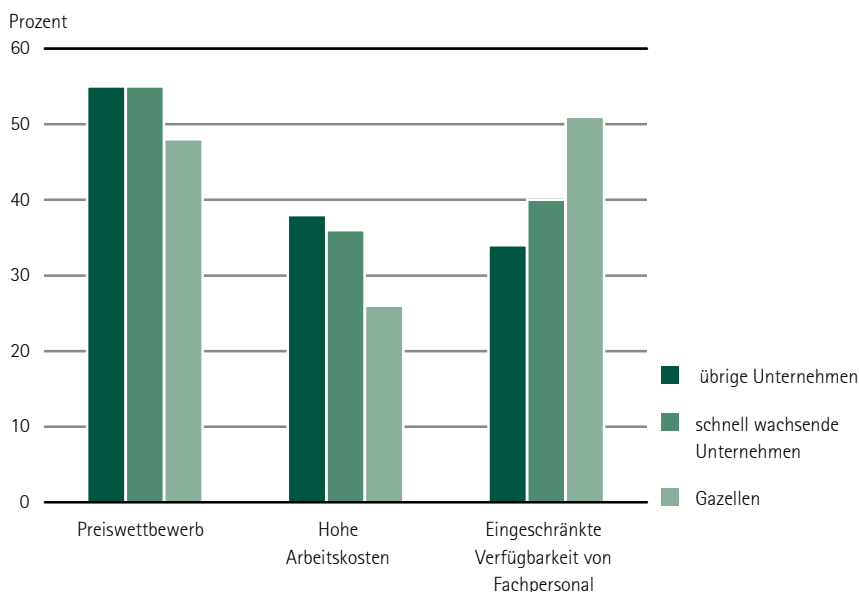
- Die Bereitschaft der Banken zur Vergabe von Krediten ist von 2007 zu 2010 gesunken.

- Das größte Wachstumshemmnis für die Unternehmensgruppe der Gazellen ist die fehlende Verfügbarkeit von qualifiziertem Fachpersonal.

Margit Freytag, Dipl. Ökonomin, Fachverantwortliche Vierteljährliche Verdiensterhebungen

Sabine Gosch, Dipl.-Ing.-Ökonomin, Referatsleiterin Datenerhebung bereichsübergreifende Statistiken

Abb. 4 Wichtige Wachstumshemmnisse



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2011

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] „Zahl kleiner und mittlerer Unternehmen mit Finanzierungsbedarf 2010 konstant“, Pressemitteilung Statistisches Bundesamt Nr. 240 vom 28. Juni 2011, Dr. Renè Söllner
- [2] „Finanzierung gesucht“, Statistisches Bundesamt vom 13. Juli 2011, Nicolas Kohlmann
- [3] „Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen zu Finanzmitteln“ Juli 2011, Dr. Renè Söllner „Wirtschaft und Statistik“. Statistisches Bundesamt.

Indikatorensysteme in der amtlichen Statistik – Bestandsaufnahme und zukünftige Herausforderungen

Teil 2: Künftige Anforderungen an Indikatorensysteme und deren praktische Umsetzung am Beispiel des „Demografiemonitor Sachsen“

Vorbemerkung

In Teil 1 wurde eine Bestandsaufnahme von Indikatorensystemen in der amtlichen Statistik gemacht, Begrifflichkeiten definiert und ein mögliches Klassifikationsschema für Indikatorensysteme entwickelt. [1] In Teil 2 wird ein Ausblick gegeben, welche bereits bekannten, aber auch neuen und geänderten Anforderungen sich an die Gestaltung von Indikatorensystemen stellen. Eine Möglichkeit diese Anforderungen umzusetzen wird am Beispiel des neuen interaktiven Produkts „Demografiemonitor Sachsen“ vorgestellt. [2]

Welche Anforderungen stellen sich auf europäischer Ebene?

Das europäische statistische Programm (European Statistical Programme – ESP) bildet den Rahmen für die Entwicklung, Produktion und Verbreitung europäischer Statistiken. Es ist das mittel- bis langfristig angelegte,

strategisch ausgerichtete Arbeitsprogramm des europäischen Statistischen Systems (European Statistical System – ESS), das im Abstand von 5 Jahren fortgeschrieben wird. Im Entwurf des ESP 2013–2017 wird ein Konzept der künftigen Infrastruktur von statistischen Informationen entwickelt. [3] An der „Spitze der Informationspyramide“ stehen dabei „Indikatoren“ (vgl. Abb.1).

Mit dem ESP 2013–2017 werden mehrere Schwerpunkte und Ziele verfolgt: An erster Stelle steht jedoch – bezogen auf die statistischen Ergebnisse – die Lieferung von qualitätsgerechten statistischen Informationen zur Entwicklung, Überwachung (Monitoring) und Bewertung (Evaluation) der Politikfelder der Europäischen Union. Danach folgen die Produktionsmethoden von EU-Statistiken sowie die Verstärkung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit im ESS und darüber hinaus. Strategisch liegt der Schwerpunkt auf dem Monitoring der Ziele der Strategie „Euro-

pa 2020“ sowie der wirtschaftspolitischen Steuerung („Economic Governance“) im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise. Zur Messung der Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele von Europa 2020 wurden fünf Kernziele für die gesamte Europäische Union (EU) zur Beschäftigung, zu Forschung und Entwicklung sowie Innovation, Klimawandel und Energie, Bildung sowie Armut und sozialer Ausgrenzung vereinbart. [4] Diese wurden in jedem Mitgliedsstaat der EU in nationale Ziele umgesetzt, die den unterschiedlichen Gegebenheiten Rechnung tragen. Die Zielerreichung wird auf dieser Grundlage im Wege eines Soll-Ist-Vergleichs in den Mitgliedsstaaten überwacht (vgl. Abb. 2).

Die Datenbereitstellung und Berechnung der Indikatoren für das Monitoring der Zielerreichung in Deutschland ist eine wesentliche Aufgabe der Statistischen Ämter des Bundes und Länder. Zudem können die auf Ebene der EU-Mitgliedsstaaten formulierten

Abb. 1 Informationspyramide

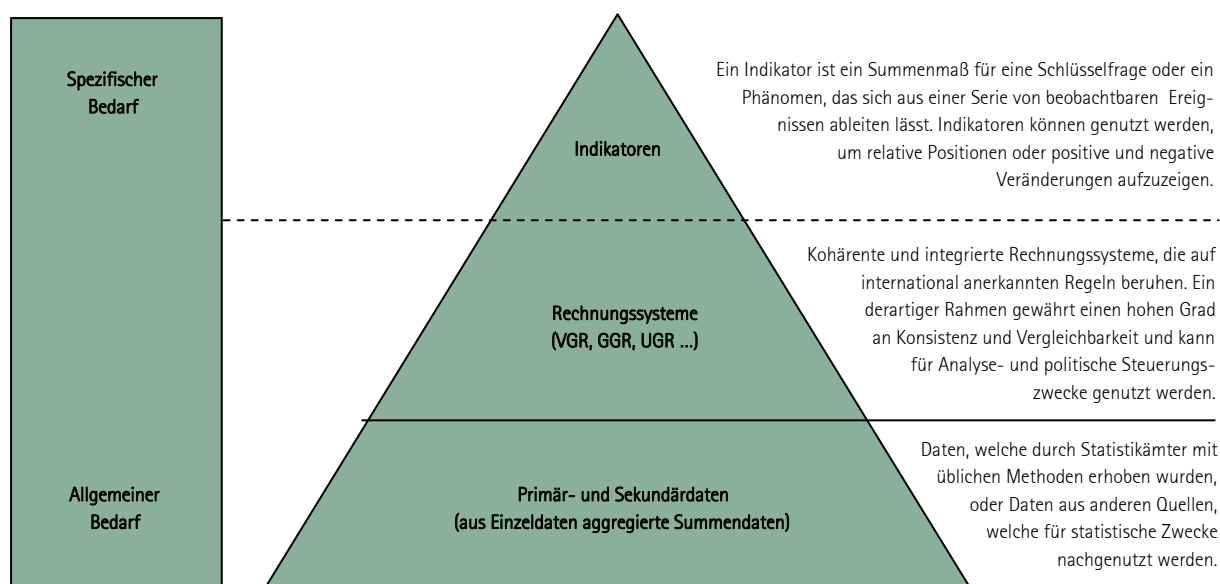


Abb. 2 Ziele der Strategie „Europa 2020“

Ziele der Strategie „Europa 2020“¹

EU-Ziele/ Ziele der Mitgliedstaaten	Beschäftigungs- quote (in %)	FuE in % des BIP	Ziele zur Verringerung des CO ₂ -Ausstoßes ²	Erneuerbare Energien	Energieeffizienz - Verringerung des Energieverbrauchs in Mio. T RÖE	Schulabbrecher quote in %	Hochschul- absolventen in %	Senkung des Anteils der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Bevölkerung in Personen
EU-Kernziel	75 %	3 %	-20 % (gegenüber dem Stand von 1990)	20 %	Anstieg der Energieeffizienz um 20%, d.h. um 368 Mio. t RÖE	10 %	40 %	20.000.00
Schätzung für die EU³	73,70-74 %	2,65-2,72 %	-20 % (gegenüber dem Stand von 1990)	20 %	206,9 Mill. t RÖE	10,30-10,50 %	37,50-38,0 %	Aufgrund der unterschiedlichen nationalen Methoden kann kein Ergebnis berechnet werden
AT	77-78 %	3,76 %	-16 %	34 %	7,16	9,5 %	38 %	235.000
BE	73,2 %	3,0 %	-15 %	13 %	9,80	9,5 %	47 %	380.000
BG	76 %	1,5 %	20 %	16 %	3,20	11 %	36 %	260.000
CY	75-77 %	0,5 %	-5 %	13 %	0,46	10 %	46 %	27.000
CZ	75 %	1 % (nur öffentlicher Sektor)	9 %	13 %	Entfällt	5,5 %	32 %	Stabilisierung der Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen auf dem Stand von 2008 (15,3 % der Gesamtbevölkerung) mit Bestrebungen, diesen um 30 000 Personen zu reduzieren
DE	77 %	3 %	-14 %	18 %	38,30	<10 %	42 %	330.000 (langfristig Arbeitsl.)
DK	80 %	3 %	-20 %	30 %	0,83	<10 %	Mindestens 40 %	22 000 (Haushalte mit geringer Erwerbstätigkeit)
EE	76 %	3 %	11 %	25 %	0,71	9,5 %	40 %	Verringerung des Armutsrisikos (nach Sozialleistungen) auf 15 % (von 17,5 % 2010)
EL	70 %	Zu überarbeiten	-4 %	18 %	2,70	9,7 %	32 %	450.000
ES	74 %	3 %	-10 %	20 %	25,20	15 %	44 %	1.400.000- 1.500.000
FI	78 %	4 %	-16 %	38 %	4,21	8 %	42 % (enge nationale Definition)	150.000

¹ Gemäß den im April 2011 in den nationalen Reformprogrammen (NRP) der Mitgliedstaaten festgelegten Zielen.

² Die in der Entscheidung Nr. 406/2009/EG (Entscheidung über die Verteilung der Anstrengungen) festgelegten Obergrenzen für die Treibhausgasemissionen der Mitgliedstaaten gelten für Emissionen, die nicht vom Emissionshandelssystem erfasst werden. Emissionen, die diesem Handelssystem unterliegen, werden gegenüber dem Niveau von 2005 um 21 % reduziert. Die entsprechende Emissionsreduktion insgesamt wird bei -20 % gegenüber dem Stand von 1990 liegen.

³ Addition der nationalen Ziele.

Ziele der Strategie „Europa 2020“

Ziele der Mitgliedstaaten	Beschäftigungs- quote (in %)	FuE in % des BIP	Ziele zur Verringerung des CO ₂ -Ausstoßes	Erneuerbare Energien	Energieeffizienz - Verringerung des Energieverbrauchs in Mio. T RÖE	Schulabbrecher quote in %	Hochschul- absolventen in %	Senkung des Anteils der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Bevölkerung in Personen
FR	75 %	3 %	-14 %	23 %	34,00	9,5 %	50 %	Reduzierung der verankerten Armutsgefährdungsquote um ein Drittel für den Zeitraum 2007-2012 oder um 1,6 Mio. Personen
HU	75 %	1,8 %	10 %	14,65 %	2,96	10 %	30,3 %	450.000
IE	69-71 %	rund 2 % (2,5 % des BSP)	-20 %	16 %	2,75	8 %	60 %	186.000 bis 2016
IT	67-69 %	1,53 %	-13 %	17 %	27,90	15-16 %	26-27 %	2.200.000
LT	72,8 %	1,9 %	15 %	23 %	1,14	<9 %	40 %	170.000
LU	73 %	2,3-2,6 %	-20 %	11 %	0,20	<10 %	40 %	Kein Ziel
LV	73 %	1,5 %	17 %	40 %	0,67	13,4 %	34-36 %	121.000
MT	62,9 %	0,67 %	5 %	10 %	0,24	29 %	33 %	6.560
NL	80 %	2,5 %	-16 %	14 %	Entfällt	<8 %	>40 %; voraussichtlich 45 % im Jahr 2020	100.000
PL	71 %	1,7 %	14 %	15,48 %	14,00	4,5 %	45 %	1.500.000
PT	75 %	2,7-3,3 %	1 %	31 %	6,00	10 %	40 %	200.000
RO	70 %	2 %	19 %	24 %	10,00	11,3 %	26,7%	580.000
SE	Deutlich über 80 %	4 %	-17 %	49 %	12,80	<10 %	40-45 %	Verringerung der Quote der nicht erwerbstätigen Frauen und Männer (außer Vollzeitstudenten), der Langzeitarbeitslosen und der langfristig Krankgeschriebenen auf unter 14 % bis 2020
SI	75 %	3 %	4 %	25 %	Entfällt	5 %	40 %	40.000
SK	72 %	1 %	13 %	14 %	1,65	6 %	40 %	170.000
UK	Kein Ziel im NRP	Kein Ziel im NRP	-16 %	15 %	Entfällt	Kein Ziel im NRP	Kein Ziel im NRP	Bestehende numerische Ziele des Gesetzes über die Kindesarmut von 2010

Ziele auch auf Bundesländer und andere Regionaleinheiten heruntergebrochen werden, um z. B. die Zielerreichung auf Länderebene zu beobachten. So werden die Beiträge der Bundesländer zur Erreichung der nationalen Zielsetzung transparent.

Beispielhaft kann hier in einem anderen Politikfeld die „Nachhaltigkeitsstrategie Hessen“ angeführt werden, welche die EU-Nachhaltigkeitsindikatoren auf die Landesebene transformiert. [5]

Welche Anforderungen stellen sich auf regionaler Ebene in Sachsen?

Am Jahresende 2010 lebten knapp 4,15 Millionen Einwohner in Sachsen. Im Jahr 2025 wird die Einwohnerzahl voraussichtlich 3,6 bis 3,8 Millionen Einwohner betragen. Das bedeutet einen Rückgang von 372 000 (9,0 Prozent) bzw. 503 000 Einwohnern (12,1 Prozent) gegenüber 2010. Nach den Ergebnissen der vorliegenden 5. Bevölkerungsprognose werden der Bevölkerungsrückgang und die damit verbundene Alterung der Bevölkerung also weiter anhalten. Das Geburtendefizit (Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung – Saldo NBB) wird die bestimmende Größe bei der Bevölkerungsbilanz. [6]

Sachsen hat auf diese sich bereits nach der Wende 1989 abzeichnende Entwicklung reagiert: 3 Demografiekongresse (2004, 2006, 2010), eine Expertenkommission der Staatsregierung, die Enquetekommission „Demografischer Wandel“ des Sächsischen Landtags, Handlungskonzept und Förderrichtlinie Demografie sowie der Leitfaden „Den demografischen Wandel gestalten – Anregungen für die Praxis“ der Sächsischen Staatsregierung unterstreichen den hohen Stellenwert dieses Themas. [7] Aktuell wurden diese Anstrengungen mit dem Handlungskonzept zur Sicherung der privaten und öffentlichen Infrastruktur in vom demografischen Wandel besonders betroffenen ländlichen Räumen – „Daseinsvorsorge im demografischen Wandel zukunftsfähig gestalten“ der fünf ostdeutschen Bundesländer in Zusammenarbeit mit dem Beauftragten der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer forciert. [8] Dieses Handlungskonzept soll in die Demografiestrategie der Bundesregierung mit einfließen. Diese soll im Jahr 2012 verabschiedet werden.

Dieser hohe Stellenwert ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass sich die demografische Entwicklung im Freistaat Sachsen räumlich sehr differenziert vollzieht. Es gibt nicht nur unterschiedliche Entwicklungstendenzen in verdichteten und ländlichen Räumen, sondern auch innerhalb des ländlichen Raums selbst. Dies und die unterschiedlichen

örtlichen Rahmenbedingungen erfordern die Entwicklung spezifischer, örtlich angepasster Demografiestrategien. Im Rahmen des Handlungskonzepts Demografie fällt dem Demografiemonitor deshalb die Rolle zu, den Gemeinden und Kreisen eine fundierte und einheitliche Informationsbasis zur Verfügung zu stellen, um die jeweilige Ausgangssituation zu ermitteln und die erfolgreiche Umsetzung der vor Ort aufgestellten Demografiestrategie zu beobachten.

Neben dieser inhaltlichen Schwerpunktsetzung auf den gesellschaftlichen Kernprozess des demografischen Wandels wurden im Rahmen einer umfassenden Anforderungsanalyse gemeinsam mit der Sächsischen Staatskanzlei, welche die Federführung für das Handlungskonzept Demografie hat, folgende methodischen und technischen Anforderungen definiert:

- Verknüpfung/Vergleichbarkeit mit anderen Produkten und Daten
- Vergleichbarkeit (räumlich, zeitlich)
- Interaktivität (Nutzerspezifischer Zuschnitt der Ergebnisse)
- Klarheit (Aussagekraft und Verständlichkeit der Ergebnisse für Nutzer)
- Visualisierung (Darstellung der Ergebnisse in Karten und Diagrammen)
- Zugänglichkeit (Übersichtlichkeit, Schnelligkeit, keine Kosten)
- Weiterverarbeitung der Ergebnisse durch Nutzer.

Höchste Bedeutung wurde dabei dem Kriterium „Relevanz für den Nutzer“ zugemessen. Dementsprechend war allgemeine Auffassung, dass die visuelle kleinräumige Bereitstellung von Demografiedaten in Karten-, Tabellen und Diagrammform entscheidend für die Nutzerakzeptanz ist. Zudem sollte eine hohe Interaktivität mit dem Nutzer gegeben und die Weiterverarbeitung von Daten möglich sein. Zusammengefasst sollte es sich somit um ein modernes maßgeschneidertes Datenangebot zum Thema „Demografischer Wandel“ auf Gemeindeebene handeln.

Neben der Anforderungsanalyse wurden in einer umfassenden Bestandsaufnahme vorhandene Informations- und Monitoringsysteme inner- und außerhalb der amtlichen Statistik analysiert und bewertet. Es zeigte sich jedoch, dass keines dieser Systeme die vorgegebenen Anforderungen erfüllen kann. Am umfassendsten erfüllte das Produkt „In-

stantAtlas®“ [9] die Anforderungen und eröffnete zudem die Option, nutzerspezifische Funktionalitäten zu konfigurieren.

Was ist der Demografiemonitor Sachsen?

Der Demografiemonitor Sachsen ist ein maßgeschneidertes und interaktives Werkzeug zur Dauerbeobachtung der demografischen Entwicklung (i. e. S.) auf kommunaler und regionaler Ebene in Sachsen mittels periodisch (jährlich) berechneter Bevölkerungsindikatoren. Der Demografiemonitor bildet die gemeinsame Informationsbasis im Sinne eines breit angelegten gesellschaftlichen Dialogprozesses zur (aktiven) Gestaltung des demografischen Wandels im Rahmen der kommunal vereinbarten Demografiestrategie. Charakteristische Merkmale des Demografiemonitor Sachsen sind:

- Handlungsorientiert: Er ist in das Handlungskonzept Demografie der Sächsischen Staatsregierung eingebettet und soll insbesondere Informationen zur demografischen Ausgangslage (dokumentiert im Demografiebericht) und zur Dauerbeobachtung der demografischen Entwicklung (Demografiemonitoring) liefern.
- Indikatorenbasiert: Auf Grundlage der Daten der laufenden Bevölkerungsfortschreibung sowie Bevölkerungsprognose werden die rund 200 Indikatoren auf Jahresbasis berechnet. Dies bedeutet, dass die Indikatoren im 3. Quartal des Folgejahres bzw. im Rhythmus der Fortschreibung der regionalisierten Bevölkerungsprognose zur Verfügung gestellt werden können.
- Nutzerfreundlich: Charakteristisch für das zugrundeliegende Werkzeug Instant Atlas® ist die gleichzeitige Anzeige der Indikatoren in Karte, Tabelle und Diagrammform(en) in unterschiedlichen Fenstern. Der Nutzer kann die für ihn kognitiv zugänglichste(n) Darstellungsform(en) auswählen. Zugleich wird der Indikator in seinem sachlichen, räumlichen und zeitlichen Bezug vernetzt dargestellt. So sieht der Nutzer sofort, wie sich der Indikatorwert im Vergleich zu anderen Kommunen einordnet (Fenster „Rangfolge“).
- Interaktiv aufgebaut: Die Anordnung und Inhalte der Fenster sowie deren gesamtes Erscheinungsbild kann individuell den Nutzerbedürfnissen angepasst werden. Durch eine Vielzahl von weiteren Wahl-

und Einstellungsmöglichkeiten lässt sich der Demografiemonitor in vielfacher Hinsicht an die individuellen Nutzerbedürfnisse anpassen.

- Modular ausbaufähig: Das Kernthema „Demografische Entwicklung“ kann mit weiteren Themenfeldern, welche die Rahmenbedingungen (z.B. Kommunale Haushaltslage) und die Folgen des demografischen Wandels beschreiben, ergänzt werden. Die Gemeinde- und Kreisstatistik mit ihren über 500 Merkmalen bildet den Rahmen für die Berechnung von Indikatoren zu anderen Themenfeldern (Im Tabellenfenster rechts oben ist in der zweiten Spalte für jede Gemeinde ein Link zur Kreis- und Gemeindestatistik eingebaut).

Der Demografiemonitor Sachsen wurde auf Grundlage eines Fachkonzepts innerhalb von sechs Monaten entwickelt und erfolgreich getestet. Am 10. November 2011 wurde er im Rahmen des Demografieauftritts der Sächsischen Staatsregierung frei geschaltet.

Wie lässt sich mit dem Demografiemonitor Sachsen arbeiten?

Mit dem Demografiemonitor Sachsen lässt sich weitgehend intuitiv und selbsterklärend arbeiten. Aufwändige Einweisungen und Schulungen erübrigen sich. Der Nutzer kann „direkt ins Wasser springen, ohne dabei unterzugehen“. Falls Hilfe benötigt wird, steht diese Online bereit (Schalter: Hilfe). Weitere Ausführungen sind deshalb an dieser Stelle nicht notwendig – versuchen Sie es einfach einmal!

Wie ordnet sich der Demografiemonitor Sachsen in das Informationsangebot der amtlichen Statistik ein?

Nach dem Marketingkonzept der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sind Datenbanken und andere interaktive Anwendungen fester Bestandteil des Produktangebots der amtlichen Statistik. Sie werden im Internet allen Interessenten unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Beispielhaft können hier genannt werden:

- Statistisches Informationssystem GENESIS-Online [10]
- Regionaldatenbank Deutschland [11] und
- Regionalatlas Deutschland. [12]

Die Nutzer können sich die Daten bzw. thematischen Karten, Tabellen und Grafiken in der von

Abb. 3 Startbildschirm Demografiemonitor Sachsen

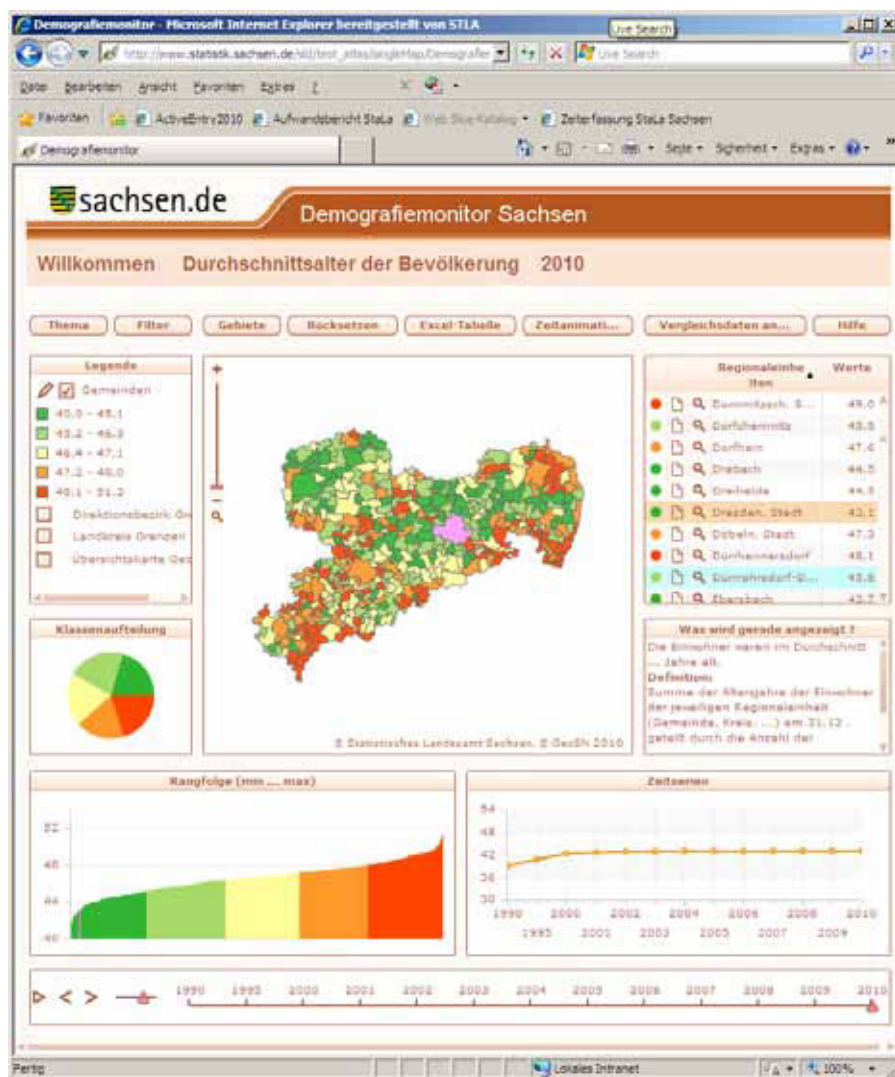
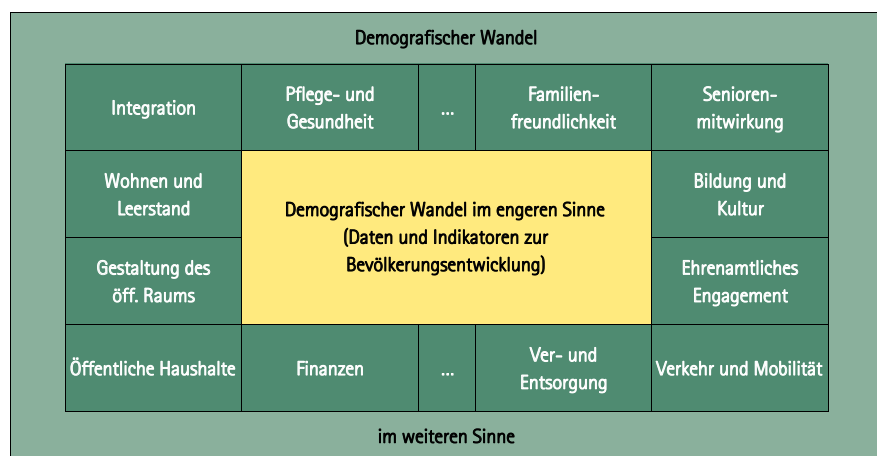


Abb. 4 Mögliche thematische Erweiterungen des Demografiemonitors (vorbehaltlich Datenverfügbarkeit)



Quelle: Sächsische Staatskanzlei: Den demografischen Wandel gestalten; Anregungen für die Praxis

ihnen benötigten sachlichen, zeitlichen und regionalen Differenzierung selbst zusammenstellen. GENESIS-Online und die Regionaldatenbank richten sich dabei schwerpunktmäßig an fachlich und technisch kompetente Nutzer, die aus einem sachlich und räumlich tief gegliederten Datenangebot auswählen möchten. Der Regionalatlas Deutschland als Gemeinschaftsprodukt der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der Demografiemonitor stellen demgegenüber „niedrigschwelligere“ Angebote dar, die von interessierten, aber nicht fachstatistisch und technisch geprägten Nutzern vergleichsweise leicht bedient werden können. Neben den unterschiedlichen systemtechnischen Grundlagen vom Regionalatlas Deutschland und Demografiemonitor Sachsen zeichnet sich letzterer durch einen noch höheren Grad an intuitiver und interaktiver Benutzerführung aus (vgl. Abb. 3). Zusammengefasst stellen beide Produkte ein neues webbasiertes Produktformat dar, das durch einen hohen Grad an Visualisierung und Interaktivität gekennzeichnet ist. Damit wird dem im Marketingkonzept genannten Grundsatz gefolgt, der besagt, dass die Statistischen Ämter die Zugangsschwellen zu diesen Produkten so niedrig wie möglich legen, indem allen Interessenten Anleitungen und Metadaten zur Verfügung gestellt werden und eine selbsterklärende Menüführung die Datenrecherche erleichtert. Der Demografiemonitor Sachsen betrachtet den demografischen Wandel im engeren Sinne auf Ebene der sächsischen Gemeinden und Landkreise. Eine Betrachtung der Entwicklung in Stadt- oder Gemeindeteilen findet nicht statt, da diese räumlichen Betrachtungsebenen traditionell in die Zuständigkeit der Städtestatistik fallen. Hierzu bietet z. B. der Stadtteilkatalog Dresden auch auf Grundlage von InstantAtlas® räumlich tiefer gegliederte Informationen zur Stadt Dresden an. Der Stadtteilkatalog bietet neben detaillierten Informationen zur Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Stadtteilen auch noch weitere Themenfelder an. [13]

Zusammenfassung und Ausblick

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass das Thema „Indikatorensysteme“ auf europäischer Ebene politisch an Bedeutung gewinnt. Die von der Statistik bereit gestellten Indikatoren bilden in zunehmendem Maße eine empirische Grundlage für politisch-administrative Entscheidungsprozesse („evidence-based policy“). Besonders deutlich wird dies bei der Umsetzung der Strategie „Europa 2020“.

Auch auf regionaler Ebene gewinnt das Thema „Indikatorensysteme“ durch das Zusammenspiel von politischen Schwerpunktthemen wie dem demografischen Wandel und nunmehr verfügbaren modernen visuellen und interaktiven IT-Werkzeugen wesentlich an Relevanz für die Nutzer. Mit dem „Demografiemonitor Sachsen“ stehen für alle sächsischen Gemeinden Fakten und Prognosen zum demografischen Wandel in einheitlicher und vergleichbarer Form für örtlich spezifische Auswertungen und Analysen bereit. Die Visualisierung von statistischen Ergebnissen und das einfache „Handling“ können neue Nutzergruppen, insbesondere auch in den jüngeren Jahrgängen, ansprechen. Dies sollte bei der Überarbeitung von Marketingstrategien der Statistischen Ämter stärker Beachtung finden.

Der Demografiemonitor Sachsen wurde positiv aufgenommen. Aus diesem Grund wird untersucht, inwieweit sich das Visualisierungs- und Analysewerkzeug InstantAtlas® auch für die Darstellung anderer Themen und Indikatoren genutzt werden kann, welche z. B. das Thema des demografischen Wandels im weiteren Sinne (einschließlich Rahmenbedingungen und Folgen) behandeln. Grundlage hierfür könnten z. B. die kommunalen Handlungsfelder zur Gestaltung des demografischen Wandels sein (s. Abb. 4).

Hans-Dieter Kretschmann, Dipl.-Verwaltungswissenschaftler, Abteilungsleiter Bevölkerung, Soziales, öffentliche Finanzen
Dr. Beatrice Mensch, Referatsleiterin Datenerhebung Bevölkerung, Soziales, öffentliche Finanzen
Thomas Reinisch, Mitarbeiter Referat Bevölkerung, Soziales, öffentliche Finanzen

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Kretschmann, H.-D. u. a.: Indikatorensysteme in der amtlichen Statistik – Bestandsaufnahme und zukünftige Herausforderungen. Teil 1: Bestandsaufnahme, in: Statistik in Sachsen, Jahrgang 16 – 2/2010, S. 31-40.
- [2] www.demografie.sachsen.de/monitor
- [3] Das ESP 2013-2017 wird in den nächsten Wochen in Kraft treten. Das jeweils gültige Programm ist zu finden unter: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/ess_eurostat/statistical_programmes.
- [4] http://ec.europa.eu/europe2020/index_en.htm
- [5] <http://www.hessen-nachhaltig.de>
- [6] Vgl. die Ergebnisse der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose für Sachsen: <http://www.statistik.sachsen.de/bevprog/>.
- [7] S. hierzu den Internetauftritt der Sächsischen Staatsregierung zum Thema: www.demografie.sachsen.de.
- [8] Der Beauftragte der Bundesregierung für die Neuen Länder: Daseinsvorsorge im demografischen Wandel zukunftsfähig gestalten, Erscheinungsdatum 13.10.2011, Download unter: http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2011/handlungskonzept_demografie.html?nn=1536546
- [9] Produktinformationen: <http://www.instantatlas.com/>
- [10] <http://www-genesis.destatis.de/genesis/online>
- [11] <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon>
- [12] <http://ims.destatis.de/indikatoren/>
- [13] <http://www.dresden.de/de/02/06/stadtteilkatalog.php>

Gewerbebezahlungen in Sachsen in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts – Struktur der Wirtschaft (Teil 3)

Vorbemerkungen¹⁾

Nachdem die Haushaltslisten der Volkszählung vom 3. Dezember 1849 erstmals vom Statistischen Bureau unter **Ernst Engel** im Hinblick auf die ausgeübten Berufe bzw. Gewerbe ausgewertet und die Ergebnisse 1854 veröffentlicht worden waren, wurde die für 1855 anstehende Volkszählung mit einem umfangreichen Frageprogramm versehen. Ziel sollte es sein, ein umfassendes Bild der Zustände im Königreich Sachsen zu zeichnen. [3, 4] Dem lagen zwei Prinzipien Ernst Engels zu Grunde, „Kenntniß ist Macht“ und „Das befruchtende Element der Statistik ist die Oeffentlichkeit“. [4] Er wollte unter tatkräftiger Mitwirkung der Bevölkerung selbst (Auskunftspflichtige) eine in „Maß und Zahl“ vorliegende Beschreibung der Zustände im Königreich Sachsen ermöglichen. Es ist bekannt, dass und warum **Ernst Engel** mit dieser Aufgabe in Sachsen scheiterte.²⁾ [3, S. 37 – 40] 1858 gab er deshalb seinen Posten als Leiter des Statistischen Bureaus auf.

In der Zeitschrift des Statistischen Bureaus erschien 1856 und 1857 eine dreiteilige Beitragsserie unter dem Titel „Beiträge zur Gewerbegeographie und Gewerbestatistik“. [5, 6, 7] Die Beiträge sind zwar nicht namentlich gezeichnet, es darf aber angenommen werden, dass der verantwortliche Redakteur, Referendar Dr. Engel, der Autor ist.

Die Grundlage für diese Ausführungen bildete nicht eine Statistik bzw. eine Erhebung, wie bei der Gewerbeauszählung von 1849, sondern es kamen mehrere Quellen zur Auswertung. Die wichtigste war das „Gewerbe- und Personalsteuer-Cataster“. Kenntnisse über die aufgestellten Maschinen z. B. lieferte die Landes-Brandversicherungsanstalt. [6, S. 31f.]

Berufs- und Gewerbebezahlungen

Die zweite Berufs- und Gewerbebezahlung in Sachsen erfolgte gemäß einem Beschluss

des Zollvereins mehr als zehn Jahre nach der ersten in Verbindung mit der Volkszählung vom 3. Dezember 1861 unter der Leitung von **Albert Weinlig**. Veröffentlicht wurden die Ergebnisse in der Zeitschrift des Statistischen Bureaus 1863. [8, 9] Daneben wurden auch Ergebnisse für das Handwerk [10] und die immer mehr an Bedeutung gewinnenden Fabriken [11] ermittelt und veröffentlicht.³⁾

Die dritte Berufs- und Gewerbebezahlung fand in Verbindung mit der Volkszählung vom 1. Dezember 1871 nunmehr unter der Leitung von **Theodor Petermann** statt. [12, 13] Die Auswertung beschränkte sich jedoch auf nur sieben (Berufs-)Gruppen.⁵⁾ Die Haushaltslisten für die Volkszählungen 1864 und 1867 enthielten durchaus die Spalte „Beschäftigung, Stand, Rang, Beruf oder Gewerbe, Nahrungszweig oder Erwerbsquelle“. [14, S. 41] Die aufwendige Auszählung im Sinne der Berufs- und Gewerbestatistik erfolgte jedoch bis dahin nur in größeren zeitlichen Abständen von rund zehn Jahren.

Das änderte sich nach der Gründung des Deutschen Reiches. Bereits mit der Volkszählung vom 1. Dezember 1875 war eine erneute, die vierte, Berufs- und Gewerbebezahlung verbunden, nunmehr unter der Leitung von **Victor Böhmert**. Die Auswertung erfolgte so ausführlich wie schon für 1849 und 1861. [15] Die fünfte Berufs- und Gewerbebezahlung in Sachsen war schließlich nicht mehr an eine Volkszählung gekoppelt. Sie fand am 5. Juni 1882 statt. Auch wechselte man damit von einem Wintertermin (Anfang Dezember) auf einen Sommertermin, was eine Reihe von Vorteilen brachte. Die Veröffentlichung der Ergebnisse erfolgte 1886. [16] Ab 1882 waren die Berufs- und Gewerbebezahlungen auch eine reichsstatistische Angelegenheit. Das heißt, sie wurden im gesamten Deutschen Reich durchgeführt.

Die sechste Berufs- und Gewerbebezahlung in Sachsen fand schließlich am 14. Juni 1895

unter der Leitung von **Arthur Geißler** statt. Die Auswertung in Form von Zeitschriftenaufsätzen war außerordentlich umfangreich und überstieg alles Vorhergewesene – und Nachfolgende. Der erste Beitrag erschien noch 1895 [17] und der letzte, der zweid-

1) Die ersten beiden Teile dieser Beitragsserie erschienen in Heft 4/2010 und 3/2011 dieser Zeitschrift. [1, 2]

2) Das vorgesehene Frageprogramm war zweifelsfrei sehr umfangreich. Dadurch hätten sich die Kosten für diese Volkszählung stark erhöht. Die Finanzierung der Volkszählungen musste damals jeweils von den Kammern bestätigt werden. In den politisch maßgebenden Kreisen, vor allem in der Zweiten Kammer, bestand einerseits ein großer Widerstand gegen das umfangreiche Frageprogramm selbst. (Man fühlte sich ausspioniert.) Andererseits war man nicht bereit, die erforderlichen finanziellen Mittel zu bewilligen. Hinzu kam die Persönlichkeit von Ernst Engel. Er war der festen Überzeugung, dass seine Anschauungen und Bestrebungen zum Ausbau der Statistik richtig, sinnvoll und notwendig waren. Gegenüber maßgebenden Persönlichkeiten, die seine Anschauungen nicht teilten, hat es ihm, um es einmal modern und vorsichtig zu formulieren, offensichtlich an dem nötigen Verhandlungsgeschick gefehlt, seine Ziele durchzusetzen. Als ihn der Landtag auch noch persönlich düpierte, indem man ihm die Erhöhung seines Einkommens verweigerte, während sie seinen Untergebenen zugestimmt wurde, kündigte er seinen Posten als Leiter des Statistischen Bureaus. Als Leiter des Preussischen Statistischen Bureaus konnte Ernst Engel ab 1860 seine herausragenden Fähigkeiten als Statistiker entfalten. Es gelang ihm auch, kostenverursachende zusätzliche Fragen in die verschiedenen vom Norddeutschen Bund bzw. dem Deutschen Reich angeordneten Zählungen für Preußen unterzubringen. Das mag aber auch daran gelegen haben, dass sich die politischen Verhältnisse im Preußen der 1870er und 1880er Jahre von denen in Sachsen der 1840er und 1850er Jahre unterschieden haben.

3) Die Autorenschaft der Beiträge zur Gewerbebezahlung 1861 lässt sich nicht genau aufklären. Albert Weinlig (1812 – 1873) dürfte mit einiger Sicherheit selbst Autor gewesen sein, wird er doch mit „Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Weinlig“ in jeder Doppelnummer der Zeitschrift erwähnt. Daneben kommt der damalige Bureauchef, Ministerialsekretär Theodor Petermann (1835 – 1913), in Frage, die einzige wissenschaftliche Kraft des Statistischen Bureaus, neben Weinlig als dem Oberleiter.

4) Die besondere Betonung der Veröffentlichung ist für Sachsen besonders wichtig, weil wir heute fast ausschließlich über die veröffentlichten Ergebnisse noch verfügen können. Was eventuell gemacht, jedoch nicht veröffentlicht worden ist, hat sich nicht erhalten. Archiv und Bibliothek des damaligen Statistischen Landesamtes sind – wie schon mehrfach in dieser Zeitschrift erwähnt – Totalverluste des Bombenangriffes auf Dresden vom Februar 1945.

5) Die Berufsbezahlung von 1871 erfolgte in Sachsen in strenger Anlehnung an die zentralen Vorgaben (Mindestumfang). Der Erhebungsumfang war gegenüber der Zählung von 1861 eingeschränkt. Während das Königl. Preussische Statistische Bureau unter Ernst Engel den Erhebungsumfang landesspezifisch erweitert hatte, wurde in Sachsen dafür offensichtlich kein Geld bewilligt (vgl. dazu [13, S. 51]).

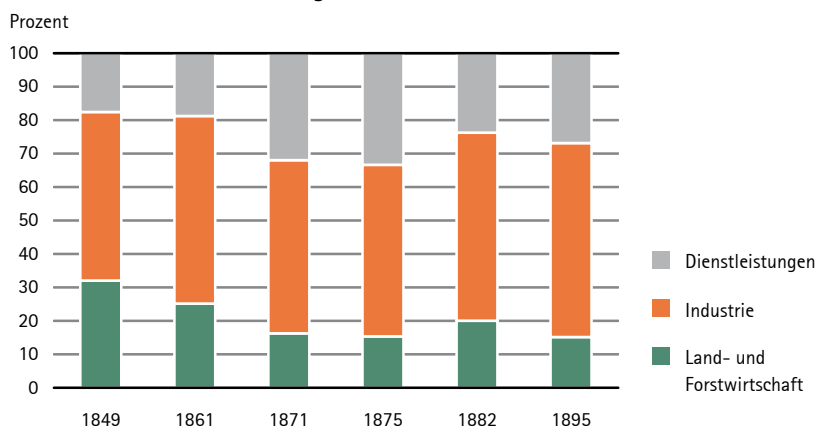
zwanzigste⁶⁾, nach fünf Jahren im Jahrgang 1900, indem die Ergebnisse Sachsens mit denen des Deutschen Reiches verglichen wurden. [18 bis 49] Ab Jahrgang 1901 musste man sich in der Zeitschrift mit der nächsten Volkszählung befassen. Diese ausführliche Auswertungs- und Publikationstätigkeit ist aber auch dadurch erst möglich geworden, dass das wissenschaftliche Personal des Statistischen Bureaus seit den 1880er Jahren entsprechend vermehrt wurde. An der Auswertung und Veröffentlichung der Zählung von 1895 waren neben dem Direktor selbst, Oberregierungsrat Dr. **Arthur Geißler**, die Spitzenbeamten des Statistischen Bureaus Ökonomierat (ab 1902 Regierungsrat) **Oskar Sieber**, die Assessoren Dr. **Georg Wächter** und Dr. **Georg Lommatzsch** sowie der wissenschaftliche Mitarbeiter (ab 1902 Assessor) Dr. **Konrad Ganzenmüller** und der wissenschaftliche Referent **Hans Fischer** (ab 1922 Mitglied und Regierungsrat) an der Auswertung und Veröffentlichung beteiligt, insgesamt sechs Wissenschaftler.⁷⁾

Veränderung der Wirtschaftsstruktur

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vollzogen sich gewaltige wirtschaftliche Umbrüche, gemeinhin als Industrialisierung bezeichnet. Es entwickelte sich aber nicht nur die Industrie im eigentlichen Sinne, sondern auch der Handel, das Verkehrswesen und andere Bereiche, die man im modernen Sprachgebrauch zum „Dienstleistungssektor“ zusammenfasst. Erwähnt seien zum Beispiel das Gesundheitswesen, der Bereich des Unterrichts oder auch die öffentliche Verwaltung selbst. Diese Entwicklung vollzog sich vor dem Hintergrund einer ständig steigenden Bevölkerungszahl. Von der Mitte bis zum Ende des 19. Jahrhunderts hat sich die Bevölkerung Sachsens mehr als verdoppelt. Sie stieg um 122 Prozent von 1 894 131 im Jahr 1849 auf 4 202 216 im Jahr 1900. Die durchschnittliche Lebenserwartung stieg zwischen 1871/1881 und 1891/1900 um rund fünf Jahre, sowohl bei den Männern als auch Frauen. Am Ende des Jahrhunderts hatten neugeborene Männer eine mittlere Lebenserwartung von rund 40 Jahren, Frauen von knapp 44 Jahren. [50]

Mitte des 19. Jahrhunderts (1849) war Sachsen ein Industrie-Agrarland. Knapp ein Drittel der Bevölkerung entfiel auf die Land- und Forstwirtschaft und die Hälfte auf die Industrie (vgl. Abb. 1 und [2, Tab. 1]). Es kann angenommen werden, dass die Land- und Forstwirtschaft in dieser Zählung etwas überrepräsentiert ist, da nach V. Böhmert [15, S. 180] fast alle Tagelöhner und Dienstboten auf dem Lande pauschal der Landwirtschaft

Abb. 1 Wirtschaftsstruktur im Königreich Sachsen 1849, 1861, 1871, 1875, 1882 und 1895 (Bevölkerung nach Sektoren in Prozent)



Datenquellen: [8, 9, 13, 15, 16, 19, 55]

Anmerkung: Die Daten wurden den Originalauswertungen entnommen. Da sich die jeweils zugrunde liegenden Klassifikationen der Wirtschaft geändert haben, handelt es sich um keine echte Zeitreihendarstellung. Eine Vereinheitlichung der Wirtschaftszweignuordnungen ist nicht mehr möglich.

zugeordnet wurden. In späteren Zählungen wurde das stärker differenziert.

Ende des 19. Jahrhunderts entfielen nur noch 15 Prozent⁸⁾ der Bevölkerung auf die Land- und Forstwirtschaft, rund 58 Prozent auf die Industrie und rund 27 Prozent auf den Dienstleistungsbereich. Sachsen hatte sich somit zum Industrie-Dienstleistungs-Land hin entwickelt. Abbildung 1 zeigt die sektorale Wirtschaftsstruktur für die Jahre mit Berufs-, Gewerbe- und Volkszählungen. Trotz der eingeschränkten Vergleichbarkeit werden insgesamt die w. o. beschriebenen Strukturverschiebungen deutlich.

Land- und Forstwirtschaft

Um die Entwicklung der Bevölkerung in der Land- und Forstwirtschaft zu beurteilen, sind die Originalergebnisse der Zählungen nur bedingt oder nicht geeignet. [55, 8, 9] Hier wirkten sich methodische Veränderungen und organisatorische Gegebenheiten der damaligen Zeit stark aus. Die Entwicklung der Zahl der Bevölkerung in der Land- und Forstwirtschaft von 1849 bis 1875 zeigt Tabelle 1. Die Zahlen für 1849 und 1861 wurden von V. Böhmert an die Methodik der Zählung von 1875 angepasst. [15] In diesem Vierteljahrhundert sank die Zahl der Bevölkerung in der Land- und Forstwirtschaft um rund ein Drittel – bei insgesamt steigender Bevölkerungszahl! Eine der Ursachen für diese Entwicklung ist die Einführung der Gewerbefreiheit in Sachsen im Jahr 1861. Damit war es juristisch überhaupt erst möglich, ein Gewerbe ohne Zunftzwänge und Ähnliches zu eröffnen. Der zweite Ursachenkomplex ist die Modernisierung in der Landwirtschaft selbst, also der Einsatz von Maschinen, Kunstdüngern und ertragsfähigeren Sorten bzw. leistungsfähigeren Tierrassen u. a. m. Dadurch

konnte mit weniger Personal eine wachsende Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und eine wachsende Industrie mit Rohstoffen versorgt werden. Der dritte Ursachekomplex bildet die Entwicklung der Industrie, des Handels und Verkehrswesens, wo ehemals agrarisch Beschäftigte Verdienstmöglichkeiten fanden. Die Entwicklung der Bevölkerung in der Land- und Forstwirtschaft von 1882 zu 1895 zeigt Tabelle 2. Für einen genauen Vergleich von 1875 zu 1882 liegen keine (zeitgenössischen, methodisch vergleichbaren) Daten vor. Das Zählungsergebnis von 1882 liegt mit 414 696 Personen leicht über dem Zählungsergebnis von 1875 mit 411 530 Personen. Grob kann jedoch angenommen werden, dass sich die (methodisch vergleichbare) Zahl in diesem Zeitraum von sieben Jahren vermutlich weiter verringert hat. 1895 lag die Zahl der Bevölkerung in der Land- und Forstwirtschaft zwar um 6,6 Prozent über dem Wert von 1882, die Zahl derjenigen, die die Land- und Forstwirtschaft im Hauptberuf ausübten, war dagegen um 0,7 Prozent zurückgegangen. Der Zuwachs kam durch den landwirtschaftlichen Nebenerwerb zu Stande.

In der Gewerbe- und Volkszählung von 1895 wurden in der Land- und Forstwirtschaft 290 971 Erwerbstätige gezählt, dazu kamen 6 134 Dienende für häusliche Dienste und 268 194 Angehörige ohne Hauptberuf, zusammen 565 299 Personen. Das heißt, reichlich die Hälfte (51,5 Prozent) waren hier Erwerbstätige.

6) Ins Literaturverzeichnis wurden alle Aufsätze und Nachträge einzeln aufgenommen, da es sich doch um vergleichsweise „entlegene“ Literaturstellen handelt.

7) Die vier Spitzenbeamten des Statistischen Bureaus neben dem Direktor führten die Dienstbezeichnung Assessor, später Mitglied.

8) Nach V. Böhmert [15, S. 180] entspricht diese niedrige Zahl nicht der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft, da die Landwirtschaft im Nebenerwerb in diesen Zählungen unberücksichtigt bleibe.

ge. Die Zahl der Personen, die die Land- oder Forstwirtschaft bzw. Fischerei im Nebenerwerb betrieben, lag bei 151 149. Jeweils rund 23 Prozent davon übten diesen Nebenerwerb als Selbstständige bzw. als Unselbstständige aus. Somit hatte reichlich die Hälfte der agrarischen Nebenerwerbspersonen keinen anderen Haupterwerb, waren also Angehörige ohne Hauptberuf. Nach dem Geschlecht waren 55 Prozent der Nebenerwerbslandwirte Frauen, und zwar der größte Teil von ihnen Angehörige ohne Hauptberuf.

Auf die Landwirtschaft, Gärtnerei und Tierzucht entfielen 1895 mehr als 97 Prozent der Erwerbstätigen dieses Sektors, auf die Forstwirtschaft 2,6 Prozent und ein ganz geringer Anteil von weit unter einem Prozent (149 Personen) auf die Binnenfischerei. (Seefischerei wurde in Sachsen nicht betrieben.)

Industrie

Entwicklung

Die der Industrie zugeordnete Bevölkerung (Erwerbstätige und Angehörige) Sachsens lag 1849 bei knapp 950 000. Am Ende des Jahrhunderts (1895) waren es nicht ganz 2,2 Millionen Personen und damit mehr als doppelt soviel (+130 Prozent). [18] Rechnet man die Angehörigen heraus, so waren es 1849 rund 435 000 Erwerbstätige (Selbsttätige und Familienhäupter) [55; 2, Tab. 2] und 1895 knapp 960 000. Damit hat sich deren Zahl innerhalb eines halben Jahrhunderts ebenfalls mehr als verdoppelt (+120 Prozent). Die Bevölkerung hat sich im Vergleich dazu nur knapp verdoppelt (+98 Prozent). Die Zahl der Erwerbstätigen in der Industrie hatte 1895 eine Größenordnung, die der Gesamtzahl der Erwerbstätigen des Jahres 1849 entspricht (rund 936 000).

1895 entfielen auf den Industriesektor 58 Prozent der Bevölkerung, acht Prozentpunkte mehr als 1849 (vgl. Abb. 1). Die Entwicklungen für die einzelnen Berufszählungen zeigen die Tabellen 3 und 4.

Geschlecht

Der Frauenanteil bei den Erwerbstätigen in der Industrie (Selbsttätige und Familienhäupter) lag 1849 bei rund einem Viertel (25,8 Prozent) und damit unter dem Frauenanteil an den Erwerbstätigen insgesamt von reichlich einem Drittel (33,7 Prozent). [2, Tab. 4] Für 1895 gilt, dass der Frauenanteil an den Erwerbstätigen (im Hauptberuf) insgesamt bei 30,8 Prozent lag. (Dies als Rückgang im Vergleich zur Zählung von 1849 zu werten, wäre sicherlich nicht korrekt. Hier mögen die methodischen und organisatorischen Abweichungen eine große

Tab. 1 Entwicklung der Bevölkerung der Land- und Forstwirtschaft 1849, 1861 und 1875

Jahr	Bevölkerung ¹⁾			Veränderung zum Vorzeitraum in %		
	insgesamt	Selbsttätige	Angehörige ohne Erwerb	insgesamt	Selbsttätige	Angehörige ohne Erwerb
1849	610 814	320 739	290 075	x	x	x
1861	559 013	302 283	256 730	-8,5	-5,8	-11,5
1875	411 530	206 018	205 512	-26,4	-31,8	-20,0

Datenquelle: [15, Tabelle S. 180/181]

1) Angaben für 1849 und 1861 methodisch vergleichbar mit 1875. Daten weichen von anderen Veröffentlichungen ab.

Tab. 2 Entwicklung der Bevölkerung der Land- und Forstwirtschaft 1882 und 1895

Merkmal	Bevölkerung					
	insgesamt	und zwar				
		als Hauptberuf	als Nebenberuf	Selbsttätige ¹⁾	Hauspersonal ²⁾	Angehörige ohne Beruf
1882	414 696	292 888	121 808	292 888	7 820	301 670
1895	442 120	290 971	151 149	290 971	6 134	268 194
Veränderung in %	6,6	-0,7	24,1	-0,7	-21,6	-11,1

Datenquelle: [24, S. 189]

1) Besitzer, selbstständig leitende Beamte, Wirtschaftsbeamte, Verwalter, Inspektoren, Aufsichts- und Büropersonal, tätige Familienangehörige, Knechte, Mägde, Tagelöhner

2) im Original: Dienende für häusliche Zwecke

Rolle spielen.) Ein exakter Vergleich liegt jedoch mit der Berufszählung von 1882 vor. Demzufolge lag damals der Frauenanteil insgesamt vergleichbar bei 29,1 Prozent. Er hat sich somit innerhalb von reichlich 12 Jahren um zwei Prozentpunkte erhöht. [18] Der Frauenanteil bei den Erwerbstätigen in der Industrie lag jedoch auch 1895 mit 26,5 Prozent unter dem sächsischen Durchschnittswert. Da in Sachsen die Textilindustrie sowie die Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe mit ihrer hohen Frauenbeschäftigung eine besonders große Rolle spielen, lag der Frauenanteil an den Erwerbstätigen in der Industrie 1895 im Königreich Sachsen aber immer noch höher als in anderen deutschen Staaten. [18, S. 40]

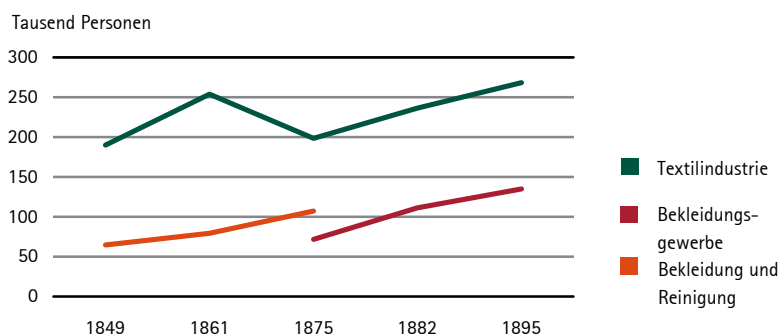
Regionale Verteilung

Die Analyse über den gesamten Zeitraum hinweg ist nicht möglich, da sich die Verwaltungsgliederung zwischenzeitlich geändert hat (vgl. dazu [56]). Ein Vergleich ist nur ab der Berufszählung von 1871 möglich, sie wurde auch nach den seit 1873/74 geltenden neuen Verwaltungsbezirken (Amts- und Kreishauptmannschaften) aufbereitet. [13] – Aus Platzgründen kann die regionale Betrachtung nicht im Rahmen dieses Beitrages erfolgen.

Industriezweige

Die einzelnen Industriezweige nahmen unterschiedliche Entwicklungen. Der Basiseffekt bedingt, dass einige Industriezweige, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts erst

Abb. 2 Selbsttätige (Erwerbstätige)¹⁾ in der Textilindustrie des Königreiches Sachsen 1849, 1861, 1875, 1882 und 1895



1) einschließlich Familienhäupter

Datenquellen: 1849 bis 1875: [15]; 1875 bis 1895: [53]

Tab. 3 Bevölkerung des Königreiches Sachsen 1849, 1861 und 1875 nach Berufs- und Erwerbsklassen

Nr.	Stand, Beruf oder Gewerbe	1849			1861			1875		
		Bevölkerung			Bevölkerung			Bevölkerung		
		männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.
I.	Kunst- und Handelsgärtnerei	2 567	2 221	4 788	3 227	2 492	5 719	5 173	4 048	9 221
II.	Fischerei	268	219	487	228	208	436	267	249	516
XXII.	Land- und Forstwirtschaft	288 582	317 444	606 026	268 493	284 801	553 294	195 277	216 253	411 530
	Summe Land- und Forstwirtschaft	291 417	319 884	611 301	271 948	287 501	559 449	200 717	220 550	421 267
III.	Bergbau und Hüttenwesen	29 616	22 139	51 755	42 766	31 356	74 122	49 206	43 130	92 336
IV.	Industrie der Steine und Erden	7 442	6 080	13 522	13 341	10 241	23 582	24 427	19 947	44 374
V.	Metallverarbeitung	22 469	15 492	37 961	32 087	20 990	53 077	53 148	33 950	87 098
VI.	Industrie der Maschinen, Werkzeuge, Instrumente, Apparate	11 022	8 269	19 291	20 117	14 735	34 852	24 679	19 119	43 798
VII.	Chemische Industrie	1 194	882	2 076	1 845	1 471	3 316	2 504	2 041	4 545
VIII.	Industrie der Heiz- und Leuchtstoffe, Fette, Öle	1 129	1 057	2 186	1 522	1 185	2 707	2 165	1 984	4 149
IX.	Textilindustrie	178 182	200 901	379 083	214 427	245 563	459 990	202 067	231 356	433 423
X.	Papier- und Lederindustrie	8 776	6 261	15 037	12 633	10 462	23 095	19 413	15 755	35 168
XI.	Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	25 150	19 540	44 690	34 001	30 033	64 034	53 077	40 276	93 353
XII.	Nahrungs- und Genußmittelindustrie	37 010	25 936	62 946	44 777	32 038	76 815	55 845	45 176	101 021
XIII.	Bekleidung und Reinigung	62 651	67 501	130 152	67 102	84 096	151 198	84 584	118 300	202 884
XIV.	Baugewerbe	55 547	45 717	101 264	74 157	55 764	129 921	117 924	91 292	209 216
XV.	Polygrafische Gewerbe	2 890	1 931	4 821	4 469	2 764	7 233	8 864	5 998	14 862
XVI.	Künstlerische Betriebe für gewerbliche Zwecke	528	435	963	-	-	-	2 552	1 657	4 209
XX.	Fabrikanten und Fabrikhilfspers. o. n. B.	5 773	8 056	13 829	7 499	13 493	20 992	19 026	26 979	46 005
XXI.	Gewerbsgehilfen und Arbeiter o. n. B.	33 607	36 103	69 710	67 090	64 609	131 699	138 160	137 089	275 249
	Summe Industrie	482 986	466 300	949 286	637 833	618 800	1 256 633	857 641	834 049	1 691 690
XVII.	Handelsgewerbe	31 227	29 118	60 345	45 106	43 291	88 397	77 149	75 169	152 318
XVIII.	Verkehrsgewerbe	14 833	12 732	27 565	25 662	22 314	47 976	53 690	47 461	101 151
XVIX.	Beherbergung und Erquickung	10 429	11 957	22 386	12 731	16 609	29 340	21 639	28 569	50 208
	Summe Handel und Verkehr	56 489	53 807	110 296	83 499	82 214	165 713	152 478	151 199	303 677
XXIII.	Hofbeamte	534	617	1 151	617	753	1 370	588	655	1 243
XXIV.	Justiz-, Verwaltungs- und Gemeindebeamte	12 549	12 354	24 903	16 164	15 818	31 982	20 456	20 282	40 738
XXV.	Medizin- und Heilwesen	2 394	3 640	6 034	2 651	4 230	6 881	2 559	4 729	7 288
XXVI.	Cultus	3 517	4 421	7 938	3 027	4 210	7 237	3 172	4 364	7 536
XXVII.	Unterricht	11 687	7 173	18 860	14 193	9 419	23 612	23 703	13 997	37 700
XXVIII.	Wissenschaften	413	289	702	378	342	720	633	552	1 185
XXIX.	Künstler	3 614	2 417	6 031	4 418	3 187	7 605	4 210	3 553	7 763
XXX.	Oeffentliche Schaustellungen	-	-	-	-	-	-	245	256	501
XXXI.	Schreibereibeflissene	2 473	1 022	3 495	2 988	956	3 944	4 299	1 480	5 779
XXXII.	Militär	15 283	1 415	16 698	9 674	2 152	11 826	23 971	2 609	26 580
XXXIII.	Persönliche Dienstleistungen	5 649	36 853	42 502	6 880	49 520	56 400	8 919	67 674	76 593
XXXIV.	Personen ohne Gewerbe oder Beruf	34 259	60 975	95 234	34 663	57 205	91 868	48 718	82 328	131 046
	Summe Sonstige Dienstleistungen	92 372	131 176	223 548	95 653	147 792	243 445	141 473	202 479	343 952
	Insgesamt	923 264	971 167	1 894 431	1 088 933	1 136 307	2 225 240	1 352 309	1 408 277	2 760 586

Anmerkung: o. n. B. = ohne nähere Bezeichnung

Datenquelle: [15]

eine vergleichsweise geringe Rolle gespielt haben, ihre Erwerbstätigenzahlen bis Ende des 19. Jahrhunderts verdoppelt, verdreifacht oder in höherem Maße vervielfacht haben. Andere Zweige verzeichneten dagegen nur eine insgesamt geringere Erhöhung (vgl. auch Abb. 2)⁹⁾. In der Textilindustrie und im Bergbau haben sich die Erwerbstä-

9) Die auch nur annähernd genaue Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen in den Industriezweigen von 1849 bis 1895 aufgrund des ausschließlich in der Zeitschrift überlieferten (aggregierten) Datenmaterials wäre eine gesonderte wissenschaftliche Aufgabenstellung, deren Ergebnis hier völlig offen bleiben muss. Im Jahr 1879 hat V. Böhmert eine Rückrechnung für die Jahre 1861 und 1849 veröffentlicht. [15] Die nächste diesbezügliche Rückrechnung erfolgte durch K. Bormann im Jahr 1915 auf der Grundlage der Zählung von 1907 für die Jahre 1882 und 1895. [51] Und schließlich veröffentlicht A. Pfütze im Jahr 1921 Ergebnisse der Arbeiterzählungen von

1910 und 1920 mit vergleichenden Rückrechnungen bis 1882. [52] Da ab den Zählungen von 1875 und 1882 jeweils größere Veränderungen in der Systematik der Wirtschaftszweige, insbesondere auch der Industriezweige, eingetreten waren, wurde schon damals auf Rückrechnungen verzichtet, da Vergleiche nicht hinreichend genau anzustellen waren. In diesem Beitrag werden für die Beurteilung der Erwerbstätigenzahlen über den gesamten Beobachtungszeitraum in ausgewählten Industriezweigen deshalb nur Zahlen in ganz grober Näherung verwendet.

Tab. 4 Gewerbetätige Personen des Königreiches Sachsen 1875, 1882 und 1895 nach ausgewählten Berufs- und Erwerbsklassen¹⁾

Nr.	Gewerbebezug	1875		1882		1895		Veränderung d. Personen in %		1875	1882	1895
		Betriebe	Personen	Betriebe	Personen	Betriebe	Personen	1882 zu 1875	1895 zu 1882	Anteil der Personen in %		
III.	Bergbau, Salinenwesen und Torfgräberei	317	26 264	272	28 674	181	28 044	9,2	-2,2	4,1	3,6	2,4
IV.	Industrie der Steine und Erden	2 954	23 890	3 310	28 688	4 122	54 905	20,1	91,4	3,7	3,6	4,8
V.	Eisen- und Metallgewinnung	146	8 833	156	8 836	215	15 781	0,0	78,6	1,4	1,1	1,4
VI.	Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren	9 455	25 204	11 198	28 011	11 705	44 191	11,1	57,8	3,9	3,5	3,8
VII.	Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau	1 291	19 338	1 720	26 483	1 743	47 236	36,9	78,4	3,0	3,3	4,1
VIII.	Elektrotechnische Industrie. Feinmechanik und Optik	1 156	2 466	1 489	3 002	2 492	8 446	21,7	181,3	0,4	0,4	0,7
IX.	Chemische Industrie	701	4 315	899	5 052	924	8 207	17,1	62,5	0,7	0,6	0,7
X.	Textilindustrie	84 023	203 484	122 599	236 276	85 441	268 212	16,1	13,5	31,7	29,8	23,3
XI.	Papierindustrie und Vervielfältigungsgewerbe	2 217	20 942	2 923	30 228	4 231	52 565	44,3	73,9	3,3	3,8	4,6
XII.	Lederindustrie und Linoleumindustrie	2 665	6 358	2 961	7 251	2 936	8 200	14,0	13,1	1,0	0,9	0,7
XIII.	Kautschukindustrie	11	213	20	340	36	1 075	59,6	216,2	0,0	0,0	0,1
XIV.	Holz- und Schnitzstoffgewerbe	17 427	36 090	22 072	42 536	21 129	55 749	17,9	31,1	5,6	5,4	4,8
XV.	Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie	3 033	7 823	4 490	10 793	4 914	15 081	38,0	39,7	1,2	1,4	1,3
XVI.	Nahrungs- und Genussmittelindustrie	17 206	48 983	21 695	54 262	26 608	85 662	10,8	57,9	7,6	6,9	7,4
XVII.	Bekleidungsgewerbe	42 038	71 675	74 930	111 337	79 783	134 842	55,3	21,1	11,2	14,1	11,7
XVIII.	Baugewerbe (einschl. Baunebengewerbe)	7 071	42 839	9 739	52 753	13 078	107 016	23,1	102,9	6,7	6,7	9,3
XIX.	Wasser-, Gas- und Elektrizitäts-gewinnung und -versorgung	53	1 061	74	1 123	101	2 005	5,8	78,5	0,2	0,1	0,2
B.	Industrie und Handwerk²⁾	191 764	549 778	280 547	675 609	259 639	937 217	22,9	38,7	85,8	85,3	81,5
XX.	Handelsgewerbe	41 821	58 422	47 858	68 644	72 156	127 153	17,5	85,2	9,1	8,7	11,1
XXI.	Versicherungswesen	-	-	2 534	1 049	2 390	1 855	x	76,8	x	0,1	0,2
XXII.	Verkehrsgewerbe (o. Post und Eisenbahn)	4 378	8 805	5 069	10 982	6 092	15 239	24,7	38,8	1,4	1,4	1,3
XXIII.	Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe	12 690	18 070	17 392	25 929	21 282	51 053	43,5	96,9	2,8	3,3	4,4
C.	Handel und Verkehr	58 889	85 297	72 853	106 604	101 920	195 300	25,0	83,2	13,3	13,5	17,0
XXVI.	Gesundheitswesen und hygienische Gewerbe	1 398	2 731	3 395	5 112	4 253	8 219	87,2	60,8	0,4	0,6	0,7
Insgesamt³⁾		253 586	640 924	358 462	791 722	368 612	1 150 175	23,5	45,3	100	100	100

1) Datenquelle: [53] Die Angaben aus den einzelnen Zählungen wurden von A. Zahn vergleichbar gemacht. Das heißt im modernen Sprachgebrauch, es erfolgten Rückrechnungen im Hinblick auf die Gewerbesystematik der Zählung von 1925. Dabei konnten gewisse Schätzungen nicht vermieden werden.

2) Rechnerische Differenzen 1882 (Personen) sind nicht aufklärbar.

3) Rechnerische Differenzen zwischen den veröffentlichten Gesamtzahlen und der Summierung in der Tabelle entfällt auf die Gewerbebezüge I. (Kunst- und Handelsgärtnerei) und II. (Tierzucht und Fischerei), die zum Sektor Land- und Forstwirtschaft gezählt werden.

tigenzahlen ungefähr um die Hälfte erhöht, im Bekleidungsgewerbe ist eine Verdoppelung anzusetzen. Verdreifachungen sind in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie sowie im Baugewerbe zu beobachten. Noch höhere Steigerungsraten gelten für die Industrie der Steine und Erden, Eisen- und Metallgewinnung sowie der Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren, die Papier- und Lederindustrie (einschließlich Vervielfältigungsgewerbe) sowie die Chemische Industrie. Für andere Industriezweige sind keine Aussagen möglich, da es zu starke Veränderungen in der Wirtschaftssystematik gegeben hat. Grundsätzlich ist bei den hier angegebenen Entwicklungen zu beachten, dass sich die Produktionen innerhalb eines halben Jahrhunderts beträchtlich verändert haben.

Betriebsformen, Betriebsarten und Betriebsgrößen

Bei den Industriebetrieben ist zwischen Betrieben zu unterscheiden, wo der Betreiber nur selbst arbeitet, ggf. unterstützt durch Familienangehörige, und Betrieben, wo neben dem Betreiber weiteres Personal arbeitet (Gesellen, Gehilfen, Arbeiter, Leitungspersonal, Beamte u. a.). Erstere bezeichnete man als Alleinbetriebe (im modernen Sprachgebrauch wären das Ein-Mann-Unternehmen), letztere mit wechselnden Namen als Gehilfen-, Gesellen- oder Fabrikbetriebe. Diese Gliederung wird im Folgenden als „Betriebsform“ bezeichnet. Für die Betriebsform war auch maßgebend, ob Motoren, d. h. Dampfkraft, verwendet wurden. Motorenbetriebe zählten zu den Gehilfenbetrieben. [26, S. 80]

Ein weiteres Gliederungskriterium bildet die Art der Betriebsausübung, das heißt, findet sie in der Wohnung des Betreibers statt oder

in besonderen Räumen, die von der Wohnung abgetrennt sind. Während für den zweiten Fall kein besonderer Name üblich ist – es ist eben der „Normalfall“ –, spricht man im ersten Fall von Hausindustrie.

Die Betriebsgröße nach der Zahl der tätigen Personen bedarf keiner besonderen Erläuterung.

Eine durchgängige Betrachtung der sächsischen Industrie nach der **Betriebsform** ab 1849 ist aufgrund der Datenlage nicht möglich. Die Zählungen von 1849, 1861 und 1875 waren ihrer Anlage nach Berufszählungen, d. h. es wurden nicht die Gewerbeeinrichtungen (Etablissements) erfasst. Erst für 1882 und 1895 liegen entsprechende, weitgehend vergleichbare Ergebnisse vor. In der Industrie (einschließlich Bergbau und Baugewerbe) wurden 1882 insgesamt 283 511 Betriebe gezählt. 1895 waren es 263 453. Rein rechnerisch war das ein Rückgang um 7,1 Pro-

Tab. 5 Betriebe und beschäftigte Personen in der Industrie des Königreiches Sachsen 1895¹⁾ nach Gewerbegruppen und Betriebsgröße

Nr.	Gewerbegruppe	Hauptbetriebe						
		insgesamt	Kleinbetriebe		mittlere Betriebe		Großbetriebe	
			mit von ... bis ... Personen					
			1	2 – 5	6 – 10	11 – 50	51 – 200	über 200
Betriebe								
III.	Bergbau und Hüttenbetrieb, Torfgräberei	191	13	24	27	-	3	-
IV.	Industrie der Steine und Erden	3 580	605	1 175	612	1 010	158	20
V.	Metallverarbeitung	11 127	3 809	6 036	672	473	119	18
VI.	Industrie der Maschinen, Instrument und Apparate	9 619	5 290	3 060	406	607	210	43
VII.	Chemische Industrie	801	241	346	99	89	25	1
VIII.	Industrie der forstwirtschaftlichen Nebenprodukte	582	157	242	88	85	8	2
IX.	Textilindustrie	72 965	56 817	11 978	1 478	1 864	671	157
X.	Papierindustrie	2 369	638	848	334	421	108	20
XI.	Lederindustrie	3 826	1 742	1 800	165	90	26	3
XII.	Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	17 768	9 839	6 347	883	608	83	8
XIII.	Nahrungs- und Genußmittelindustrie	23 497	7 329	14 071	1 456	522	104	15
XIV.	Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe	75 620	59 436	14 073	1 276	695	125	15
XV.	Baugewerbe (einschl. Baunebengewerbe)	11 692	4 941	3 785	1 042	1 451	440	33
XVI.	Polygraphisches Gewerbe	1 690	480	569	253	306	69	13
XVII.	Künstlerisches Gewerbe	1 126	765	230	83	46	2	-
B.	Industrie	236 453	152 102	64 584	8 874	8 267	2 151	348
Personen in den Hauptbetrieben								
III.	Bergbau und Hüttenbetrieb, Torfgräberei	32 348	13	64	214	1 404	2 368	28 285
IV.	Industrie der Steine und Erden	53 405	605	3 754	4 644	22 819	13 756	7 827
V.	Metallverarbeitung	53 683	3 809	16 959	4 919	10 348	10 653	6 995
VI.	Industrie der Maschinen, Instrument und Apparate	72 304	5 290	8 219	3 061	13 912	19 869	21 953
VII.	Chemische Industrie	6 919	241	1 075	735	2 160	2 360	345
VIII.	Industrie der forstwirtschaftlichen Nebenprodukte	4 815	157	705	688	1 763	836	666
IX.	Textilindustrie	267 441	56 817	32 111	11 162	42 686	63 164	61 501
X.	Papierindustrie	31 211	638	2 666	2 577	9 035	10 207	6 088
XI.	Lederindustrie	12 772	1 742	4 973	1 198	1 920	2 153	786
XII.	Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	56 212	9 839	17 786	6 504	12 345	7 437	2 301
XIII.	Nahrungs- und Genußmittelindustrie	85 417	7 329	43 298	10 319	10 541	9 492	4 438
XIV.	Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe	137 269	59 436	37 771	9 325	14 088	11 463	51 463
XV.	Baugewerbe (einschl. Baunebengewerbe)	106 585	4 941	11 411	7 796	33 817	39 314	9 306
XVI.	Polygraphisches Gewerbe	21 677	480	1 775	1 934	6 913	6 336	4 239
XVII.	Künstlerisches Gewerbe	3 075	765	746	614	829	121	-
B.	Industrie	945 133	152 102	183 313	65 690	184 580	199 529	206 193

1) Datenquelle: [49]

zent. Rückläufig war ebenfalls die Zahl der Hauptbetriebe, und zwar von 257 293 auf 236 453. Das entspricht einem Rückgang um 8,1 Prozent. Erhöht hat sich dagegen die Zahl der Nebenbetriebe von 26 218 auf 27 078. 1882 gab es 175 264 Alleinbetriebe, das waren 68 Prozent aller Industriebetriebe. 1895 hatte sich die Zahl der Alleinbetriebe um 16,2 Prozent auf 146 788 Betriebe verringert. Ihr Anteil betrug noch 62 Prozent und lag somit sechs Prozentpunkte niedriger als 1882. Das heißt im Gegenzug, der Anteil der Gehilfen-

und Motorenbetriebe hat sich von 32 Prozent 1882 auf 38 Prozent 1895 erhöht. Die Zahl der Industriebeschäftigten in den Hauptbetrieben stieg von 681 509 im Jahr 1882 auf 945 133 im Jahr 1895 und damit um 38,7 Prozent. Hier wirkten sich jedoch auch methodische und organisatorische Veränderungen aus. 1895 wurde kurz formuliert „genauer“ gezählt. Als Betriebsgrößenklassen wurden Kleinbetriebe, mittlere Betriebe und Großbetriebe unterschieden. Kleinbetriebe waren die Al-

leinbetriebe und die Gehilfenbetriebe mit zwei bis fünf Personen, mittlere Betriebe hatten zwischen sechs und 50 Personen und Großbetriebe mehr als 50 Personen. Demnach waren 1895 knapp 92 Prozent aller Industriebetriebe Kleinbetriebe, gut sieben Prozent mittlere Betriebe und lediglich reichlich ein Prozent Großbetriebe. Von den Beschäftigten entfielen allerdings nur gut 35 Prozent auf die Kleinbetriebe, gut 26 Prozent auf die mittleren und immerhin knapp 41 Prozent auf die Großbetriebe. Zwischen den Indust-

Tab. 6 Bevölkerung des Königreiches Sachsen 1861 nach Berufs- und Erwerbsklassen sowie Tätigkeit und Abhängigkeit

Nr.	Sektion	Bevölkerung insgesamt	Selbsttätige		Angehörige ohne angegebenen eigenen Erwerb	
			absolut	Anteil an der Bevölkerung	absolut	Anteil an der Bevölkerung
			Anzahl	%	Anzahl	%
I.	Land- und Forstwirtschaft	559 013	302 283	54,1	256 730	45,9
II.	Industrie	1 248 677	597 112	47,8	651 565	52,2
III.	Handels- und Verkehrsgewerbe	172 946	69 301	40,1	103 645	59,9
IV.	Wissenschaftliche, künstlerische und damit zusammenhängende Berufsarten; Militär; Hof- und Privatbeamte	152 736	95 693	62,7	57 043	37,3
V.	Personen ohne Gewerbe, Beruf und Berufsangabe	91 868	64 597	70,3	27 271	29,7
	Insgesamt	2 225 240	1 128 986	50,7	1 096 254	49,3

Datenquelle: [8] und [9]

riezweigen gab es große Unterschiede in der Betriebsgrößenstruktur (vgl. Tab. 5).

Dienstleistungen

Den Begriff Dienstleistungsbereich oder Dienstleistungssektor verwendete man im 19. Jahrhundert in den statistischen Auswertungen noch nicht. Nach dem Ausschlussprinzip wird in diesem Beitrag darunter derjenige Teil verstanden, der nicht zur Land- und Forstwirtschaft (Berufsabteilung A) und Industrie (Berufsabteilung B) gerechnet wird. Der Dienstleistungsbereich setzt sich bei den Berufszählungen somit aus den Berufsabteilungen C (Handel und Verkehr), D (Häusliche Dienste) und E (Militär, Hof-, bürgerliche und kirchliche Dienste, freie Berufe) zusammen. Das Militär wird manchmal auch extra ausgewiesen. In die Berufsabteilung E gehören z. B. die öffentliche Verwaltung, das Bildungswesen und Gesundheitswesen. Bei Berufszählungen bleiben immer noch Personen mit unklarer Berufsangabe oder ohne Beruf übrig. Sie werden zur Berufsabteilung F (Ohne Beruf oder Berufsangabe) zusammengefasst und ebenfalls zu den Dienstleistungen gerechnet. Vor allem bei den Berufszählungen zu einem Winterstichtag wurde eine größere Zahl von Personen ohne konkreten Beruf gezählt, da sie saisonbedingt arbeitslos waren. Bei Sommerzählungen war diese Personenzahl in der Regel geringer. Die Berufsabteilung Handel und Verkehr umfasste die Gewerbegruppen Handelsgewerbe, Versicherungsgewerbe, Verkehrsgewerbe und Beherbergungs- und Erquickungsgewerbe. Diese Gewerbegruppen wurden auch in den Gewerbezahlungen mit erfasst. Für die anderen Berufsabteilungen liegen nur Angaben aus den Berufszählungen vor, das heißt ohne Angabe für die Zahl der Einrichtungen.

Handel und Verkehr

Im Jahr 1861 wurden rund sechs Prozent der

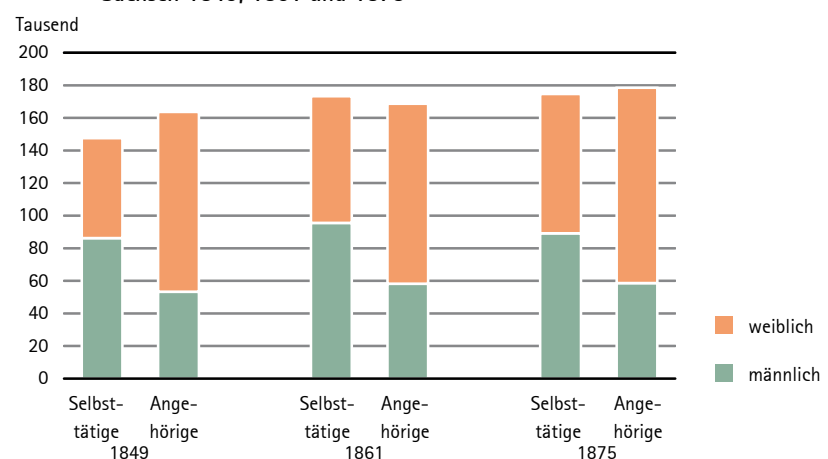
Selbsttätigen (rund 69 000 Personen) dem Handels- und Verkehrsgewerbe zugeordnet (vgl. Tab. 6). Bei der Berufszählung 1871 waren es bereits knapp neun Prozent bzw. knapp 115 000 Personen und 1875 reichlich neun Prozent bzw. rund 117 000 Personen. Obwohl die Zählungen untereinander nicht völlig vergleichbar sein mögen, zeigt sich doch ein deutlich wachsender Trend. Die wirtschaftliche Bedeutung dieses Bereiches wächst (vgl. Tab. 7). Die Gewerbezahlungen von 1882 weist knapp 108 576 Beschäftigte in Hauptbetrieben des Handels und Verkehrs aus. Reichlich zwei Drittel entfielen auf Mitinhaber-, Gehilfen- und Motorenbetriebe. Das Versicherungsgewerbe war schon damals ein Wirtschaftsbereich, wo der Anteil der Nebenbetriebe höher ist als derjenige der Hauptbetriebe. Nur knapp ein Fünftel waren hier Hauptbetriebe (vgl. Tab. 8). Bis 1895 nahm die Abteilung Handel und Verkehr einen beträchtlichen Aufschwung. Die Zahl der Hauptbetriebe stieg um fast 60 Prozent auf knapp 87 000. Die Zahl der

Nebenbetriebe ging dagegen um 19 Prozent zurück. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich im gleichen Zeitraum sogar um 82 Prozent auf gut 196 000 Personen. Im Beherbergungs- und Erquickungsgewerbe hat sich die Beschäftigtenzahl von 1882 zu 1895 nahezu verdoppelt (+97 Prozent), im Handelsgewerbe erhöhte sie sich um 85 Prozent und im Versicherungsgewerbe um 77 Prozent. Lediglich das Verkehrsgewerbe hatte mit 33 Prozent einen geringeren Zuwachs. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die Eisenbahnen und die Post als staatliche Anstalten nicht in der Gewerbezahlungen erfasst wurden.

Häusliche Dienste

Die Angaben aus den einzelnen Berufszählungen zu den Personen, die persönliche Dienstleistungen verrichteten, sind nur bedingt miteinander vergleichbar. Gerade bei dieser Personengruppe kam es bei den Zählungen zu Zuordnungen, die sich von Zählung zu Zählung unterschieden haben.

Abb. 3 Bevölkerung der Berufsgruppe Persönliche Dienste Leistende¹⁾ im Königreich Sachsen 1849, 1861 und 1875



1) und sonstige nicht einzuordnende Handarbeiter und Tagelöhner
Datenquelle: [13, 15]

Tab. 7 Bevölkerung des Königreiches Sachsen 1871 und 1875 nach Berufsklassen

Nr.	Berufsklasse	Selbsttätige			Angehörige			Insgesamt		
		männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.
1871										
A.	Land- und Forstwirtschaft ¹⁾	138 621	110 234	248 855	58 998	106 600	165 598	197 619	216 734	414 453
B.	Industrie ²⁾	433 991	201 985	635 976	229 969	458 924	688 893	663 960	660 909	1 324 869
C.	Handel und Verkehr	78 064	36 461	114 525	45 747	98 620	144 367	123 811	135 081	258 892
D.	Persönliche Dienste Leistende ³⁾	84 722	45 110	129 832	60 095	112 190	172 285	144 817	157 300	302 117
E.	Armee und Flotte	20 741	442	21 183	968	2 395	3 363	21 709	2 837	24 546
F.	Alle übrigen Berufsarten	37 936	13 996	51 932	15 385	38 710	54 095	53 321	52 706	106 027
G.	Personen ohne Berufsangabe	32 934	50 943	83 877	10 628	30 835	41 463	43 562	81 778	125 340
	Insgesamt	827 009	459 171	1 286 180	421 790	848 274	1 270 064	1 248 799	1 307 445	2 556 244
1875										
A.	Land- und Forstwirtschaft ¹⁾	130 807	79 100	209 907	69 910	141 450	211 360	200 717	220 550	421 267
B.	Industrie ²⁾	461 335	152 599	613 934	258 146	544 361	802 507	719 481	696 960	1 416 441
C.	Handel und Verkehr	94 804	22 650	117 454	57 674	128 549	186 223	152 478	151 199	303 677
D.	Persönliche Dienste Leistende ³⁾	89 112	85 519	174 631	58 555	119 899	178 454	147 667	205 418	353 085
E.	Armee und Flotte	22 906	-	22 906	1 065	2 609	3 674	23 971	2 609	26 580
F.	Alle übrigen Berufsarten	42 898	7 378	50 276	16 379	41 835	58 214	59 277	49 213	108 490
G.	Personen ohne Berufsangabe	37 108	45 441	82 549	11 610	36 887	48 497	48 718	82 328	131 046
	Insgesamt	878 970	392 687	1 271 657	473 339	1 015 590	1 488 929	1 352 309	1 408 277	2 760 586
Veränderung 1875 zu 1871 in Prozent										
A.	Land- und Forstwirtschaft ¹⁾	-5,6	-28,2	-15,7	18,5	32,7	27,6	1,6	1,8	1,6
B.	Industrie ²⁾	6,3	-24,5	-3,5	12,3	18,6	16,5	8,4	5,5	6,9
C.	Handel und Verkehr	21,4	-37,9	2,6	26,1	30,3	29,0	23,2	11,9	17,3
D.	Persönliche Dienste Leistende ³⁾	5,2	89,6	34,5	-2,6	6,9	3,6	2,0	30,6	16,9
E.	Armee und Flotte	10,4	-100,0	8,1	10,0	8,9	9,2	10,4	-8,0	8,3
F.	Alle übrigen Berufsarten	13,1	-47,3	-3,2	6,5	8,1	7,6	11,2	-6,6	2,3
G.	Personen ohne Berufsangabe	12,7	-10,8	-1,6	9,2	19,6	17,0	11,8	0,7	4,6
	Insgesamt	6,3	-14,5	-1,1	12,2	19,7	17,2	8,3	7,7	8,0
Anteil in Prozent – 1871										
A.	Land- und Forstwirtschaft ¹⁾	16,8	24,0	19,4	14,1	12,6	13,0	15,8	16,6	16,2
B.	Industrie ²⁾	52,5	44,1	49,5	54,6	54,1	54,2	53,2	50,6	51,9
C.	Handel und Verkehr	9,4	7,9	8,9	10,8	11,6	11,4	9,9	10,3	10,1
D.	Persönliche Dienste Leistende ³⁾	10,2	9,8	10,1	14,2	13,2	13,6	11,6	12,0	11,8
E.	Armee und Flotte	2,5	0,1	1,6	0,2	0,3	0,3	1,7	0,2	1,0
F.	Alle übrigen Berufsarten	4,6	3,0	4,0	3,6	4,6	4,3	4,3	4,0	4,1
G.	Personen ohne Berufsangabe	4,0	11,1	6,5	2,5	3,6	3,3	3,5	6,3	4,9
	Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Anteil in Prozent – 1875										
A.	Land- und Forstwirtschaft ¹⁾	14,9	20,1	16,5	14,8	13,9	14,2	14,8	15,7	15,3
B.	Industrie ²⁾	52,5	38,8	48,3	54,4	53,6	53,9	53,2	49,5	51,3
C.	Handel und Verkehr	10,8	5,8	9,2	12,2	12,7	12,5	11,3	10,7	11,0
D.	Persönliche Dienste Leistende ³⁾	10,1	21,8	13,7	12,4	11,8	12,0	10,9	14,6	12,8
E.	Armee und Flotte	2,6	-	1,8	0,2	0,3	0,2	1,8	0,2	1,0
F.	Alle übrigen Berufsarten	4,9	1,9	4,0	3,5	4,1	3,9	4,4	3,5	3,9
G.	Personen ohne Berufsangabe	4,2	11,6	6,5	2,5	3,6	3,3	3,6	5,8	4,7
	Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Datenquelle: [15]

1) einschließlich Gärtnerei, Jagd, Fischerei und Weinbau

2) einschließlich Bergbau, Hüttenwesen und Bauwesen

3) und sonst nicht einzuordnende Handarbeiter und Tagelöhner

Die Gewerbe- und Industrie-Bevölkerung 1849 wies eine Bevölkerung von 43 653 Personen (Erwerbstätige und Angehörige) aus, die ihren Erwerb in den

persönlichen Dienstleistungen hatte, rund 80 Prozent davon in den Städten (vgl. [2, Tab. 1]). Die Unterrepräsentation der Dörfer war darauf

zurückzuführen, dass hier ein großer Teil der häuslichen Bediensteten (etwa die Gutsköchin, Zimmermädchen oder Kutscher) zur Landwirt-

Tab. 8 Gewerbebetriebe und Beschäftigte des Königreiches Sachsen 1882

Nr.	Gewerbegruppe	Betriebe	Darunter: Hauptbetriebe		Beschäftigte in Haupt- betrieben	Mitinhabe-, Gehilfen- u. Motoren- betriebe	Anteil an den Haupt- betrieben	Beschäftigte in Mitinhabe-, Gehilfen- u. Motoren- betrieben	Anteil an den Beschäftigten in Haupt- betrieben
		Anzahl	Anteil in %		Personen	Anzahl	in %	Personen	in %
I.	Kunst- und Handelsgärtnerei; Baumschulen	1 465	1 360	92,8	4 516	937	68,9	4 093	90,6
II.	Gewerbsmäßige Tierzucht, auch Fischerei	202	128	63,4	219	47	36,7	138	63,0
III.	Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, Torfgräberei	296	281	94,9	31 736	279	99,3	31 734	99,9
IV.	Industrie der Steine und Erden	3 192	3 042	95,3	32 154	2 748	90,3	31 860	99,1
V.	Metallverarbeitung	11 203	10 605	94,7	33 737	6 760	63,7	29 892	88,6
VI.	Maschinen, Instrumente und Apparate	8 835	8 172	92,5	43 132	3 898	47,7	38 858	90,1
VII.	Chemische Industrie	743	613	82,5	4 393	487	79,4	4 267	97,1
VIII.	Forstwirtschaftliche Nebenprodukte, Leuchtstoffe, Fette, Öle und Firnisse	702	584	83,2	2 824	476	81,5	2 716	96,2
IX.	Textilindustrie	122 585	109 278	89,1	236 670	22 380	20,5	149 772	63,3
X.	Papier und Leder	5 580	5 199	93,2	28 422	3 213	61,8	26 436	93,0
XI.	Holz- und Schnitzstoffe	21 023	18 642	88,7	42 305	7 899	42,4	31 562	74,6
XII.	Nahrungs- und Genussmittel	21 519	18 825	87,5	52 908	13 129	69,7	47 212	89,2
XIII.	Bekleidung und Reinigung	76 603	71 760	93,7	116 410	15 067	21,0	59 717	51,3
XIV.	Baugewerbe	9 124	8 347	91,5	63 621	4 618	55,3	59 892	94,1
XV.	Polygraphische Gewerbe	1 121	1 059	94,5	11 924	764	72,1	11 629	97,5
XVI.	Künstlerische Gewerbe	985	886	89,9	2 136	311	35,1	1 561	73,1
XVII.	Handelsgewerbe	47 855	35 519	74,2	68 874	12 616	35,5	45 971	66,7
XVIII.	Versicherungsgewerbe	2 534	472	18,6	1 053	115	24,4	696	66,1
XIX.	Verkehrsgewerbe	6 488	5 133	79,1	12 305	1 846	36,0	9 018	73,3
XX.	Beherbergung und Erquickung	17 392	13 235	76,1	26 344	5 655	42,7	18 764	71,2
Insgesamt		359 447	313 140	87,1	815 683	103 245	33,0	605 788	74,3

Datenquelle: [16]

Anmerkung: Daten der Originalveröffentlichung der Berufs- und Gewerbezahlung vom 5. Juni 1882; Später ermittelte und veröffentlichte Daten können davon abweichen.

schaft gerechnet wurde, wie die in der Landwirtschaft beschäftigten Knechte und Mägde. Ein Vergleich der Jahre 1849, 1861 und 1875 zeigt Abbildung 3. Die Zählung von 1895 weist für die Berufsabteilung D „Häusliche Dienste und Lohnarbeit wechselnder Art“ nun 26 437 Erwerbstätige im Hauptberuf, 19 155 Angehörige ohne Hauptberuf aus. Gegenüber der Zählung von 1882 ist die Zahl der Erwerbstätigen hier leicht angestiegen, die Gesamtzahl von 45 655 (Erwerbstätige, Angehörige, Dienstboten) aber gesunken. Es ist schwierig, auf der Basis des Zahlenmaterials hier einen Trend auszumachen. Es deutet sich aber an, dass sich die Zahl der Dienenden für häusliche Dienste im Verhältnis zu den Erwerbstätigen insgesamt verringert hat. Für die Jahre 1882 und 1895 wurde dies auch veröffentlicht (vgl. [18, S. 41]).

Verwaltung und Militär

Neben dem Handel und Verkehr sowie den Häuslichen Diensten (persönliche Dienstleistungen) bildeten Verwaltung und Militär einschließlich der freien Berufe (z. B. Künstler, Schausteller, Wissenschaftler) den

dritten wesentlichen Bestandteil des Dienstleistungsbereiches in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts¹⁰⁾. Im Jahr 1861 lag die Zahl der Selbsttätigen dieser Berufsabteilung bei knapp 96 000. Das waren 8,5 Prozent der Selbsttätigen insgesamt (vgl. Tab. 6). Von diesen gehörten noch einmal 57 000 Angehörige ohne eigenen Erwerb.

Um die Entwicklung zu verdeutlichen sei auf die Tabelle 3 verwiesen. Hier liegen aus späterer Zeit rückgerechnete vergleichbare Ergebnisse für die Jahre 1849, 1861 und 1875 vor. [15] Demnach entfielen 1849 85 800 Personen auf den Bereich Verwaltung und Militär. Das entsprach einem Anteil von 4,5 Prozent an der Bevölkerung insgesamt. 1861 hatte sich diese Zahl auf 95 000 Personen erhöht und 1875 auf 136 000 Personen. Der Anteil an der Bevölkerung insgesamt blieb jedoch nahezu unverändert. 1875 lag er bei 4,9 Prozent. Das heißt, der Dienstleistungsbereich hat, gemessen an der von ihm abhängigen Bevölkerungszahl, in diesem Zeitraum nicht überdurchschnittlich an Bedeutung gewonnen. Die Gewerbezahlung von 1882 wies für die Berufsabteilung E (Militär-, Hof-, bürgerli-

cher und kirchlicher Dienst, freie Berufsarten) nunmehr fast 150 000 Personen aus¹¹⁾. Der Anteil an der Bevölkerung Sachsens lag auch hier bei 4,9 Prozent. 1895 schließlich zählte der Bereich Verwaltung und Militär bereits 202 000 Personen und damit gut ein Drittel mehr als 1882 (vgl. Tab. 9). Der Anteil an der sächsischen Bevölkerung insgesamt hatte 5,4 Prozent erreicht. Es zeigte sich, dass der Bereich der Verwaltung einschließlich des Militärs gegen Ende des 19. Jahrhunderts an Bedeutung gewonnen hatte.

Zusammenfassung

Bereits Mitte des 19. Jahrhunderts hatte das damalige Königreich Sachsen die Phase des Agrarstaates hinter sich gelassen. Mehr als

10) Personen ohne Gewerbe, Beruf und Berufsangaben werden hier nicht berücksichtigt.

11) Die Originalzahlen der Gewerbezahlung von 1882 sind nur bedingt mit denen der vorangegangenen Zählung 1875 vergleichbar. Vergleichbare, das heißt rückgerechnete Zahlen liegen nicht vor. Die Erhebungsmethodik des Jahres 1882 unterschied sich in vielen Dingen von derjenigen der früheren Gewerbezahlungen.

Tab. 9 Veränderung der Bevölkerung des Königreiches Sachsen 1895 zu 1882 nach Berufsabteilungen

Nr.	Berufsabteilung	Erwerbs- tätige im Haupt- beruf	Angehörige ohne Haupt- beruf und Dienende f. häusliche Dienste	Ins- gesamt	Erwerbs- tätige im Haupt- beruf	Angehörige ohne Haupt- beruf und Dienende f. häusliche Dienste	Ins- gesamt	Erwerbs- tätige im Haupt- beruf	Angehörige ohne Haupt- beruf und Dienende f. häusliche Dienste	Ins- gesamt
		1882			1895			Veränderung 1895 zu 1882 in %		
A.	Landwirtschaft, Gärtnerei und Tierzucht, Forstwirtschaft und Fischerei	292 888	309 490	602 378	290 971	274 328	565 299	-0,7	-11,4	-6,2
B.	Bergbau und Hüttenwesen, Industrie und Bauwesen	724 513	971 382	1 695 895	957 509	1 220 764	2 178 273	32,2	25,7	28,4
C.	Handel und Verkehr	130 894	229 781	360 675	211 575	314 062	525 637	61,6	36,7	45,7
D.	Häusliche Dienste und Lohnarbeit wechselnder Art	25 140	28 444	53 584	26 437	19 218	45 655	5,2	-32,4	-14,8
E.	Militär-, Hof-, bürgerlicher und kirchlicher Dienst, auch sogen. freie Berufsarten	67 317	81 044	148 361	98 302	103 763	202 065	46,0	28,0	36,2
F.	Ohne Beruf und Berufsangabe	93 726	60 203	153 929	157 269	79 064	236 333	67,8	31,3	53,5
Insgesamt		1 334 478	1 680 344	3 014 822	1 742 063	2 011 199	3 753 262	30,5	19,7	24,5

Datenquelle: [16]

die Hälfte der Bevölkerung war im Hinblick auf die Erwirtschaftung ihres Lebensunterhalts von der Industrie abhängig. Selbstverständlich spielte die Land- und Forstwirtschaft noch eine große Rolle. Die ursprüngliche Bedeutung dieses Sektors, die Bevölkerung letztendlich zu ernähren und für eine Reihe von Gewerben (Industrien) notwendige Rohstoffe in ausreichendem Maße zur Verfügung zu stellen, war noch voll in Takt. Als Vergleich sei auf die damalige Situation in Irland verwiesen, wo Missernten zu Hungersnöten und in der Folge zu Auswanderungswellen nach Amerika führten.

Der Dienstleistungsbereich spielte Mitte des 19. Jahrhunderts erst eine geringe Rolle, zumal er sich im Hinblick auf die dort zusammengefassten wirtschaftlichen Aktivitäten sehr stark von der heutigen Situation unterschied.

Im Verlaufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stieg die Bevölkerung Sachsens stark an. Die mittleren jährlichen Zuwachsraten schwankten in der Regel zwischen ein und zwei Prozent. Die Struktur der Wirtschaft verschob sich. Der Anteil der Bevölkerung, der dem Dienstleistungsbereich zuzuordnen war, wuchs stetig an. Es entwickelten sich auch neue dienstleistende Tätigkeiten.

Die Gewerbezahlungen, die in Sachsen zwischen 1849 und 1895 durchgeführt wurden, sind wichtige Zeugen dieser Entwicklung. In der hiermit zum Abschluss gekommenen dreiteiligen Beitragsserie sollte das den heutigen Lesern dieser Zeitschrift ins Bewusstsein gerückt werden.

Dr. Andreas Oettel, Referent Gesamtwirtschaftliche Analysen

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Oettel, A.: Gewerbezahlung 1849 in Sachsen – Oder: Wie wurde das eigentlich gemacht? (Teil 1). In: Statistik in Sachsen, 4/2010, S. 44 – 52.
- [2] Oettel, A.: Gewerbezahlung 1849 in Sachsen – Struktur der Wirtschaft (Teil 2). In: Statistik in Sachsen, 3/2011, S. 53 – 63.
- [3] Schmidt, D.: „Kenntniß ist Macht“ – Ernst Engel in Sachsen. In: Statistik in Sachsen 1/2006, S. 35 – 41.
- [4] Engel, E.: Ueber die Bedeutung der Bevölkerungs-Statistik. In: Zeitschrift des Statistischen Bureau des Königl. Sächs. Ministeriums des Innern [im Folgenden: Zeitschrift], 1. Jg., 1855, S. 141 – 160.
- [5] [Engel, E.]: Beiträge zur Gewerbegeographie und Gewerbestatistik des Königreiches Sachsen. (Teil I). In: Zeitschrift, 2. Jg., 1856, S. 41 – 60.
- [6] [Engel, E.]: Beiträge zur Gewerbegeographie und Gewerbestatistik des Königreiches Sachsen. (Teil II). In: Zeitschrift, 3. Jg., 1857, S. 25 – 44.
- [7] [Engel, E.]: Beiträge zur Gewerbegeographie und Gewerbestatistik des Königreiches Sachsen. (Teil III). In: Zeitschrift, 3. Jg., 1856, S. 45 – 68.
- [8] Die Bevölkerung des Königreiches Sachsen nach ihrer Beschäftigung und ihrem Gewerbe. In: Zeitschrift, 9. Jg., 1863, S. 45 – 68.
- [9] Die Bevölkerung des Königreiches Sachsen nach ihrer Beschäftigung und ihrem Gewerbe. (Fortsetzung und Schluß). In: Zeitschrift, 9. Jg., 1863, S. 69 – 92.
- [10] Zur Statistik der Handwerke im Königreich Sachsen 1849 und 1861. In: Zeitschrift, 9. Jg., 1863, S. 93 – 110.
- [11] Beiträge zur Statistik der in geschlossenen Etablissements mit mechanischen Mitteln be-

triebenen Industriezweige Sachsens. In: Zeitschrift, 9. Jg., 1863, S. 21 – 44.

- [12] Petermann, T.: Bericht über die Volkszählung im Königreich Sachsen am 1. Dezember 1871. In: Zeitschrift, 18. Jg., 1873, S. 33 – 100.
- [13] Die Vertheilung der Bevölkerung des Königreiches Sachsen nach den Haupt-Berufs- und Erwerbsklassen auf Grund der Volkszählung vom 1. Dezember 1871. In: Zeitschrift, 28 Jg., 1875 S. 39 – 50 und Beilage zu der Zeitschrift, S. 1 – 111.
- [14] Die am 3. Dezember 1867 im Königreich Sachsen ausgeführte Zollvereins- und Nordbundzählung. In: Zeitschrift, 14. Jg., 1868, S. 33 – 46.
- [15] Böhmert, V.: Die Hauptergebnisse der sächsischen Berufsstatistik von 1875, verglichen mit 1849, 1861 und 1871. In: Zeitschrift, 25. Jg., 1879, S. 175 – 224.
- [16] Böhmert, V.: Die Ergebnisse der sächsischen Gewerbezahlung vom 5. Juni 1882. In: Zeitschrift, Zweites Supplementheft zum 32. Jg. 1886.
- [17] Geißler, A.: Die Berufs- und Gewerbezahlung am 14. Juni 1895. 1. Vorbereitungsarbeiten und vorläufige Ergebnisse. In: Zeitschrift, 41. Jg., 1895, S. 125 – 132.
- [18] Geißler, A.: Die Berufs- und Gewerbezahlung am 14. Juni 1895. 2. Die Hauptergebnisse der Berufszählung. In: Zeitschrift, 42. Jg., 1896, S. 37 – 121.
- [19] Lommatzsch, G.: Die Berufs- und Gewerbezahlung am 14. Juni 1895. 3. Einzelne Ergebnisse der Berufszählung. a) Die Bevölkerung nach Hauptberuf und Religionsbekenntniß. In: Zeitschrift, 43. Jg., 1897, S. 27 – 39.
- [20] Wächter, G.: Die Berufs- und Gewerbezahlung am 14. Juni 1895. 3. Einzelne Ergebnisse der

- Berufszählung. b) Die beschäftigungslosen Arbeitnehmer. In: Zeitschrift, 43. Jg., 1897, S. 40 – 62.
- [21] Lommatzsch, G.: Die Berufs- und Gewerbe- zählung am 14. Juni 1895. 3. Einzelne Ergebnisse der Berufszählung. c) Hausirgewerbetreibende. In: Zeitschrift, 43. Jg., 1897, S. 63 – 68.
- [22] Wächter, G.: Die Berufs- und Gewerbe- zählung am 14. Juni 1895. 3. Einzelne Ergebnisse der Berufszählung. d) Einige besondere soziale Klassen der Bevölkerung. In: Zeitschrift, 43. Jg., 1897, S. 69 – 86.
- [23] Geißler, A.: Die Berufs- und Gewerbe- zählung am 14. Juni 1895. 4. Die Bevölkerung nach Hauptberuf, Alter und Familienstand. In: Zeitschrift, 43. Jg., 1897, S. 97 – 119.
- [24] Sieber, O.: Die Berufs- und Gewerbe- zählung am 14. Juni 1895. Zweiter Abschnitt. Die Gewerbe- zählung. 1. Die landwirtschaftlichen Betriebe. In: Zeitschrift, 43. Jg., 1897, S. 157 – 232.
- [25] Sieber, O.: Die Berufs- und Gewerbe- zählung am 14. Juni 1895. Zweiter Abschnitt. Die Gewerbe- zählung. 1. Die landwirtschaftlichen Betriebe. [Forts.] In: Zeitschrift, 44. Jg., 1898, S. 53 – 74.
- [26] Geißler, A.: Die Berufs- und Gewerbe- zählung am 14. Juni 1895. Zweiter Abschnitt. Die Gewerbe- zählung. 2. Die Gewerbebetriebe. a) Hauptergebnisse nach Gewerbe- gruppen. In: Zeitschrift, 44. Jg., 1898, S. 77 – 106.
- [27] Wächter, G.: Die Berufs- und Gewerbe- zählung am 14. Juni 1895. Zweiter Abschnitt. Die Gewerbe- zählung. 2. Die Gewerbebetriebe. b) Die einzelnen Betriebe. 1. Die Textilindustrie. In: Zeitschrift, 44. Jg., 1898, S. 127 – 172.
- [28] Lommatzsch, G.: Die Berufs- und Gewerbe- zählung am 14. Juni 1895. Zweiter Abschnitt. Die Gewerbe- zählung. 2. Die Gewerbebetriebe. b) Die einzelnen Betriebe. 2. Die Industrie der Steine und Erden. In: Zeitschrift, 44. Jg., 1898, S. 173 – 199.
- [29] Lommatzsch, G.: Die Berufs- und Gewerbe- zählung am 14. Juni 1895. Zweiter Abschnitt. Die Gewerbe- zählung. 2. Die Gewerbebetriebe. b) Die einzelnen Betriebe. 3. Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, Torfgräberei. In: Zeitschrift, 44. Jg., 1898, S. 200 – 221.
- [30] Sieber, O.: Die Berufs- und Gewerbe- zählung am 14. Juni 1895. Zweiter Abschnitt. Die Gewerbe- zählung. 1. Die landwirtschaftlichen Betriebe. (Zweiter Nachtrag) In: Zeitschrift, 44. Jg., 1898, S. 222 – 226.
- [31] Wächter, G.: Die Berufs- und Gewerbe- zählung am 14. Juni 1895. Zweiter Abschnitt. Die Gewerbe- zählung. 2. Die Gewerbebetriebe. b) Die einzelnen Betriebe. 4. Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe. In: Zeitschrift, 45. Jg., 1899, S. 1 – 32.
- [32] Lommatzsch, G.: Die Berufs- und Gewerbe- zählung am 14. Juni 1895. Zweiter Abschnitt. Die Gewerbe- zählung. 2. Die Gewerbebetriebe. b) Die einzelnen Betriebe. 5. Die Metallverarbeitung. In: Zeitschrift, 45. Jg., 1899, S. 33 – 69.
- [33] Lommatzsch, G.: Die Berufs- und Gewerbe- zählung am 14. Juni 1895. Zweiter Abschnitt. Die Gewerbe- zählung. 2. Die Gewerbebetriebe. b) Die einzelnen Betriebe. 6. Die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel. In: Zeitschrift, 45. Jg., 1899, S. 70 – 98.
- [34] Wächter, G.: Die Berufs- und Gewerbe- zählung am 14. Juni 1895. Zweiter Abschnitt. Die Gewerbe- zählung. 2. Die Gewerbebetriebe. b) Die einzelnen Betriebe. 7. Die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate. In: Zeitschrift, 45. Jg., 1899, S. 99 – 137.
- [35] Ganzenmüller, K.: Die Berufs- und Gewerbe- zählung am 14. Juni 1895. Zweiter Abschnitt. Die Gewerbe- zählung. 2. Die Gewerbebetriebe. b) Die einzelnen Betriebe. 8. Die Papier-Industrie. In: Zeitschrift, 45. Jg., 1899, S. 139 – 161.
- [36] Ganzenmüller, K.: Die Berufs- und Gewerbe- zählung am 14. Juni 1895. Zweiter Abschnitt. Die Gewerbe- zählung. 2. Die Gewerbebetriebe. b) Die einzelnen Betriebe. 9. Die Leder-Industrie. In: Zeitschrift, 45. Jg., 1899, S. 162 – 179.
- [37] Wächter, G.: Die Berufs- und Gewerbe- zählung am 14. Juni 1895. Zweiter Abschnitt. Die Gewerbe- zählung. 2. Die Gewerbebetriebe. b) Die einzelnen Betriebe. 10. Die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe. In: Zeitschrift, 45. Jg., 1899, S. 208 – 251.
- [38] Lommatzsch, G.: Die Berufs- und Gewerbe- zählung am 14. Juni 1895. Zweiter Abschnitt. Die Gewerbe- zählung. 2. Die Gewerbebetriebe. b) Die einzelnen Betriebe. 11. Das Baugewerbe. In: Zeitschrift, 45. Jg., 1899, S. 252 – 268.
- [39] Ganzenmüller, K.: Die Berufs- und Gewerbe- zählung am 14. Juni 1895. Zweiter Abschnitt. Die Gewerbe- zählung. 2. Die Gewerbebetriebe. b) Die einzelnen Betriebe. 12. Die polygraphischen Gewerbe. In: Zeitschrift, 46. Jg., 1900, S. 1 – 18.
- [40] Ganzenmüller, K.: Die Berufs- und Gewerbe- zählung am 14. Juni 1895. Zweiter Abschnitt. Die Gewerbe- zählung. 2. Die Gewerbebetriebe. b) Die einzelnen Betriebe. 13. Die künstlerischen Gewerbe. In: Zeitschrift, 46. Jg., 1900, S. 19 – 29.
- [41] Fischer, H.: Die Berufs- und Gewerbe- zählung am 14. Juni 1895. Zweiter Abschnitt. Die Gewerbe- zählung. 2. Die Gewerbebetriebe. b) Die einzelnen Betriebe. 14. Die chemische Industrie. In: Zeitschrift, 46. Jg., 1900, S. 30 – 41.
- [42] Fischer, H.: Die Berufs- und Gewerbe- zählung am 14. Juni 1895. Zweiter Abschnitt. Die Gewerbe- zählung. 2. Die Gewerbebetriebe. b) Die einzelnen Betriebe. 15. Die Industrie der forstwirtschaftlichen Nebenprodukte, Leuchtstoffe, Fette, Öle und Firnisse. In: Zeitschrift, 46. Jg., 1900, S. 42 – 53.
- [43] Wächter, G.: Die Berufs- und Gewerbe- zählung am 14. Juni 1895. Zweiter Abschnitt. Die Gewerbe- zählung. 2. Die Gewerbebetriebe. b) Die einzelnen Betriebe. 16. Das Handelsgewerbe. In: Zeitschrift, 46. Jg., 1900, S. 54 – 81.
- [44] Wächter, G.: Die Berufs- und Gewerbe- zählung am 14. Juni 1895. Zweiter Abschnitt. Die Gewerbe- zählung. 2. Die Gewerbebetriebe. b) Die einzelnen Betriebe. 18. Das Versicherungsgewerbe. In: Zeitschrift, 46. Jg., 1900, S. 82 – 94.
- [45] Lommatzsch, G.: Die Berufs- und Gewerbe- zählung am 14. Juni 1895. Zweiter Abschnitt. Die Gewerbe- zählung. 2. Die Gewerbebetriebe. b) Die einzelnen Betriebe. 18. Das Verkehrsgewerbe. In: Zeitschrift, 46. Jg., 1900, S. 95 – 115.
- [46] Ganzenmüller, K.: Die Berufs- und Gewerbe- zählung am 14. Juni 1895. Zweiter Abschnitt. Die Gewerbe- zählung. 2. Die Gewerbebetriebe. b) Die einzelnen Betriebe. 19. Das Beherbergungs- und Erquickungsgewerbe. In: Zeitschrift, 46. Jg., 1900, S. 117 – 136.
- [47] Wächter, G.: Die Berufs- und Gewerbe- zählung am 14. Juni 1895. Zweiter Abschnitt. Die Gewerbe- zählung. 2. Die Gewerbebetriebe. b) Die einzelnen Betriebe. 20. Kunst- und Handelsgärtnerei. In: Zeitschrift, 46. Jg., 1900, S. 137 – 138.
- [48] Wächter, G.: Die Berufs- und Gewerbe- zählung am 14. Juni 1895. Zweiter Abschnitt. Die Gewerbe- zählung. 2. Die Gewerbebetriebe. b) Die einzelnen Betriebe. 21. Tierzucht und Fischerei. In: Zeitschrift, 46. Jg., 1900, S. 138 – 140.
- [49] Geißler, A.: Vergleich zwischen den wichtigsten Ergebnissen der Gewerbe- zählung im Deutschen Reich und im Königreiche Sachsen. In: Zeitschrift, 46. Jg., 1900, S. 141 – 161.
- [50] Periodensterbetafeln für Deutschland. 1871/1881 bis 2007/2009. Statistisches Bundesamt (Hsg.), Wiesbaden 2011.
- [51] Bormann, K.: Zahl, Größe und Personal der Gewerbebetriebe in den Jahren 1882, 1895 und 1907. In: Zeitschrift, 61. Jg., 1915, S. 168 – 222.
- [52] Pfütze, A.: Die Entwicklung der Gewerbebetriebe nach Zahl und Größe. In: Zeitschrift, 66./67. Jg., 1920/21, S. 223 – 280.
- [53] Zahn, A.: Vergleichende Übersicht über die Ergebnisse der gewerblichen Betriebszählungen von 1875 bis 1925. In: Zeitschrift, 77. Jg., 1931, S. 94 – 102.
- [54] Zahn, A.: Die Standorte des Gewerbes in Sachsen. In: Zeitschrift, 78./79. Jg., 1932/1933, S. 125 – 147. [Ergebnisse der Gewerbe- zählung 1925 nach Gemeinden mit 2000 und mehr Einwohnern.]
- [55] Die Bevölkerung des Königreichs nach Berufs- und Erwerbsklassen und Resultate der Gewerbs-Geographie und Gewerbs-Statistik von Sachsen. In: Statistische Mitteilungen aus dem Königreich Sachsen. N.F., 3. Lieferung, Dresden 1854.
- [56] Oettel, A.: Zur Verwaltungsgliederung Sachsens im 19. und 20. Jahrhundert. In: Statistik in Sachsen, 4/2006, S. 69 – 98.

Gerhard-Fürst-Preis 2012 des Statistischen Bundesamtes

Auch im Jahr 2012 prämiert das Statistische Bundesamt herausragende wissenschaftliche Arbeiten mit dem Gerhard-Fürst-Preis. Ausgezeichnet werden Arbeiten in den Kategorien „Dissertationen“ und „Master- und Bachelorarbeiten“ (einschließlich Diplom- und Masterarbeiten), die ein theoretisches Thema mit einem engen Bezug zum Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik behandeln oder eine empirische Fragestellung unter intensiver Nutzung von Daten der amtlichen Statistik untersuchen.

Mit der jährlichen Auslobung des Preises möchte das Statistische Bundesamt die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik weiter intensivieren. Zugleich soll der Preis junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ermutigen, das vielfältige Datenangebot der amtlichen Statistik für ihre empirischen Forschungen ausgiebig zu nutzen.

Der Preis wurde nach dem ersten Präsidenten des Statistischen Bundesamtes und langjährigen Vorsitzenden der Deutschen Statistischen Gesellschaft benannt, der die noch heute bestehende organisatorische und rechtliche Struktur der amtlichen Statistik in Deutschland nach 1945 mit ihren zentralen Eckpfeilern der fachlichen Konzentration und der wissenschaftlichen Unabhängigkeit ganz wesentlich geprägt hat.

Die Auszeichnung ist in der Kategorie „Dissertationen“ mit 5 000 €, in der Kategorie „Master- und Bachelorarbeiten“ mit 2 500 € dotiert.

Das Statistische Bundesamt verleiht seinen Wissenschaftspreis auf Empfehlung eines unabhängigen Gutachtergremiums. Den äußeren Rahmen der 13. Verleihung des Gerhard-Fürst-Preises im Jahr 2011 bildete das 20. Wissenschaftliche Kolloquium zum Thema „Micro Data Access – Internationale und nationale Perspektiven“, welches das Statistische Bundesamt zusammen mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft am 10. und 11. November 2011 in Wiesbaden veranstaltet hat. Die Preisträger werden über ihre Arbeiten in der Schriftenreihe des Statistischen Bundesamtes „Wirtschaft und Statistik“ ausführlich berichten.

Vorschläge für den Gerhard-Fürst-Preis 2012 können ausschließlich von den betreuenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eingereicht werden. Im Auswahlverfahren werden deutsch- oder englischsprachige Arbeiten berücksichtigt, die zwischen dem 1. Januar 2010 und dem 31. März 2012 mindestens mit der Note „gut“ resp. „magna cum laude“ abschließend bewertet worden sind.

Einzureichen sind neben der vorgeschlagenen Arbeit u. a. eine kurze Begründung der/des vorschlagenden Wissenschaftlerin/Wissenschaftlers zur Preiswürdigkeit, Kopien der Erst- und ggf. Zweitgutachten, mit denen die Arbeit abschließend bewertet wurde, eine Kurzfassung der Arbeit, ein Lebenslauf der Verfasserin/des Verfassers und eine schriftliche Erklärung zur Einreichung einer Dissertation bzw. Abschlussarbeit.

Die vorgeschlagene Arbeit ist dreifach und die übrigen Unterlagen sind in neunfacher Ausfertigung einzureichen. Darüber hinaus sind Arbeit und Kurzfassung zusätzlich als MS-Word oder PDF-Datei auf einer CD-ROM zur Verfügung zu stellen.

Die Unterlagen sind an folgende Adresse zu senden:

Statistisches Bundesamt
Institut für Forschung und Entwicklung in
der Bundesstatistik
A 10.213
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden

Nähere Informationen über den Gerhard-Fürst-Preis erhalten Sie im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de/gerhard_fuerst_preis. Dort finden Sie einen Bewerbungsbogen und weitere Details zur Auslobung und den Teilnahmebedingungen für den Gerhard-Fürst-Preis 2012, dessen Einreichungsfrist am 31. März 2012 endet.

Bei weiteren Fragen wenden Sie sich bitte direkt an das Statistische Bundesamt, Frau Birgit Baptistella (Tel.: 0611/75-2603, E-Mail: institut@destatis.de).

Neues aus Sachsen

Neu: Demografiemonitor für Sachsen

Kostenlos und anschaulich liefert der neue Demografiemonitor Sachsen allen interessierten Bürgern jederzeit Informationen zur Bevölkerungsentwicklung im Freistaat. Der Demografiemonitor wurde auf Initiative der Sächsischen Staatskanzlei gemeinsam mit dem Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen entwickelt und am 10. November 2011 durch den Chef der Sächsischen Staatskanzlei, Herrn Beermann, und die Präsidentin des Statistischen Landesamtes, Frau Prof. Dr. Schneider-Böttcher, der Öffentlichkeit vorgestellt. Als Hilfsmittel für jedermann ist der Demografiemonitor besonders den kleineren Gemeinden und Städten ohne eigenes Statistikamt ein dienliches Instrument. So können sie mit Hilfe von 200 verschiedenen demografischen Kennzahlen – unter anderem Durchschnittsalter, Bevölkerungsdichte, Zu- und Fortzüge – eigene Analysen für den Zeitraum von 1990 bis 2025 anstellen. Zur Erleichterung ist das Zahlenmaterial in 15 Themen wie Bevölkerung nach Altersgruppen, Geschlecht, Geburten und Sterbefälle sowie Prognosen eingeteilt. Als Ergebnis können die gefundenen Daten anschaulich in Kartenform auf dem Bildschirm dargestellt und sogar als Folie oder Grafik ausgedruckt werden. Neben einer leicht verständlichen Erklärung findet sich zu jeder Kennzahl ein Zeitseriendiagramm. Es stellt die Entwicklung über mehrere Jahre dar und macht einen Vergleich der Regionen lohnenswert. Der Demografiemonitor ist unter www.demografie.sachsen.de/monitor abrufbar.

Weiterer Bevölkerungsrückgang im ersten Halbjahr 2011 in Sachsen

4 138 651 Einwohner lebten am 30. Juni 2011 im Freistaat Sachsen. Das waren 10 826 Personen bzw. 0,3 Prozent weniger als am Jahresende 2010. Im Vergleich zum 30. Juni des Vorjahres lag der Bevölkerungsrückgang sogar bei 14 980 Personen.

Hauptursache für den Bevölkerungsrückgang ist ein Geburtendefizit. Im ersten Halbjahr 2011 starben 9 682 Personen mehr als lebend geboren wurden. Dagegen haben nur 1 196 Personen mehr den Freistaat verlassen als nach Sachsen gekommen sind. Im ersten Halbjahr 2010 betrugen der Gestorbenenüberschuss 9 242 Personen und der Wanderungsverlust 5 915 Personen.

Von allen Kreisfreien Städten und Landkreisen konnten in den ersten sechs Monaten 2011 nur Leipzig und Dresden einen Bevölke-

rungszuwachs verzeichnen (0,5 bzw. 0,3 Prozent). Dabei profitierten die Städte von einem deutlichen Wanderungsgewinn, Dresden zusätzlich von einem Geburtenzuwachs. Auch in die Kreisfreie Stadt Chemnitz zogen mehr Personen, als sie verlassen haben.

Von den anderen Kreisfreien Städten und Landkreisen lag nur die Kreisfreie Stadt Chemnitz mit ihrem Bevölkerungsrückgang unter dem Sachsendurchschnitt von 0,3 Prozent. Die Landkreise Zwickau und Görlitz sowie der Vogtlandkreis hatten mit 0,6 Prozent die höchste Bevölkerungsabnahme.

Sachsens Industrie weiter im Aufwind

Mit annähernd 5,0 Milliarden € erwirtschafteten die 1 276 monatlich berichtspflichtigen Betriebe Sachsens im September 2011 ein Umsatzergebnis in zuvor nicht erreichter Größenordnung. Gegenüber dem Vormonat konnte der Umfang der Geschäfte um 13,2 Prozent ausgeweitet werden. Sowohl beim Export (rund 2,0 Milliarden €) als auch beim Geschäft im Inland (rund 2,96 Milliarden €) wurden im letzten Monat des dritten Quartals neue Bestwerte erreicht. Mit einem spürbaren Umsatzplus spiegelte sich die positive Entwicklung auch in der Mehrzahl der Wirtschaftszweige wider. Allein in Branchen wie der Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen, der Getränkeherstellung, dem Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden, der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln sowie der Herstellung von chemischen Erzeugnissen konnte nicht an die im Vormonat erzielten Kennzahlen angeknüpft werden.

Im September dieses Jahres wurden deutlich mehr Erzeugnisse und Leistungen umgesetzt als vor Jahresfrist (15,4 Prozent). Der Umfang der Exporte fiel dabei um gut ein Fünftel (20,9 Prozent) umfangreicher aus. Beim Geschäft im Inland konnte ein Umsatzplus von 11,9 Prozent erwirtschaftet werden.

In der Summe der ersten neun Monate 2011 belief sich der Industrieumsatz auf rund 40,0 Milliarden €, gut 5,1 Milliarden € bzw. 14,7 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum 2010. Beim Geschäft im Inland konnte ein Plus von 12,7 Prozent bzw. rund 2,75 Milliarden € konstatiert werden. Das Auslandsgeschäft entwickelte sich noch schwungvoller. Der Wert der im Betrachtungszeitraum 2011 exportierten Erzeugnisse fiel um fast 2,4 Milliarden € bzw. 17,9 Prozent höher aus als im Vergleichszeitraum 2010.

Futterbaubetriebe dominieren in der sächsischen Landwirtschaft

Nach den Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 2010 sind 42 Prozent der insgesamt 6 300 landwirtschaftlichen Betriebe Sachsens Futterbaubetriebe. Das sind solche Betriebe, deren Schwerpunkt die Milchproduktion ist bzw. die Rinder, Schafe oder Ziegen halten. Futterbaubetriebe befinden sich vor allem in den sächsischen Gebirgs- und Vorgebirgslagen (Erzgebirgskreis, Vogtlandkreis, Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge). Ebenfalls weit verbreitet sind Ackerbaubetriebe (28 Prozent). Diese produzieren vor allem Nahrungs- und Futtermittel oder stellen Rohstoffe für die Industrie und zur Energieerzeugung her. Ackerbaubetriebe wirtschaften vor allem in den Regionen mit einem hohen Ackerlandanteil und fruchtbaren Böden, auf denen hohe Erträge erzielt werden können (Landkreise Nordsachsen, Leipzig und Meißen).

Etwa sechs Prozent der Betriebe gehören dem Betriebstyp „Gartenbau“ an. Hier werden hauptsächlich Gemüse, Blumen und Zierpflanzen produziert. Dieser Betriebstyp dominiert oft in der Nähe großer Städte (Dresden, Leipzig), da hier die Transportwege kurz sind und dem Verbraucher somit täglich frische Produkte angeboten werden können. Dauerkulturbetriebe haben einen Anteil von zwei Prozent und erzeugen meistens Wein und Obst. Weinbaubetriebe sind vor allem entlang des Elbtals in der Stadt Dresden sowie im Landkreis Meißen zu finden. Die meisten sächsischen Obstbaubetriebe gibt es im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Ebenfalls einen Anteil von zwei Prozent besitzen Veredlungsbetriebe, die vorrangig Schweine- und Geflügelfleisch sowie Eier produzieren.

Knapp ein Fünftel der Betriebe kann keiner speziellen Ausrichtung zugeordnet werden. Diese Betriebe werden als „Verbundbetriebe“ bezeichnet.

Zahl der Insolvenzverfahren in Sachsen deutlich gesunken

Die Anzahl der Insolvenzverfahren sank in den ersten drei Quartalen 2011 in Sachsen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um gut acht Prozent. Von den insgesamt 5 913 Insolvenzverfahren betrafen 1 204 Verfahren Unternehmen und 4 709 Verfahren übrige Schuldner. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ging um knapp sechs Prozent zurück, die Zahl der Insolvenzverfahren von übrigen Schuldnern um beinahe neun Prozent.

Im Berichtszeitraum vom 1. Januar bis 30. September 2011 gingen in Sachsen die von den Gläubigern angemeldeten Forderungen um 25 Prozent auf 949,4 Millionen € zurück. Dabei verringerten sich die Forderungen bei den Unternehmensinsolvenzen um knapp 30 Prozent und bei den übrigen Schuldnern um fast 18 Prozent. Die durchschnittlichen Forderungen je Verfahren an Unternehmen betrugen reichlich 466 000 € und je Verfahren der übrigen Schuldner rund 82 000 €. Eröffnet wurden 87 Prozent aller Insolvenzverfahren (5 135 Verfahren), bei den übrigen Schuldnern waren es sogar 90 Prozent (4 218 Verfahren).

Nach Rechtsformen betrachtet waren rund 56 Prozent der von Insolvenz betroffenen Unternehmen Einzelunternehmen und weitere 36 Prozent Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH).

Jedes fünfte insolvente Unternehmen war dem Baugewerbe zuzuordnen, jedes siebente dem Wirtschaftsbereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

Der Anteil der Unternehmen mit weniger als acht Jahren wirtschaftlicher Tätigkeit betrug reichlich 56 Prozent, davon waren fast 54 Prozent der Unternehmen bis drei Jahre alt.

Mehr als die Hälfte der Kinder im Alter von ein und zwei Jahren besuchen Tageseinrichtungen

259 035 Kinder wurden im Freistaat Sachsen am 1. März 2011 in Kindertageseinrichtungen betreut, 6 177 mehr als im Vorjahr. Davon waren 132 895 Jungen und 126 140 Mädchen bzw. 156 715 Nichtschulkinder und 102 320 Schulkinder.

Von den in Tageseinrichtungen betreuten Kindern waren 15,5 Prozent jünger als drei Jahre (2010: 15,3 Prozent), 45,0 Prozent waren drei Jahre und älter und gingen noch nicht in die Schule (2010: 45,6 Prozent) und 39,5 Prozent gingen neben der Schule noch in den Hort (2010: 39,2 Prozent).

Für die Kinder unter einem Jahr betrug die Besuchsquote (Anzahl der betreuten Kinder je 100 Kinder der gleichen Altersgruppe) 2,5 Prozent und bei Kindern im Alter von einem bis unter drei Jahren 57,2 Prozent. Für die Kinder von drei bis unter sechs Jahren lag die Besuchsquote bei 95,0 Prozent.

78,3 Prozent der betreuten Nichtschulkinder (2010: 79,1 Prozent) gingen mehr als sieben bis zu zehn Stunden in eine Kindertageseinrichtung. An der Mittagsversorgung in den Tageseinrichtungen nahmen 96,8 Prozent der Kinder teil – Nichtschulkinder 98,7 Prozent und Schulkinder 93,8 Prozent.

Studenten im Wintersemester 2011/12 an Sachsens Hochschulen

Im Wintersemester schrieben sich bis Mitte Oktober 2011 insgesamt 110 232 Studierende, darunter 19 290 Studienanfänger, an den 26 Hochschulen des Freistaates Sachsen ein. Das waren 471 Studenten und 441 Studienanfänger mehr als am 1. Dezember 2010. Hierbei handelt es sich um vorläufige Angaben. Erfahrungsgemäß verändern sich diese Zahlen zwischen Oktober und Dezember des Studienjahres noch.

Die Universitäten zählten 76 661 Studentinnen und Studenten (70 Prozent). 12 888 junge Menschen schrieben sich dort erstmals für ein Studium ein (Immatrikulation). Für die Technische Universität Dresden entschieden sich die meisten Studenten (33 402), darunter 5 996 Studienanfänger.

An den Fachhochschulen studieren zu Beginn dieses Wintersemesters 29 752 Studenten (27 Prozent), darunter 5 708 Studienanfänger. Von den 6 719 Studierenden an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig sind 1 074 im ersten Hochschulsemester. Damit erfolgten in dieser Fachhochschule die meisten Immatrikulationen im aktuellen Wintersemester.

Die Studienfächer der Fächergruppe „Ingenieurwissenschaften“ verzeichnen im Wintersemester 2011/12 mit über einem Viertel aller Studierenden nicht nur die meisten Studenten (30 282), auch bei den Studienanfängern belegte diese Fächergruppe mit 6 167 Ersteinschreibungen den ersten Platz. Mit 28 293 Studenten wählte ein weiteres Viertel der Studenten die Fächergruppe „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“, die damit auch bei den Erstimmatrikulierten (4 803) an zweiter Stelle liegt.

Endgültige Ergebnisse über die Zahl der Studenten werden im Februar 2012 veröffentlicht.

Sächsische Steuerpflichtige erzielten 2007 rund 42 Milliarden € Einkünfte

Knapp 1,8 Millionen Steuerpflichtige erzielten 2007 im Freistaat Sachsen fast 42 Milliarden € Einkünfte. Daraufhin setzten die sächsischen Finanzämter insgesamt 5,9 Milliarden € Lohn- und Einkommensteuer fest. Damit betrugen die Einkünfte je Steuerpflichtigen im Durchschnitt 23 500 €. Die durchschnittliche Steuerbelastung lag bei 5 100 € je Steuerpflichtigen bzw. 14 Prozent der Einkünfte. Dabei ist zu berücksichtigen, dass zusammen veranlagte Ehegatten als ein Steuerpflichtiger gezählt werden. Jeder dritte der 1,8 Millionen sächsischen Steuerpflichtigen erzielte 2007 weniger als 10 000 € Jahreseinkünfte. Diese waren jedoch weitgehend steuerfrei.

Ein weiteres Drittel der Steuerpflichtigen erzielte Einkünfte von 10 000 € bis zu 25 000 €. Auf diese Gruppe entfielen 10,2 Milliarden € bzw. 24 Prozent der Gesamteinkünfte aller Steuerpflichtigen im Freistaat (42 Milliarden €). Sie haben auch ein Zehntel der von den sächsischen Finanzämtern insgesamt festgesetzten Lohn- und Einkommensteuer (5,9 Milliarden €) erbracht. Ihre durchschnittliche Steuerbelastung betrug rund sechs Prozent der Einkünfte.

Zehn Prozent der Steuerpflichtigen verfügten über mehr als 50 000 € Einkünfte. Zusammen erzielten diese Steuerpflichtigen 37 Prozent der Gesamteinkünfte und trugen mit 59 Prozent mehr als die Hälfte zur festgesetzten Lohn- und Einkommensteuer bei. Ihre durchschnittliche Steuerbelastung lag bei knapp 23 Prozent der Einkünfte.

180 sächsische „Einkommensmillionäre“ verfügten über durchschnittlich 1,9 Millionen € Einkünfte. Diese wurden mit 36 Prozent steuerlich belastet. Im Vergleich zur letzten Lohn- und Einkommensteuerstatistik 2004 hat sich die Zahl der Steuerpflichtigen mit Einkünften von mindestens einer Million € von ehemals 74 nun mehr als verdoppelt. Etwa jeder zweite „Einkommensmillionär“ lebte 2007 in einer der drei kreisfreien Städte Chemnitz, Dresden oder Leipzig. Bezogen auf die sächsische Bevölkerung gab es 4,3 Einkommensmillionäre je 100 000 Einwohner.

Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Bevölkerung										
Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1 000	4 168,7	4 149,5	4 153,6	4 152,5	4 151,2	4 139,8	4 138,7	4 137,0	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	1 466	1 533	2 316	2 938	2 819	1 998	2 551	2 853	2 572
Lebendgeborene	Anzahl	2 842	2 924	3 063	3 332	3 302	3 009	2 852	2 933	3 474
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	4 197	4 242	4 219	4 328	4 125	4 368	3 839	3 731	4 254
darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	7	6	3	12	11	4	6	5	13
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 356	-1 318	-1 156	-996	-823	-1 359	-987	-798	-780
Wanderungen										
Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	5 520	5 620	4 839	6 177	7 242	5 163	4 896	6 110	...
darunter aus dem Ausland	Anzahl	1 609	1 681	1 445	1 548	1 968	1 683	1 441	1 900	...
Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	6 176	5 916	5 105	6 358	7 660	5 203	5 028	6 918	...
darunter in das Ausland	Anzahl	1 716	1 647	1 328	1 783	1 745	1 243	1 401	2 095	...
Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	-656	-296	-266	-181	-418	-40	-132	-808	...
Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	Anzahl	8 862	8 774	8 803	9 668	10 742	9 169	8 112	9 522	...
Erwerbstätigkeit										
Beschäftigte ³⁾										
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁴⁾	1 000	1 390,8	1 408,3	1 409,8
Frauen	1 000	691,8	701,0	698,6
Ausländer	1 000	14,8	16,0	16,2
Teilzeitbeschäftigte	1 000	273,1	282,2	285,0
darunter Frauen	1 000	227,4	234,3	236,1
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ⁵⁾										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	21,6	21,2	22,1
Produzierendes Gewerbe	1 000	417,4	415,4	416,5
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	291,8	293,1	292,0
Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	232,8	246,6	248,8
Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	427,3	431,8	430,3
Arbeitsmarkt ³⁾										
Arbeitslose	1 000	277,7	253,1	245,1	245,9	238,8	227,8	219,2	219,5	217,1
Frauen	1 000	128,1	116,5	115,1	117,9	115,5	107,8	104,8	106,3	105,9
Männer	1 000	149,6	136,6	130,0	128,0	123,4	120,0	114,4	113,3	111,2
Ausländer	1 000	9,9	9,6	9,6	9,6	9,5	9,5	9,3	9,3	9,1
Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahren	1 000	31,5	26,0	24,0	28,4	27,1	19,9	18,9	22,3	23,5
Arbeitslosenquote ⁶⁾										
insgesamt	%	12,9	11,8	11,5	11,5	11,2	10,7	10,3	10,3	10,2
Frauen	%	12,5	11,5	11,4	11,7	11,5	10,7	10,4	10,6	10,5
Männer	%	13,2	12,1	11,6	11,4	11,0	10,7	10,2	10,1	9,9
Ausländer	%	24,5	23,9	24,0	24,1	23,9	23,1	22,6	22,6	22,1
Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahren	%	12,5	10,8	10,1	12,0	11,4	8,9	8,4	10,0	10,5
Kurzarbeiter	1 000	54,3	29,7	24,4	17,8	16,4	8,8
Gemeldete Arbeitsstellen	1 000	13,1	15,5	16,7	17,1	16,4	19,3	20,1	20,3	20,7

1) Spalten 1 und 2: Statt Bevölkerung im Monatsdurchschnitt hier Bevölkerung am 31. Dezember

2) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

3) Auswertungen aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen

4) einschließlich "Ohne Angabe" der Wirtschaftsgliederung

5) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008

6) Arbeitslose in Prozent bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Bautätigkeit										
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	243	239	293	277	366	325	377	387	332
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	235	228	278	267	348	315	343	372	309
umbauter Raum	1 000 m³	204	223	343	255	362	294	384	349	336
Wohnfläche	1 000 m²	39	41	48	48	64	55	73	67	58
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	45 161	48 134	60 219	59 290	79 339	68 763	82 735	79 575	80 255
Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	110	110	130	139	108	136	121	132	105
umbauter Raum	1 000 m³	650	588	411	566	407	767	720	534	351
Nutzfläche	1 000 m²	96	85	72	82	70	99	98	77	55
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	72 998	64 176	52 241	68 851	46 617	74 846	89 237	57 371	46 537
Wohnungen insgesamt (Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	461	468	605	519	775	725	700	858	526
Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen)	Anzahl	2 218	2 324	2 685	2 480	3 918	3 045	3 403	4 238	3 068
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ¹⁾	t	5 471	4 959	4 609	4 292	4 451	4 551	3 630	3 390	3 402
darunter										
Rinder insgesamt	t	918	775	603	482	565	523	413	368	384
darunter Kälber ²⁾	t	21	20	12	9	17	16	18	12	19
Jungrinder	t	9	6	4	3	5	7	6	3	7
Schweine	t	4 514	4 147	3 985	3 794	3 853	4 000	3 197	3 003	2 991
Eiererzeugung ³⁾	1 000 St.	74 864	59 740	58 300	64 635	67 267	77 673	74 670	76 099	79 086
Milcherzeugung	1 000 t	133	132	135	136	136	138	133	138	135
darunter Anlieferung an Molkereien	1 000 t	130	130	132	133	133	134	130	135	132
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁴⁾										
Betriebe	Anzahl	1 266	1 222	1 229	1 225	1 225	1 281	1 279	1 276	1 276
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	191,8	189,6	189,4	189,4	191,0	200,1	200,9	202,2	205,1
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	25 238	26 057	27 278	24 604	26 259	29 834	26 650	26 396	28 095
Bezahlte Entgelte	Mill. €	463,8	484,5	507,7	472,7	467,7	534,2	567,8	529,4	523,5
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	3 574,2	3 969,1	4 292,0	3 672,6	3 951,6	4 808,6	4 504,8	4 346,9	4 384,8
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵⁾	Mill. €	1 251,1	1 375,6	1 463,0	1 416,2	1 427,4	1 701,6	1 631,1	1 692,6	1 671,4
Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	1 598,5	1 844,5	2 039,6	1 507,3	1 722,7	2 287,5	2 095,7	1 894,9	1 863,8
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €	51,4	55,9	58,1	43,0	59,2	59,2	52,1	49,3	61,0
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	673,3	693,1	731,4	706,1	742,3	760,4	725,9	710,1	788,5
Auslandsumsatz	Mill. €	1 294,4	1 513,7	1 653,8	1 325,0	1 503,7	1 882,9	1 764,0	1 643,2	1 677,1

1) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien

2) wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar

3) erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern

4) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten, ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008

5) ohne Energie- und Wasserversorgung

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Energie- und Wasserversorgung ¹⁾										
Betriebe	Anzahl	138	137	137	137	137	136	136	135	135
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	13,9	14,0	14,0	14,0	14,2	13,9	13,9	13,8	13,9
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 851	1 867	1 952	1 753	1 883	2 017	1 742	1 710	1 878
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	47	49	48	44	44	48	50	46	46
Stromerzeugung (brutto) in öffentlichen Energieversorgungsunternehmen	Mill. kWh	2 782	2 833	2 351	2 925	2 862	2 241	2 349	2 871	3 044
Bauhauptgewerbe ²⁾										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	54,3	56,1	57,3	57,7	58,5	57,2	57,5	57,7	57,9
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 262	5 352	6 718	6 560	6 749	6 922	6 227	6 445	6 989
davon										
Wohnungsbau	1 000	1 493	1 557	1 990	1 888	2 014	2 051	1 913	2 045	2 188
gewerblicher Bau	1 000	1 912	1 945	2 347	2 361	2 390	2 501	2 232	2 300	2 472
öffentlicher und Straßenbau	1 000	1 857	1 851	2 381	2 311	2 345	2 370	2 082	2 100	2 329
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	99,1	102,6	110,1	109,7	109,9	112,6	113,0	113,9	119,5
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	450,4	455,6	531,7	544,4	556,6	560,2	534,7	574,3	605,7
davon										
Wohnungsbau	Mill. €	85,6	87,6	115,0	104,7	108,8	113,5	109,7	133,9	120,5
gewerblicher Bau	Mill. €	201,7	210,6	233,1	246,2	248,6	255,5	245,7	250,8	270,2
öffentlicher und Straßenbau	Mill. €	163,1	157,4	183,6	193,6	199,1	191,2	179,3	189,5	215,0
Ausbaugewerbe ^{1) 3)}										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	18,5	19,0	19,2	.	.	.	19,4	.	.
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 011	6 255	6 278	.	.	.	6 429	.	.
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	106,0	112,1	113,3	.	.	.	116,1	.	.
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	479,7	490,6	465,7	.	.	.	503,9	.	.
Handel ⁴⁾										
Großhandel einschl. Handelsvermittlung										
Beschäftigte	2005 = 100	96,8	95,3	95,1	95,5	95,7	96,2	96,6	96,7	97,7
Umsatz (nominal)	2005 = 100	103,7	111,2	119,2	114,8	116,7	133,0	120,0	119,1	129,3
Umsatz (real)	2005 = 100	98,2	100,7	108,4	104,6	104,1	112,3	101,9	101,5	108,4
Einzelhandel einschl. Tankstellen										
Beschäftigte	2005 = 100	108,8	108,7	108,4	107,7	108,2	108,6	108,5	108,3	108,8
Umsatz (nominal)	2005 = 100	110,6	113,6	111,8	113,9	109,8	117,9	111,6	114,2	115,6
Umsatz (real)	2005 = 100	107,7	109,8	108,3	110,5	106,7	111,7	105,9	109,3	110,7
Kfz-Handel sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz										
Beschäftigte	2005 = 100	95,8	91,7	91,4	90,9	91,5	93,0	93,6	93,7	94,8
Umsatz (nominal)	2005 = 100	102,3	95,1	104,0	100,7	93,9	121,3	116,4	112,9	118,1
Umsatz (real)	2005 = 100	98,2	90,9	99,6	96,6	89,9	115,1	110,4	106,9	111,7
Gastgewerbe ⁴⁾										
Beschäftigte	2005 = 100	121,8	116,8	122,1	121,1	119,8	121,0	125,9	123,3	124,2
Umsatz (nominal)	2005 = 100	120,2	120,4	138,4	121,5	133,6	138,2	146,9	130,5	135,9
Umsatz (real)	2005 = 100	106,0	103,3	118,7	104,3	114,7	117,0	124,5	110,4	114,7

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse für alle Betriebe

3) Angaben beziehen sich auf das Quartal

4) Die Monatergebnisse des Bereichs Handel und Gastgewerbe sind generell vorläufig. Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008.

Ab Juni 2010 wurde eine jährliche Rotation der befragten Unternehmen eingeführt. Die Ergebnisse aus dem neuen Kreis der befragten Unternehmen liegen rückwirkend bis Januar 2009 vor.

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Tourismus ¹⁾										
Gästeankünfte	1 000	510	535	665	601	640	652	704	644	670
darunter von Auslandsgästen	1 000	52	60	84	94	90	72	80	89	88
Gästeübernachtungen	1 000	1 355	1 398	1 708	1 735	1 695	1 607	1 823	1 759	1 821
darunter von Auslandsgästen	1 000	120	134	189	218	195	163	184	199	191
Verkehr										
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	1 696	1 596	1 756	1 738	1 840	1 624	1 864	1 739	1 742
darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 188	1 080	1 361	1 343	1 343	1 281	1 438	1 283	1 322
Getötete Personen	Anzahl	16	14	22	18	23	18	20	17	17
Verletzte Personen	Anzahl	1 504	1 370	1 725	1 673	1 691	1 562	1 779	1 652	1 675
Kraftfahrzeuge										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 821	11 219	13 486	10 734	10 454	14 623	13 595	12 188	11 068
darunter Personenkraftwagen ³⁾	Anzahl	14 101	9 357	11 402	8 706	8 649	11 851	11 301	9 971	9 048
Lastkraftwagen	Anzahl	966	1 114	1 185	1 089	1 090	1 543	1 404	1 347	1 225
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	5,1	6,5	11,2	2,3	11,0	4,4	4,9	4,7	14,2
Güterversand	1 000 t	9,1	13,8	24,3	6,0	12,4	4,8	2,7	4,5	14,5
Außenhandel ⁴⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. €	1 625,1	2 062,0	2 338,0	2 124,7	2 022,7	2 647,4	2 393,2	2 376,7	2 142,8
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	69,9	76,7	83,9	78,0	75,1	82,7	82,6	79,2	90,6
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	1 538,1	1 964,5	2 231,8	2 026,2	1 928,9	2 507,8	2 238,5	2 210,0	1 966,6
davon										
Rohstoffe	Mill. €	8,4	8,9	11,0	7,5	8,1	11,7	10,8	9,7	16,0
Halbwaren	Mill. €	79,2	86,2	86,0	97,8	88,6	95,7	81,6	109,2	86,4
Fertigwaren	Mill. €	1 450,4	1 869,4	2 134,8	1 921,0	1 832,1	2 400,4	2 146,2	2 091,1	1 864,3
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. €	179,5	219,5	234,0	229,4	230,7	263,1	222,6	261,9	236,2
Enderzeugnisse	Mill. €	1 270,9	1 649,9	1 900,8	1 691,6	1 601,4	2 137,3	1 923,6	1 829,2	1 628,1
Ausfuhr nach										
Europa	Mill. €	1 063,3	1 253,4	1 401,2	1 169,9	1 220,1	1 563,0	1 392,0	1 370,3	1 279,1
darunter in die EU-Länder	Mill. €	895,7	1 028,5	1 142,2	915,7	1 006,0	1 263,0	1 110,1	1 082,4	1 007,9
Afrika	Mill. €	31,2	42,2	52,5	44,1	45,2	45,8	45,9	47,4	38,6
Amerika	Mill. €	140,8	222,3	307,1	285,5	212,1	305,4	288,7	279,1	254,1
Asien	Mill. €	376,9	516,4	547,6	596,4	514,8	691,2	630,1	647,3	550,1
Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	12,9	27,7	29,7	28,7	30,4	42,0	36,5	32,6	20,7

1) Betriebe mit neun und mehr Betten einschließlich Campingplätze (Touristikingcamping)

2) schwer wiegender Unfall mit Sachschaden im engeren Sinne und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel

3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz, ab 2005 einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen

4) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Noch: Außenhandel										
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. €	1 133,8	1 408,6	1 616,7	1 440,4	1 462,7	1 853,7	1 772,2	1 599,4	1 573,3
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	78,0	81,8	78,1	91,6	87,3	94,6	82,8	76,0	75,3
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	1 022,0	1 280,7	1 489,4	1 303,5	1 333,5	1 640,2	1 543,8	1 362,1	1 343,5
davon										
Rohstoffe	Mill. €	90,4	93,0	80,1	78,5	96,8	131,0	70,6	151,6	116,4
Halbwaren	Mill. €	75,5	116,4	117,8	114,0	154,4	167,7	154,5	126,8	151,4
Fertigwaren	Mill. €	856,1	1 070,7	1 291,5	1 110,9	1 082,3	1 341,6	1 318,8	1 083,7	1 075,7
davon										
Vorzeugnisse	Mill. €	134,2	154,7	172,8	163,8	138,8	183,0	181,1	177,9	168,0
Enderzeugnisse	Mill. €	721,9	916,6	1 118,8	947,2	943,5	1 158,5	1 137,6	905,8	907,7
Einfuhr aus										
Europa	Mill. €	865,2	1 016,5	1 061,0	933,3	1 049,1	1 392,0	1 292,1	1 215,0	1 126,2
darunter aus den EU-Ländern	Mill. €	714,8	850,8	916,1	777,0	861,9	1 130,3	1 129,2	999,1	905,9
Afrika	Mill. €	5,0	7,2	6,5	7,3	4,2	10,1	6,4	6,3	6,7
Amerika	Mill. €	118,6	171,0	306,0	298,3	170,2	149,1	177,6	140,4	109,8
Asien	Mill. €	142,3	211,5	240,7	200,2	235,5	298,9	291,7	233,5	327,6
Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. €	2,7	2,3	2,6	1,3	3,6	3,5	4,5	4,2	2,9
Gewerbeanzeigen ¹⁾										
Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 219	3 183	3 513	2 689	3 389	3 153	2 964	2 853	3 044
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 925	2 888	2 902	2 224	2 703	2 564	2 566	2 419	2 519
Insolvenzen										
Insolvenzverfahren insgesamt	Anzahl	719	726	703	705	739	704	644	592	685
und zwar										
Unternehmen	Anzahl	162	143	141	134	157	146	133	131	147
Verbraucher	Anzahl	374	417	398	399	404	381	358	310	382
ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	126	114	110	93	120	126	102	110	116
sonstige natürliche Personen ²⁾ , Nachlässe	Anzahl	58	53	54	79	58	51	51	41	40
eröffnete Verfahren	Anzahl	623	643	633	604	654	608	556	515	591
mangels Masse abgewiesene Verfahren	Anzahl	94	82	68	100	83	96	85	76	93
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	Mill. €	128	130	257	149	146	71	150	77	72
Handwerk										
Beschäftigte ³⁾	30.9.09 = 100	97,9	97,6	98,1	.	.	.	98,3	.	.
Umsatz ⁴⁾	2009 = 100	100	98,9	98,9	.	.	.	107,9	.	.

1) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

2) z. B. als Gesellschafter oder Mithafter

3) am Ende des Kalendervierteljahres

4) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.)

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2009	2010	2010			2011			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Preise										
Verbraucherpreisindex	2005 = 100	108,1	109,4	109,3	109,5	109,5	111,7	111,8	112,2	112,1
Preisindex für Wohngebäude ¹⁾	2005 = 100	112,9	114,1	.	.	114,4	118,1	.	.	119,0
Verdienste ²⁾										
Bruttomonatsverdienste ³⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁴⁾ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich										
	€	2 672	2 725	2 549	x	x	x	2 596	x	x
männlich	€	2 719	2 776	2 593	x	x	x	2 657	x	x
weiblich	€	2 589	2 631	2 468	x	x	x	2 484	x	x
Produzierendes Gewerbe	€	2 432	2 510	2 341	x	x	x	2 399	x	x
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	3 048	3 157	2 785	x	x	x	2 850	x	x
Verarbeitendes Gewerbe	€	2 380	2 477	2 281	x	x	x	2 352	x	x
Energieversorgung	€	(4 345)	4 503	3 907	x	x	x	4 013	x	x
Wasserversorgung ⁵⁾	€	2 420	2 478	2 331	x	x	x	2 372	x	x
Baugewerbe	€	(2 357)	(2 376)	(2 332)	x	x	x	(2 368)	x	x
Dienstleistungsbereich	€	2 844	2 874	2 694	x	x	x	2 741	x	x
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	€	2 364	2 416	2 228	x	x	x	2 291	x	x
Verkehr und Lagerei	€	2 358	2 390	2 220	x	x	x	2 259	x	x
Gastgewerbe	€	1 581	1 597	1 559	x	x	x	1 572	x	x
Information und Kommunikation	€	3 592	3 631	3 278	x	x	x	3 327	x	x
Erbringung von Finanz- und Versicherungs- dienstleistungen	€	(3 914)	4 113	3 560	x	x	x	3 550	x	x
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	2 989	2 949	2 667	x	x	x	2 710	x	x
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	€	3 378	3 482	3 177	x	x	x	3 274	x	x
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	€	1 708	1 707	1 619	x	x	x	1 682	x	x
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	€	3 103	3 161	3 021	x	x	x	3 140	x	x
Erziehung und Unterricht	€	3 853	3 798	3 629	x	x	x	3 626	x	x
Gesundheits- und Sozialwesen	€	3 039	3 127	2 926	x	x	x	3 039	x	x
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	(2 928)	(3 077)	2 905	x	x	x	2 955	x	x
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	(2 129)	(2 144)	(2 061)	x	x	x	(2 024)	x	x

1) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk

2) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet.

3) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni, usw. ohne Sonderzahlungen.

Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen dagegen mit enthalten.

4) einschließlich Beamte

5) einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen

Zeichenerklärung

- Nichts vorhanden (genau Null)
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- ... Angabe fällt später an
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

**Herausgeber:**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Redaktion:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Gestaltung und Satz:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Druck:

Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste

Redaktionsschluss:

Januar 2012

Preis dieser Ausgabe:

3,50 €

Bezug:

Diese Druckschrift kann bezogen werden bei:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Hausanschrift: Macherstraße 63, 01917 Kamenz

Postanschrift: Postfach 11 05, 01911 Kamenz

Telefon: +49 3578 33-1424

Telefax: +49 3578 33-1499

E-Mail: vertrieb@statistik.sachsen.de

www.statistik.sachsen.de/shop

Verteilerhinweis

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Copyright

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz, 2012

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Titelbild: Paul Golla/PIXELIO

ISSN 0949-4480